

Vorstudie zur

Entwicklung einer Regionalentwicklungsstrategie: Regiopole Mittelrhein-Westerwald

Endbericht

Auftraggeber:

Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald

Auftragnehmer:

Prof. Dr. Stefan Greiving (59399 Olfen, Kapellenweg 12) in Kooperation mit
Prof. Dr. Thorsten Wiechmann (Dortmund),
Dr. Thomas Terfrüchte (Dortmund),
Andrea Hartz, Eva Langenbahn (agl, Saarbrücken)

Olfen/Dortmund/Saarbrücken, den 2. Oktober 2020

Inhalt

Kurzfassung	4
1 Einleitung	9
2 Abriss zum Stand der Wissenschaft Regiopol/ Regional Governance	11
2.1 Zum Begriff der „Regiopol“	11
2.2 Zur Entstehungsgeschichte der Regiopoldebatte	13
2.3 Die Formierung von deutschen Regiopolen	15
2.4 Ausblick	17
3 Abgrenzung der großräumigen Verflechtungsbereiche in der Region Mittelrhein-Westerwald	18
3.1 Erläuterung der Methodik zur Abgrenzung der Verflechtungsbereiche	18
3.2 Verflechtungsbereiche in der Region Mittelrhein-Westerwald	20
4 Abgrenzung des Kerns der Regiopol	26
4.1 Vorbemerkungen	26
4.2 Methodisches Vorgehen	27
4.3 Synthese: Drei-Ebenen-Modell der Raumgliederung	27
5 Regiopolindizes	29
5.1 Methodisches Vorgehen	29
5.2 Metropolfunktionsindex	31
5.3 Zentralörtlicher Versorgungsindex	33
5.4 Regionale Entwicklungsindizes	37
5.5 Synthese: Regiopolindizes	39
6 Kern-Dichte-Analyse: Standortcluster	41
6.1 Methodisches Vorgehen	41
6.2 Standortcluster Metropolfunktionen	43
6.3 Standortcluster Versorgungsfunktionen	45
6.4 Synthese: Regiopolitane Standortcluster	47
7 SWOT-Analyse	50
7.1 Methodisches Vorgehen	50
7.2 Ergebnisse der SWOT-Analyse	51
7.3 Stärken und Schwächen der Region Mittelrhein-Westerwald	51
7.4 Chancen und Risiken der Region Mittelrhein-Westerwald	56
7.5 Schlussfolgerungen für Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen einer Regionalentwicklungsstrategie	58
8 Erfassung relevanter kommunaler und teilregionaler Konzepte/Ansätze	62
8.1 Online-Befragung der Städte/Gemeinden und der Kreisebene	62
8.1.1 Ablauf und Inhalt	62
8.1.2 Auswertung der Städte und Gemeinden	63
8.1.3 Auswertung der Kreisebene	65
8.2 Konzepte mit besonderer Bedeutung für eine Regiopolentwicklung	68
8.2.1 Methodisches Vorgehen	68
8.2.2 Ergebnisse der Konzeptanalyse	69
8.3 Leitfadengestützte Interviews	76
8.3.1 Ablauf und Inhalt	76
8.3.2 Ergebnisse der leitfadengestützten Interviews	77
8.4 Kooperationsstrukturen in der Region	83

9	Beteiligung regionaler Akteure.....	86
9.1	Auftaktveranstaltung.....	86
9.2	Workshop mit dem Fachbeirat.....	89
9.3	Web-Konferenz mit der kommunalen Ebene.....	93
10	Erläuterungen zu den möglichen Handlungsfeldern einer Regionalentwicklungsstrategie.....	96
10.1	Vorgehensweise.....	96
10.2	Themenfeld: „Regionalentwicklung/Entwicklungsfunktion“.....	97
10.2.1	Handlungsfeld: Interkommunale Flächenentwicklung.....	97
10.2.2	Handlungsfeld: Standortmarketing.....	98
10.2.3	Handlungsfeld: Identitätsfördernde Aktivitäten für die „Region“.....	98
10.3	Themenfeld: „Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktion“.....	99
10.3.1	Handlungsfeld: ÖPNV im ländlichen Raum.....	99
10.3.2	Handlungsfeld: Regionales Einzelhandelskonzept.....	100
10.3.3	Handlungsfeld: Energieversorgung und Klimaschutz.....	100
10.4	Vertiefung ausgewählter Handlungsfelder.....	101
10.4.1	Handlungsfeld: Mobilität.....	101
10.4.2	Handlungsfeld: Forschung und Bildung.....	106
10.4.3	Handlungsfeld: Sicherung zentralörtlicher Funktionen.....	110
11	Konzeptgestaltung und Strukturdarstellung eines Regionalentwicklungskonzepts.....	115
11.1	Leitvorstellungen der räumlichen Entwicklung.....	115
11.2	Konkretisierung der Raumentwicklung für die Region – räumliches Leitbild (Regiopolveregionskonzept).....	115
11.3	Vertiefung relevanter Handlungsfelder: Ziele, Handlungsansätze, Akteure, Raumumgriff.....	116
11.4	Kooperative Erarbeitung von Schlüsselprojekten.....	116
11.5	Erarbeitung eines Governancekonzepts zur Institutionalisierung der Regiopolveregion.....	117
11.6	Zusammenfassung der Ergebnisse zu einem Regiopolveregionsprogramm.....	118
	Quellenverzeichnis.....	119
	Kartenquellen.....	124
	Abkürzungsverzeichnis.....	126
	Abbildungsverzeichnis.....	127
	Kartenverzeichnis.....	128
	Tabellenverzeichnis.....	129
	Anlagenverzeichnis.....	129
	Anlagen.....	130

Kurzfassung

Stand der Wissenschaft

Mit „Regiopolen“ werden in der raumordnungspolitischen Debatte kleine Großstädte bezeichnet, die als regionale Entwicklungsmotoren außerhalb von Metropolregionen eine herausgehobene Bedeutung für ein größeres Umland besitzen. Für ihr zumeist ländlich geprägtes Umland fungieren Regiopolen als bedeutende Knotenpunkte. Analog zur Debatte um Metropolregionen kann ein Regiopolraum als ein empirisch beschreibbares räumliches Cluster von metropolitenen Funktionen um eine Regiopole verstanden werden. Bei einer Regiopolregion handelt es sich hingegen um einen regionalen Handlungsraum eine Regiopole, der von einem Netzwerk aus öffentlichen und privaten Akteuren getragen wird und auf regionalpolitischen Erwägungen und der Selbstbindung der handelnden Akteure fußt.

Aktuell arbeiten die seit 2016 im deutschen Regiopole-Netzwerk zusammengeschlossenen Städte bzw. Stadtregionen am eigenen Profil und Selbstverständnis. Dabei wird eine Positionierung von Regiopolen „als Anker des ländlichen Raumes“ erwogen. Diese interne Debatte erfolgt auch vor dem Hintergrund von Überlegungen in der Bundesregierung zur zukünftigen Bindung von Strukturmitteln an einen derart qualifizierten Regiopole-Begriff. Ob hiermit eine Akzentverschiebung von der ursprünglichen Idee der Stärkung der Wirtschaftskraft im internationalen Standortwettbewerb (abgeleitet aus der Debatte um Metropolregionen) in Richtung auf eine Sicherung der Daseinsvorsorge durch die Wahrnehmung oberzentraler Funktionen für ländliche Räume einhergeht, lässt sich derzeit noch nicht abschließend feststellen. Zweifellos bieten jedoch sowohl die Entwicklungs- als auch die Stabilisierungsfunktion Ansatzpunkte für regionalpolitisch abgestimmte Regiopol-Initiativen.

Verflechtungsanalyse

Auf Grundlage von Pendlerverflechtungen der Berufspendler wurden Analysen durchgeführt, mit dem Ziel, die Umlandbedeutung von Städten und Gemeinden hinsichtlich der Versorgung mit Arbeitsplätzen zu identifizieren. Die Ergebnisse der Analyse der Pendlerverflechtungen geben Aufschluss über (Pendler-)Verflechtungsbereiche in der Region. Sie zeigen etwa, dass zahlreiche Gemeinden nicht nur zu einem Zentrum orientiert sind (Mehrfachanbindung).

Im Ergebnis identifiziert die Verflechtungsanalyse einen Verflechtungsbereich um Koblenz. Aus Perspektive der Ortsgemeinden in der Region Mittelrhein-Westerwald haben die erreichbaren Oberzentren Frankfurt am Main, Mainz und Trier keine herausragende Bedeutung als Arbeitsplatzstandorte im Sinne der primären Pendlerorientierung. Innerhalb der Region zeichnen sich in recht klarer räumlicher Trennung die Verflechtungsbereiche Simmern (Hunsrück), Altenkirchen und Bad Marienberg (im Westerwald) sowie Cochem und Zell (an der Mosel) ab.

Abgrenzung des Regiopolraums

Grundsätzlich gilt es, für die innere Differenzierung des Regiopolraums gemäß Leistungsbeschreibung zwischen funktionalen Kernen im Sinne von Standortclustern zentralörtlicher und metropolitaner Funktionen und einer (flächendeckenden) Zuordnung der Standortgemeinden zu diesen Standortclustern zu unterscheiden.

Daraus ergibt sich das in Karte 6 (S. 28) dargestellte und in Kapitel 4 (S. 23) erläuterte Gefüge aus:

- der Region Mittelrhein-Westerwald als dem Untersuchungsraum für sämtliche Analysen;
- dem deskriptiven Verflechtungsbereich Koblenz;
- den deskriptiven Standortclustern „regiopolitaner“ Bedeutung, bestehend aus dem Neuwieder Becken bzw. den Standortgemeinden Koblenz, Bendorf, Neuwied, Andernach, Lahnstein, Vallendar sowie der Verbandsgemeinde Weißenthurm ohne die Gemeinde Bassenheim
- und den weiteren „Polen“ Montabaur und Mayen (jeweils monozentral) sowie Bad Neuenahr-Ahrweiler/Linz am Rhein als interkommunalem Standortraum außerhalb des Verflechtungsbereichs Koblenz.

Raumanalyse

Wesentlicher Teil der Raumanalyse ist die Bildung von **Regiopolindizes**. Alle relevanten Merkmale, die auf Ebene der 898 Gemeinden vorliegen, wurden dafür über eine Hauptkomponentenanalyse (vgl. Kapitel 5.1) zu Indizes zusammengefasst, die für einen der folgenden Bereiche relevant und zugleich verfügbar sind: Metropolfunktion, (Zentralörtliche) Versorgungsfunktion und (Regionale) Entwicklungsfunktion (getrennt nach hemmenden und fördernden Merkmalen). Die zusammengefassten Befunde zeigt Karte 12 (S. 40) auf.

Für die Strategieentwicklung sind nun folgende Befunde von besonderer Bedeutung: Überall dort, wo metropolitane Funktionen mit einer überdurchschnittlichen Entwicklungsfähigkeit der Gemeinden einhergehen, liegen besondere Entwicklungspotenziale vor und überall dort, wo eine (noch) überdurchschnittliche zentralörtliche Versorgung gegeben ist, zugleich aber Defizite in der Entwicklungsfähigkeit bestehen, kann es absehbar zu Problemen bei der Daseinsvorsorge führen.

Die **Kern-Dichte-Analyse** der Standortcluster metropolitaner Funktionen und Versorgungsfunktionen war der zweite Baustein der Raumanalyse (vgl. Kapitel 6). Ziel ist das Identifizieren eines Kernraums und ggf. weiterer „Pole“ regiopolitaner Bedeutung in der Region. Der Kernraum bzw. die weiteren Pole zeichnen sich dadurch aus, dass sie ein räumlich gebündeltes Netz an Standorten (Cluster) umfassen; die Standorte müssen dazu adressscharf vorliegen, sodass nicht sämtliche Merkmale regiopolitaner Bedeutung genutzt werden können. Karte 17 (S.47) zeigt für die Gesamtheit der Metropol- und Versorgungsfunktionen die Kerne in der Region. Deutlich wird, dass es ein dominierendes interkommunales Standortcluster im Neuwieder Becken gibt, weniger dichte interkommunale Cluster im Raum Bad Neuenahr-Ahrweiler/Linz am Rhein und monozentrale Cluster in Montabaur sowie Mayen.

Den dritten Baustein der Raumanalyse stellt eine **SWOT-Analyse** dar (vgl. Kapitel 7). Um Entwicklungspotenziale, aber auch Herausforderungen einer Regiopole kompakt darzustellen, wurde eine SWOT-Analyse der Region entworfen auf Basis vorhandener Studien und Dokumente, der Regiopolindizes sowie der Online-Befragung (vgl. Kapitel 8.1).

Basierend auf den herausgearbeiteten Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken hat der Fachbeirat in seinem ganztägigen Workshop am 16. Januar 2020 in Koblenz diskutiert, welche Hinweise für die Handlungsfelder und Ziele einer Regionalentwicklungsstrategie sich aus der SWOT-Analyse ableiten lassen. Im Ergebnis wurden in den Arbeitsgruppen acht Handlungsfelder benannt, von denen fünf dem Themenfeld „Regionalentwicklung/Entwicklungsfunktion“ (Interkommunale Flächenentwicklung, Standortmarketing, Mobilität, Forschung und Bildung sowie Identitätsfördernde Aktivitäten für die Region) und drei dem Themenfeld „Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktion“ zuzuordnen sind (Regionales Einzelhandelskonzept, Energieversorgung und Klimaschutz sowie ÖPNV im ländlichen Raum). Zusätzlich haben die Gutachter das mögliche neunte Themenfeld „Sicherung zentralörtlicher Funktionen“ als Bestandteil des Handlungsfelds Daseinsvorsorge eingeführt.

Erfassung relevanter kommunaler und teilregionaler Konzepte/Ansätze

Die Erfassung relevanter kommunaler und teilregionaler Konzepte/Ansätze erfolgte in AP 4 anhand verschiedener Arbeitsschritte:

1. Online-Befragung der Städte/Gemeinden sowie der Kreisebene in der Region Mittelrhein-Westerwald.
2. Recherche und Auswertung von Konzepten/Projekten mit einem besonderen Interesse für eine mögliche Regiopolenentwicklung.
3. Durchführung leitfadengestützter Interviews mit VertreterInnen der Städte/Gemeinden sowie Landkreise.

Im Rahmen der Vorstudie „Regiopole Mittelrhein-Westerwald“ wurden bestehende kommunale und teilregionale Konzepte in Form eines Online-Fragebogens erfasst (vgl. Kapitel 8.1). Die Erhebung bestand aus zwei unterschiedlichen Fragebögen für Städte/Gemeinden sowie für die Kreisebene. Der Befragungszeitraum war vom 25. August

bis zum 13. Dezember 2019. An der Online-Befragung beteiligten sich insgesamt 50 der 61 Städte/Gemeinden¹ (Rücklaufquote 82 %) sowie alle acht Landkreise (Rücklaufquote 100 %).

Die Ergebnisse der Online-Befragung zeigten auf, dass auf regionaler und interkommunaler Ebene nur wenige Kooperationen oder integrierte Strategien bestehen oder derzeit geplant sind. Mit Ausnahme von Konzepten zum Einzelhandel sind keine sektoralen Konzepte auf Ebene der Städte/Gemeinden vorhanden. Die meisten sektoralen Konzepte auf Kreisebene bestehen zu Mobilität/Verkehr, Daseinsvorsorge und Tourismus. Konzepte zur Entwicklung des Wohnsektors spielen auf Kreisebene eine untergeordnete Rolle. Für das Gesamtgebiet der Stadt Koblenz liegen Konzepte in den Sektoren Daseinsvorsorge, Einzelhandel, Mobilität/Verkehr, Gewerbeentwicklung sowie Wohnen vor. Bei interkommunaler oder kreisübergreifender Kooperation besitzt vor allem der Themenbereich Mobilität/Verkehr eine große Bedeutung. Jedoch verfügt annähernd die Hälfte der befragten Städte/Gemeinden über integrative Konzepte für das Gesamtgebiet. Auch die Mehrheit der Kreise verfügt über integrative Raumentwicklungskonzepte.

Im Anschluss an die Auswertung der Online-Befragung wurden vorhandene Analysen, Konzepte und Projekte der Städte/Gemeinden bzw. Landkreise erhoben und ausgewertet (vgl. Kapitel 8.2) und leitfadengestützte Interviews mit VertreterInnen der Städte/Gemeinden bzw. Kreise durchgeführt (vgl. Kapitel 8.3), um das intentionale Handeln der an den Konzepten beteiligten Akteuren zu ergründen und Kooperationsbedarfe zu ermitteln.

In der Zusammenschau der Ergebnisse der Konzeptanalyse zeigt sich, dass etwa die Hälfte der ausgewerteten Konzepte (15 von 28) einen gebietskörperschaftübergreifenden Umgriff aufweist. Themenschwerpunkte der Konzepte sind in den Bereichen Entwicklungsstrategien/-konzepte sowie Einzelhandel (lokal) verortet. Nahezu alle Konzepte beinhalten Aussagen zu Kooperationen (22 von 28). Als Kooperationsfelder werden am häufigsten Tourismus, Mobilität, Standortmarketing sowie Ver- und Entsorgung benannt. Überdies nehmen die meisten der ausgewerteten Konzepte (18 von 28) auf die Regional- und Landesplanung Bezug. Häufig finden sich Aussagen zu Zentralen Orten, Siedlungs- und Gewerbeentwicklung, insbesondere Vorgaben für großflächigen Einzelhandel, wieder. Die Hälfte der ausgewerteten Konzepte (14 von 28) enthält Aussagen zu Entwicklungspotenzialen.

Im Ergebnis der Interviews zeigt sich, dass in Bezug auf die Rahmenbedingungen einer erfolgreichen Kooperation die Zusammenarbeit auf Augenhöhe sowie die Berücksichtigung unterschiedlicher Ausgangs-/Rahmenbedingungen der jeweiligen Partner bedeutsam sind und die Zusammenarbeit einen Mehrwert für alle Beteiligten mit sich bringen soll, wozu eine frühzeitige Definition gemeinsamer Ziele und Zuständigkeiten gehört. Insgesamt sprachen die Befragten der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald eine große Bedeutung bei der Entwicklung einer Regiopoleregion zu. Dennoch sei es wichtig, für die Entwicklung und Etablierung einer Regiopoleregion eine weitere Institution zu schaffen, die sich vorwiegend um die Belange Marketing und Wirtschaft kümmere.

Bei den präferierten Kooperationsfeldern der befragten ExpertInnen zeigte sich eine große Übereinstimmung mit den Befunden des Workshops zur SWOT-Analyse (vgl. Kapitel 7). Als Einstiegsthemen sollten nach Auffassung der Befragten „einfache“ Themen und Maßnahmen genutzt werden, die leicht über gemeinsame Bedarfe und Ziele der jeweiligen Gebietskörperschaften in der Region identifiziert werden können und zu einem Erfolgserlebnis führen wie die Handlungsfelder Kultur oder Tourismus. Mit gewachsenem Vertrauen aus der Kooperation können komplexere Themen angegangen werden.

Beteiligung regionaler Akteure

Zur Beteiligung regionaler Akteure und zur Einbindung regionaler Expertisen wurden verschiedene Veranstaltungen durchgeführt, deren Ergebnisse in die weitere Bearbeitung der Vorstudie eingeflossen sind. Die Auftaktveranstaltung am 30. September 2019 in Koblenz informierte die Teilnehmenden über den Ablauf und die inhaltliche Zielsetzung der Vorstudie. Zudem fand ein erster Austausch zu Erwartungshaltungen gegenüber einer Entwicklung einer Regiopoleregion statt. Im Anschluss an die Auftaktveranstaltung und die dort dargelegten und diskutierten

¹ Die Anzahl der zur Online-Befragung eingeladenen Städte/Gemeinden umfasst alle Neugliederungen in der Region bis einschließlich zum 1.7.2019.

Inhalte fand ein weiterer Austausch zu möglichen Anknüpfungspunkten und Handlungsfeldern einer Regionalentwicklung im Rahmen eines nicht öffentlichen Auftaktworkshops statt, für den eine gesonderte Einladung an die Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte sowie ausgewählte Behörden, Verbände und Institutionen im Untersuchungsraum erging.

Der ganztägige Workshop zur SWOT-Analyse am 16. Januar 2020 in Koblenz mit dem Fachbeirat diente dazu, über bisherige Erkenntnisse der Vorstudie sowie über externe Perspektiven und aktuelle Entwicklungen zu informieren und darüber hinaus den Fachbeirat aktiv in die Erarbeitung der Vorstudie einzubinden. Am 4. Juni 2020 fand eine Web-Konferenz mit der kommunalen Ebene statt. Ziel war es, Handlungs- und Kooperationsfelder einer möglichen Regiopoleregion zu benennen und möglichst konkrete Hinweise seitens der teilnehmenden VertreterInnen der Verbandsgemeindeebene zur Umsetzung zu erhalten. Im Mittelpunkt stand der Austausch mit den Teilnehmenden zu den potenziellen Handlungsfeldern.

Mögliche Handlungsfelder einer Regionalentwicklungsstrategie

In Absprache mit dem Auftraggeber (AG) wurden, basierend auf den Ergebnissen der SWOT-Analyse, Ansatzpunkte für neun mögliche regionale Handlungsfelder skizziert:

Themenfeld	Handlungsfeld
Regionalentwicklung/ Entwicklungsfunktion	Interkommunale Flächenentwicklung
	Standortmarketing
	Identitätsfördernde Aktivitäten für die „Region“
	Mobilität ²
	Forschung und Bildung
Daseinsvorsorge/ Versorgungsfunktion	Sicherung zentralörtlicher Funktionen
	ÖPNV im ländlichen Raum
	Regionales Einzelhandelskonzept
	Energieversorgung und Klimaschutz

Von diesen hat der Regionalvorstand die Felder „Mobilität“, „Forschung und Bildung“ sowie „Sicherung zentralörtlicher Funktionen“ für eine vertiefte Bearbeitung ausgewählt (vgl. Kapitel 10.4).

Mobilität: Es wird eine integrierte Siedlungs- und Verkehrsentwicklungsplanung angestrebt, um einen zuverlässigen, gut verknüpften und schnellen Güter- und Personenverkehr nachhaltig und umweltfreundlich an den bestehenden und geplanten Siedlungsstrukturen auszurichten.

Forschung und Bildung: Um die Innovationsfunktion auszubauen, sind Qualifizierungs- und Bildungsstandorte in der Region weiterzuentwickeln und zu stärken. Im Mittelpunkt steht die weitere Etablierung der Stadt Koblenz als Forschungs- und Bildungsstandort, der die Fachbereiche der Hochschulen mit den Bedarfen und Angeboten der Region koppelt.

Sicherung zentralörtlicher Funktionen: Grundidee ist die Operationalisierung des Kooperationsgebots, dass das LEP IV bereits seit 2008 für kooperierende Mittelzentren im ländlichen Raum vorsieht. Dazu wird eine Kooperationsstrategie mit Benennung von Handlungsfeldern, Pilotprojekten, Akteuren, Gremienstrukturen und einem Evaluationskonzept skizziert.

² Das Handlungsfeld „Mobilität“ ist dem Themenfeld „Regionalentwicklung“ zugeordnet, da das Ziel in der Beförderung der regionalen Entwicklung über eine integrierte Mobilitätsstrategie besteht. Demgegenüber zielt das Handlungsfeld „ÖPNV im ländlichen Raum“ auf die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse über die Erreichbarkeit Zentraler Orte und hier vor allem die Grundzentren als Orte der Nahversorgung jenseits des Individualverkehrs ab und ist dem Themenfeld „Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktion“ zugeordnet.

Konzeptgestaltung und Strukturdarstellung eines regionalen Entwicklungskonzepts

Der dargestellte Vorschlag zur Gestaltung eines Regionalentwicklungskonzeptes skizziert Ziel, Prozess, Akteursbeteiligung sowie Produkt/Meilenstein sechs möglicher Bausteine (vgl. Kapitel 11): Als erster Schritt der Konzeptgestaltung erfolgt die Verständigung auf gemeinsame Leitvorstellungen der räumlichen Entwicklung in der zukünftigen Regiopolregion. Darauf aufbauend wird im zweiten Schritt auf Grundlage von Zielbildern und vorhandenen Strukturkonzepten für den Gesamttraum der Regiopolregion ein tragfähiges Regiopolregionskonzept erarbeitet. Im dritten Schritt folgt die vertiefende Betrachtung relevanter Handlungsfelder im Sinne einer Entwicklung von thematischen Teilstrategien. Die Erarbeitung räumlicher und thematischer Schwerpunkte zur Umsetzung empfohlener Schlüsselprojekte ist Bestandteil des vierten Bausteins. Der fünfte Baustein dient der Erarbeitung eines Governancekonzepts, das die Entwicklung einer Governancestruktur zur Institutionalisierung und möglichen späteren Verstetigung der Kooperation im Rahmen der Regiopolregion beinhaltet. Zuletzt erfolgt im sechsten Schritt mit der Operationalisierung des Regiopolregionskonzepts als Regiopolregionsprogramm die Umsetzung als strategischer Handlungsrahmen.

1 Einleitung

Der im Oktober 2019 vorgelegte erste Zwischenbericht enthielt die Ergebnisse des Arbeitspakets 1 („Abgrenzung der großräumigen Verflechtungsbereiche in der Region Mittelrhein-Westerwald“). Dazu gehörte auch ein Abriss zum Stand der Wissenschaft, zu Regiopole und Regional Governance.

Der zweite Zwischenbericht wurde im Februar 2020 vorgelegt und präsentierte die Endergebnisse der Arbeitspakete 2 und damit die Abgrenzung des Regiopolraums mit Kernbereich und erweitertem Bereich. Des Weiteren wurde die Raumanalyse (Arbeitspaket 3) durchgeführt, die sich neben dem Entwicklungsbereich Koblenz/Mittelrhein/Montabaur auch auf die gesamte Planungsregion erstreckt. Schließlich ging der zweite Zwischenbericht auch auf die Ergebnisse der schriftlichen Befragung der Kommunen ein.

Im Juni 2020 folgte der dritte Zwischenbericht. Darin wurden die Endergebnisse von Arbeitspaket 4 („Erfassung relevanter kommunaler und teilregionaler Konzepte und Ansätze“) und der Arbeitsstand zu Arbeitspaket 5 („Entwicklung und Darstellung beispielhafter regionaler Handlungsansätze unter Berücksichtigung von ausgewählten Modellregionen“) vorgestellt.

Im vorliegenden Endbericht sind ergänzend zu den drei Zwischenberichten die Endergebnisse zu Arbeitspaket 5 dargestellt, die eine tiefergehende Betrachtung von drei durch den Regionalvorstand ausgewählten möglichen Handlungsfeldern einer Regionalentwicklungsstrategie sowie die Darstellung einer Konzeptgestaltung und Strukturdarstellung eines regionalen Entwicklungskonzepts enthalten.

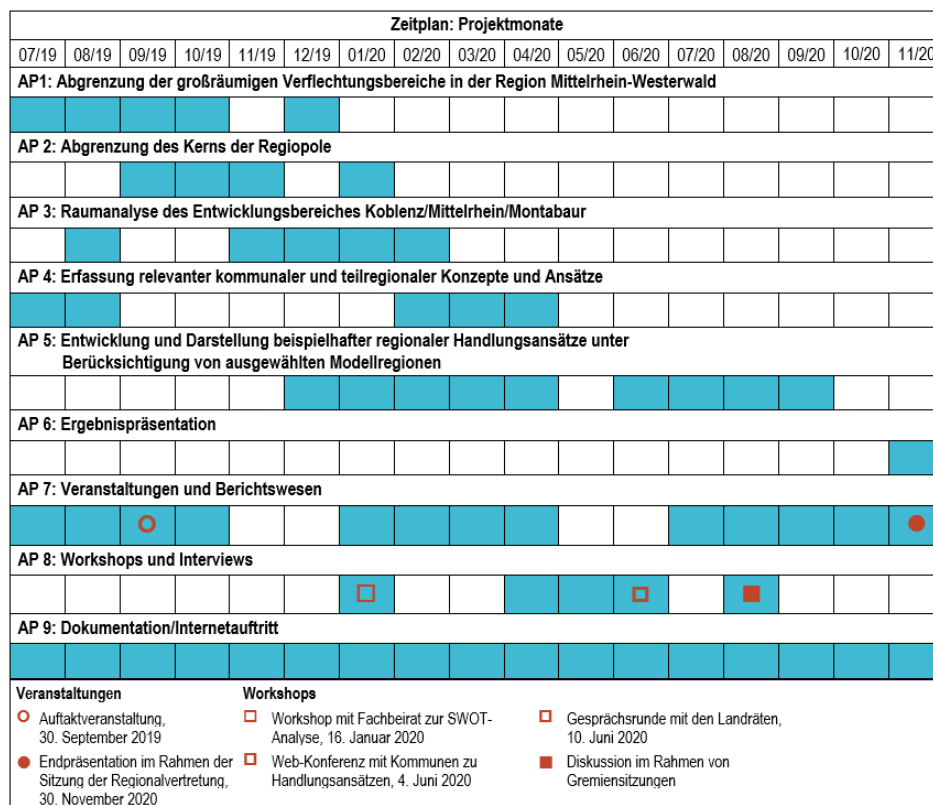


Abbildung 1: Projektzeitplan

Entgegen der bisherigen Zeitplanung haben sich aufgrund der Covid-19-Pandemie aber Verzögerungen in der weiteren Bearbeitung des Projekts ergeben. Der ursprünglich für den 30. April 2020 vorgesehene Workshop mit den Kommunen wurde als Online-Format organisiert und am 4. Juni 2020 durchgeführt. Darüber hinaus fand am 10. Juni 2020 eine – ursprünglich im Projektablauf nicht vorgesehene – Gesprächsrunde mit den Landräten und dem Oberbürgermeister der Stadt Koblenz statt. Demgegenüber wurde auf den ursprünglich geplanten Workshop

mit der Landesplanung verzichtet. Die eigentlich für die Sitzung des Regionalvorstands am 18. Juni 2020 vorgesehene Auswahl von drei beispielhaften Handlungsfeldern erfolgte endgültig erst in dessen Sitzung am 9. September 2020.

Die dargelegten und mit dem Auftraggeber abgestimmten Abweichungen gegenüber dem vertraglich vereinbarten Ablauf-, Zeit- und Finanzierungsplan hatten keine Auswirkungen auf die fristgerechte Vorlage des Endberichts bzw. dessen Abnahme in der Regionalvorstandssitzung am 29. Oktober 2020.

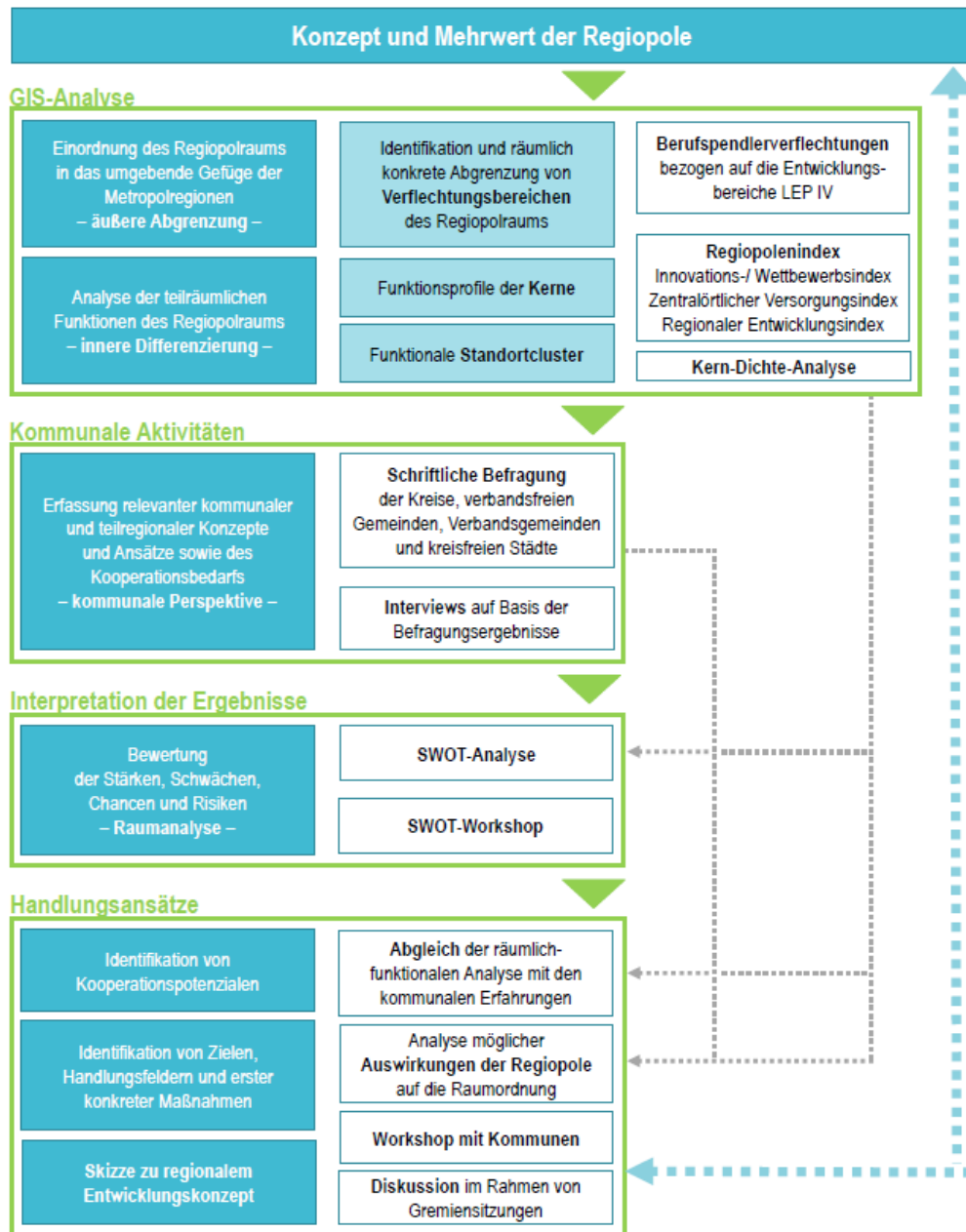


Abbildung 2: Projektablaufschema

2 Abriss zum Stand der Wissenschaft Regiopole/ Regional Governance

Neben dem Konzept zur Identifizierung und Abgrenzung länderübergreifender Verflechtungsbereiche auf regionaler Maßstabsebene und der Identifizierung und räumlich konkreten Abgrenzung von Verflechtungsbereichen in der Region Mittelrhein-Westerwald ist gemäß Angebot auch ein Abriss zum Stand der Wissenschaft zu Regiopolen bzw. Regional Governance Bestandteil von AP 1. Dieser wird den weiteren Ausführungen vorangestellt, weil hier zentrale Begriffe definiert werden, die für das Verständnis des Berichts bedeutsam sind.

2.1 Zum Begriff der „Regiopole“

Bei dem Begriff „**Regiopole**“ handelt es sich um einen recht neuen Begriff, der erst in den 2000er Jahren in die raumordnungspolitische und planungswissenschaftliche Debatte eingeführt worden ist. Mit ihm werden kleine Großstädte bezeichnet, die als regionale Entwicklungsmotoren außerhalb von Metropolregionen dienen. Sie besitzen als Oberzentren eine herausgehobene Bedeutung für ein größeres Umland und haben eine wichtige Funktion als Standortraum der Wissensgesellschaft. In ihren zumeist ländlich geprägten Regionen fungieren Regiopole als bedeutende Knotenpunkte im überregionalen Städtenetz. Aufgrund der geringeren Größe erreichen sie jedoch nicht den Status einer Metropole. Stattdessen werden sie auch als „die kleinen Schwestern“ der Metropolen charakterisiert. Betont wird weniger ihre absolute ökonomische Performance, als vielmehr die funktionale Rolle der Regiopole im und für den jeweiligen Verflechtungsbereich.

Aring & Reuther (2008) haben in einer Studie an der Universität Kassel empirisch untersucht, welche kleinen Großstädte im deutschen Städtesystem die Rolle von Regiopolen wahrnehmen können. Von den 82 deutschen Großstädten liegen 33 außerhalb metropolitaner Verdichtungsräume. In Abhängigkeit von der Distanz zur nächsten Kernstadt einer Metropolregion, dem regionalen Bevölkerungspotenzial³ und dem BBSR-Metropolfunktionsindex werden vier Gruppen von möglichen 29 Regiopolen unterschieden (vgl. Abbildung 3). Allerdings weisen die Autoren der Studie daraufhin, dass die Übergänge zwischen Gruppen fließend sind.

1. Die erste Gruppe mit Freiburg, Kassel, Rostock und Saarbrücken weist eine große Distanz zur nächstgelegenen Metropole auf und erreicht einen für Städte ihrer Größe überdurchschnittlichen Metropolfunktionsindex. Sie gelten als Prototypen für die Regiopolen.
2. In der zweiten Gruppe befinden sich neun herausgehobene Zentren, unter ihnen **Koblenz**, Erfurt, Göttingen, Kiel, Magdeburg und Würzburg. Der Metropolfunktionsindex ist hier ebenfalls überdurchschnittlich, der nächste metropolitane Kern liegt in einer mittleren Distanz von ca. 90 bis 140 Kilometern.
3. Die acht Städte der dritten Gruppe – u. a. Trier, Ingolstadt, Jena, Paderborn und Siegen – weisen zwar eine ähnliche Distanz zum nächsten metropolitanen Kern auf, der Metropolfunktionsindex ist aber unterdurchschnittlich.
4. Die vierte Gruppe ist schließlich aufgrund ihrer geringen Distanz durch eine engere Beziehung zu den Metropolregionen charakterisiert. Zu dieser Gruppe gehören z. B. Aachen, Karlsruhe, Münster und Augsburg.

³ Das regionale Bevölkerungspotenzial ist ein Zentralitätsmaß, das für eine Ausgangsgemeinde die Wohnbevölkerung im Umkreis von 100 km distanzgewichtet aufsummiert. Dabei setzt sich der Wert des Bevölkerungspotenzials aus zwei Teilgrößen additiv zusammen: der distanzgewichteten (alle 10 km Entfernung nur noch zu 50 %) erreichbaren Bevölkerung in umliegenden Gemeinden sowie der mit der sogenannten Eigendistanz distanzgewichteten Eigenbevölkerung.

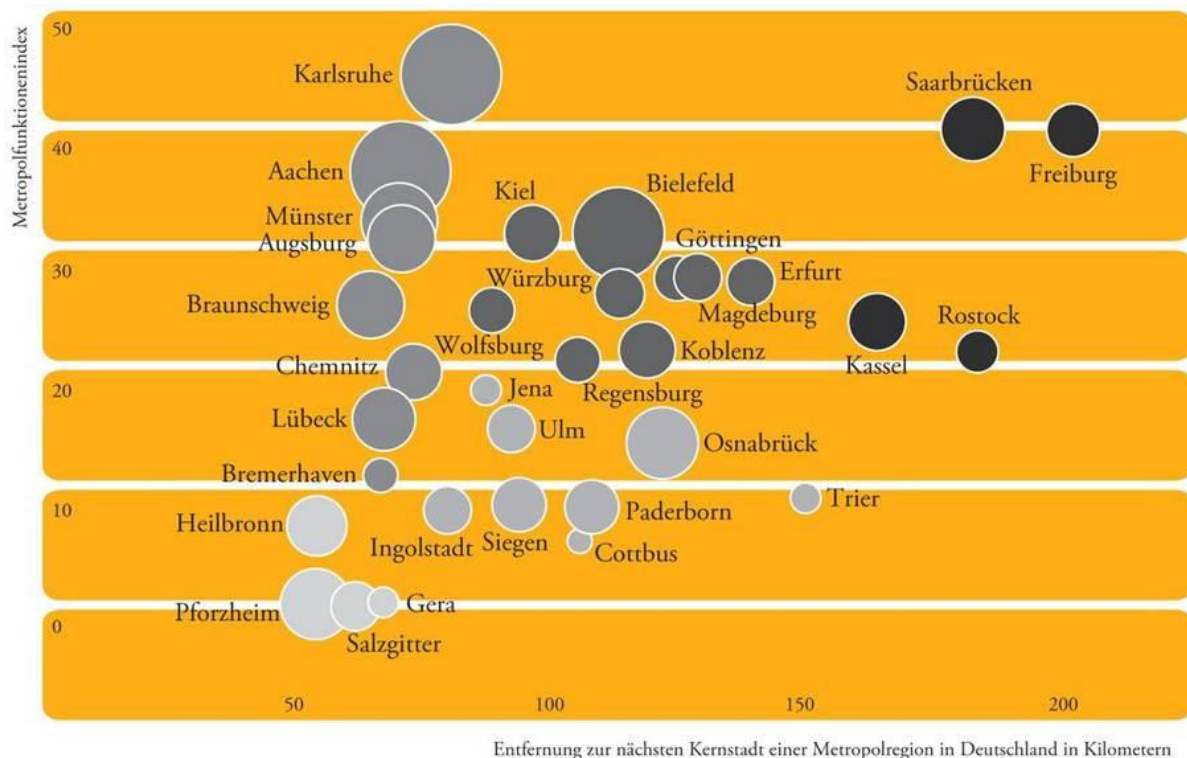


Abbildung 3: Typisierung von Regiopolen (Aring/Reuther 2008: 25)

Die auf diese Weise analytisch identifizierten möglichen Regiopolen haben zusammen ca. sechs Millionen Einwohner und ein kumuliertes Bevölkerungspotenzial im Inland von 13 Millionen Einwohnern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die zugrunde gelegte Einwohnerschwelle von 100.000 Einwohnern relativ willkürlich festgelegt wurde. Städte wie Schwerin (Landeshauptstadt), Kaiserslautern, Tübingen, Gießen oder Konstanz (alles Universitätsstädte) haben zwischen 80.000 und 100.000 Einwohnern und zugleich wichtige metropolitane Funktionen. Auch ähnlich große Mittelstädte in einem dünn besiedelten ländlichen Umfeld, wie z. B. Flensburg, Zwickau oder Iserlohn, könnten aufgrund ihrer Zentralität und dem weiten Einzugsgebiet durchaus als potentielle Regiopolen eingestuft werden. Dementsprechend könnte die Anzahl von Regiopolen auch deutlich über 30 liegen. Ob sich eine Stadt als Regiopole versteht, obliegt jedoch letztlich ihrer eigenen Entscheidung.

Analog zur in den 1990er Jahren aufgekommenen Debatte um Metropolregionen werden jene Regionen, in denen Regiopolen liegen, als Regiopolregionen bezeichnet. Anders als allerdings bei Metropolregionen fehlt bisher ein ausführlicher Diskurs zur Bestimmung und Abgrenzung von Regiopolregionen. Probleme ergeben sich oft aus der Vermischung von empirisch-analytischen und normativ-planerischen Abgrenzungen.

Eine sprachliche Differenzierung, wie sie Blotevogel für die Metropolregionen vorgeschlagen hat, mit „Metropolraum“ für eine empirisch-analytische Abgrenzung und „Metropolregion“ für eine normativ-planerische Abgrenzung, hat sich in der Debatte um die Regiopolen noch nicht durchgesetzt und wurde bisher auch in der Region Mittelrhein-Westerwald planungspolitisch noch nicht geklärt, wäre aber aus gutachterlicher Sicht folgerichtig. Demnach ist ein Regiopolraum ein empirisch beschreibbarer räumlicher Cluster von metropolitane Funktionen um eine Regiopole, eine Regiopolregion hingegen ein regionaler Handlungsraum um eine solche, der von einem Netzwerk aus öffentlichen und privaten Akteuren getragen wird und auf regionalpolitischen Erwägungen und der Selbstbindung der handelnden Akteure fußt.

Begriffsdefinitionen

- **Regiopole** = kleine Großstadt, die als regionaler Entwicklungsmotor außerhalb von Metropolregionen fungiert und eine herausgehobene Bedeutung für ein größeres Umland besitzt
- **Regiopolraum** = ein empirisch beschreibbarer räumlicher Cluster von metropolitenen Funktionen um eine Regiopole
- **Regiopolregion** = ein regionaler Handlungsraum um eine Regiopole, der von einem Netzwerk aus öffentlichen und privaten Akteuren getragen wird und auf regionalpolitischen Erwägungen und der Selbstbindung der handelnden Akteure fußt

2.2 Zur Entstehungsgeschichte der Regiopoldebatte

Die Regiopoldebatte nahm ihren Anfang 2006 in Reaktion auf die im Zuge der EUREK-Entwicklung in den 1990er Jahren von der Bundesraumordnung eingeführte Kategorie der „europäischen Metropolregionen“. Vor dem Hintergrund der in Deutschland historisch gewachsenen polyzentrischen Siedlungsstruktur und des föderalen Staatsaufbaus wurde die Leitvorstellung einer ausgewogenen und polyzentrischen räumlichen Entwicklung propagiert. So beschloss die MKRO 1995 den Raumordnungspolitischen Handlungsrahmen, in dem zunächst sechs Regionen (Berlin-Brandenburg, Hamburg, München, Rhein-Main, Rhein-Ruhr und Stuttgart) als europäische Metropolregionen herausgestellt wurden. Nach dem Verständnis der MKRO sind Metropolregionen „Standorte, deren herausragende Funktionen im internationalen Maßstab über die nationalen Grenzen hinweg ausstrahlen Als Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung sollen sie die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit Deutschlands und Europas erhalten und dazu beitragen, den europäischen Integrationsprozess zu beschleunigen“ (BMBau 1995: 27). In den Metropolregionen sollten gezielt die Stärken gestärkt und Potenziale gebündelt werden. Die mit dem Begriff verbundenen Leitvorstellungen blieben jedoch vage. Kritik am Konzept der Metropolregionen zielte sowohl auf die regionalökonomisch nicht evidente Einordnung der Metropolen als Wachstumsmotoren als auch an der (je nach Stand erhofften oder befürchteten) Umverteilung von Fördermitteln und strukturpolitischer Aufmerksamkeit auf wirtschaftsstarke Zentren sowie die steigenden Transaktionskosten, gerade in polyzentrischen Regionen. Gleichwohl strebten immer mehr Großstädte den Status einer Metropolregion an, so dass die MKRO 2005 nach breiter politischer und fachlicher Diskussion per Beschluss die Zahl der „europäischen Metropolregionen“ auf dann elf erhöhte.

Eingebettet war die Diskussion um Metropolregionen in einen Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung der Leitbilder der Raumordnung ab 2004. Die neuen Leitbilder sollten den Raumordnungspolitischen Orientierungsrahmen von 1992 ablösen und sahen die Vernetzung von Wirtschaftsräumen und Metropolregionen als wichtigen Ansatzpunkt. In den 2006 nach fachöffentlicher Debatte von der MKRO beschlossenen neuen Leitbildern der Raumentwicklung in Deutschland zielte eines von drei Leitbildern auf „Wachstum und Innovation“. Ziel war die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen im globalen Standortwettbewerb. Das Leitbild betonte den Entwicklungsauftrag der Raumordnung und mahnte eine verbesserte Selbstaufstellung und Kooperation der Regionen an. Neben Metropolregionen wurden zwar auch ausgewählte Wachstumsräume außerhalb der engeren metropolitenen Verflechtungsräume sowie Stabilisierungsräume angesprochen. Die Fokussierung auf die großstädtischen Ballungsräume wurde jedoch wiederholt kritisiert. Widerstand regte sich gerade in jenen Bundesländern und Regionen, die, wie z. B. die Region um Rostock, sich hierdurch marginalisiert bzw. nicht angemessen berücksichtigt sahen. Der oben beschriebenen Gruppe kleinerer Großstädte, die als Regiopole betrachtet werden können, wurde in der zum Leitbild gehörenden Karte nur eine nachgeordnete Rolle als „weitere Standorte von Metropolfunktionen“ in einer dreigliedrigen Abstufung zugeschrieben (vgl. Abbildung 4).

Leitbild Wachstum und Innovation

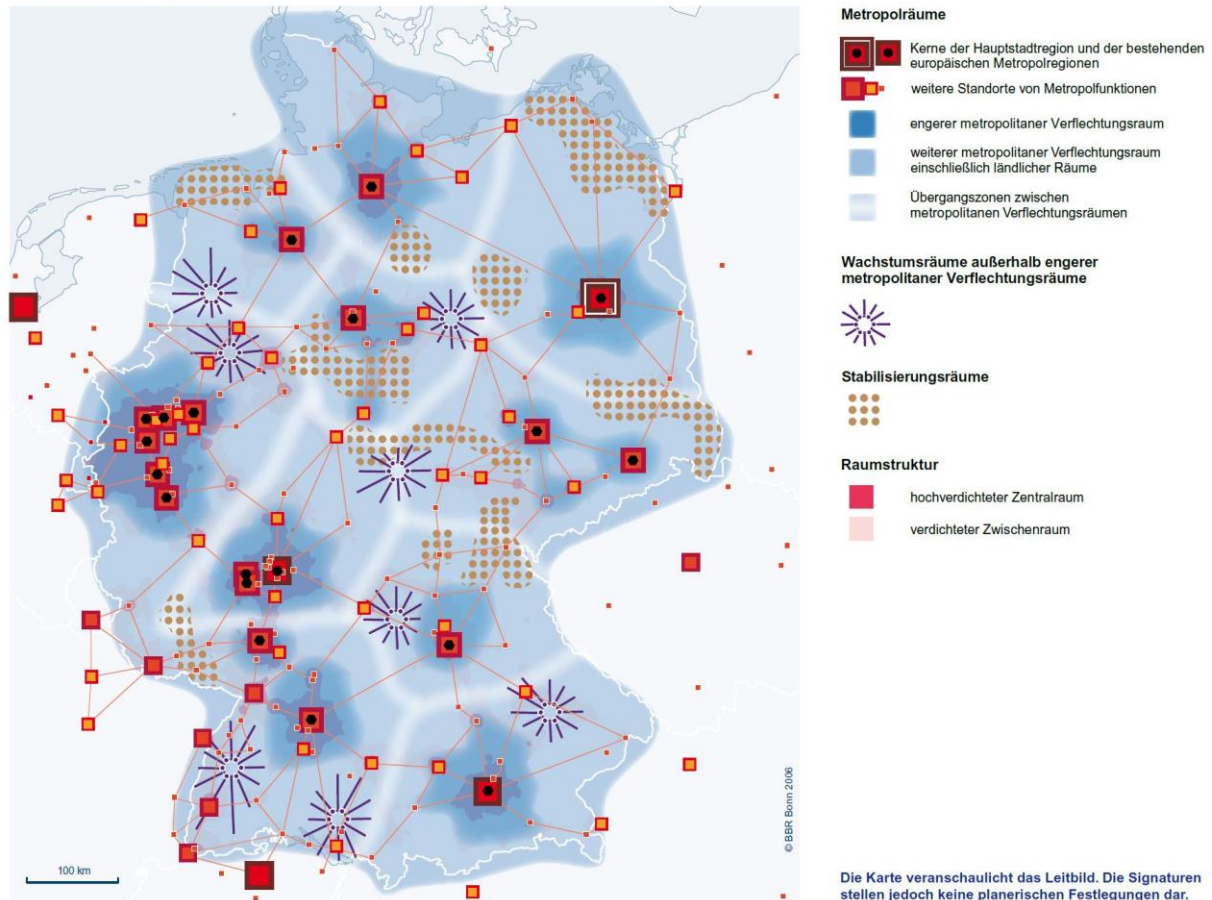


Abbildung 4: Leitbild „Wachstum und Innovation“ von 2006 (BMVBS 2006: 13)

Am 14.9.2006 wurde auf Initiative der Professoren Iris Reuther und Jürgen Aring an der Universität Kassel eine Tagung über „Regiopolen – Zwischen Metropolregionen und Peripherien“ in Kooperation mit der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) und dem Zweckverband Raum Kassel (ZRK) organisiert. Professor Aring hatte zuvor den Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung der Leitbilder der Raumordnung im Auftrag der Bundesraumordnung wissenschaftlich begleitet und griff mit dieser Veranstaltung die offene Frage auf, wie mit jenen Standorten metropolitaner Funktionen im deutschen Städtesystem umzugehen sei, die außerhalb von Metropolregionen liegen.

„Das wiederum legt die Frage nahe, ob neben den metropolitanen Kernen gegebenenfalls auch die kleineren Großstädte in den Metropolregionen oder auch in den nicht minder großen Zwischenräumen spezifische Rollen für Wachstum und Innovation übernehmen können und wie weit diese dann ausstrahlen. Schließlich steht die Frage, welchen Weg jene Räume nehmen, die bis dato kaum oder gar keinen Anschluss an eine Metropolregion oder den Kontext einer kleineren Großstadt haben, die hier als Regiopole genauer betrachtet werden sollen.“ (Aring/Reuther 2008: 11)

Rund 100 Teilnehmer aus Kommunalpolitik, Planungsverwaltung und Wissenschaft nahmen an der Veranstaltung teil, in der der Begriff der „Regiopole“ erstmalig öffentlichkeitswirksam Verwendung fand. Die Beiträge und Ergebnisse der Tagung sowie eines nachfolgenden Forschungsprojekts an der Universität Kassel zu „Regiopolen – Neue Lesarten, Knoten und Raumpartnerschaften“ (in Kooperation mit der Region Rostock) wurden von den Organisatoren 2008 in dem Band „Regiopolen – Die kleinen Großstädte in Zeiten der Globalisierung“ (Aring/Reuther 2008) veröffentlicht. Neben mehr grundsätzlichen Beiträgen und Analysen finden sich auch hier Beiträge zu den Fallbeispielen Erfurt, Rostock, Bielefeld, Kassel und Regensburg. Für die weitere Formierung von Regiopolen in Deutschland hatten die Tagung in Kassel und der dazugehörige Band einen wichtigen Impulscharakter. Ungeachtet der

nachfolgend dargestellten Entwicklungen in der regionalpolitischen Praxis steht eine weitergehende wissenschaftliche Befassung mit dem Konzept der Regiopolen bis heute allerdings aus.

2.3 Die Formierung von deutschen Regiopolen

Die erste Region in Deutschland, die das Konzept der Regiopolen aktiv aufgriff, war ab dem Jahr 2007 Rostock. Die Initiative dort ging vom Regionalen Planungsverband Mittleres Mecklenburg/Rostock aus, der gemeinsam mit der Hansestadt Rostock sowie der Industrie- und Handelskammer zu Rostock einen Initiativkreis gründete. 2009 setzte sich die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der MKRO für eine Erweiterung des Metropolregionen-Konzepts um Regiopolenregionen ein. Im Rahmen des Beschlusses zur Weiterentwicklung der Leitbilder für die Raumentwicklung in Deutschland im Mai 2010 sprach sich die MKRO dafür aus, die Regiopolen als eigenständige Kategorie in den Leitbildern aufzunehmen. Anders als die Metropolregionen sollten sie aber nicht bundesweit festgeschrieben werden.

Ausgehend von Rostock wurde parallel auch an einer Vernetzung von potenziellen Regiopolenregionen gearbeitet. Im Jahr 2009 organisierte die IHK Rostock mit dem Deutschen Städtetag das erste Nationale Regiopolenforum. Im März 2011 folgte ein informelles Treffen potenzieller Regiopolen in Berlin, bei dem um eine Verstärkung des Engagements und der Zusammenarbeit geworben wurde. Teilnehmer kamen aus den Städten Kassel, Kiel, Koblenz, Osnabrück, Trier und Rostock. Zwei Jahre später organisierte die Regiopolenregion Rostock in Berlin einen weiteren Workshop mit dem Ziel, Partner zur Gründung eines nationalen Netzwerkes von Regiopolen zu finden. Im Ergebnis befürworteten Vertreter der Städte Trier, Rostock, Erfurt und Paderborn eine Netzwerkgründung, während andere Teilnehmer aus Saarbrücken, Gera, Kiel und Cottbus eher ablehnend reagierten und hierfür sowohl konzeptionelle als auch ressourcenbezogene Argumente anführten.

Ab dem Jahr 2014 lässt sich eine zunehmende Dynamik bei der Implementierung von Regiopolenregionen in Deutschland beobachten. So bekannten sich in diesem Jahr die Städte Bielefeld, Erfurt und Paderborn zu dem Konzept. In Rostock wurde eine Kooperationsvereinbarung der Regiopolenregion von fünf Städten, dem Landkreis Rostock, der IHK zu Rostock, der Region Rostock Marketing Initiative sowie dem zuständigen Landesministerium unterzeichnet und eine Regiopole-Geschäftsstelle eingerichtet.

Nahezu zeitgleich kam es dann im März 2016 sowohl zur Gründung eines **deutschen RegioPole-Netzwerks** als auch zur Aufnahme des Regiopole-Konzepts in die von der MKRO fortgeschriebenen **Leitbilder der Raumentwicklung** in Deutschland. Unterzeichner der interkommunalen Vereinbarung zur Netzwerkgründung waren die Ober-/Bürgermeister der sechs Städte Bielefeld, Erfurt, Paderborn, Rostock, Siegen und Trier. Als Ziele des Netzwerks wurden

- die Stärkung der Wahrnehmung kleinerer Großstädte auf EU-, Bundes- und Länderebene,
- die Etablierung der Regiopole als eigene Raumkategorie in der zentralörtlichen Gliederung Deutschlands für kleinere Großstädte unterhalb der Metropole mit einem herausgehobenen oberzentralen Status,
- eine besondere Beachtung des Regiopolenstatus im Bund-Länderfinanzausgleich und im kommunalen Finanzausgleich der Länder sowie bei der Vergabe von Fördermitteln,
- die Weiterentwicklung des Regiopole-Ansatzes (z. B. untersetzt durch Modellvorhaben der Raumordnung und wissenschaftliche Publikationen),
- die Bündelung der nationalen und internationalen Lobbyarbeit (analog zum Initiativkreis der Metropolregionen in Deutschland),
- der gegenseitige Erfahrungs- und Informationsaustausch sowie
- die Umsetzung gemeinsamer Projekte

definiert. Die Region Mainfranken sprach sich 2017 für die Schaffung einer „Regiopolenregion Mainfranken“ im Sinne eines mit der Regiopole Würzburg verbundenen Kooperationsraums sowie die Ausweisung der Stadt Würzburg als

Regiopole im bayrischen LEP aus. Seit 2019 ist auch die Stadt Würzburg Mitglied des deutschen RegioPole-Netzwerks. Der Vorsitz des Netzwerks rotiert unter den Partnerstädten. Den ersten Vorsitzenden stellte die Regiopole Rostock. Derzeit (Oktober 2019) hat die Stadt Trier den Vorsitz inne.

Ein sichtbarer Erfolg des Engagements kleiner Großstädte unter dem Label der Regiopolen war die Verabschiedung der neuen Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland am 9. März 2016. Hierin fand der Regiopole-Ansatz explizit Eingang:

*„Auch außerhalb von Metropolregionen leisten Städte und ländliche Teilräume mit hoher Wirtschafts- und Innovationskraft schon heute einen erheblichen Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum und übernehmen wichtige Entwicklungs- und Versorgungsfunktionen für ihre Verflechtungsbereiche. Im Rahmen einer Raumentwicklungsstrategie sollen diese Wirtschafts-, Innovations- und Technologiestandorte gestärkt werden. Initiativen zur Weiterentwicklung von Stadtregionen, mit denen Wachstums- und Innovationsprozesse in Räumen abseits der Metropolregionen als Prozesse der Selbstorganisation auf Initiative regionaler Akteure befördert werden können (im Sinne von **Regiopolen**), sollen dabei unterstützt werden. Dies findet insbesondere seinen Niederschlag in den **Regiopolenkonzepten**.“ (BMVI 2016: 10)*

Wettbewerbsfähigkeit

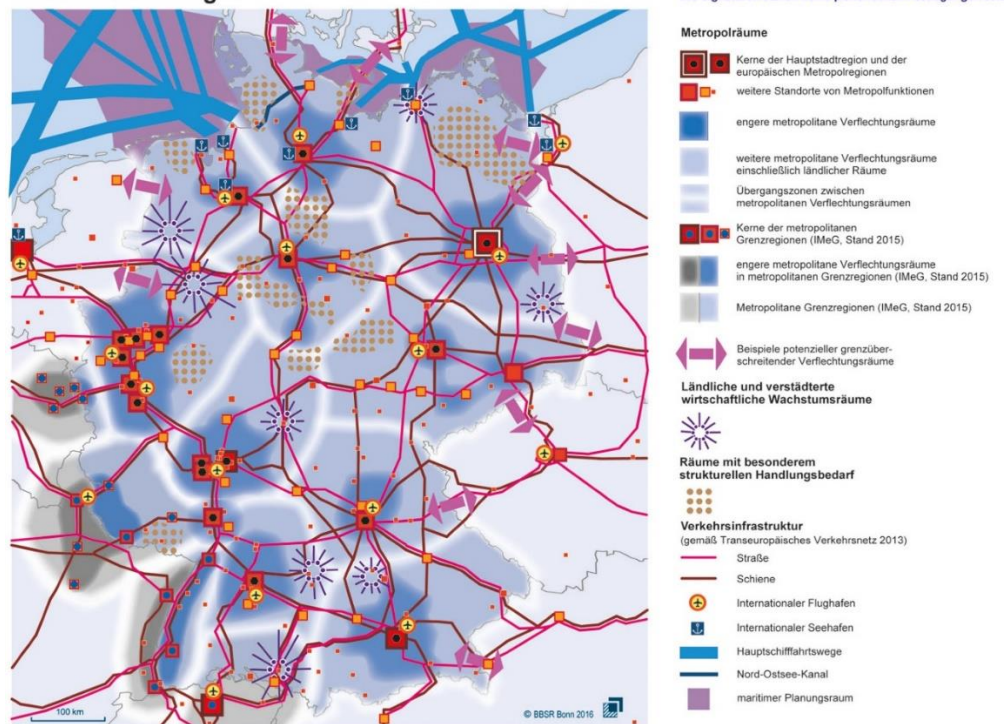


Abbildung 5: Leitbild „Wettbewerbsfähigkeit“ von 2016 (BMVI 2016: 14)

Die zum Leitbild „Wettbewerbsfähigkeit“ zugehörige Karte baut auf jener aus dem Jahr 2006 auf. Neben Metropolregionen wurden jetzt auch metropolitane Grenzregionen grafisch dargestellt. Auf eine bundesweite Ausweisung von Regiopolen wurde hingegen verzichtet. Allerdings wurden nun zusätzliche Wachstumsräume außerhalb von Metropolregionen dargestellt, darunter Rostock sowie eine Reihe weiterer Städte, die als potentielle Regiopolen gelten, wie Cottbus, Münster oder Augsburg.

2.4 Ausblick

Aktuell arbeiten die im Regiopole-Netzwerk kooperierenden Städte bzw. Stadtregionen am eigenen Profil und Selbstverständnis. Dabei wird eine Positionierung von Regiopolen „als Anker des ländlichen Raumes“ erwogen, weil sich viele (wenn auch nicht alle) potenzielle Regiopolen als Kondensationskerne in eher peripheren Räumen charakterisieren lassen. Diese interne Debatte erfolgt auch vor dem Hintergrund von Überlegungen im Innenressort in Abstimmung mit dem BMEL zur zukünftigen Bindung von Strukturmitteln an einen derart qualifizierten Regiopole-Begriff.

Die von der Bundesregierung 2018 eingesetzte Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ hatte zur intensiven Befassung mit einzelnen Themenkomplexen sechs Facharbeitsgruppen eingerichtet, darunter die Facharbeitsgruppe 3 „Raumordnung und Statistik“ unter dem Vorsitz von BMI, BMEL und dem Land Brandenburg. In dem Abschlussbericht der Facharbeitsgruppe vom Mai 2019 heißt es „Wir empfehlen dem Bund ... den Aufbau des Netzwerkes der Regiopolen zu fördern“ (BMI 2019: Anhang S. 60) und ferner:

„Wir empfehlen großräumige Stadt-Land-Partnerschaften zu nutzen, um die räumliche Arbeitsteilung zwischen den Ballungszentren und den urbanen Zentren in ländlichen Räumen zu verbessern. Im Kontext der Beschlüsse der Ministerkonferenz für Raumordnung zu den Leitbildern der Raumordnung vom 9. März 2016 sollte geprüft werden, welche Rolle die sogenannten Regiopolen übernehmen können. Im ländlichen Raum besitzen diese Regiopolen als Oberzentren Urbanität und sind häufig Universitäts- und Kulturstandorte.“
(BMI 2019: Anhang S. 65)

Ob mit der Diskussion um die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse eine Akzentverschiebung in der Debatte um Regiopolregionen von der ursprünglichen Idee der Stärkung der Wirtschaftskraft im internationalen Standortwettbewerb (abgeleitet aus der Debatte um Metropolregionen) in Richtung auf eine Sicherung der Daseinsvorsorge durch die Wahrnehmung oberzentraler Funktionen für ländliche Räume einhergeht, lässt sich derzeit noch nicht abschließend feststellen. Zweifellos bieten jedoch sowohl die Entwicklungs- als auch die Stabilisierungsfunktion Ansatzpunkte für regionalpolitisch abgestimmte Regiopol-Initiativen.

3 Abgrenzung der großräumigen Verflechtungsbereiche in der Region Mittelrhein-Westerwald

3.1 Erläuterung der Methodik zur Abgrenzung der Verflechtungsbereiche

Die Region Mittelrhein-Westerwald ist schon aufgrund ihrer Lage zwischen den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Hessen mit den Metropolregionen Rheinland und Frankfurt/Rhein-Main sowie den verschiedenen etablierten Kooperationsräumen (z. B. Köln/Bonn und Südwestfalen) eine Region, die geprägt ist von länderübergreifender Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene (z. B. die infolge des Berlin/Bonn-Gesetzes gegründete *ra*k-Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler). Die verschiedenen „Governance-Arenen“ spiegeln dabei eine regionale Untergliederung auf mehreren Hierarchiestufen wider („Multi-Level-Governance“). Die Zusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen folgt dabei oft auch bestehenden räumlich-funktionalen Verflechtungen. Zu unterscheiden ist daher zwischen analytisch-deskriptiven Verflechtungsbereichen und normativ-planerischen Kooperationsregionen. Während normative Regionen meist aus mehreren territorialen Einheiten (z. B. Landkreise) zusammengesetzt sind, können räumlich-funktionale Verflechtungen selbst bis zur subkommunalen Ebene erfasst und nachgewiesen werden, wenngleich in Wissenschaft und Planungspraxis dennoch überwiegend politische Gemeinden zu Verflechtungsbereichen aggregiert werden. Neben methodischen Erwägungen (die gängigen Verflechtungsdaten liegen i. d. R. nur auf Ebene der Gemeinden vor, wie etwa die Pendlerdaten der Bundesagentur für Arbeit), folgt dies auch planungspraktischen Erwägungen, da etwa Rasterzellen (als Beispiel für eine subkommunale Untersuchungsebene) keine „natürlichen“ Normadressaten haben, d. h., dass solche Befunde i. d. R. rein wissenschaftlicher Natur und ungeeignet sind, um darauf fußend etwa regionale Kooperationen zu etablieren. Rasterzellen können im Gegensatz zu Gemeinden nicht kooperieren, wenngleich sich auf dieser Ebene natürlich räumliche Muster untersuchen lassen, die dann Anlass zur Kooperation der betroffenen Gebietskörperschaften geben können.

Für Verflechtungsanalysen auf regionaler Maßstabsebene sind Berufspendlerverflechtungen ein geeigneter Indikator: Einerseits sind sie für sich genommen eine der wesentlichen räumlich-funktionalen Verflechtungen (zwischen Arbeits- und Wohnorten der in der Region lebenden Beschäftigten) und zweitens sind sie ein Proxy-Indikator („Stellvertreter-Variable“) für andere Verflechtungen. So konnten etwa für die medizinische Versorgung Mitversorgungseffekte entlang ausgeprägter Berufspendler-Relationen nachgewiesen werden (Czihal et al. 2012: 12), d. h., dass medizinische Leistungen häufig im zugehörigen Arbeitsmarktzentrum nachgefragt werden (und nicht am Wohnort, selbst wenn die Leistungen dort angeboten werden). Pendlerverflechtungen im (Berufs-)Schülerverkehr hingegen spielen vor allem auf kleinräumiger, d. h. auf grund- und mittelmittler Ebene eine Rolle.

Für die Verflechtungsanalyse werden Daten der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit genutzt⁴. Diese sind bundesweit vergleichbar und somit für eine länderübergreifende Analyse geeignet. Die Pendlerstatistik umfasst jedoch nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und deckt daher nur einen gewissen (wenn auch mit etwa 75-80 % den größten) Teil der Erwerbstätigen ab; Beamte, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sind in der Statistik nicht erfasst. Vor allem auf großräumiger Ebene können die ggf. auftretenden Abweichungseffekte jedoch vernachlässigt werden; ohnehin besteht ein erheblicher Zusammenhang zwischen den Pendelwegen von abhängig Beschäftigten und Beamten (für die Region Mittelrhein-Westerwald beträgt der Korrelationskoeffizient der Pendlerwege zwischen den Landes- und Kommunalbeamten und den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte 0,94; das Bestimmtheitsmaß (R^2) beträgt 0,88).

⁴ Stichtag ist der 30.6.2018. Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert. Für die statistischen Berechnungen im Rahmen der Vorstudie wird in diesen Fällen mit einem rechnerischen Wert von 1,5 als Mittelwert aus 1 und 2 gearbeitet. Weitergehende Informationen und Methodenhinweise zur Pendlerstatistik der Bundesagentur für Arbeit können hier abgerufen werden: https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_280848/Statistischer-Content/Grundlagen/Methodik-Qualitaet/Methodische-Hinweise/BST-MethHinweise/Pendler-meth-Hinweise.html

Methodisch gibt es zunächst zwei grundsätzliche Wege, um Verflechtungsbereiche abzugrenzen: (1) Anhand vorab definierter Zentren (ggf. auch zusammengefasst bei polyzentrischen Räumen) wird geprüft, zu welchem dieser Zentren die übrigen Städte und Gemeinden die stärksten Verflechtungen aufweisen. (2) Die Verflechtungsbereiche einschließlich ihrer Kerne werden auf der Grundlage aller Verflechtungsbeziehungen im definierten Untersuchungsraum identifiziert (vgl. zur Methodendiskussion auch ausführlich Terfrüchte 2015). Auch wenn die Entwicklungsbereiche gemäß Karte 5 des LEP IV zunächst den Ausgangspunkt der Analyse gebildet haben (sie sind normativ gesetzt und mithin Teil eines politisch legitimierten Zielsystems), wurde nach Rücksprache mit dem AG die 2. Grundvariante der Verflechtungsanalyse angewendet.

Weitere Vorgaben gemäß Leistungsbeschreibung des AG sind (1) die räumlich konkrete Abgrenzung der Verflechtungsbereiche, d. h. es besteht das Erfordernis einer eindeutigen Zuordnung jeder (Orts-)Gemeinde zu einem Verflechtungsbereich, wodurch auch Überlappungen mehrerer Verflechtungsbereiche (sog. „fuzzy borders“) ausgeschlossen werden können, und (2) eine bestmögliche Nicht-Berücksichtigung administrativer Grenzen. Die Pendlerstatistik liegt zwar für Rheinland-Pfalz auch auf Ebene der verbandsangehörigen Gemeinden vor, eine Loslösung von administrativen Grenzen ist jedoch mit den gängigen Daten der Bundesagentur für Arbeit nicht möglich. Zu bedenken ist dabei, dass die Vergleichbarkeit mit Nordrhein-Westfalen und Hessen mit ihren jeweils „nur“ rund 400 Städten und Gemeinden mit den rund 2.300 Städten und Gemeinden in Rheinland-Pfalz nur bedingt gewährleistet werden kann. Gleichwohl wird vorgeschlagen, auch die Ortsgemeinden in die Analyse einzubeziehen, um für die der Region Mittelrhein-Westerwald angehörigen Gemeinden eine räumlich möglichst konkrete Zuordnung zu den umgebenden Kernen zu ermöglichen. Im Einzelfall (und das zeigen auch die Befunde, s. u.) kann es bei sehr kleinen Ortsgemeinden dazu kommen, dass bereits eine vergleichsweise geringe Anzahl an Pendlern letztlich über die überwiegende Pendlerorientierung entscheidet.

Unter den vorgenannten Prämissen wird als Algorithmus für die Zuordnung von Quellgemeinden zu Zielgemeinden eine Verknüpfung aus graphentheoretischem und gravitationsanalytischem Ansatz gewählt, wobei als Quellgemeinden sämtliche Ortsgemeinden der Region Mittelrhein-Westerwald fungieren und als Zielgemeinden sämtliche Zielgemeinden in Rheinland-Pfalz sowie den angrenzenden Bundesländern Hessen und Nordrhein-Westfalen. Dazu wird zunächst eine Quell-Ziel-Matrix erstellt, in die sodann die sog. Anbindungskoeffizienten (AK, Anteil der Auspendler in den jeweiligen Zielort an allen Auspendlern der Quellgemeinde) eingetragen werden; die Zuordnung erfolgt anhand des stärksten Koeffizienten aus Sicht der Quellgemeinde⁵, wobei gilt, dass die Gravitationskraft (Summe der Einpendler aus der Region) des Zielortes für eine Zuordnung stets größer sein muss, als die des Quellortes. Durch diese Prämisse wird sichergestellt, dass die Gravitationskerne in und außerhalb der Region nicht ihrerseits einem anderen Gravitationskern anhand des stärksten Anbindungskoeffizienten zugeordnet werden.

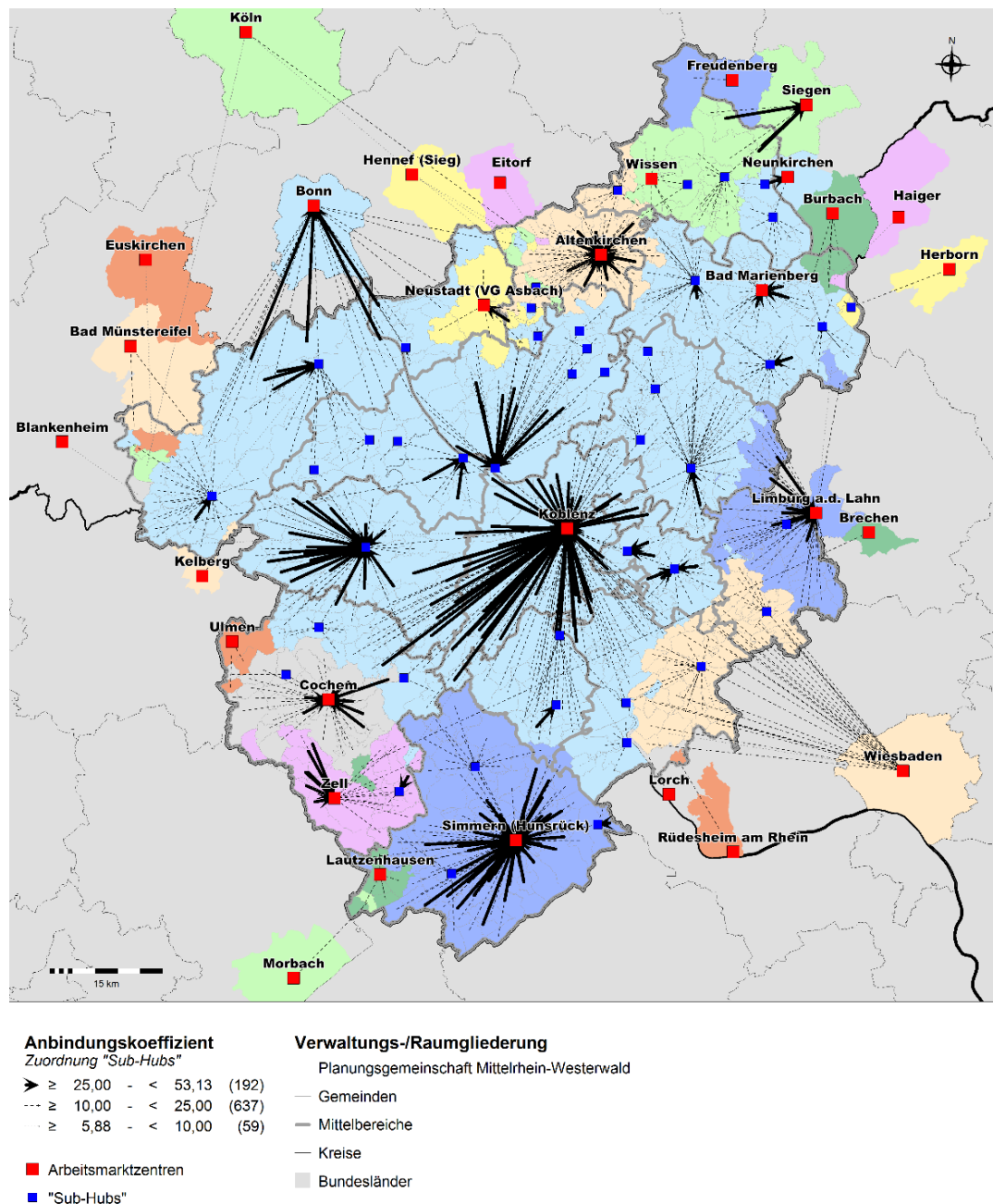
$$\text{Anbindungskoeffizient (AK)} = \frac{\text{Auspendler } A \rightarrow B}{\text{Auspendler } A} \times 100$$

Dieser Modellansatz erlaubt es zudem, auch sog. Sub-Hubs der Verflechtungsbereiche zu identifizieren, indem im Sinne einer Kaskade Quellgemeinden zunächst ihrem Zielort anhand des stärksten AK zugeordnet werden und der Zielort selbst einem höherrangigen Zielort, sofern die Prämisse erfüllt bleiben muss, dass der indirekte Zielort ebenfalls eine höhere Gravitationskraft aufweist als der Sub-Hub.

⁵ Dadurch erfolgt eine Zuordnung auch stets anhand des absolut stärksten Auspendlerstroms.

3.2 Verflechtungsbereiche in der Region Mittelrhein-Westerwald

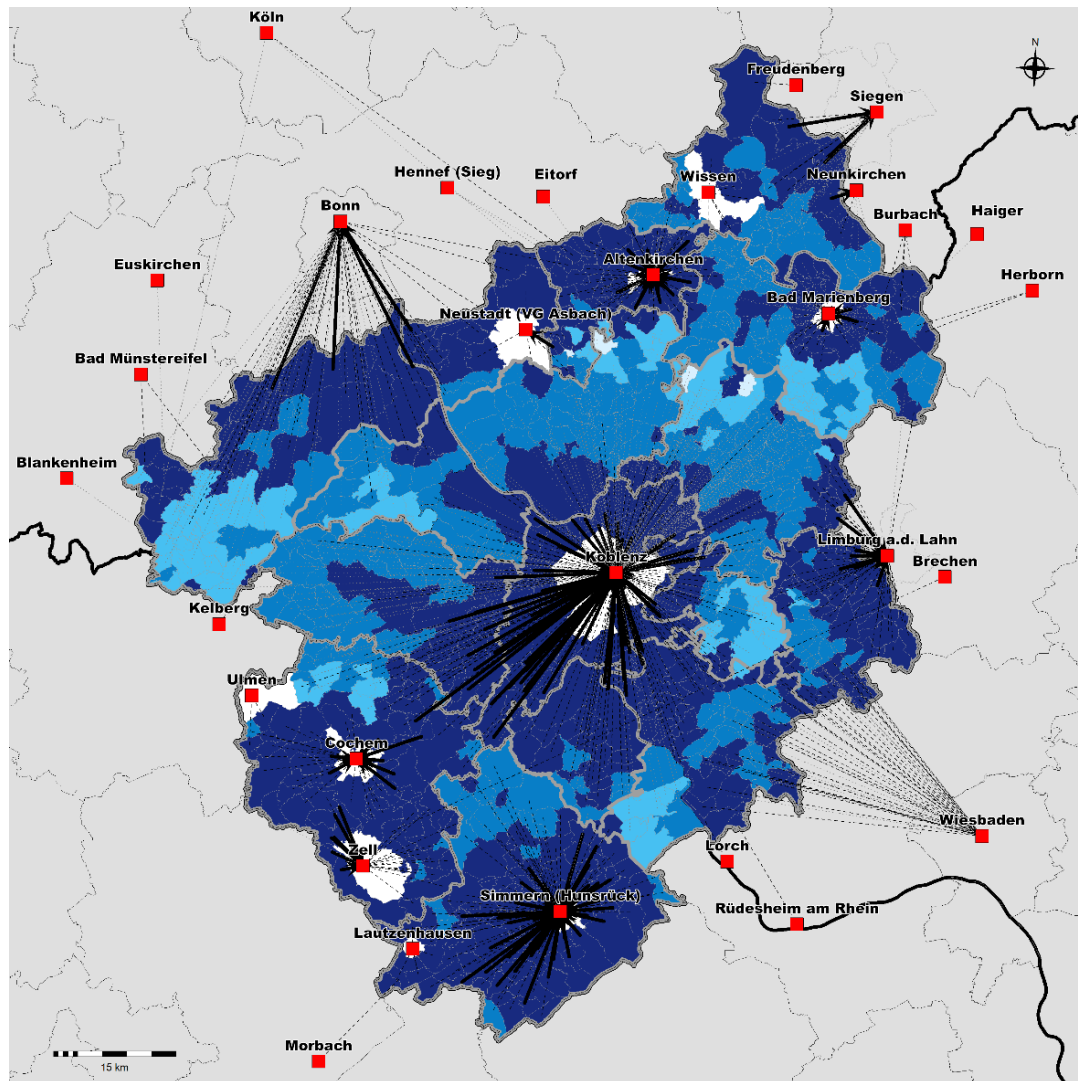
Karte 1 zeigt die bestehenden Verflechtungsbereiche unter Anwendung der zuvor beschriebenen Methodik. Dargestellt sind die (indirekten) Pendlereinzugsbereiche (der Arbeitsmarktzentren für die Region, d. h., dass auch die Pendlereinzugsbereiche der „Sub-Hubs“ (dargestellt über die Ströme) den dominierenden Zielen zugeordnet sind. Zu bedenken ist bei der Interpretation, dass die Bedeutung der oft kleineren Zentren außerhalb von Rheinland-Pfalz allein aus den Pendlern der Region resultiert, d. h., dass (1) eine weitere indirekte Zuordnung im Sinne der o. g. Kaskade nicht erfolgen kann, da für die außerhalb der Region liegenden Zielorte keine Auspendlerströme berücksichtigt wurden, und dass (2) die Gravitationskraft dieser Zielorte sich allein aus den Einpendlern aus der Region speist, sodass Einpendler aus den umliegenden Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und Hessen unberücksichtigt bleiben.



Karte 1: Verflechtungsbereiche in der Region Mittelrhein-Westerwald⁶

⁶ Karte 1 bis Karte 2219 wurden mit der Software RegioGraph der Firma GfK Geomarketing erstellt.

Insgesamt haben 75 Städte und Gemeinden eine relevante Bedeutung als Arbeitsplatzstandorte für die Region, 55 davon liegen in der Region Mittelrhein-Westerwald, zwei (Morbach und Kelberg) angrenzend in Rheinland-Pfalz, elf in NRW und sieben in Hessen. Durch die indirekte Zuordnung weniger starker Zielorte zu stärkeren Zielorten verbleiben 30 Städte und Gemeinden als bedeutsame Arbeitsplatzstandorte. 491 Ortsgemeinden sind bereits auf der ersten Zuordnungsstufe ihrem abschließenden Arbeitsmarktzentrum zugeordnet, weitere 296 auf der zweiten (und damit der ersten indirekten) Stufe, 97 auf der dritten Stufe und vier auf der vierten Stufe. Diese indirekten Zuordnungen finden sich vor allem im Einzugsbereich von Koblenz, wie Karte 2 zeigt (je niedriger die Zuordnungsstufe, desto dunkler die Einfärbung der Ortsgemeinden).

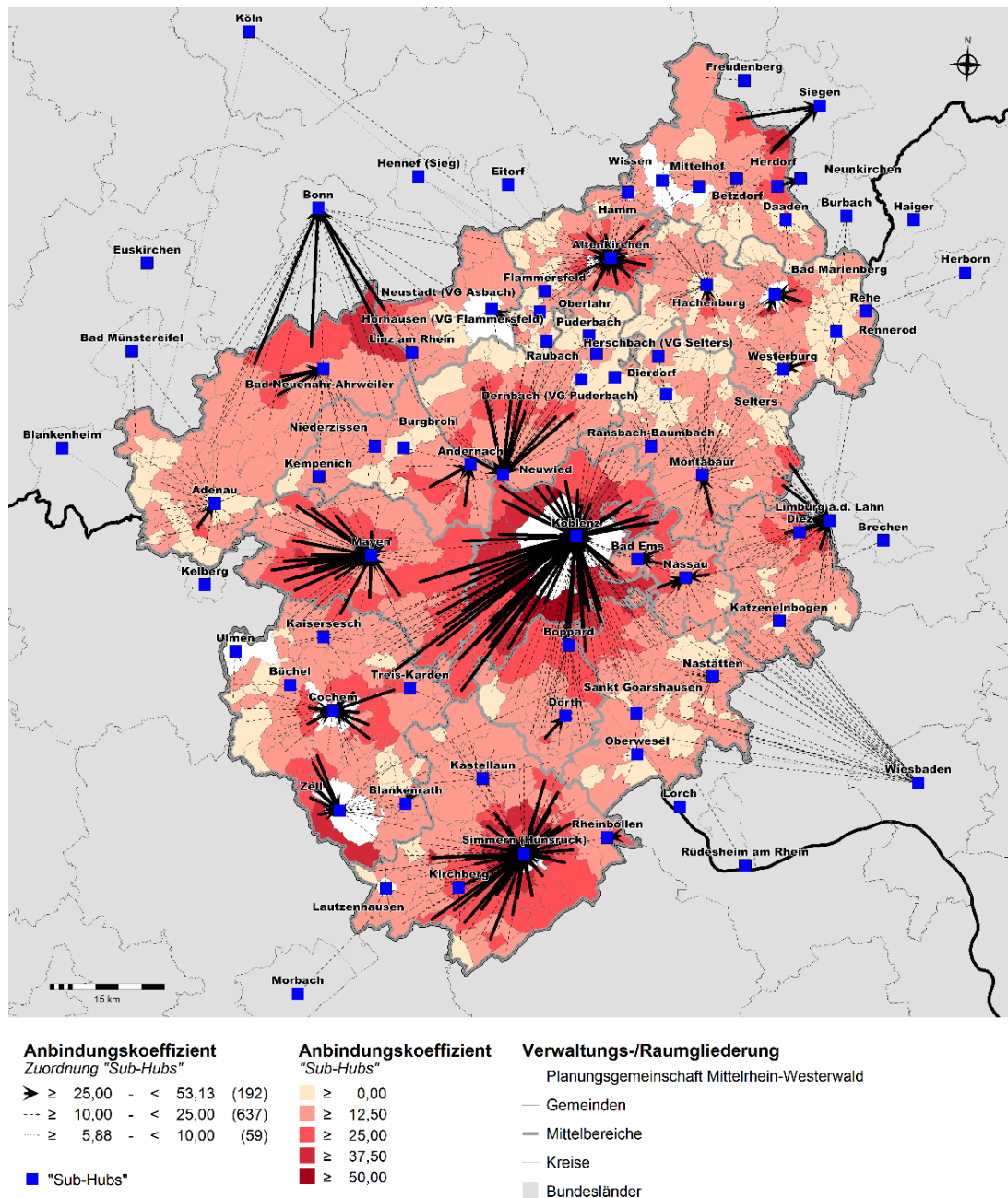


Anbindungskoeffizient Zuordnung Arbeitsmarktzentren	Zuordnungsstufe Arbeitsmarktzentrum	Verwaltungs-/Raumgliederung
➤ ≥ 25,00 - < 53,13 (146)	1	Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald
--- ≥ 10,00 - < 25,00 (405)	2	Gemeinden
--- ≥ 5,00 - < 10,00 (212)	3	Mittelbereiche
--- ≥ 0,00 - < 5,00 (125)	4	Kreise
		Bundesländer

■ Arbeitsmarktzentren

Karte 2: Zuordnungsstufe zu relevanten Arbeitsmarktstandorten für die Region Mittelrhein-Westerwald

Mit Blick auf die Anbindungskoeffizienten zeigt sich, dass es mitunter einen größeren Unterschied gibt in Abhängigkeit von der Zuordnungsstufe, d. h., dass zwar auf der ersten Zuordnungsstufe ein hoher Anbindungskoeffizient an den „Sub-Hub“ besteht (siehe Karte 3, S. 22), an das indirekte Zentrum jedoch ein eher geringer (siehe Karte 4, S. 23). Karte 3 zeigt insofern auch die Bedeutung der „Sub-Hubs“, die für die Region Mittelrhein-Westerwald mitunter deutliche voneinander abweicht.

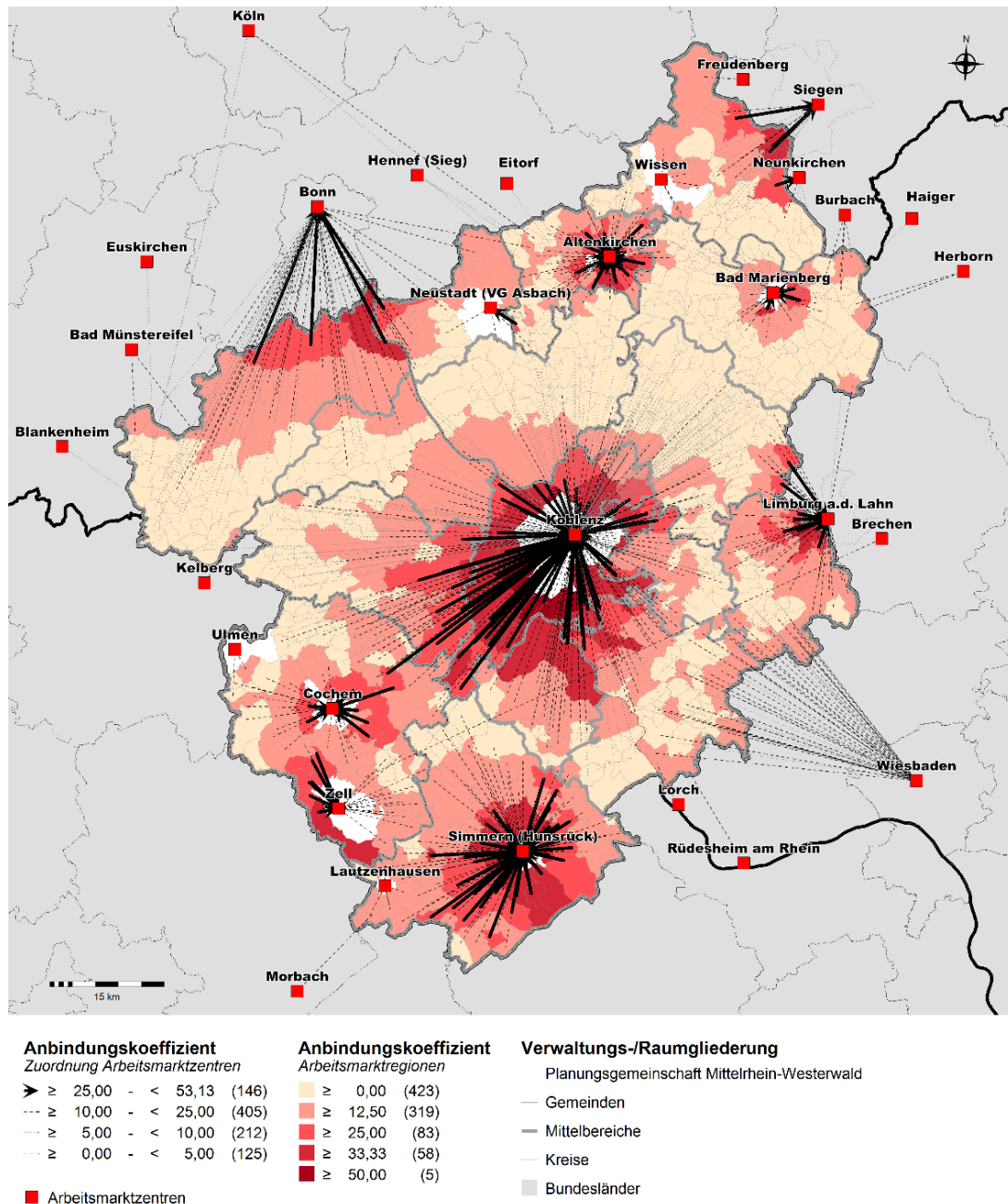


Karte 3: Anbindungskoeffizienten nach Größenklassen für die (Sub)-Hubs der Verflechtungsbereiche

Es wird deutlich, dass es jeweils eine recht klare Trennung zwischen den großräumigen Verflechtungsbereichen im Rheinland (insb. Bonn) sowie bereits etwas schwächer in Richtung Siegerland, Rhein-Main (v. a. Wiesbaden und Limburg an der Lahn) gibt. Aus Perspektive der Ortsgemeinden in der Region Mittelrhein-Westfalen haben die erreichbaren Oberzentren Frankfurt, Mainz und Trier offenbar keine herausragende Bedeutung als Arbeitsplatzstandorte im Sinne der primären Pendlerorientierung⁷. Innerhalb der Region zeichnen sich in recht klarer räumlicher

⁷ In der Gesamtsumme aller Auspendler aus den Ortsgemeinden der Regionen entfallen auf das Ziel Frankfurt dennoch 4.707 Pendler, auf Mainz 2.433 und auf Trier 1.050. Auch in der absoluten Zahl der Einpendler aus der Region heben sich die anderen Oberzentren jedoch mitunter deutlich ab: Bonn mit 13.824 Einpendlern aus der Region, Siegen mit 4.427 Einpendler und Wiesbaden mit 3.200 Einpendlern aus der Region Mittelrhein-Westfalen. Zum Vergleich entfallen etwa auf Mayen 10.905, auf Altenkirchen 5.119 und auf Simmern (Hunsrück) 1.828 Einpendler aus der Region.

Trennung die Verflechtungsbereiche Simmern (Hunsrück), Altenkirchen und Bad Marienberg (im Westerwald) sowie Cochem und Zell (an der Mosel) ab. Aus der indirekten Zuordnung resultiert schließlich auch das Paradoxon, dass aus acht Ortsgemeinden keine Pendler in das zugeordnete Zentrum pendeln⁸.



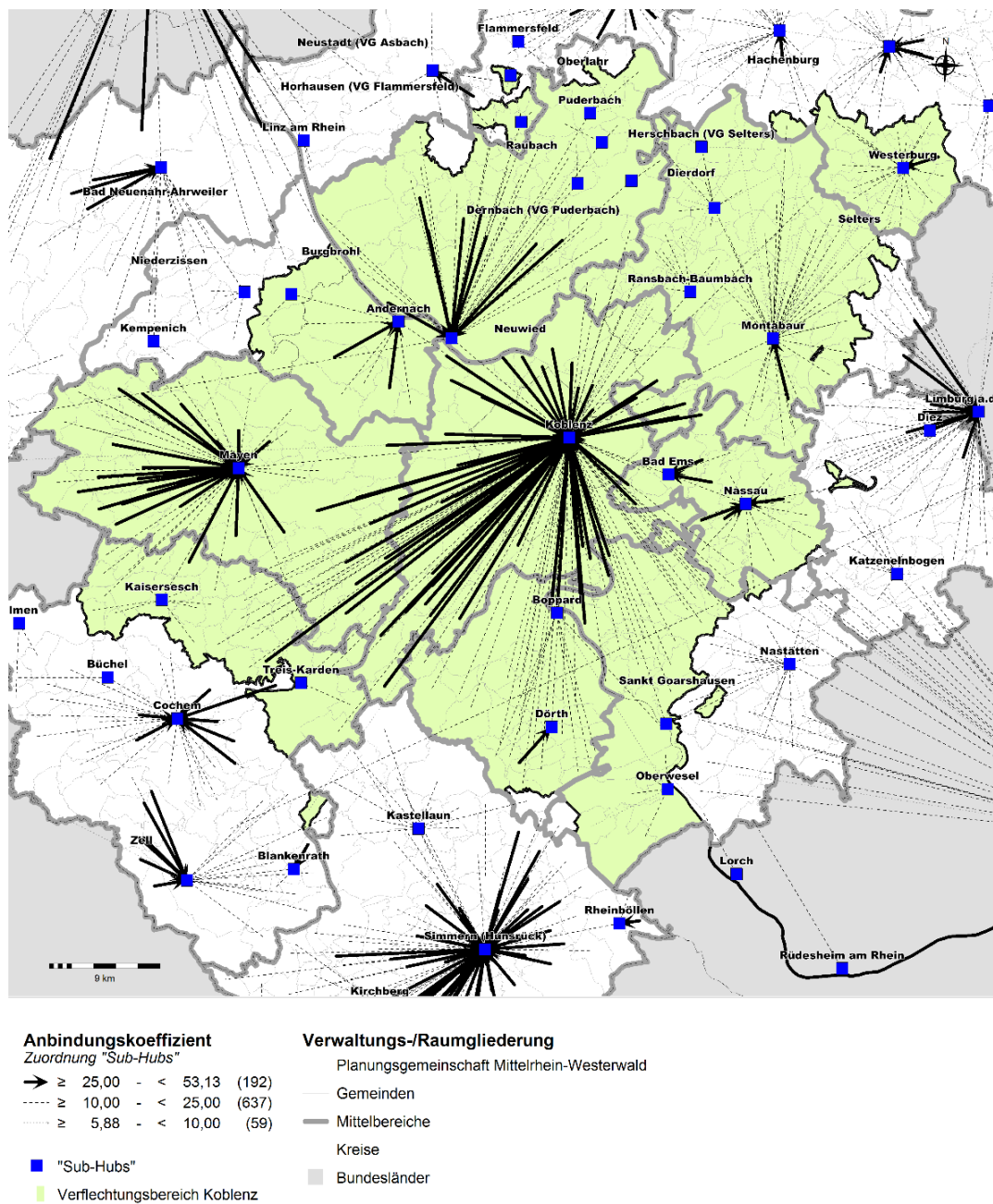
Karte 4: Anbindungskoeffizienten nach Größenklassen für die Kerne der Verflechtungsbereiche

Tabelle 1 zeigt die Anzahl der Ortsgemeinden zu den Arbeitsmarktzentren (fett) bzw. den „Sub-Hubs“ für die Region. In Verbindung mit den Analysekarten wird deutlich, dass vor allem an den äußeren Rändern der Region Mittelrhein-Westerwald recht kleinteilige und zugleich (aus Sicht der Ortsgemeinden) relevante Verflechtungen bestehen. An dieser Stelle sei erneut auf den Analysecharakter der Karten hingewiesen. Im Rahmen einer Plausibilitätsprüfung für die In-Wert-Setzung als Planungsgrundlage könnten etwa zur Gewährleistung der räumlichen Kontingenz „Inseln“ (En- bzw. Exklaven) aufgelöst werden.

⁸ Indirekt bedeutet hier, dass der unmittelbare Zielort dieser Quellgemeinden selbst auf ein anderes Zentrum ausgerichtet ist, in das wiederum keine Pendler aus den ursprünglichen Quellgemeinden pendeln.

Tabelle 1: Arbeitsmarkzentren und „Sub-Hubs“ nach Anzahl der zugehörigen Ortsgemeinden

Koblenz	359	Bad Marienberg	64	Hennef (Sieg)	2
Koblenz	129	Bad Marienberg	28	Hennef (Sieg)	2
Montabaur	49	Hachenburg	27	Ulmen	2
Mayen	45	Rennerod	9	Ulmen	2
Neuwied	37	Wiesbaden	53	Bad Münstereifel	2
Westerburg	19	Wiesbaden	26	Bad Münstereifel	2
Nassau	14	Nastätten	17	Rüdesheim am Rhein	1
Selters	10	Katzenelnbogen	10	Rüdesheim am Rhein	1
Boppard	8	Limburg a. d. Lahn	46	Euskirchen	1
Andernach	8	Limburg a. d. Lahn	44	Euskirchen	1
Kaisersesch	7	Diez	2	Morbach	1
Ransbach-Baumbach	6	Cochem	28	Morbach	1
Oberwesel	5	Cochem	27	Blankenheim	1
Bad Ems	4	Büchel	1	Blankenheim	1
Horhausen (VG Flammersfeld)	3	Zell	23	Kelberg	1
Pudersbach	3	Zell	21	Kelberg	1
Herschbach (VG Selters)	2	Blankenrath	2	Brechen	1
Raubach	2	Siegen	20	Brechen	1
Oberlahr	2	Betzdorf	14	Lorch	1
Dernbach (VG Pudersbach)	1	Siegen	6	Lorch	1
Burgbrohl	1	Neunkirchen	10	Freudenberg	1
Dörth	1	Daaden	7	Freudenberg	1
Sankt Goarshausen	1	Neunkirchen	2	Eitorf	1
Dierdorf	1	Herdorf	1	Eitorf	1
Treis-Karden	1	Wissen	9	Haiger	1
Simmern (Hunsrück)	98	Wissen	7	Haiger	1
Simmern (Hunsrück)	81	Flammersfeld	1		
Kastellaun	12	Mittelhof	1		
Kirchberg	3	Neustadt (VG Asbach)	8		
Rheinböllen	2	Neustadt (VG Asbach)	8		
Bonn	74	Lautzenhausen	5		
Bonn	27	Lautzenhausen	5		
Adenau	25	Burbach	4		
Bad Neuenahr-Ahrweiler	15	Burbach	4		
Niederzissen	4	Köln	4		
Linz am Rhein	2	Köln	4		
Kempenich	1	Herborn	2		
Altenkirchen	65	Rehe	1		
Altenkirchen	55	Herborn	1		
Hamm	10				



Karte 5: Teilräumliche Verflechtungen innerhalb des Verflechtungsbereichs Koblenz

4 Abgrenzung des Kerns der Regiopole

4.1 Vorbemerkungen

Im Gegensatz zur Abgrenzung von Metropolregionen und ihren funktionalen Kernen gibt es zur Abgrenzung von Regiopolen respektive Regiopolräumen bislang wenig wissenschaftliche Erkenntnisse. Gemäß den Leitbildern der Raumentwicklung von 2016 werden Regiopolen als zu stärkende Wirtschafts-, Innovations- und Technologiestandorte umschrieben, die wichtige Versorgungs- und Entwicklungsfunktionen für ihre Verflechtungsbereiche wahrnehmen. Insofern besteht hier ein doppelter Anknüpfungspunkt an den Stand der Wissenschaft und Praxis zur Abgrenzung von Metropolräumen und ihren funktionalen Kernen einerseits (v. a. Innovations- und Wettbewerbsfunktion) und der Abgrenzung von Zentralen Orten mit ihren Verflechtungsbereichen andererseits (v. a. ober- und mittelzentrale Versorgungsfunktion sowie die zentralörtliche Entwicklungsfunktion). Mit Blick auf die Festlegungen im LEP IV als rechtlich normiertes Zielsystem bzw. Wertebene bestehen drei Anknüpfungspunkte für die empirische Analyse (Sachebene):

- landesweit bedeutsame Entwicklungsbereiche und Entwicklungsschwerpunkte (insbesondere die Grundsätze G 18 und G 21 sowie Ziel Z 19 LEP IV);
- Metropolregionen (z. B. Grundsatz G 14 LEP IV zur Nutzung der Entwicklungsmöglichkeiten durch die Zugehörigkeit zu Metropolregionen; hier werden der Kreis Ahrweiler und der nordöstliche Teil von Rheinland-Pfalz als Teil der Europäischen Metropolregion Rhein-Ruhr benannt);
- Zentrale Orte (z. B. Ziel Z 35 LEP IV zur Sicherung der besonderen Versorgungs- und Entwicklungsfunktion der Oberzentren, zu denen Koblenz zählt).

Ausgangspunkt für die Analyse war zunächst die Darstellung des Entwicklungsbereichs Koblenz/Mittelrhein/Montabaur in Karte 5 des LEP IV. Die mit dieser Festlegung in Verbindung stehenden Ziele und Grundsätze im LEP IV bilden die entsprechende normative Wertebene für die anschließende Darstellung auf der Sachebene (s. o). Einzelne Festlegungen sind räumlich und sachlich abschließend bestimmt. Das betrifft etwa die Einstufungen im Zentrale-Orte-Konzept oder die definierten Kerne der Entwicklungsbereiche, zu denen in der Region Mittelrhein-Westerwald auch die Stadt Bad Neuenahr/Ahrweiler zählt. Andere Festlegungen mit dem Charakter von Grundsätzen müssen für die empirische Analyse zunächst sachlich bestimmt werden (z. B. die äußeren Grenzen der Entwicklungsbereiche). Hierzu eignet sich grundsätzlich der Rückgriff auf den einschlägigen Stand der Wissenschaft bzw. der Planungspraxis in anderen Ländern/Regionen (vgl. hierzu ausführlich Terfrüchte/Greiving/Flex 2017 zur empirischen Fundierung von Zentrale-Orte-Konzepten). Vor dem Hintergrund der Abstimmung mit dem Auftraggeber erfolgt die empirische Analyse jedoch losgelöst von den Festlegungen der Karte 5 des LEP IV, d. h. insbesondere, dass es für diese Vorstudie keiner Operationalisierung des räumlich unbestimmten Begriffs „Entwicklungsbereichs“ bedarf. Zumindest aber lässt sich aus dem Begriff sein normativer Gehalt ableiten, weshalb dieser auch von dem in AP 1 identifizierten Verflechtungsbereich Koblenz zu unterscheiden ist.

Grundsätzlich gilt es, für die innere Differenzierung des Regiopolraums gemäß Leistungsbeschreibung zwischen funktionalen Kernen, im Sinne von Standortclustern zentralörtlicher und metropolitaner Funktionen, die adressscharf lokalisiert bzw. lokalisierbar sind (vgl. Kapitel 6), und einer (flächendeckenden) Zuordnung der jeweiligen Standortgemeinden zu diesen Standortclustern zu unterscheiden.

Die Leistungsbeschreibung sieht vor, dass neben der Unterscheidung zwischen sog. „Kernraum und erweitertem Bereich“ auch die kleinräumige Abgrenzung der weiteren „Pole“ im Sinne von Gravitationskernen erfolgt.

4.2 Methodisches Vorgehen

Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen wird der funktionale **Kernraum** der Region mithilfe der in AP 3 erfolgten Kern-Dichte-Analyse ermittelt (vgl. Kapitel 6⁹). Grundannahme ist, dass der Einflussbereich von Standorten mit zunehmender Funktionsdichte (operationalisiert über die Funktionsvielfalt und/oder Häufigkeit) steigt und weitere Standortcluster innerhalb der jeweiligen Einflussbereiche (mit steigender Entfernung abnehmend) aufaddiert werden, wodurch etwa auch monofunktionale Sonderstandorte zum Kernraum bzw. zu den **weiteren „Polen“** zählen können und den Einflussbereich der dominierenden Standortcluster weiter vergrößern. Im Ergebnis steht jeweils eine rasterscharfe Abgrenzung, die auch als „Dichte-Gebirge“ interpretiert werden kann (vgl. Karte 6).

4.3 Synthese: Drei-Ebenen-Modell der Raumgliederung

Es zeigt sich, dass es insgesamt einen sich klar abzeichnenden potenziellen **Kernraum** um die Städte Koblenz, Andernach und Neuwied gibt; auch Lahnstein und Vallendar gehören mit ihren Metropol- und Versorgungsfunktionen zu diesem Standortcluster; Höhr-Grenzhausen und Bad Ems liegen mit ihren Standortclustern an der äußeren Grenze des angesprochenen „Dichte-Gebirges“ und „vergrößern“ es nicht. Aufgrund ihrer Lage sind – trotz fehlender eigener substanzieller Funktionsausstattung – auch die Stadt Bendorf und die Verbandsgemeinde Weißenthurm (ohne die Gemeinde Bassenheim) Teil des Clusters. Weitere „**Pole**“ im Verständnis einer Standortagglomeration sind Montabaur und Mayen (jeweils monozentral) sowie Bad Neuenahr-Ahrweiler/Linz am Rhein als interkommunaler Standortraum, wobei letzterer außerhalb des Verflechtungsbereichs Koblenz liegt. Diesem Befund liegt die gutachterliche Auffassung zugrunde, dass regiopolitane Standortcluster weder allein durch metropolitane Funktionen definiert sind, noch allein durch zentralörtliche Funktionen. Vielmehr geht es um die Ko-Lokalisierung beider Funktionen in räumlicher Nähe der Standorte. Differenzierte Analysen – etwa getrennt nach Funktionen – finden sich in Kapitel 6.

Im Ergebnis der einzelnen Analyseschritte (Kapitel 3, 5 und 6) steht nunmehr ein hierarchisches Gefüge („Drei-Ebenen-Modell“) aus (vgl. Karte 6):

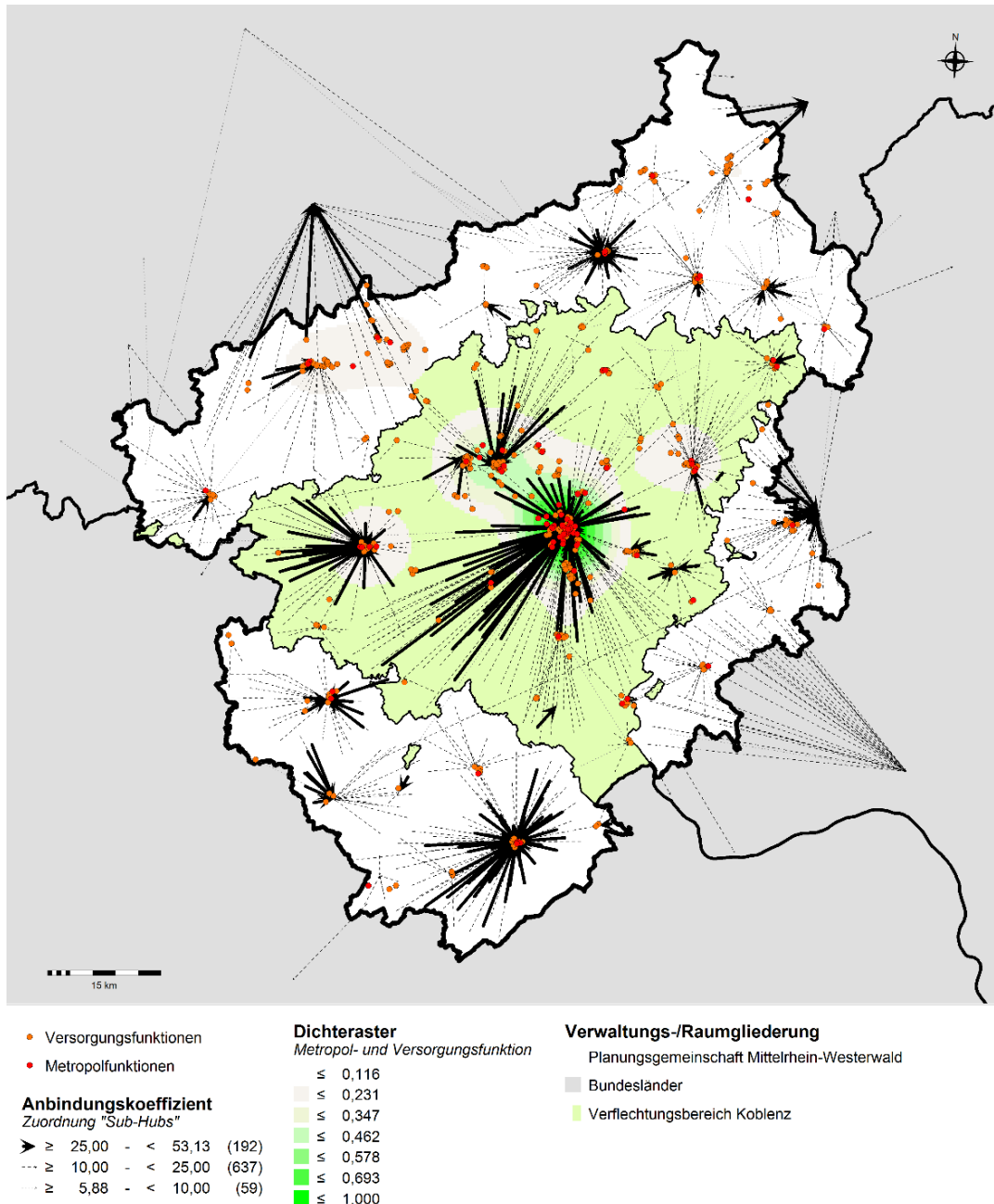
- der Region **Mittelrhein-Westerwald als Untersuchungsraum** für sämtliche Analysen; dieser Raum umfasst jedenfalls auch einen potenziellen Regiopolraum bzw. eine potenzielle Regiopolregion Mittelrhein-Westerwald,
- dem deskriptiven **Verflechtungsbereich Koblenz** als Ergebnis der Verflechtungsanalyse,
- den deskriptiven **Standortclustern** „regiopolitaner“ Bedeutung, bestehend aus dem Standortcluster des **Kernraums** einer möglichen Regiopole (bzw. den Standortgemeinden Koblenz, Bendorf, Neuwied, Andernach, Lahnstein, Vallendar sowie der Verbandsgemeinde Weißenthurm ohne die Gemeinde Bassenheim) und den **weiteren „Polen“** Montabaur und Mayen (jeweils monozentral) sowie Bad Neuenahr-Ahrweiler/Linz am Rhein als interkommunalem Standortraum außerhalb des Verflechtungsbereichs Koblenz.

Aus der **regionsweiten Raumanalyse** lässt sich bereits ableiten, dass für die einzelnen Pole der Region unterschiedliche Handlungserfordernisse bestehen. Der im Raum Bad Neuenahr-Ahrweiler/Linz am Rhein bestehende transkommunale Standortraum begründet ein Kooperationserfordernis bei der Erbringung von Versorgungsfunktionen. Im Raum Mayen spricht einiges dafür, dass der monozentral geprägte Standortraum, der wichtige Versorgungsfunktionen für seinen Versorgungsraum erbringt, angesichts bestehender Entwicklungshemmnisse zur Sicherung der Daseinsvorsorge zu stärken ist (vgl. Kapitel 5). Auch der erkennbare Kernraum um Koblenz ist als transkommunaler Standortraum zu charakterisieren, innerhalb dessen ein Kooperationserfordernis bei der Erbringung metropolitaner Funktionen, aber auch der Steuerung der Siedlungsentwicklung besteht.

Grundsätzlich – und das betrifft alle drei Ebenen des Modells – ist zu unterscheiden zwischen deskriptiven Befunden und normativen Festlegungen respektive Aussagen in einem Regionalentwicklungskonzept (vgl. Kapitel 11). Die in dieser Vorstudie aufgegriffenen Handlungsfelder adressieren jeweils eine bestimmte Ebene des Modells

⁹ Weitere Ausführungen zur Methodik und den einbezogenen Standortdaten sowie weiterer Analysearten sind in diesem Kapitel zu finden.

(vgl. Kapitel 10 bzw. Anlage 15). Wenn insofern etwa der Kernraum adressiert wird, ist dies nicht gleichzusetzen mit den identifizierten Standortclustern bzw. o. g. Standortgemeinden, die Teil des Clusters sind. Allerdings wird aus gutachterlicher Sicht empfohlen, die jeweiligen Handlungsfelder auf der räumlichen Ebene des Kernraums zu bearbeiten und nicht etwa auf Ebene des Verflechtungsbereichs Koblenz oder regionsweit (Gesamtraum). Umgekehrt bedeutet ein Adressieren des Gesamtraums, dass der räumliche Umgriff der identifizierten Standortcluster aus gutachterlicher Sicht zu eng gefasst wäre. Welche Akteure respektive (Standort-)Gemeinden letztlich den Bezugsraum einer Regiopolregion bilden, ist eine normative Entscheidung und wäre insofern Gegenstand des Regionalentwicklungskonzepts.



Karte 6: Raumstrukturelle Merkmale der Region

5 Regiopolindizes

5.1 Methodisches Vorgehen

Methodisch hat sich in der Metropolitäts- und Zentralitätsforschung die Konstruktion von Versorgungs- und Entwicklungsindizes mittels multivariater Statistik etabliert (vgl. v. a. Volgmann 2012 „Metropole“ und Terfrüchte 2015 „Regionale Handlungsräume“). Konkret wird die sog. Hauptkomponentenanalyse eingesetzt. Ziel einer solchen Analyse ist das Extrahieren eines oder mehrerer latenter, also nicht beobachtbarer, Merkmale (die sog. Hauptkomponenten oder Faktoren) aus der Vielzahl der einbezogenen manifesten, also beobachtbaren, Merkmale. Eine solche Analyse ist immer dann erfolgreich, wenn die extrahierte(n) Hauptkomponente(n) möglichst viel der Gesamtvarianz aller einbezogenen Merkmalsausprägungen erklären¹⁰. Die somit extrahierten Hauptkomponenten können sodann als funktionale Indizes interpretiert und genutzt werden. All jene Merkmale werden zu einem Index zusammengefasst, die für einen der folgenden Bereiche relevant und zugleich verfügbar sind:

- Metropolfunktion
- (Zentralörtliche) Versorgungsfunktion
- (Regionale) Entwicklungsfunktion (getrennt nach hemmenden und fördernden Merkmalen)

Während in den ersten Index vor allem Standorte von Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Patentanmeldungen usw. einfließen und der zweite Index die klassische zentralörtliche Versorgung repräsentiert, zielt der dritte Index auf die regionalen Entwicklungsperspektiven der Städte und Gemeinden ab.

Die zugrundeliegenden Merkmale liegen auf Ebene der 898 Gemeinden vor, sodass eine kleinräumige Differenzierung möglich ist. In Tabelle 2 sind die einbezogenen Merkmale als Spiegelstriche aufgeführt.

¹⁰ Eine umfangreiche Diskussion unterschiedlicher Methoden der Zentralitätsforschung sowie detaillierte Erläuterungen zur Nutzung der Hauptkomponentenanalyse finden sich bei Terfrüchte (2015).

Tabelle 2: Regiopolindizes – einbezogene Merkmale¹¹

Metropolfunktion	Versorgungsfunktion	Entwicklungsfunktion
<ul style="list-style-type: none"> • Beschäftigte unternehmensorientierte Dienstleistungen (J, K, M) • Bundesbehörden • Fachhochschulen/ Sonstige Hochschulen • Fernverkehrsbahnhöfe • Hochqualifizierte Beschäftigte • Obere Landesbehörden • Patente (Ort der Anmeldung) • Patente (Ort der Erfindung) • TOP 100 innovativste Unternehmen • TOP 30 größte Versicherungen • TOP 500 größte Unternehmen • Universitäten • Untere Landesbehörden • Wissenschaftliche (Spezial-)Bibliotheken 	<p><i>Ambulante medizinische Versorgung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Hausärzte • Kieferorthopäden • Zahnärzte <p><u>Dazu fachärztliche Versorgung</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • allgemein • gesondert • speziell <p><i>Bildungseinrichtungen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderschulen <p><u>Dazu Schulen mit Abschluss</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Berufsreife (allgemein) • Berufsreife (Gesundheit) • Hochschulreife • Mittlere Reife <p><i>Kultur</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Bibliothek • Orchester • Theater • Volkshochschule <p><i>Stationäre medizinische Versorgung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Fachkrankenhäuser • Krankenhäuser der Grundversorgung • Krankenhäuser der höheren Versorgungsstufen <p><i>Verwaltung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Agentur für Arbeit • Amtsgericht • Finanzamt • Jobcenter • Landgericht • Verbandsgemeindeverwaltung • Kreisverwaltung 	<p><i>Teilindex entwicklungsfördernd</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsplatzzentralität (+) • Schlüsselzuweisungen/EW (-) • Steuereinnahmekraft/EW (+) <p><i>Teilindex entwicklungshemmend</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Altenquotient (+) • Arbeitslosenanteil (+) • Jugendquotient (-) • Kassenkredite (VG)/EW VG (+) <p>_____</p> <p>Hinweis: In Klammern sind die Vorzeichen angegeben, mit denen die Werte in die Indexbildung einfließen. So wirkt etwa eine geringe Abhängigkeit von Schlüsselzuweisungen entwicklungsfördernd, während ein unterdurchschnittlicher Jugendquotient entwicklungshemmend wirkt. Die Merkmale zu kommunalen Haushalten sind jeweils auf die Einwohnerzahl bezogen. Bei den Kassenkrediten werden die Daten auf Ebene der Verbandsgemeinden genutzt.</p>

¹¹ Eine Übersicht über sämtliche im Rahmen der Vorstudie genutzten Daten mit Quellen und Bezugsjahren ist in Anlage 16 beigelegt.

5.2 Metropolfunktionsindex

Tabelle 3 zeigt die für den Metropolfunktionsindex relevanten Merkmale mit ihren jeweiligen Gewichten als Ergebnis der Hauptkomponentenanalyse. Insgesamt sieben Merkmale weisen einen Korrelationskoeffizienten von über 0,9 mit dem latenten Index auf. Berücksichtigt man, dass es bei einzelnen Merkmalen jeweils nur eine Gemeinde mit einer entsprechenden Einrichtung gibt (Universität in Koblenz, Debeka Krankenversicherung in Koblenz) und bei weiteren Merkmalen jeweils nur wenige Standortgemeinden mit massiver Konzentration in Koblenz (insbesondere Bundesbehörden, obere Landesbehörden), wird das klare Ergebnis verständlich. Das bedeutet zwangsläufig, dass eher dezentral lokalisierte Einrichtungen wie untere Landesbehörden oder (Fach-)Hochschulen weniger stark mit allein bzw. konzentriert in Koblenz lokalisierten Einrichtungen korrelieren und insofern ein geringeres Gewicht aufweisen.

Tabelle 3: Metropolfunktionsindex – Gewichtung¹²

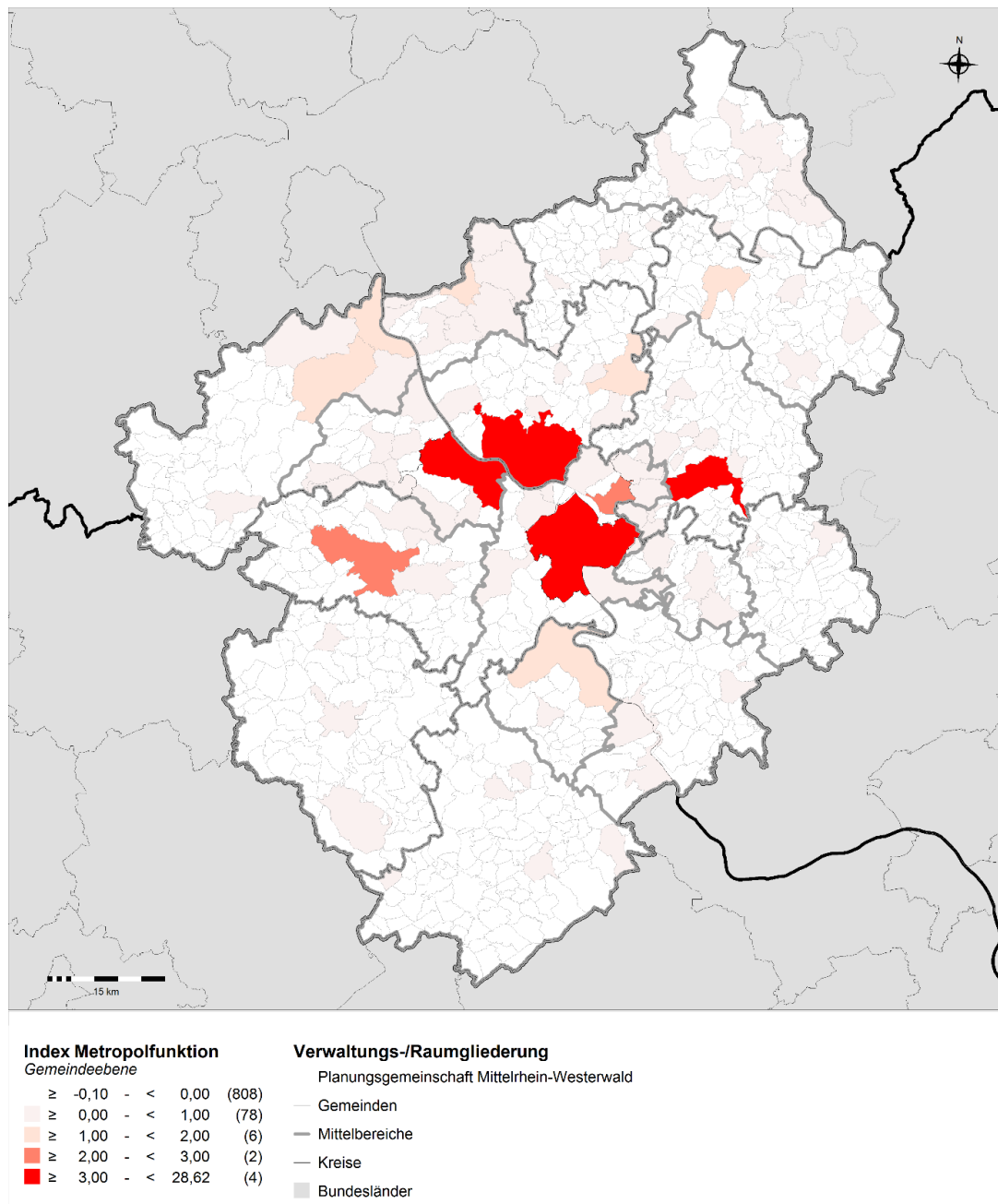
Indikator/Merkmal	Gewicht ¹³
Hochqualifizierte Beschäftigte	0,99
Obere Landesbehörden	0,97
Beschäftigte unternehmensorientierte DL (J, K, M)	0,96
Bundesbehörden	0,96
TOP 30 größte Versicherungen	0,95
Universitäten	0,95
Wissenschaftliche (Spezial-)Bibliotheken	0,91
Patente (Ort der Anmeldung)	0,81
Fernverkehrsbahnhöfe	0,70
Untere Landesbehörden	0,70
Patente (Ort der Erfindung)	0,68
TOP 100 innovativste Unternehmen	0,52
Fachhochschulen/Sonstige Hochschulen	0,44

In den folgenden Karten (Karte 7 bis Karte 11) sind jeweils die Ausprägungen der Indizes dargestellt. Gemeinden, die einen regionsweit unterdurchschnittlichen Wert aufweisen, sind weiß eingefärbt. Gemeinden mit einem regionsweit überdurchschnittlichen Wert sind entsprechend der Klassen (jeweils Standardabweichungen) 0 bis 1, 1 bis 2, 2 bis 3 und über 3 farbig dargestellt.

¹² Das Merkmal „TOP 500 größte Unternehmen“ weist keine hinreichende räumliche Ko-Lokalisierung mit den anderen Merkmalen auf (Korrelationskoeffizient von 0,14), sodass es für den Metropolfunktionsindex nicht berücksichtigt wird.

¹³ Als Gewicht wird hier die sog. Faktorladung genutzt, d. h. die Korrelationskoeffizienten der manifesten Merkmale mit der latenten Hauptkomponente.

Karte 7 zeigt die räumliche Konzentration metropolitaner Funktionen.



Karte 7: Metropolfunktionen in der Region Mittelrhein-Westerwald

5.3 Zentralörtlicher Versorgungsindex

Tabelle 4 zeigt die für den zentralörtlichen Versorgungsindex relevanten Merkmale mit ihren jeweiligen Gewichten als Ergebnis der Hauptkomponentenanalyse. Für diesen Index liegen zwei unterschiedliche Gewichtungen als Ergebnis der Hauptkomponentenanalyse vor:

- Versorgungsqualität (Angebotsvielfalt): Hier geht es um den Zugang zu entsprechenden zentralen Einrichtungen, weshalb der Analyse eine dichotome Skalierung der Merkmale zugrunde liegt, d. h. es wird lediglich geprüft, ob es überhaupt eine entsprechende Einrichtung in einer Gemeinde gibt oder nicht.
- Versorgungsquantität (Angebotshäufigkeit): Hier geht es um die (Mit-)Versorgungsleistung für die Bevölkerung in der Gemeinde bzw. ihrem Versorgungsbereich, sodass eine metrische Skalierung vorliegt, d. h. es spielt auch eine Rolle wie viele solcher Einrichtungen in einer Gemeinde lokalisiert sind. Um hierbei den Unterschieden der Einrichtungen selbst Rechnung zu tragen, erfolgt eine Vorab-Gewichtung auf Einrichtungsebene und zwar in mehrfacher Hinsicht:
 - Hauptstellen werden mit dem Faktor 1 gewichtet, Neben- und Außenstellen aufgrund ihres i. d. R. begrenzten Angebots mit dem Faktor 0,5.
 - Bei Schulen werden nicht Standorte gezählt, sondern bei allgemeinbildenden Schulen die beschulten Schülerinnen und Schüler und bei berufsbildenden Schulen die Zahl der Klassen (also der unterschiedlichen Berufsbildungsgänge).
 - Bei Haus- und Fachärzten erfolgt eine Gewichtung entsprechend des kassenärztlichen Versorgungsauftrags; dies ist erforderlich, da zunehmend auch Ärzte in Teilzeit arbeiten und/oder zugleich Fach- und Hausarzt sind (meist bei haus- und fachärztlich tätigen Internisten).

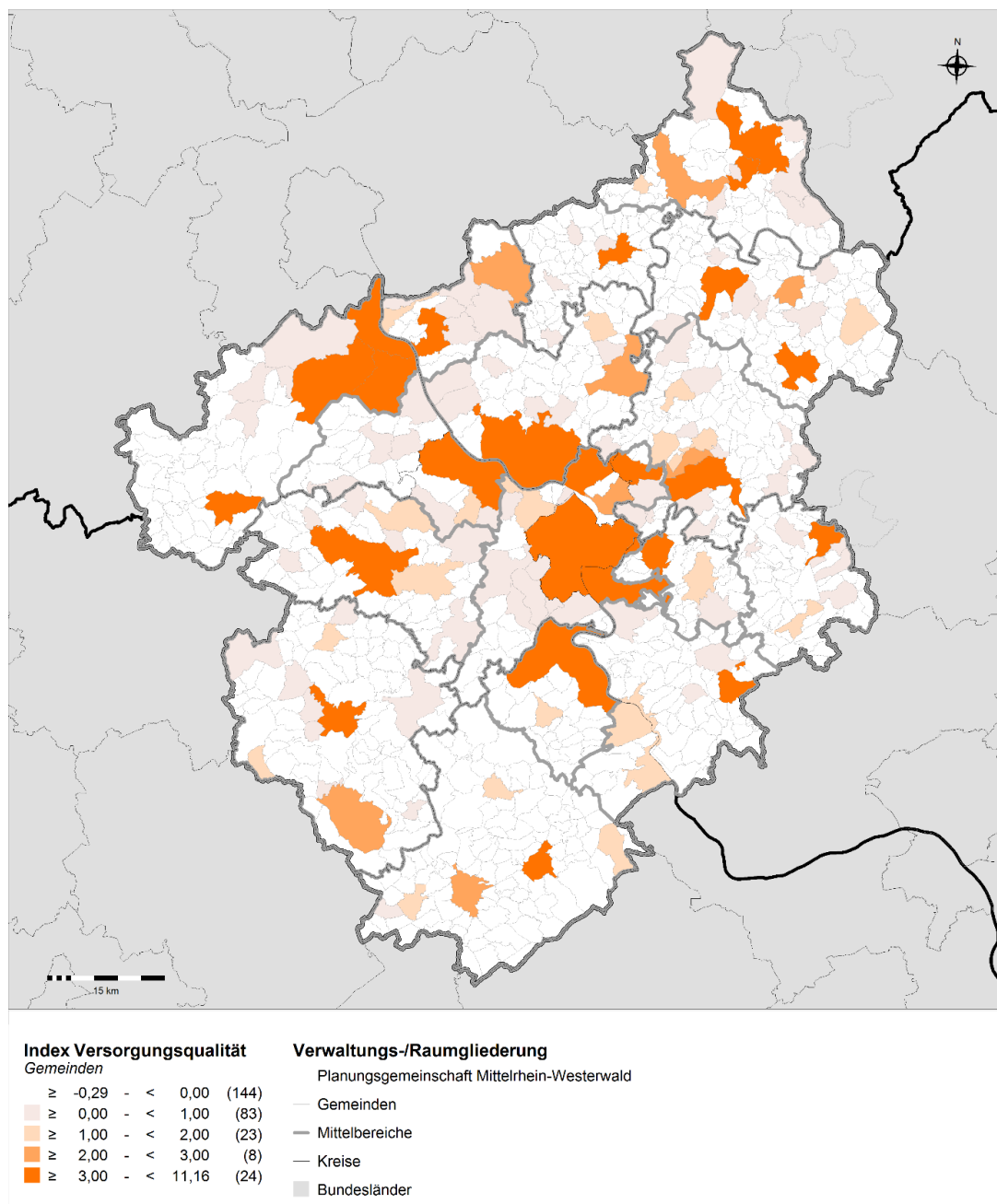
Auch zeigt Tabelle 4 vor diesem Hintergrund, wie sich die Gewichte der einzelnen Funktionen je nach Perspektive mitunter deutlich voneinander unterscheiden: Die allgemeine fachärztliche Versorgung hat mit 0,98 das höchste Gewicht bei der Berücksichtigung der Angebotshäufigkeit, Stadt- und Verbandsgemeindeverwaltungen haben mit 0,52 ein deutlich geringeres Gewicht. Diese Befunde liegen im Wesentlichen darin begründet, dass (Nebenstellen ausgenommen) jeweils nur ein entsprechender Verwaltungssitz in einer Gemeinde lokalisiert ist, im Gegensatz zu zahlreichen Fachärzten etwa in Koblenz. Je öfter also entsprechende Einrichtungen in der Kernstadt auftauchen (sie korrelieren dann hoch mit einzelnen seltenen Einrichtungen wie Gerichten, Theater, Orchester usw.), desto bedeutsamer werden sie. Wird lediglich geprüft, ob es mindestens eine entsprechende Einrichtung gibt, korrelieren etwa Ärzte und Schulen viel stärker mit dem Sitz einer Verbandsgemeindeverwaltung.

Tabelle 4: Zentralörtlicher Versorgungsindex – Gewichtung

Indikator/Merkmal	Gewichte ¹⁴	
	Angebotsvielfalt	Angebotshäufigkeit
Jobcenter	0,82	0,66
Volkshochschulen	0,81	0,63
Krankenhäuser der Grundversorgung	0,79	0,79
Agentur für Arbeit	0,79	0,72
Berufsbildende Schulen (Klassen)	0,78	0,94
Schulen mit Abschluss Hochschulreife (SuS)	0,77	0,94
Spezialisierte fachärztliche Versorgung	0,76	0,94
Stadt-/Verbandsgemeindeverwaltung	0,75	0,52
Amtsgericht	0,74	0,64
Schulen mit Abschluss Mittlere Reife (SuS)	0,72	0,84
Kreisverwaltung	0,71	0,71
Kieferorthopäden	0,67	0,92
Berufsbildende Schulen Gesundheit (Klassen)	0,67	0,88
Allgemeine fachärztliche Versorgung	0,66	0,98
Finanzamt (Service-Center)	0,65	0,64
Krankenhäuser der höheren Versorgungsstufen	0,63	0,82
Förderschulen (SuS)	0,59	0,66
Theater	0,58	0,84
Zahnärzte	0,57	0,96
Gesonderte fachärztliche Versorgung	0,56	0,83
Hausärztliche Versorgung	0,53	0,96
Fachkrankenhäuser	0,53	0,46
Öffentliche Bibliotheken	0,46	0,60
Landgericht	0,37	0,73
Orchester	0,37	0,73

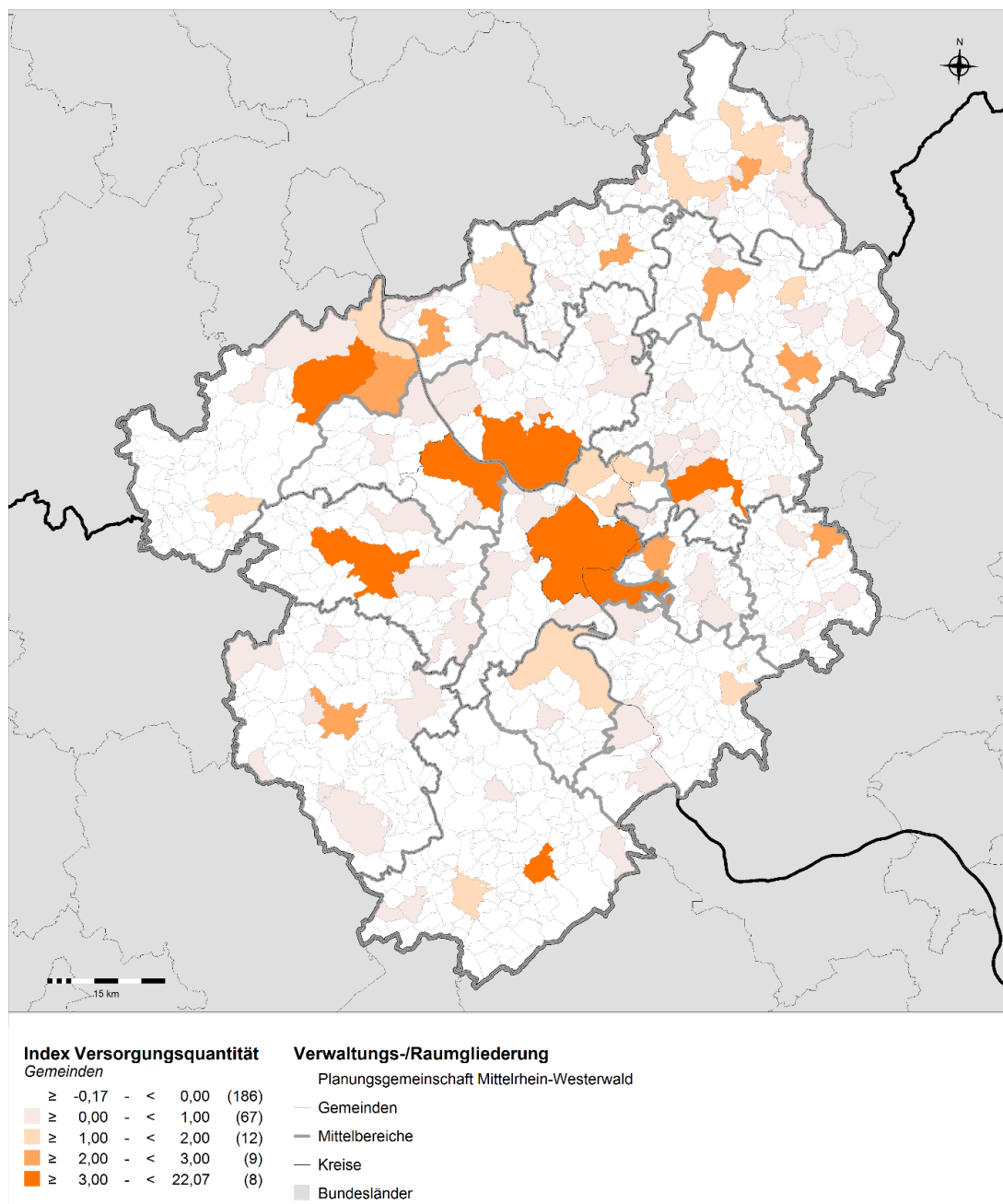
¹⁴ Als Gewichte werden hier die sog. Faktorladungen genutzt, d. h. die Korrelationskoeffizienten der manifesten Merkmale mit der jeweiligen latenten Hauptkomponente (Angebotsvielfalt bzw. Angebotshäufigkeit).

Karte 8 zeigt die räumliche Verteilung der zentralörtlich bedeutsamen Standortgemeinden nach ihrer Angebotsvielfalt respektive Versorgungsqualität in der Region.



Karte 8: Zentralörtliche Versorgung (Angebotsvielfalt) in der Region Mittelrhein-Westerwald

Karte 9 zeigt im Gegensatz dazu die räumliche Verteilung der zentralörtlich bedeutsamen Standortgemeinden nach ihrer Angebotshäufigkeit respektive Versorgungsquantität in der Region.



Karte 9: Zentralörtliche Versorgung (Angebotshäufigkeit) in der Region Mittelrhein-Westerwald

5.4 Regionale Entwicklungsindizes

Tabelle 5 enthält die für die regionalen Entwicklungsindizes relevanten Merkmale¹⁵ mit ihren jeweiligen Gewichten als Ergebnis der Hauptkomponentenanalyse¹⁶. Das Ergebnis zeigt insbesondere, dass Entwicklungsfähigkeit nicht eindimensional gemessen werden kann, dass also die Abwesenheit entwicklungsfördernder Merkmale nicht zugleich die Anwesenheit entwicklungshemmender Merkmale bedeutet. Insofern müssen auch zwei getrennte Indizes gebildet werden, um die Vielfalt entwicklungsrelevanter Merkmale sachgerecht abbilden zu können. Der Befund für die Region Mittelrhein-Westerwald reiht sich insofern auch ein in deutschlandweite Befunde auf Kreisebene (vgl. Wiechmann/Terfrüchte 2017) und gutachterliche Befunde auf Gemeindeebene in verschiedenen Bundesländern (vgl. z. B. Terfrüchte 2015 für NRW). Die negativen Vorzeichen sind in ähnlicher Weise zu interpretieren: Viele Schlüsselzuweisungen sind nicht pauschal entwicklungshemmend, keine bzw. wenige Schlüsselzuweisungen jedoch entwicklungsfördernd. Ein hoher Jugendquotient ist nicht pauschal entwicklungsfördernd, ein geringer aber sehr wohl entwicklungshemmend. Umgekehrt bedeutet ein geringer Altenquotient nicht pauschal, dass eine Gemeinde bessere Entwicklungschancen hätte.

Tabelle 5: Regionale Entwicklungsindizes – Gewichtung

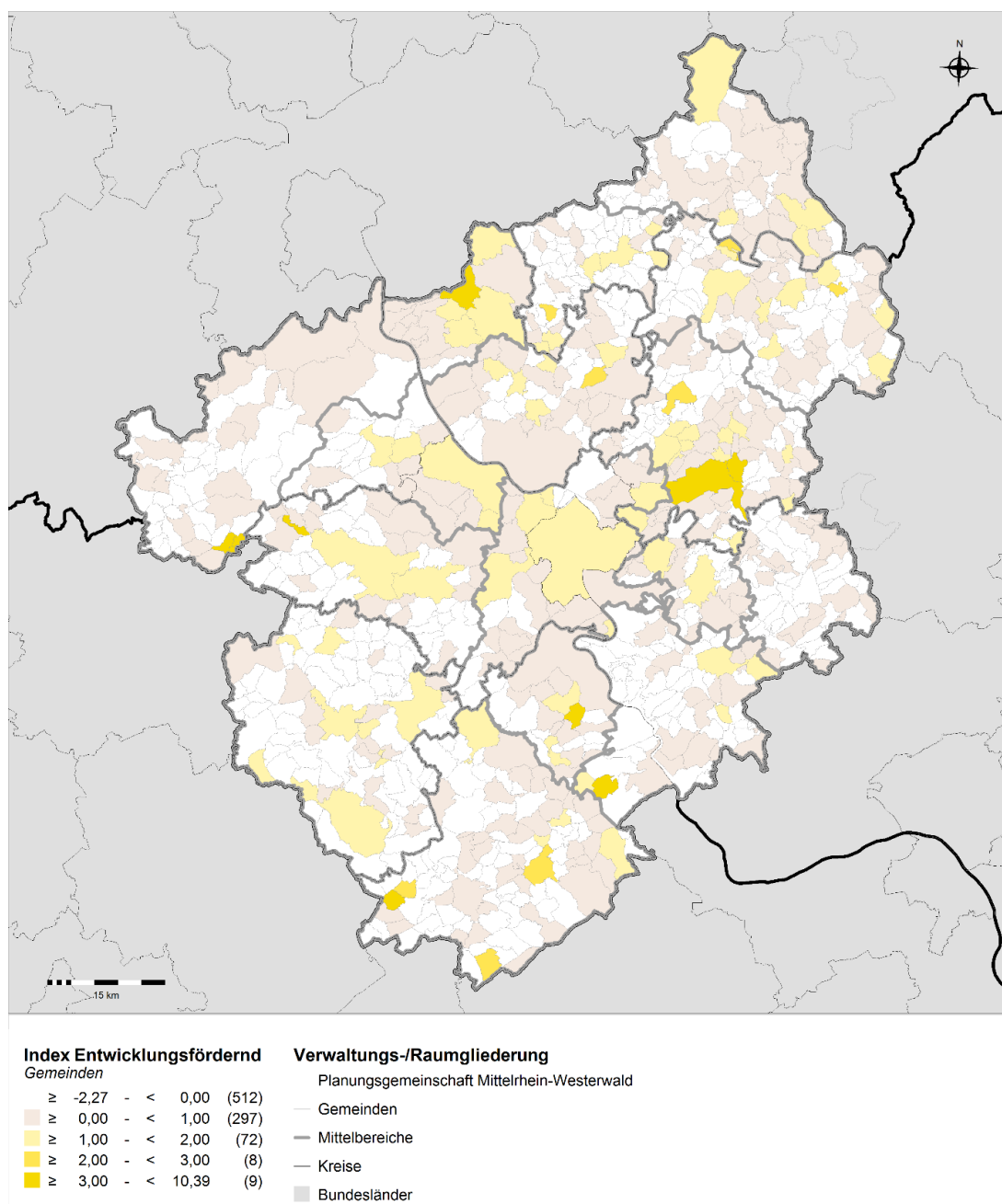
Indikator/Merkmal	Gewicht ¹⁷
Teilindex entwicklungsfördernd	
Steuereinnahmekraft/Kopf	0,90
Arbeitsplatzzentralität	0,83
Schlüsselzuweisungen/Kopf	-0,71
Teilindex entwicklungshemmend	
Kassenkredite (VG)/Kopf	0,61
Arbeitslosenanteil	0,59
Altenquotient	0,58
Jugendquotient	-0,38

¹⁵ Es wurden jene ursprünglich 9 Merkmale in die Analyse einbezogen, die bereits von der rheinland-pfälzischen Landesplanung im Rahmen der Fortschreibung des Zentrale-Orte-Konzepts für die Bildung von Entwicklungsindizes genutzt wurden. So wird an Höchstmaß an Vergleichbarkeit und Anschlussfähigkeit der Befunde im Rahmen der Vorstudie gewährleistet.

¹⁶ Die ebenfalls als relevant erachteten Merkmale Bevölkerungsentwicklung (2015-2017) sowie Beschäftigte im Einzelhandel weisen keinen hinreichenden statistischen Zusammenhang (Korrelationskoeffizienten von deutlich unter 0,2) mit einer der Hauptkomponenten (entwicklungsfördernd bzw. entwicklungshemmend) auf. Beide Merkmale werden daher nicht für die Indexbildung genutzt; dieser Ausschluss war auch das Ergebnis im Rahmen der landesweiten Analyse, die durch Prof. Dr. Greiving und Dr. Terfrüchte im Auftrag der Landesplanungsbehörde durchgeführt wurde.

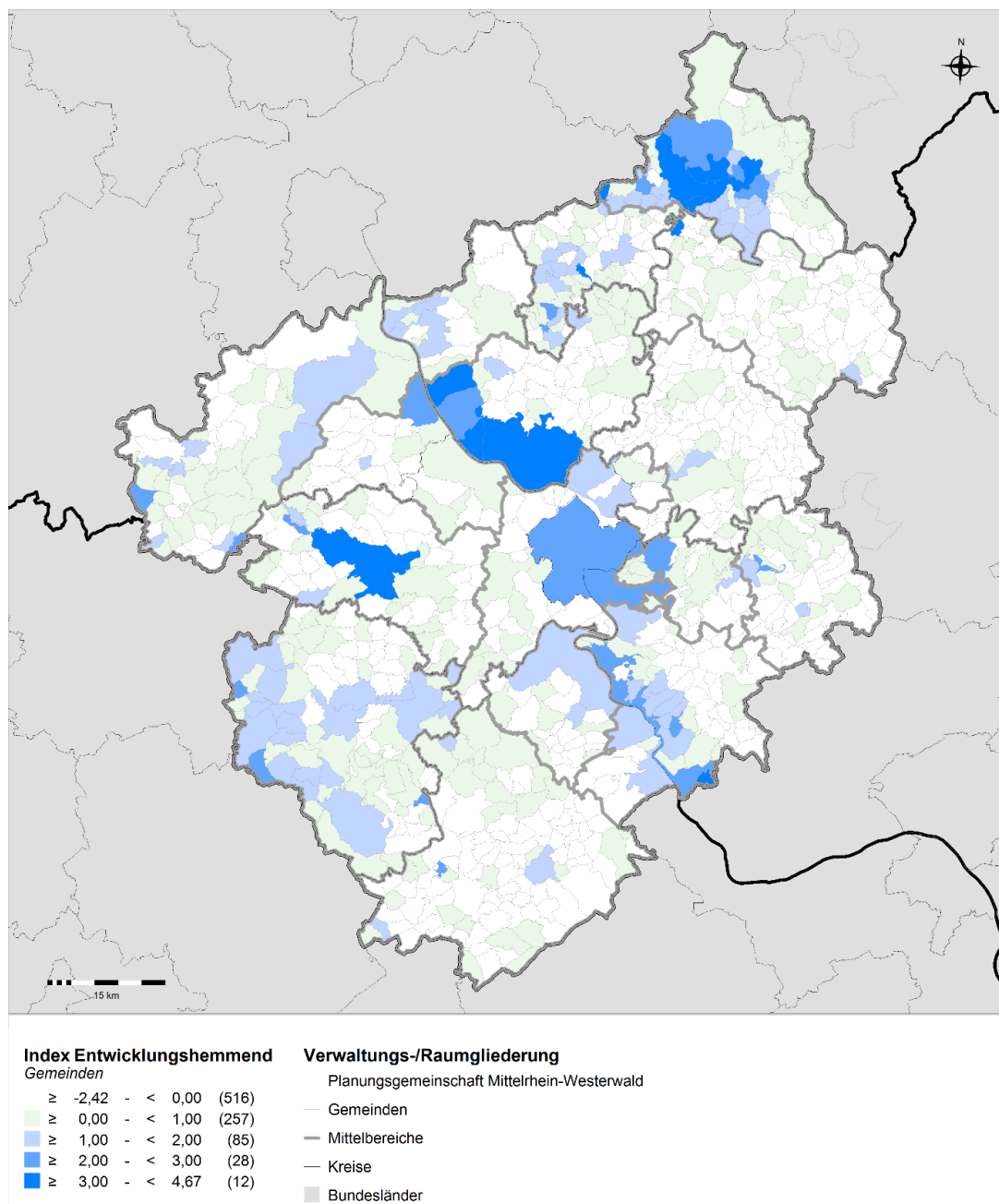
¹⁷ Als Gewicht wird hier die sog. Faktorladung genutzt, d. h. die Korrelationskoeffizienten der manifesten Merkmale mit der latenten Hauptkomponente.

Karte 10 zeigt die räumliche Verteilung der entwicklungsfördernden Merkmale in der Region.



Karte 10: Entwicklungsfördernde Merkmale in der Region Mittelrhein-Westerwald

Karte 11 zeigt die räumliche Verteilung der entwicklungshemmenden Merkmale in der Region.



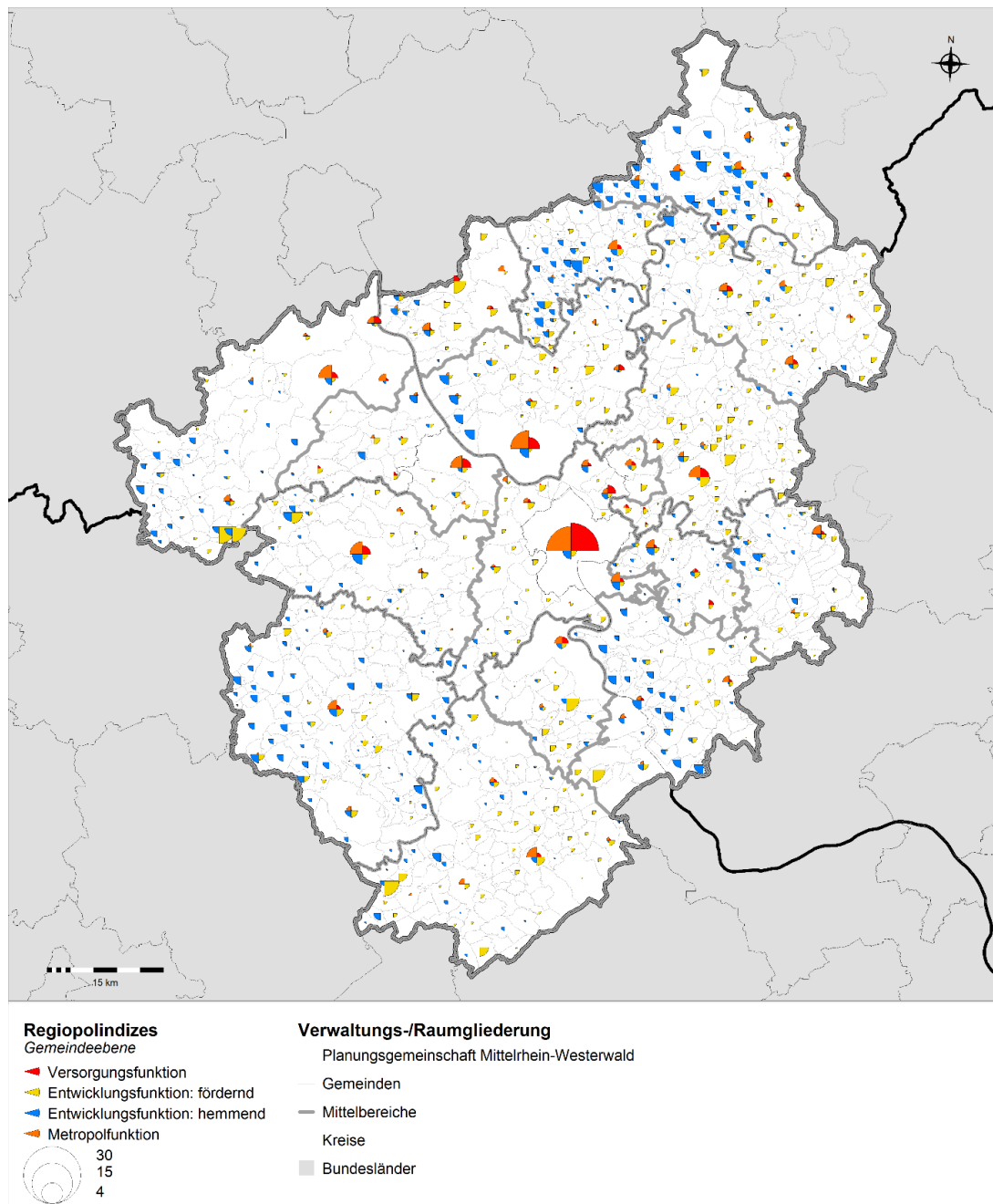
Karte 11: Entwicklungshemmende Merkmale in der Region Mittelrhein-Westerwald

5.5 Synthese: Regiopolindizes

In Karte 12 sind die verschiedenen Indizes kombiniert dargestellt.

Karte 12 enthält die Ausprägungen der jeweiligen Indizes. Gemeinden, die einen regionsweit unterdurchschnittlichen¹⁸ Wert aufweisen, haben jeweils keinen entsprechend eingefärbten Segmentflügel („Kuchenstück“). Ist der jeweilige Indexwert regionsweit überdurchschnittlich, folgt die Größe des Segmentflügels der Indexausprägung.

¹⁸ Die Indexwerte sind jeweils z-standardisiert, d. h., dass der Mittelwert (arithmetisches Mittel) stets 0 beträgt. Insofern weisen all jene Gemeinden mit positivem Indexwert zugleich einen überdurchschnittlichen auf.



Karte 12: Regiopolindizes Region Mittelrhein-Westerwald

Für die Strategieentwicklung sind nun folgende Befunde von besonderer Bedeutung: Überall dort, wo metropolitane Funktionen mit einer überdurchschnittlichen Entwicklungsfähigkeit der Gemeinden einhergehen, liegen besondere Entwicklungspotenziale vor und überall dort, wo eine (noch) überdurchschnittliche zentralörtliche Versorgung gegeben ist, zugleich aber Defizite in der Entwicklungsfähigkeit¹⁹ bestehen, kann es absehbar zu Problemen bei der Daseinsvorsorge führen.

¹⁹ D. h. es bestehen hohe Ausprägungen bei den hemmenden und geringe Ausprägungen bei den fördernden Merkmalen.

6 Kern-Dichte-Analyse: Standortcluster

6.1 Methodisches Vorgehen

Gegenstand dieses Arbeitsschrittes ist das Identifizieren eines Kernraums und ggf. weiterer „Pole“ regiopolitaner Bedeutung in der Region. Der Kernraum bzw. die weiteren Pole zeichnen sich dadurch aus, dass er ein räumlich gebündeltes Netz an Standortclustern²⁰ umfasst. Eine hinreichende räumliche Nähe der Standortcluster (als räumliche Gravitationskerne) zueinander ist anzunehmen, wenn sich die dichte-gewichteten Einflussbereiche der Gravitationskerne überlagern. Ein geeigneter methodischer Ansatz ist die sog. Kern-Dichte-Analyse (vgl. Flex 2015). Grundannahme ist, dass der Einflussbereich mit zunehmender Funktionsdichte (operationalisiert über die Funktionsvielfalt und/oder Häufigkeit) steigt und weitere Standortcluster innerhalb der jeweiligen Einflussbereiche (mit steigender Entfernung abnehmend) aufaddiert werden, wodurch etwa auch monofunktionale Sonderstandorte zum Kernraum zählen können und den Einflussbereich des Hauptkerns weiter vergrößern; konkret ist hier ein Suchradius von 10 km Luftlinie²¹ zum Einsatz gekommen, d. h. für jeden Einzelstandort wird ermittelt, welche und wie viele weitere Standortorte im jeweiligen Radius liegen. Im Ergebnis steht eine rasterscharfe Abgrenzung des Kernraums einschließlich einer rasterscharfen Darstellung der einzelnen Standortcluster innerhalb des Kernraums.

Im Unterschied zu den Regiopolindizes kann jedoch nur ein Teil der dort einbezogenen Indikatoren bzw. Merkmale genutzt werden, da sie entweder gemeindebezogen sind und keine Standort aufweisen (sämtliche Merkmale der Entwicklungsfunktion sowie einzelne Merkmale der Metropolfunktion (insbesondere Beschäftigte)) oder die Einrichtungen aus Datenschutzgründen nicht adressscharf vorliegen (besonders Haus- und Fachärzte bei der Versorgungsfunktion sowie Patentanmeldungen bei der Metropolfunktion). Darüber hinaus sind die insgesamt 604 Standorte von Zahnärzten nicht einbezogen worden, da sie – mit Blick auf die übrigen Standorte der zentralörtlichen Versorgung (insgesamt 575) – das Ergebnis massiv verzerrt hätten und die Multifunktionalität der zu identifizierenden Standortcluster nicht mehr gegeben wäre. Tabelle 6 zeigt die insgesamt 678 Standorte nach Funktion und Häufigkeit.

Diese Standorte werden in doppelter Hinsicht gewichtet: Jeder Standort wird zunächst – analog zur Versorgungsquantität (s. o.) – mit dem Faktor 1 für Hauptstellen und dem Faktor 0,5 für Zweig-, Neben- oder Außenstellen gewichtet. Im Anschluss erfolgt die Gewichtung anhand der Gewichte für die Regiopolindizes, wobei für die Standorte der Versorgungsfunktion die Gewichte des Qualitätsindex genommen werden. Das liegt darin begründet, dass die Kern-Dichte-Analyse auf Einrichtungsebene arbeitet und es insofern keine Häufigkeitseffekte gibt, die es zu berücksichtigen gäbe. Vielmehr werden die Häufigkeitseffekte durch die Agglomeration von Standorten ermittelt.

Die Georeferenzierung der Standorte erfolgte über die amtlichen Hauskoordinaten aus dem amtlichen Liegenschaftskataster (ALKIS).

²⁰ Ein Standortcluster wird hier verstanden als Agglomeration von Standorten, wie etwa verschiedene Versorgungseinrichtungen in einem Stadtzentrum. Ein Netz an Standortclustern liegt dann vor, wenn mehrere kleinräumige Agglomerationen wiederum in räumlicher Nähe zueinander liegen.

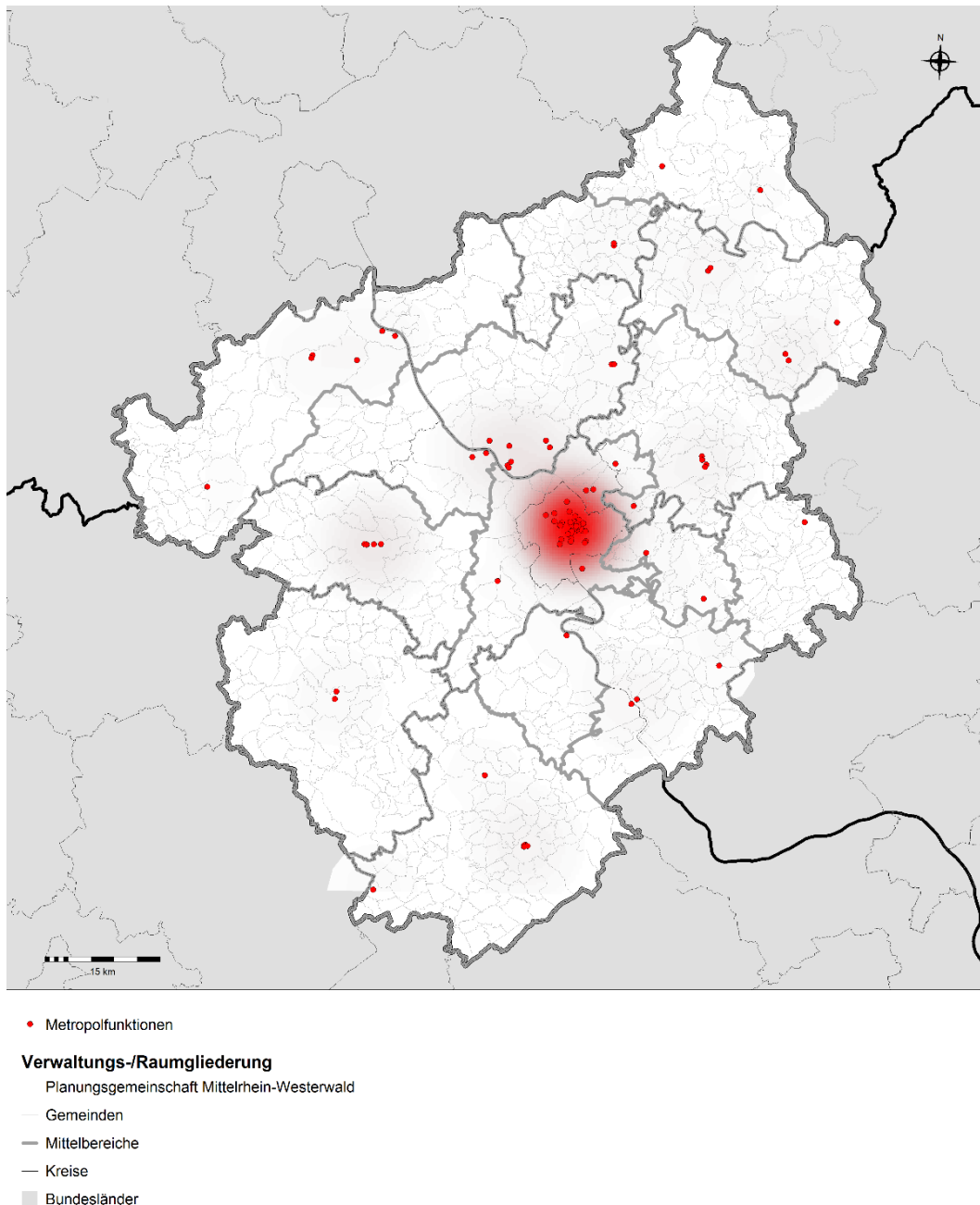
²¹ Hier wurde ein 10 km-Radius gewählt, um einerseits einen „Kernraum“ im Sinne transkommunaler Standorträume identifizieren zu können und andererseits nicht die gesamte Region als Netz von Standortclustern zu ermitteln. Gegenstand einer Kern-Dichte-Analyse ist insofern auch die Ermittlung eines geeigneten Suchradius, um dem jeweiligen Analyseziel entsprechend Rechnung tragen zu können.

Tabelle 6: Standorte der Metropol- und Versorgungsfunktion nach Häufigkeit

Indikator/Merkmal	Anzahl Standorte
Metropolfunktionen	103
Untere Landesbehörden	39
Obere Landesbehörden	35
Bundesbehörden	12
Fachhochschulen/Sonstige Hochschulen	7
Fernverkehrsbahnhöfe	4
TOP 100 innovativste Unternehmen	4
TOP 30 größte Versicherungen	1
Universitäten	1
Zentralörtliche Versorgung	575
Stadt-/Verbandsgemeindeverwaltung	79
Schulen mit Abschluss Mittlere Reife	71
Schulen mit Abschluss Hochschulreife	62
Volkshochschulen	54
Förderschulen	45
Berufsbildende Schulen	37
Kieferorthopäden	34
Berufsbildende Schulen Gesundheit	32
Kreisverwaltung	27
Jobcenter	25
Agentur für Arbeit	21
Fachkrankenhäuser	20
Amtsgericht	18
Krankenhäuser der Grundversorgung	15
Finanzamt (Service-Center)	12
Krankenhäuser der höheren Versorgungsstufen	10
Theater	10
Orchester	2
Landgericht	1
Gesamt	678

6.2 Standortcluster Metropolfunktionen

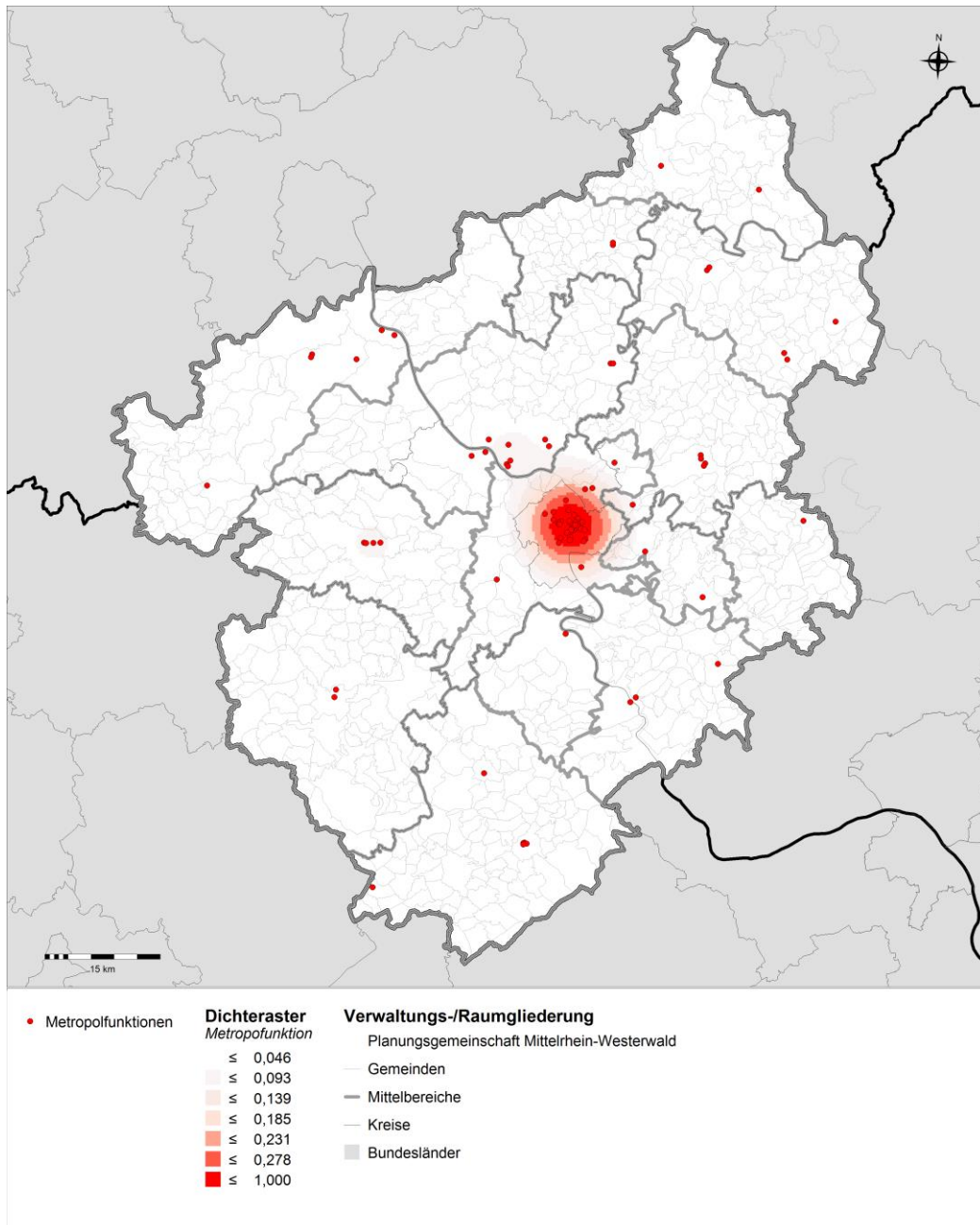
Karte 14 zeigt die metropolitanen Standortcluster in der Region. Klar dominierend ist die Stadt Koblenz, wobei auch im weiteren Bereich des „Neuwieder Beckens“ bzw. der Standortgemeinden Koblenz, Bendorf, Neuwied, Andernach, Lahnstein, Vallendar sowie der Verbandsgemeinde Weißenthurm (ohne die Gemeinde Bassenheim) entsprechende Funktionen lokalisiert sind, wodurch sich ein – wenn auch schwach ausgeprägtes – interkommunales Standortcluster zeigt. Daneben weist allein Mayen noch eine Agglomeration entsprechender Funktionen auf. In den anderen Teilräumen der Region sind zwar metropolitane Funktionen lokalisiert, die jedoch keine substantiellen Standortcluster bilden.



Karte 13: Standortcluster der Metropolfunktionen²²

²² Da es sich um 100 Klassen handelt, wird auf die Darstellung in der Legende verzichtet. Die Kanten der „Dichte-Ringe“ sind modellbedingt: Für den jeweils äußersten Standort je Himmelsrichtung kann kein weiterer Standort gefunden werden, sodass die Suche automatisch abgebrochen wird und eine vertikale (Osten/Westen) bzw. horizontale (Norden/Süden) Kante entsteht.

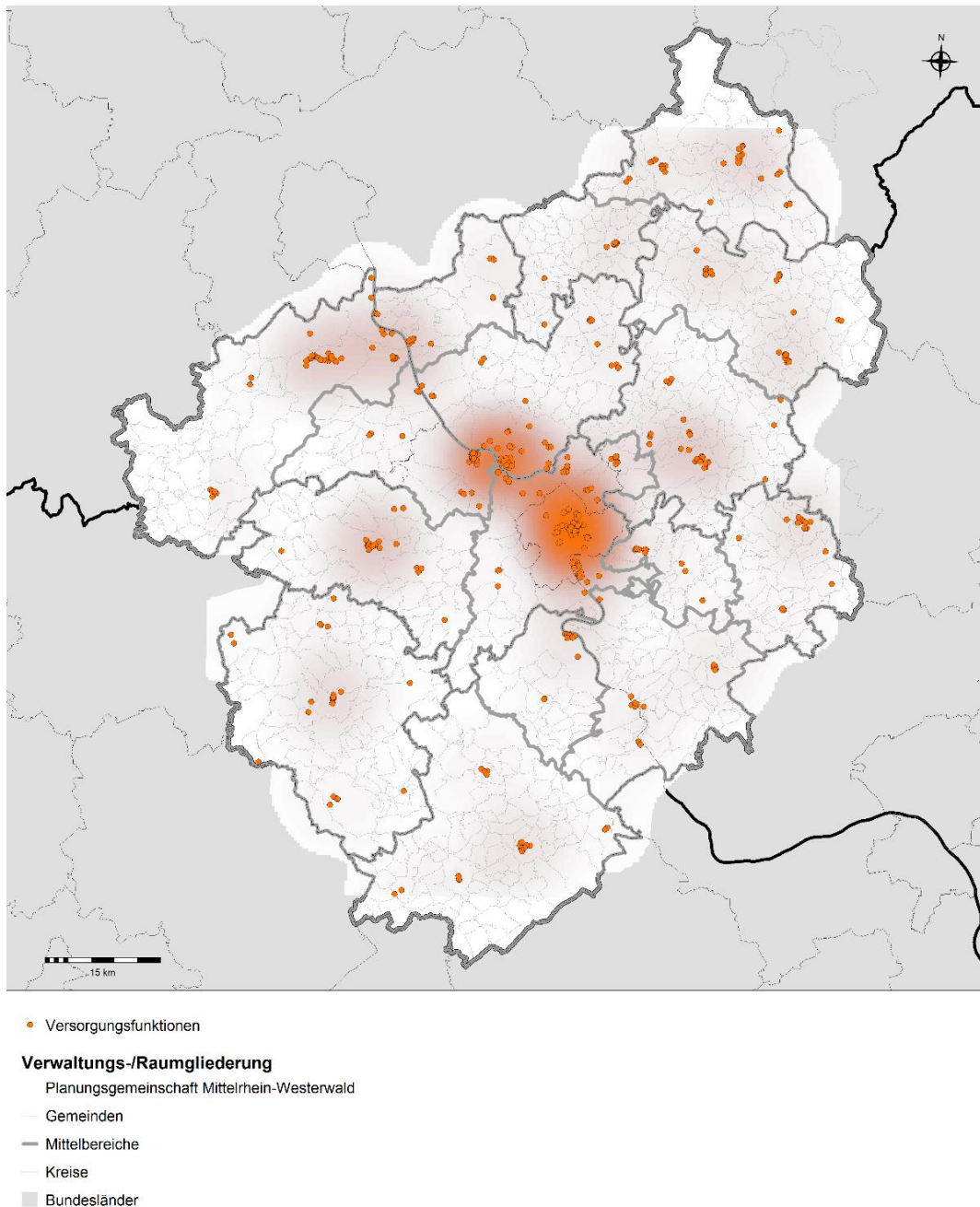
In den folgenden Karten (Karte 14; Karte 16 bis Karte 19) wurden die Klassen auf Grundlage gleicher Abstände gebildet. Somit sind die Darstellungen, nicht aber die Klasseneinteilungen selbst, in den verschiedenen „Dichtekarten“ vergleichbar. Die niedrigste Dichteklasse ist aus Darstellungsgründen transparent dargestellt.



Karte 14: Standortcluster der Metropolfunktionen – metropolitane Kerne

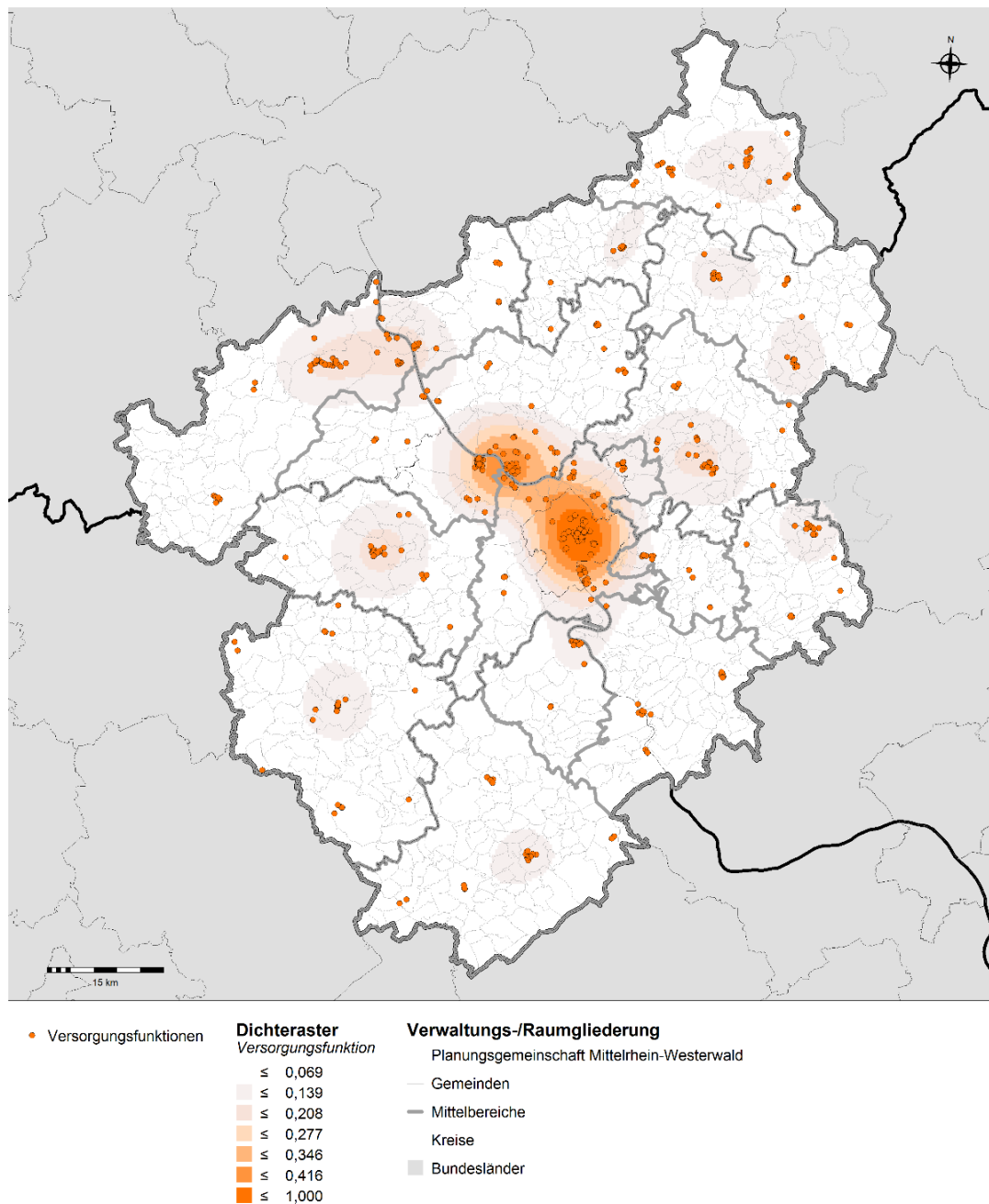
6.3 Standortcluster Versorgungsfunktionen

Karte 15 und Karte 16 zeigen jeweils die Standortcluster für die Versorgungsfunktionen. Neben einer Konzentration im „Neuwieder Becken“ bzw. dem Gebiet der Standortgemeinden Koblenz, Bendorf, Neuwied, Andernach, Lahnstein, Vallendar sowie der Verbandsgemeinde Weißenthurm ohne die Gemeinde Bassenheim, zeigt sich im Gegensatz zu den Metropolfunktionen eine dezentrale Konzentration an zentralörtlichen Versorgungsstandorten in der gesamten Region, die weitgehend das vorhandene bzw. im LEP IV festgelegte Netz an Mittelzentren reflektiert. Eine Ausnahme sind die in der Stadt Bad Marienberg vorhandenen Funktionen, da die Stadt gegenwärtig nicht als Mittelzentrum festgelegt ist.



Karte 15: Standortcluster der Versorgungsfunktionen²³

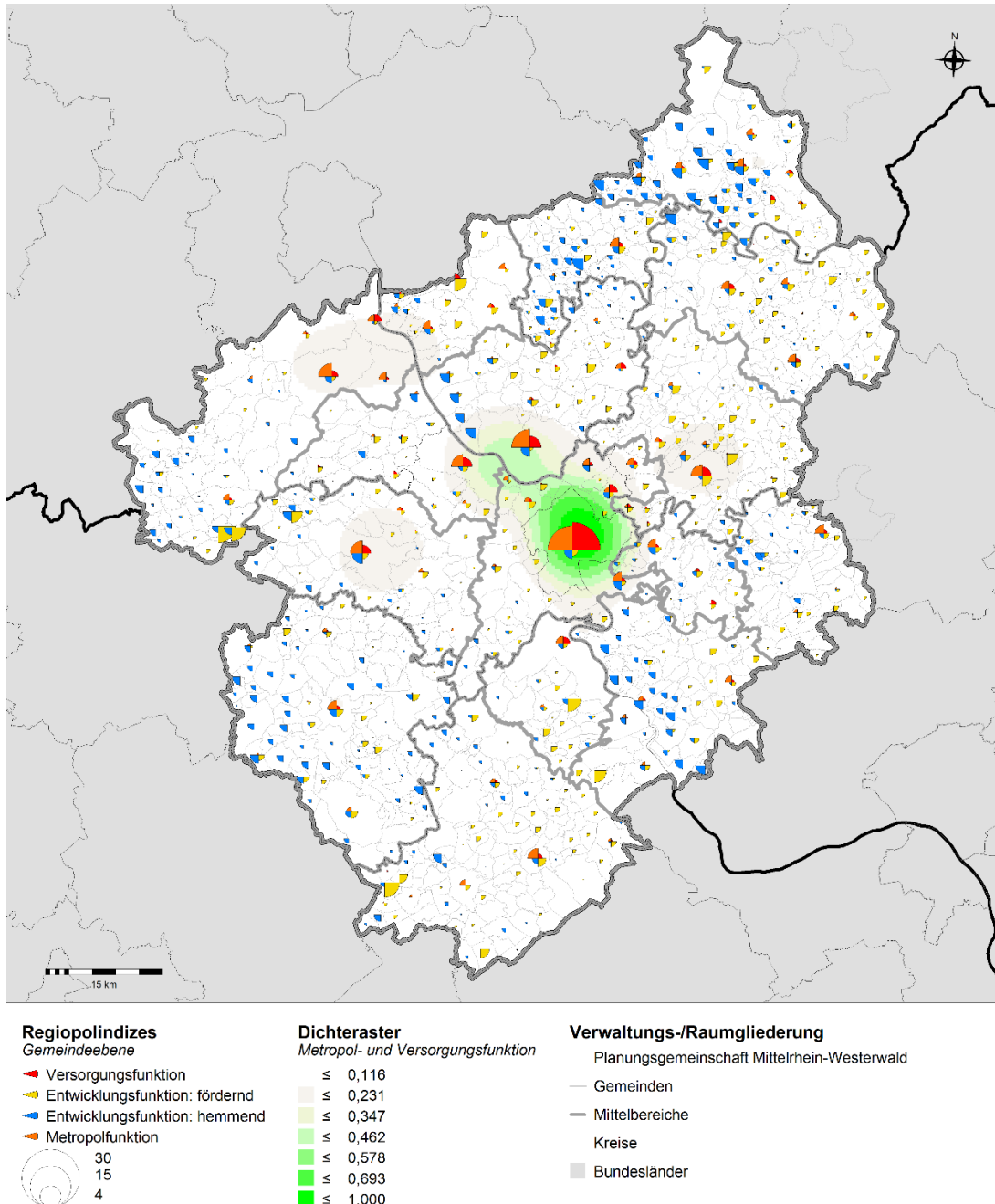
²³ Da es sich um 100 Klassen handelt, wird auf die Darstellung in der Legende verzichtet. Die Kanten der „Dichte-Ringe“ sind modellbedingt: Für den jeweils äußersten Standort je Himmelsrichtung kann kein weiterer Standort gefunden werden, sodass die Suche automatisch abgebrochen wird und eine vertikale (Osten/Westen) bzw. horizontale (Norden/Süden) Kante entsteht.



Karte 16: Standortcluster der Versorgungsfunktionen – zentralörtliche Versorgungskerne

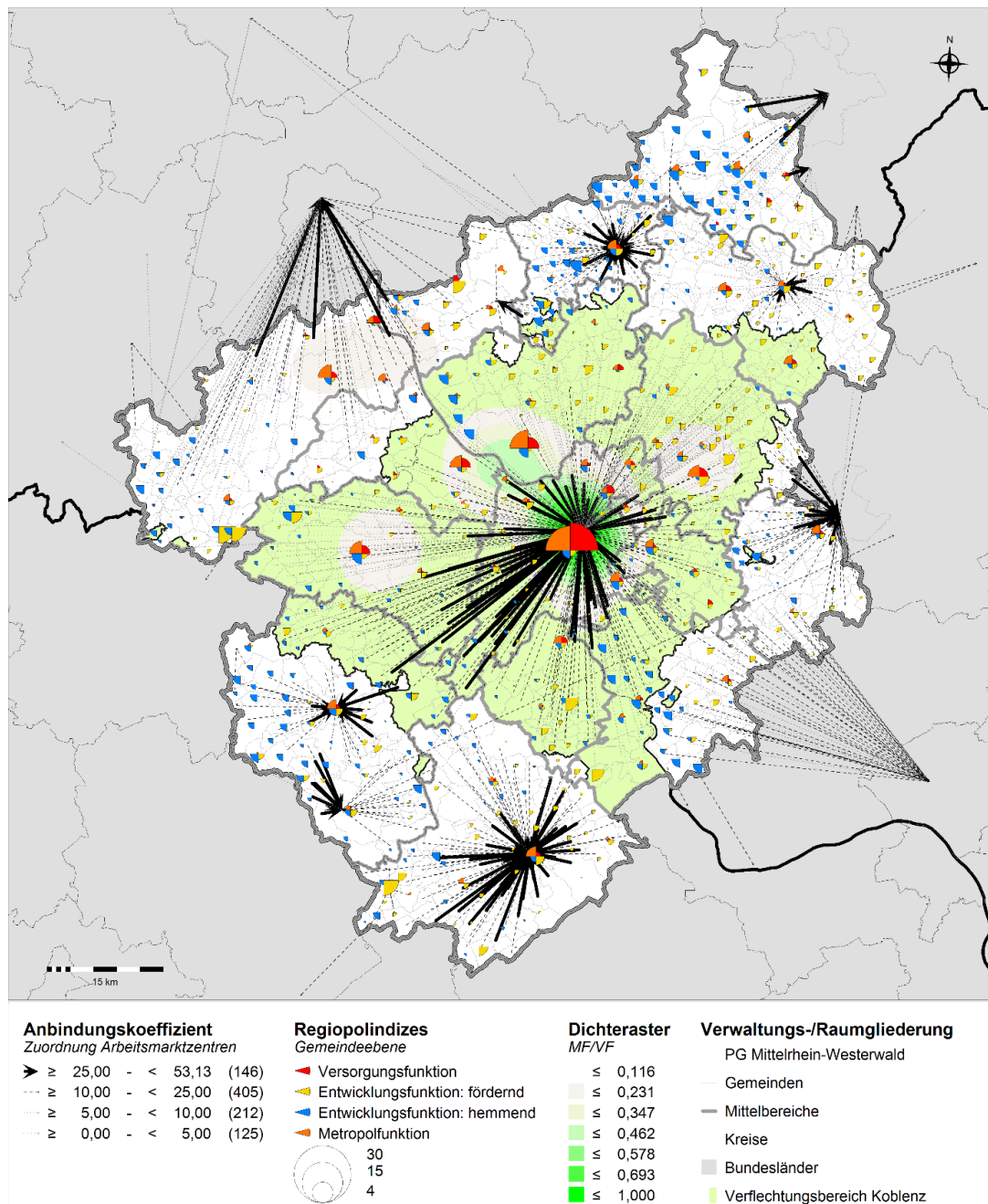
6.4 Synthese: Regiopolitane Standortcluster

Karte 17 zeigt für die Gesamtheit der Metropol- und Versorgungsfunktionen die Kerne in der Region. Dazu sind die in Kapitel 5.5 vorgestellten Regiopolindizes abgebildet. Deutlich wird, dass es ein dominierendes interkommunales Standortcluster im Neuwieder Becken bzw. in den Standortgemeinden Koblenz, Bendorf, Neuwied, Andernach, Lahnstein, Vallendar und der Verbandsgemeinde Weißenthurm (ohne die Gemeinde Bassenheim) gibt, sowie weniger dichte interkommunale Cluster im Raum Bad Neuenahr-Ahrweiler/Linz am Rhein und monozentrale Cluster in Montabaur und Mayen.

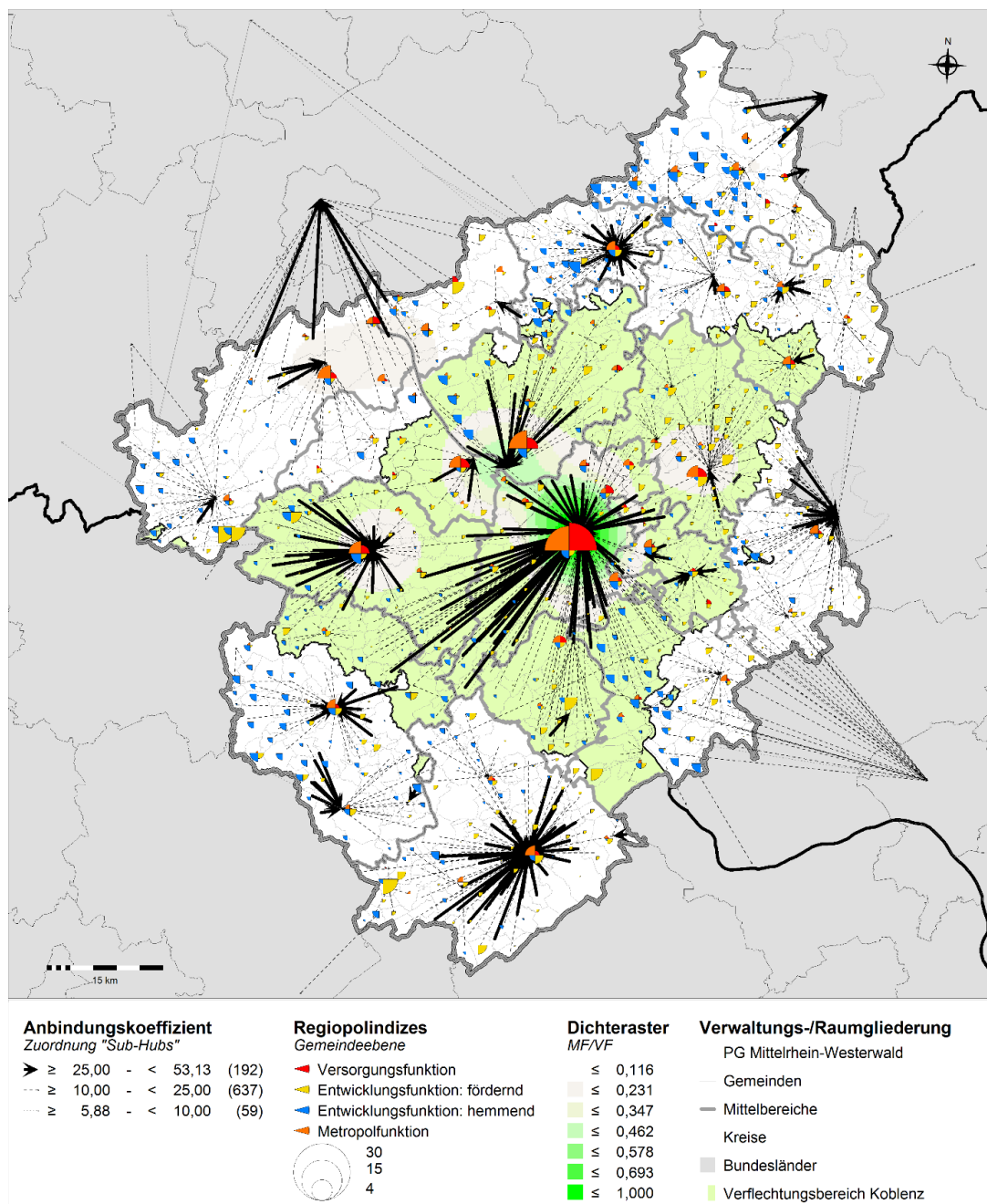


Karte 17: Standortcluster der Metropol- und Versorgungsfunktionen – Regiopolitane Standortcluster

Karte 18 und Karte 19 zeigen ergänzend zu Karte 17 den Verflechtungsraum Koblenz sowie die Pendlerverflechtungen auf die (Sub-)Hubs der Region als Ergebnisse der Verflechtungsanalyse in Arbeitspaket 1.



Karte 18: Regiopolitane Standortcluster mit Regiopolindizes und Verflechtungen



Karte 19: Regiopolitane Standortcluster mit Regiopolindizes und Verflechtungen auf die „Sub-Hubs“

7 SWOT-Analyse

7.1 Methodisches Vorgehen

SWOT-Analysen bilden eine analytische Grundlage in der Frühphase strategischer Planung und sollen dazu beitragen, sich auf Schlüsselaspekte der Strategieentwicklung zu konzentrieren. Primärer Zweck einer strategischen Planung mittels SWOT-Analyse ist es, sich erfolgreich zu positionieren. Die vorhandenen Rahmenbedingungen und das ohnehin Unvermeidbare sollen genutzt werden, um Wettbewerbsvorteile zu erlangen, Risiken zu begrenzen und Gelegenheiten zu nutzen. Die SWOT-Methode besagt, dass eine Strategie an der Abwägung von vier Faktoren auszurichten ist: den internen Ressourcen oder Fähigkeiten in Form von Stärken („Strengths“) und Schwächen („Weaknesses“) sowie den externen Trends oder Ereignissen in Form von Chancen („Opportunities“) und Risiken („Threats“). Die Bewertung dieser vier Faktoren stellt die Basis für daraus folgende Handlungsstrategien dar.

Um Entwicklungspotenziale, aber auch Herausforderungen einer möglichen Regiopole und ihrer möglichen Regiopolregion kompakt darzustellen, wurde eine **SWOT-Analyse** entworfen auf Basis

- 1.) vorhandener Studien und Dokumente²⁴,
- 2.) der Regiopolindizes²⁵ sowie
- 3.) der Online-Befragung²⁶.

Hierbei wurde die gesamte Planungsregion in den Blick genommen und eine Vorab-Eingrenzung auf einen möglichen Kernraum einer Regiopolregion vermieden. Damit sollte zum einen sichergestellt werden, dass alle für die Strategieentwicklung relevanten Faktoren der Region Beachtung finden, zum anderen sollte der letztendlich normativen Abgrenzung der möglichen Regiopole und Regiopolregion nicht vorgegriffen werden.

Die gutachterlich zusammengestellten Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken wurden in einem ganztägigen Workshop mit dem Fachbeirat am 16. Januar 2020 in Koblenz validiert. Hierfür wurden die gutachterlich ermittelten Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken auf Metaplan-Karten zusammengestellt und in die Diskussionen im Fachbeirat eingespeist. Die Teilnehmenden haben in intensiven Diskussionen in drei Arbeitsgruppen die vorläufigen Ergebnisse kommentiert, ergänzt und gewichtet sowie Ansatzpunkte einer regionalen Entwicklungsstrategie herausgearbeitet.²⁷ Im Zentrum der Arbeitsgruppenarbeit standen dabei zwei Leitfragen:

- Welche Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken sehen Sie für die Region?
- Welche Hinweise für die Handlungsfelder und Ziele einer Regionalentwicklungsstrategie lassen sich aus der SWOT-Analyse ableiten?

²⁴ Zu den ausgewerteten Quellen gehören insbesondere Empirica AG 2017, Koch 2015, MWKEL 2013, Müller 2013 und Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald 2017, 2018 (siehe Quellenverzeichnis).

²⁵ Siehe Kapitel 5 „Regiopolindizes“

²⁶ Siehe Kapitel 8.1 „Online-Befragung der Städte/Gemeinden und der Kreisebene“

²⁷ Durch die parallele Arbeit in den Arbeitsgruppen entstanden insgesamt drei Gruppenergebnisse. Die hier vorliegende SWOT-Analyse hat die übereinstimmenden Ergebnisse konsequent übernommen. Im Falle von unterschiedlichen Voten der Arbeitsgruppen wurde aus gutachterlicher Sicht auf Basis der verfügbaren Informationen und Daten über eine Aufnahme der entsprechenden Faktoren entschieden.

7.2 Ergebnisse der SWOT-Analyse

Nachdem in den ersten Jahren der Regiopoldebatte in Deutschland der Fokus stark auf der Stärkung der Wirtschaftskraft im internationalen Standortwettbewerb lag und Regiopolregionen als „kleine Schwestern der Metropolregionen“ (Aring/Reuther 2008) verstanden wurden, deutet sich in jüngster Zeit im Zuge der neu entfachten Debatte um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse eine Perspektivenverschiebung an. Danach würden Regiopolen als Ankerpunkte in ländlich geprägten Regionen auch die Sicherung der Daseinsvorsorge durch die Wahrnehmung zentralörtlicher Funktionen in ihren umgebenden ländlichen Räumen gewährleisten.²⁸ Beide Ansatzpunkte für regiopolregionale Strategien – Entwicklungsfunktion als Wirtschaftsmotor für nicht-metropolitane Räume sowie Versorgungsfunktion für umgebende ländliche Räume – betonen unterschiedliche Aspekte, schließen sich aber nicht gegenseitig aus. Um die Inhalte einer Regionalentwicklungsstrategie für eine Regiopolregion Mittelrhein-Westerwald nicht von vornherein einzuschränken und beiden Optionen entsprechende analytische Grundlagen bereitzustellen, wurden in der SWOT-Analyse die Stärken und Schwächen getrennt nach den Themenfeldern „Regionalentwicklung/Entwicklungsfunktion“ sowie „Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktion“ betrachtet. Bei den externen Trends oder Ereignissen in Form von Chancen und Risiken bot es sich hingegen an, diese themenfeldübergreifend zu beurteilen.

7.3 Stärken und Schwächen der Region Mittelrhein-Westerwald

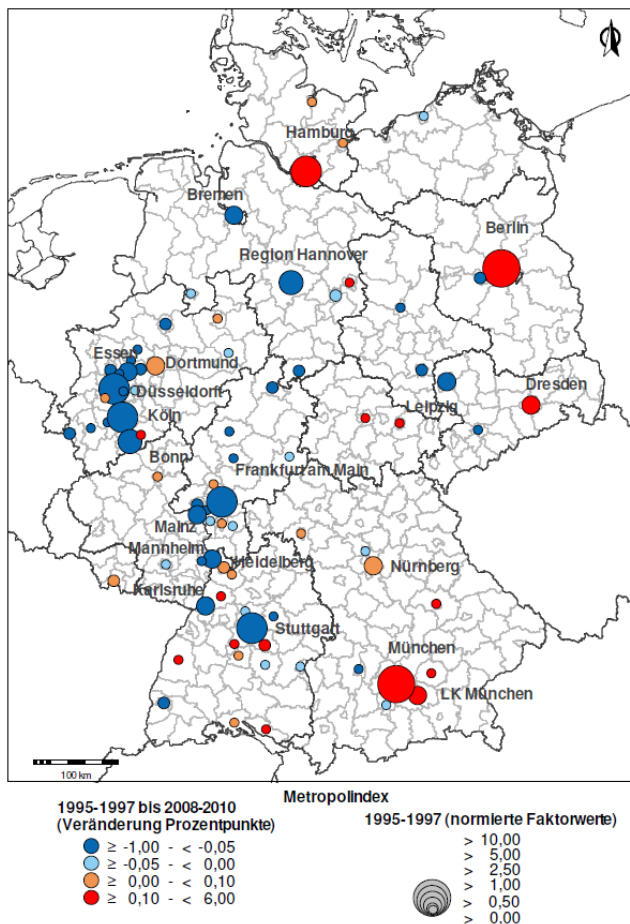
Die Region Mittelrhein-Westerwald ist die nördlichste von fünf Planungsregionen in Rheinland-Pfalz und umfasst 6.432 km². Ihr gehören die Kreisfreie Stadt Koblenz sowie die acht Landkreise Ahrweiler, Altenkirchen, Cochem-Zell, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rhein-Lahn-Kreis und Westerwaldkreis an. Auf der kommunalen Ebene unterteilt sich die Region in 898 Gemeinden, die in 47 Verbandsgemeinden, vier großen kreisangehörigen Städten und sechs verbandsfreien Gemeinden organisiert sind. Oberzentrum der Region ist die Stadt Koblenz. Landesplanerisch untergliedert sich die Region darüber hinaus in 16 Mittelbereiche und 66 Nahbereiche. Raumstrukturell teilt sich die Region gemäß dem Landesentwicklungsprogramm in „ländlichen Raum“ (57 % der Fläche der Region) in den Randbereichen der Region und „Verdichtungsraum“ (43 % der Fläche), insbesondere entlang der Rheinschiene, auf. Als hochverdichteter Bereich mit hoher Zentrenreichbarkeit werden die Städte Koblenz und Neuwied hervorgehoben.

Themenfeld „Regionalentwicklung/Entwicklungsfunktion“

Die großräumige Lagegunst zwischen metropolitenen Agglomerationen im Norden (Köln/Bonn bzw. Metropolregion Rheinland) und im Süden (Metropolregion Rhein-Main bzw. Metropolregion Rhein-Neckar) gehört zu den Stärken der Region. Sie liegt damit auch großräumig in Europa im Kern der so genannten „Blauen Banane“ bzw. des europäischen „Pentagons“, jener Kernraum Europas, der von den Metropolen London, Paris, Mailand, München und Hamburg begrenzt wird. In der Region selber konzentrieren sich die metropolitenen Funktionen²⁹ auf den engeren Raum um Koblenz mit Andernach und Neuwied sowie Montabaur und Mayen. Allerdings verfügt die Region nur über relativ schwach ausgeprägte metropolitane Funktionen im bundesweiten Vergleich (vgl. Karte 7, S. 32, Karte 20, S. 52, sowie Volgmann 2012: 174 ff.; 2014: 31).

²⁸ Siehe Kapitel 2

²⁹ Zu den Metropolfunktionen werden i. d. R. die Entscheidungs- und Kontrollfunktionen (in Privatwirtschaft, Staat und sonstigen Institutionen), die Innovations- und Wettbewerbsfunktion (wirtschaftlich-technische Innovationen, soziale und kulturelle Innovationen) sowie die Gatewayfunktion (Zugang zu Menschen, Wissen und Märkten) gezählt. Metropolfunktionen finden sich auch außerhalb von Metropolregionen, da sie letztlich Standortqualitäten im internationalen Wettbewerb messen, die in Metropolregionen zwar gehäuft, nicht aber exklusiv auftreten.



Karte 20: Entwicklung der Metropolindizes in den Kreisen und kreisfreien Städten (Volgmann 2012: 175)

Verkehrlich profitiert die Region von großräumigen Verkehrsanbindungen: mit den Bundesautobahnen A 3, A 48 und A 61, den jeweils rund 100 km von Koblenz entfernten internationalen Flughäfen in Frankfurt am Main und Köln/Bonn, der ICE-Hochgeschwindigkeitsstrecke Köln-Frankfurt, den Schienenstrecken entlang von Rhein, Mosel, Sieg und Lahn sowie den Binnenwasserstraßen Rhein und Mosel ist die Anbindungsqualität insgesamt günstig. Ergänzt durch ein Netz an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen werden weite Teile der Region für den Straßenverkehr sehr gut erschlossen. Einschränkungen ergeben sich im Hinblick auf die Autobahnanbindung in einigen peripheren Gebieten der Region, z. B. im Hunsrück und im Westerwald. Als Schwäche werden zudem unzureichende Kapazitäten im Schienenpersonennahverkehr entlang der Flusstäler von Rhein und Mosel gesehen, da diese stark vom Schienengüterverkehr ausgelastet sind. Eine weitere Schwäche besteht darin, dass das Oberzentrum Koblenz nur unzureichend an den Schienenschnellverkehr angebunden ist.³⁰ Die 2002 eröffnete ICE-Neubaustrecke Köln – Frankfurt verläuft nicht mehr durch das Mittelrheintal, sodass sich der einzige Bahnhof der Region an einer Hochgeschwindigkeitsstrecke heute in Montabaur befindet. Verkehrliche Probleme resultieren auch aus Verkehrsbelastungen, die sowohl der Fernverkehr als auch der primär MIV-basierte Pendlerverkehr erzeugen. Konzentriert treten die Probleme im Verdichtungsraum des Neuwieder Beckens sowie im Bereich der Rheinquerungen, aber auch entlang des Rheintals (Lärm durch Schienengüterverkehr) auf.

Die Wirtschaft der Region basiert auf einer diversifizierten Branchenstruktur mit einem starken Mittelstand. Rund zwei Drittel der Bruttowertschöpfung entsteht im Dienstleistungsbereich, ein Drittel im Produzierenden Gewerbe. Einen überdurchschnittlichen Lokalisationsgrad³¹ weisen insbesondere die Branchen Metall-Keramik-Kunststoff,

³⁰ Nach einer empirischen Untersuchung zur Erreichbarkeit deutscher Großstädte durch den Schienenpersonennahverkehr kommen Evangelinos et al. 2011 zu dem Ergebnis, dass Koblenz auf Platz 59 der 80 Großstädte in Deutschland lag. Im weiteren Umfeld (Rheinland-Pfalz, NRW, Hessen) wiesen nur Remscheid, Siegen und Trier eine schlechtere Erreichbarkeit auf.

³¹ Der Lokalisationsgrad zeigt den branchenspezifischen Beschäftigtenanteil im Bundesvergleich an.

Papier-Verpackung, Bau, Gastgewerbe und Gesundheit auf (Koch 2015: 16). Neuere Schwerpunkte sind zudem in den Bereichen IT und Logistik verortet.

Für die Stärke der regionalen Wirtschaft sprechen die im landesweiten Vergleich niedrigen Arbeitslosenzahlen. Betrug die Arbeitslosenquote im Januar 2020 deutschlandweit 5,3 %, so lag diese in der Region Mittelrhein-Westerwald deutlich darunter. Gemessen auf Kreisebene lag die Quote nur in der Stadt Koblenz über dem nationalen Durchschnitt (6,0 %). Auch in Bezug auf die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im Land Rheinland-Pfalz (4,7 %) wiesen sechs der acht Landkreise mit Quoten zwischen 3,1 % im Westerwaldkreis und 4,3 % im Landkreis Cochem-Zell eine sehr positive Arbeitsmarktlage auf. Lediglich die Kreise Altenkirchen (4,7 %) und Neuwied (4,9 %) lagen im bzw. über dem Landesdurchschnitt. Auf Ebene der Ortsgemeinden wiesen 70 % (626 von 898) eine bundesweit und 58 % (522 von 898) eine landesweit unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote auf.

Der insgesamt sehr positiven Arbeitsmarktlage stehen zumeist geringe Arbeitsplatzdichten und in der Konsequenz überwiegend negative Pendlersalden gegenüber. Die Arbeitsplatzdichte meint das Verhältnis zwischen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen und Einwohnern im erwerbsfähigen Alter in einem Bezugsgebiet. Gebiete mit hoher Dichte beschreiben demnach Wirtschaftszentren, Gebiete mit geringer Dichte dagegen Wohnorte bzw. „Schlafstädte“. ³²

Typischerweise ist die Arbeitsplatzdichte in den kreisfreien Städten deutlich höher als in den Landkreisen. So kamen 2016 in Rheinland-Pfalz in den kreisfreien Städten auf 1.000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter 1.062 Erwerbstätige, in den Landkreisen hingegen nur 636 Erwerbstätige. Während die Stadt Koblenz die mit Abstand höchste Arbeitsplatzdichte im Bundesland aufweist, liegen die Landkreise der Region alle unter dem Bundesdurchschnitt. Allerdings gibt es auch dort einzelne Gemeinden, die hohe Werte aufweisen, so z. B. Nürburg, Simmern, Altenkirchen, Selters, Cochem, Dernbach, Montabaur, Bad Marienberg und Zell (Mosel).

Wirtschaftliche Schwächen weist die Region bezüglich der Innovationsfunktion auf. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die geringen Anteile an Beschäftigten in Forschung und Entwicklung sowie die geringe Patentintensität der Region. Diese Schwächen sind allerdings nicht regionalspezifisch. Das Land Rheinland-Pfalz schneidet hier im bundesweiten Vergleich deutlich unterdurchschnittlich ab (vgl. Henn/Werner 2016). Auch der Anteil der Hochqualifizierten – gemessen am Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort mit Hochschulabschluss – ist in der Region Mittelrhein-Westerwald mit 9,2 % vergleichsweise niedrig. Der bundesweite Wert ist mit 16,8 % deutlich höher und wird in der Region nur in der Hochschulstadt Vallendar (24,2 %) übertroffen. Während die berufliche Ausbildung in der Region als stark einzuschätzen ist, bleibt sie bezüglich einer Reihe von Bildungsindikatoren wie Betreuungsquoten der Elementarbildung oder Nutzung ganztags schulischer Angebote trotz erheblicher Dynamik hinter anderen Regionen des Landes zurück (Krönert/Wirz 2017).

Hinsichtlich der Hochschulstandorte in der Region stellt sich das Bild differenziert dar: So gibt es mit der Universität Koblenz-Landau, der Hochschule Koblenz an den Standorten Koblenz, Remagen und Höhr-Grenzhausen, der privaten WHU – Otto Beisheim School of Management – in Vallendar, der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar, der Hochschule der Deutschen Bundesbank in Hachenburg sowie der Hochschule für Öffentliche Verwaltung in Mayen eine Reihe von Hochschuleinrichtungen in der Region. Die Zahl der Studierenden in der Region liegt insgesamt aber nur bei rund 20.000 und damit bevölkerungsproportional unterdurchschnittlich. ³³ Im Bereich der Spitzenforschung gibt es in der Region derzeit weder ERC Grants der EU, noch Exzellenzcluster oder Sonderforschungsbereiche der DFG. Gleichwohl kommt eine Studie der Empirica AG zu dem Schluss, dass Koblenz eine von dreißig Schwarmstädten in Deutschland ist, die eine besondere Anziehungskraft auf junge Menschen als attraktiver Wohnstandort ausüben (Empirica AG 2017).

³² Alternativ lässt sich das Verhältnis auch als Arbeitsplatzzentralität beschreiben: sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort geteilt durch die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort.

³³ In der Region Mittelrhein-Westerwald leben ca. 1,5 % der Einwohner Deutschlands. Es studieren hier aber nur ca. 0,7 % der Studierenden.

Ein großes Potenzial der Region liegt in den reichhaltigen Kulturlandschaften mit hohem Erlebniswert und einem hohen Potenzial an natürlichen Ressourcen. Hiervon profitiert der Tourismus, der in der regionalen Wirtschaftsentwicklung eine besondere Rolle spielt. Einerseits ist er von großer Bedeutung für die Außenwahrnehmung der Region. Die touristischen Attraktionen der Region, wie das Mittelrheintal mit der Loreley, die Eifel mit Vulkanpark und Nürburgring sowie bedeutende Kulturlandschaften darunter die Weinanbauregionen Mosel, Ahr und Mittelrhein, prägen das positive Image der Region. Andererseits wird der Tourismus als Wirtschaftsfaktor oft überbewertet und trägt nur an einzelnen Standorten bzw. in Teilräumen, insbesondere im Landkreis Cochem-Zell, mit knapp 2,8 Mio. Übernachtungen (2018) maßgeblich zur Wirtschaftsleistung und zur Beschäftigung bei. An diesen touristisch geprägten Standorten ergeben sich dementsprechend die für den Tourismus typischen saisonalen Abhängigkeiten.

Mittelrhein-Westerwald verfügt über eine in weiten Teilen intakte Siedlungsstruktur, die es zu bewahren gilt. Erhalt und Sanierung vorhandener Siedlungskerne bieten Potenziale für eine bestandsorientierte und städtebaulich qualitätsvolle Innenentwicklung. Dazu zählen auch die Aktivierung von unerschlossenen Flächen in den Innenbereichen und die Reaktivierung von Brachflächen sowie das Schließen von Baulücken.

Die Region Mittelrhein-Westerwald ist überregional vor allem durch ihre touristischen Destinationen bekannt. Darüber hinaus ist die überregionale Sichtbarkeit jedoch relativ gering. Auch regionsintern zeigt sich, dass das Regionalbewusstsein angesichts des zunehmenden internationalen Wettbewerbs erst langsam wächst und bislang nur schwach ausgeprägt ist. Auf regionaler und interkommunaler Ebene bestehen vergleichsweise nur wenige Kooperationen oder integrierte Strategien. So gibt es bislang auch kein gemeinsames Standortmarketing für die Region.

Tabelle 7 am Ende dieses Abschnitts gibt die Stärken und Schwächen der Region Mittelrhein-Westerwald mit Blick auf das Themenfeld „Regionalentwicklung/Entwicklungsfunktion“ noch einmal im Überblick wieder.

Themenfeld „Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktion“

Auch hinsichtlich des zweiten Themenfelds „Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktion“ zeigen sich sowohl ausgeprägte Stärken als auch Schwächen in der Region Mittelrhein-Westerwald. So ist zum einen festzustellen, dass das Grundprinzip des Zentrale-Orte-Systems mit der dezentralen Konzentration von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in der Region gut etabliert und funktionsfähig ist. Dazu tragen sowohl die weitgehend intakten, polyzentrischen Siedlungsstrukturen als auch die leichten Wanderungsgewinne in den letzten Jahren wesentlich bei. Gleichwohl gibt es eine sichtbare Konzentration der überörtlichen Versorgungsfunktionen im Raum Koblenz/Neuwied (vgl. Karte 9, S. 36). Über leistungsfähige Versorgungsangebote verfügt die Region insbesondere im schulischen und im medizinischen Bereich sowie bei Kinderbetreuungsangeboten und im kulturellen Bereich. Allerdings stellt sich im medizinischen Bereich in den kommenden Jahren die Nachfolgeproblematik in der ärztlichen Versorgung.

Schwächen in Bezug auf die Daseinsvorsorge resultieren sowohl aus dem demographischen Wandel – hier vor allem aus dem negativen natürlichen Bevölkerungssaldo und der leicht rückläufigen Bevölkerungsentwicklung insgesamt – sowie aus den raumstrukturellen Ungleichgewichten mit innerregionalen Disparitäten.³⁴ Im Unternehmensbereich führt der demographische Wandel ganz generell zu zunehmenden Schwierigkeiten bei den Unternehmensnachfolgen. In peripheren Randbereichen³⁵ der Region resultieren signifikante Strukturschwächen in ein-

³⁴ Der „Regionale Raumordnungsbericht 2018“ verweist für die Region auf eine moderate Bevölkerungszunahme um 9.967 Personen bzw. 0,8 Prozent im Zeitraum 2010 bis 2017 (Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald (2018:15). Dieser Zeitraum wird jedoch stark geprägt von den ungewöhnlichen hohen Außerwanderungsgewinnen Deutschlands im Zuge der Flüchtlingskrise 2015/2016. Bezogen auf das Basisjahr 2000 hat die Bevölkerung in der Region Mittelrhein-Westerwald bis 2017 um 16.913 Personen bzw. 1,3 % abgenommen (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2019:86). Die fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes sieht zudem in allen sechs berechneten Varianten einen leichten Bevölkerungsverlust der Region im Zeitraum 2017 bis 2040 voraus (ebd.: 98).

³⁵ Mit peripheren Randbereichen sind hier geographische Randlagen in der Region abseits des Kernraums entlang des Mittelrheins gemeint, die zugleich durch Strukturschwächen gekennzeichnet sind.

Tabelle 7: Stärken und Schwächen der Region Mittelrhein-Westerwald

Stärken	Schwächen
Regionalentwicklung/Entwicklungsfunktion	
<ul style="list-style-type: none"> • großräumige Lagegunst zwischen metropolitenen Agglomerationen • Agglomeration metropolitenen Funktionen im Raum Koblenz • günstige großräumige Verkehrsanbindungen • diversifizierte Wirtschaftsstruktur mit starkem Mittelstand • unterdurchschnittliche Arbeitslosenquoten • Leitbranchen Metall-Keramik-Kunststoff, Papier-Verpackung, Bau, Gastgewerbe, Gesundheit, IT, Logistik • Schwarmstadt Koblenz • Hochschulstandorte Koblenz, Vallendar • wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus in Teilräumen • positives Image der Rheinromantik • touristische Attraktionen (Weinanbauregionen, Nürburgring, Loreley, Vulkanpark) • attraktive Landschaften mit hohem Erlebniswert • bedeutende Kulturlandschaften (Welterbe) • hohes Potenzial an natürlichen Ressourcen • großes Potenzial für Innenentwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> • schwach ausgeprägte metropolitenen Funktionen • Koblenz unzureichend an ICE-Netz angebunden • teilweise schlechte Verkehrserschließung (BAB) in der Fläche • geringe Kapazität für Schienenpersonennahverkehr • erhebliche Verkehrsbelastungen durch Fernverkehr und primär MIV-basierte Arbeitspendlerbeziehungen • Schienengüterverkehr: Lärm • Rheinquerungen als Engpässe • geringe Arbeitsplatzdichten • überwiegend negative Pendlersalden • geringer Anteil Personal in Forschung und Entwicklung • geringe Patentintensität • wenig Hochschulstandorte • wenig Spitzenforschung • unterdurchschnittliche Studierendenzahl • saisonale Abhängigkeiten im Tourismus • Überbewertung von Tourismus als Wirtschaftsfaktor • geringere überregionale Sichtbarkeit • schwaches Regionalbewusstsein • unterentwickelte Kooperation auf regionaler Ebene • wenige interkommunale Kooperationen und integrierte Strategien • kein gemeinsames Standortmarketing
Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktion	
<ul style="list-style-type: none"> • dezentrale Konzentration von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in der Region • weitgehend intakte, polyzentrische Siedlungsstrukturen • leichte Wanderungsgewinne • Konzentration der überörtlichen Versorgungsfunktion im Raum Koblenz/Neuwied • vielfältige und reichhaltige Versorgungsstrukturen in Koblenz/Neuwied • gutes Betreuungsangebot für Kinder • vielfältiges Schulangebot • gute Versorgung mit medizinischen Einrichtungen • Kulturangebote in der Region 	<ul style="list-style-type: none"> • raumstrukturelle Ungleichgewichte mit Strukturschwächen in Teilgebieten • Bevölkerungsentwicklung leicht rückläufig • negativer natürlicher Bevölkerungssaldo • Abwanderung junger Erwachsener („brain-drain“) • zunehmende Alterung • Nachfolgeproblematik in der ärztlichen Versorgung • unzureichende Nahversorgung im ländlichen Raum • teilweise schlechte ÖPNV-Erreichbarkeiten bzw. Auslastungen des ÖV im ländlichen Raum mit dispersen Siedlungsstrukturen • Leerstand und gedämpfte Investitionsbereitschaft in Teilräumen • Überangebot an Einzelhandelsflächen im Bereich Koblenz/Neuwied • Unternehmensnachfolgen allgemein • Konzentration entwicklungshemmender Faktoren entlang des Rheins und im Raum Altenkirchen • viele Verwaltungsgrenzen und Entscheider

er problematischen Entwicklung mit Einwohnerrückgängen, einer Abwanderung gut ausgebildeter, junger Erwachsener („brain drain“) und einer verstärkten Alterung der verbleibenden Bevölkerung. In diesen Teilgebieten stellt sich die Nahversorgung schon heute mitunter unzureichend dar und es besteht die Gefahr einer weiteren Verschlechterung der Lage. Hierzu tragen auch die teilweise schlechten ÖPNV-Erreichbarkeiten bzw. sinkenden Auslastungen des ÖV in peripheren ländlichen Räumen mit dispersen Siedlungsstrukturen bei.

Insbesondere im Bereich Koblenz/Neuwied wurde in der Vergangenheit ein erhebliches Überangebot an Einkaufsflächen festgestellt. Inwieweit das auch heute noch so ist, müssten neue Untersuchungen zeigen. In diesem Fall stiege die Gefahr einer Funktionserosion und von Leerständen in den Innenstadtzentren. Zunehmende Leerstände dämpfen in zentralen Orten die Investitionsbereitschaft und schwächen deren Rolle in der Daseinsvorsorge. Eine Konzentration entwicklungshemmender Faktoren zeigt sich entlang des Rheins und im Raum Altenkirchen (vgl. Karte 11; S. 39).

Durch die kleinteilige Gemeindestruktur in Rheinland-Pfalz mit Orts- und Verbandsgemeinden und die Aufteilung der Region in acht Landkreise und eine kreisfreie Stadt muss die Daseinsvorsorge in der Region über viele Verwaltungsgrenzen hinweg durch viele Entscheidungsträger koordiniert werden.

Die Stärken und Schwächen der Region Mittelrhein-Westerwald mit Blick auf das Themenfeld „Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktion“ werden in Tabelle 7 noch einmal im Überblick dargestellt.

7.4 Chancen und Risiken der Region Mittelrhein-Westerwald

Wie alle Regionen Deutschlands ist die Region Mittelrhein-Westerwald von einer Vielzahl an (Mega-)Trends betroffen, die sich auf die Zukunftsaussichten der Region sowohl positiv (Chancen) als auch negativ (Risiken) auswirken können. Das gilt für den demographischen Wandel ebenso wie für den Klimawandel sowie die Digitalisierung und die fortschreitende Globalisierung. Im Ergebnis der Diskussionen im Fachbeirat wurden in nachfolgender Tabelle 8 aufgelistete Chancen und Risiken als besonders bedeutsam für die Region Mittelrhein-Westerwald erachtet.

Dabei fällt ins Auge, dass ein und derselbe Trend oftmals als Chance und Risiko zugleich wahrgenommen wird. So bietet der demographische Wandel mit dem Trend zur Reurbanisierung, insbesondere der „Schwarmstadt“ Koblenz und den umliegenden Mittelzentren, Entwicklungschancen und die Aussicht, junge Hochqualifizierte anzulocken. Gleichzeitig stellt der demographische Wandel mit Geburtenrückgängen, Alterung und Abwanderung aus peripheren Gebieten für weite Teile der Region eine enorme Herausforderung dar – gerade hinsichtlich der Sicherung der Daseinsvorsorge, insbesondere in denjenigen Zentralen Orten, die spezifische Entwicklungshemmnisse aufweisen. Der demographische Wandel und insbesondere die damit einhergehende Alterung der Gesellschaft drohen aber auch Engpässe im Fachkräftebereich zu verstärken. Die Mehrzahl der Unternehmen in Deutschland sieht im Mangel an Fachkräften die größte Gefahr für ihre Geschäftsentwicklung.³⁶ Insbesondere im MINT- und im Gesundheitsbereich wird es zunehmend schwieriger, offene Stellen mit qualifizierten Fachkräften zu besetzen.

Chancen und Risiken liegen auch bei der Digitalisierung eng beieinander. So bieten neue Technologien vielfältige Chancen, können Internet-basierte und mobile Angebote nicht mehr aufrechtzuerhaltende stationäre Angebote substituieren. Ein flächendeckender Breitbandausbau ermöglicht gleiche Online-Zugänge in allen Teilen des Landes. Allerdings führt die Digitalisierung tendenziell eher zu einer Verschärfung regionaler Disparitäten und der Online-Handel gefährdet den traditionellen Einzelhandel in den Zentren. Auch bezüglich des Klimawandels können sowohl positive Effekte (hier insbesondere in Bezug auf den saisonalen Tourismus und den Weinbau) als auch negative Effekte (Zunahme von konvektiven Extremereignissen, Hitzewellen und Trockenperioden) herausgestellt

³⁶ Auch im IHK-Konjunkturbericht für den Kammerbezirk Koblenz für den Herbst 2019 landet der Fachkräftemangel auf Platz 1 der Nennungen zu Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen. 55 % der befragten Unternehmen sahen den Fachkräftemangel als Risiko für ihre Entwicklung (IHK Koblenz 2019).

werden. Als eine Chance oder als ein Risiko für die regionale Entwicklung wurde ferner die Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gesehen.

Spezifische Chancen für eine Regionalentwicklungsstrategie liegen in der gegenwärtigen Konsolidierung öffentlicher Haushalte. Letztere begünstigt auch neue Förderprogramme des Bundes, die gerade Regiopoleregionen neue Möglichkeiten eröffnen könnten. Mit dem 2016 gegründeten Regiopole-Netzwerk besteht zudem eine Plattform, in der sich die Regiopoleregionen austauschen und gemeinsame Initiativen starten können. Schließlich bietet auch die avisierte Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz die Chance, spezifische Interessen der Region oder auch den Ansatz der Regiopoleregionen stärker in Landesplanung und Landespolitik zu verankern, um Entwicklungsimpulse zu setzen und die Daseinsvorsorge, insbesondere über ein fortentwickeltes Zentrale-Orte-Konzept, zu sichern.

Diesen Chancen stehen aber auch spezifische Risiken der Region gegenüber. Hierbei wurden insbesondere die mangelnde Finanzausstattung der Kommunen, der ausgeprägte Wettbewerb zwischen den oftmals kleinen (Verbands-)Gemeinden sowie der steigende Flächenverbrauch in Verbindung mit einer dispersen Siedlungsentwicklung, die Tendenz zu bandartigen Siedlungsentwicklungen betont. Zwar hat die Siedlungs- und Verkehrsfläche in der Region zwischen 2010 und 2017 nur um 0,31 % zugenommen (Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald 2018). Dabei ist aber zu beachten, dass der Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche mit 14,8 % über dem Durchschnittswert vergleichbarer Regionen (BBSR-Regionstyp „Regionen mit Verdichtungsansätzen“) liegt, der 2017 bei 13,7 % lag.³⁷ Dabei liegt der Siedlungsflächenanteil pro Einwohner in den Landkreisen Cochem-Zell und Rhein-Hunsrück-Kreis mit über 1.000 m² sogar in der bundesdeutschen Spitzengruppe.

Tabelle 8: Chancen und Risiken der Region Mittelrhein-Westerwald

Chancen	Risiken
Regionsexterne Impulse (themenübergreifend)	
<ul style="list-style-type: none"> • Demografischer Wandel • Trend in die Städte • Zuwanderung von Fachkräften • Digitalisierung • Online-Handel • steigende Wettbewerbsfähigkeit • Klimawandel • Konsolidierung öffentlicher Haushalte • neue Förderprogramme des Bundes • Regiopole-Netzwerk • Fortschreibung LEP V 	<ul style="list-style-type: none"> • Demografischer Wandel • Trend in die Städte • Gefährdung der Tragfähigkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge • Digitalisierung • Online-Handel • sinkende Wettbewerbsfähigkeit • Fachkräftemangel • Klimawandel • Hochwasserprobleme • disperse Siedlungsentwicklung • Flächenverbrauch • Tendenz zu bandartigen Siedlungsentwicklungen • Mangelnde Finanzausstattung der Kommunen • ausgeprägter Wettbewerb zwischen den oftmals kleinen (Verbands-)Gemeinden

³⁷ Datenbasis: BBSR INKAR: www.inkar.de

7.5 Schlussfolgerungen für Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen einer Regionalentwicklungsstrategie

Im Ergebnis der Vorstudie soll ein gutachterlicher Vorschlag zur Entwicklung einer Regionalentwicklungsstrategie stehen. Eine wichtige Basis für Ziele und Handlungsfelder eines regionalen Entwicklungskonzeptes bildet ein Vergleich zwischen den aus den Ergebnissen der SWOT-Analyse abgeleiteten räumlich-funktionalen Handlungserfordernissen auf der einen sowie den bestehenden Kooperationen bzw. den von den Kommunen benannten Kooperationsbedarfen auf der anderen Seite. Während die Kooperationsbedarfe im Rahmen der Online-Befragung ermittelt wurden, diente die Entwicklung von fortschreibbaren Regiopolidizes als Grundlage für die Ermittlung von Standorten (Clustern) „regiopolitaner“ Bedeutung sowie für die Abgrenzung von Kernraum und erweitertem Bereich. Daneben liefert aber auch die SWOT-Analyse Hinweise auf thematische Prioritäten und konkrete Handlungsansätze. Hierzu werden die ermittelten Stärken und Schwächen nach ihrer Relevanz bewertet und im Sinne einer Matrix mit den ermittelten Chancen und Risiken verknüpft (vgl. Abbildung 6).

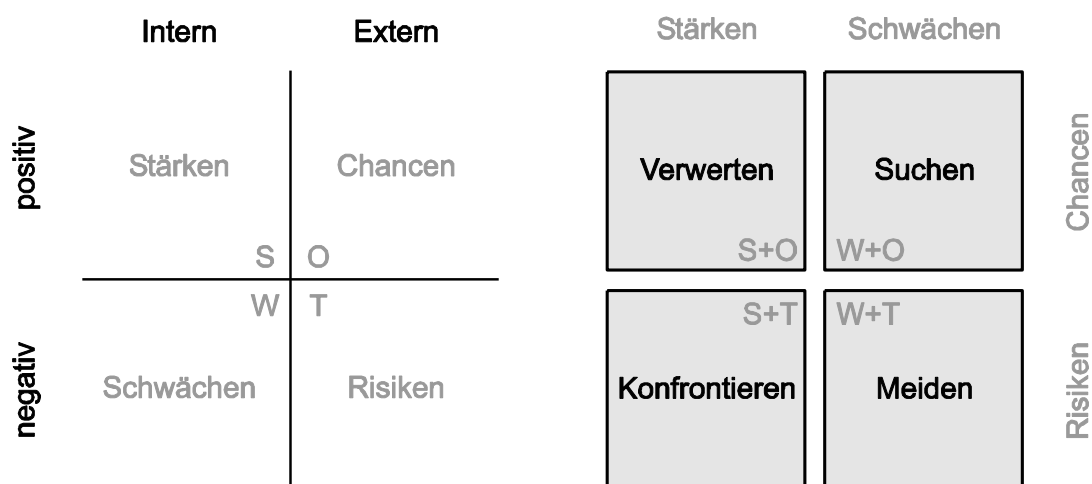


Abbildung 6: Die SWOT-Methode (Wiechmann 2008: 17)

Zu beachten ist, dass unterschiedliche Handlungsfelder bzw. Maßnahmenbereiche auch unterschiedliche Raumzuschnitte nahelegen. Die Bestimmung inhaltlicher Schwerpunkte einer Regionalentwicklungsstrategie hat zwangsläufig Auswirkungen auf die zweckmäßige Abgrenzung der Regiopoleregion bzw. eines Kernraums einer Regiopoleregion und wirkt damit auch auf den Analyseraum zurück, der Gegenstand dieser Studie ist (vgl. Kapitel 4.1). Davon unabhängig lassen sich die großräumigen Verflechtungsbereiche in der Region Mittelrhein-Westerwald gutachterlich auf Basis von entsprechenden Raumanalysen ermitteln. Die Frage der räumlich-funktionalen Abgrenzung einer möglichen Regiopoleregion, differenziert nach Kernraum und erweitertem Bereich, setzt aber eine politisch-normative Entscheidung über Ziele und Handlungsschwerpunkte einer solchen regionalen Zusammenarbeit voraus.

Basierend auf den herausgearbeiteten Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken hat der Fachbeirat in seinem ganztägigen Workshop am 16. Januar 2020 in Koblenz diskutiert, welche Hinweise für die Handlungsfelder und Ziele einer Regionalentwicklungsstrategie sich aus der SWOT-Analyse ableiten lassen. Im Ergebnis wurden in den Arbeitsgruppen acht Handlungsfelder benannt, von denen fünf dem Themenfeld „Regionalentwicklung/Entwicklungsfunktion“ und drei dem Themenfeld „Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktion“ zuzuordnen sind. Zusätzlich wurde aus gutachterlicher Sicht das Handlungsfeld „Sicherung zentralörtlicher Funktionen“ ergänzt.

Themenfeld „Regionalentwicklung/Entwicklungsfunktion“

Interkommunale Flächenentwicklung

Die Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen kann in Teilen bestandsorientiert als Innenentwicklung in den vorhandenen Siedlungskernen durch die Reaktivierung von Brachflächen sowie das Schließen von Baulücken geschehen. Allerdings lassen sich auf diese Weise nicht alle Flächenbedarfe decken. Insbesondere großflächige Entwicklungsgebiete bzw. Nutzungen mit spezifischen Anforderungen, z. B. bezüglich einzuhaltender Abstände oder einer großräumigen Verkehrsanbindung, bedürfen anderer Lösungen. Hier bietet sich eine regional abgestimmte interkommunale Flächenentwicklung unter Berücksichtigung des Flächentauschmodells des Ziels Z 33 des Regionalen Raumordnungsplans Mittelrhein-Westerwald (RROP) an, da sie mehrere Vorteile mit sich bringt: Aufteilung der Kosten (und Erträge) für Flächenentwicklung und Vermarktung, Überwindung lokaler Flächenengpässe, Vermeidung eines ruinösen Wettbewerbs und Eindämmung von expansiven Flächenausweisungen. Die Schwellenwerte gemäß Ziel Z 30 RROP Mittelrhein-Westerwald erkennen zwar an, dass der jeweilige gemeindliche Bedarfswert um den Potenzialwert zu reduzieren ist, klammern aber aus, dass unter Umständen auch für den Bedarfswert nicht notwendigerweise eine Nachfrage besteht, da sich der Bedarfswert auf eine Bevölkerungsvoorberechnung sowie einen Bedarfsausgangswert stützt, der immerhin zentralörtliche Funktionszuweisungen mit einem entsprechenden Multiplikator berücksichtigt. Ausgeklammert bleibt aber die hohe oder auch geringe Attraktivität einzelner Standorte bzw. Ortsgemeinden. Daher bieten sich Überlegungen eines Funktionsraummodells an, innerhalb dessen die Schwellenwerte der Einzelgemeinden in einen Pool überführt werden. Diese wurden bei der Bearbeitung von Arbeitspaket 5 weiterverfolgt.

Diesen Chancen stehen aber auch Risiken gegenüber: neben dem steigenden Flächenverbrauch in Verbindung mit einer dispersen Siedlungsentwicklung sind dies v. a. die mangelnde Finanzausstattung der Kommunen sowie der ausgeprägte interkommunale Wettbewerb um Ansiedlungen. Ferner verfügen die Gebietskörperschaften der regionalen Planungsgemeinschaft bislang über vergleichsweise wenige Erfahrungen in interkommunaler Kooperation und können daher nicht auf breite Vorarbeiten aufbauen (vgl. Kapitel 8.1). Auch das im Teilraum Koblenz/Neuwied möglicherweise noch bestehende Überangebot an Einzelhandelsflächen könnte interkommunale Kooperationen bei der Flächenentwicklung erschweren.

Standortmarketing

Bislang gibt es in der Region Mittelrhein-Westerwald kein gemeinsames Standortmarketing, das vorhandene Regionalbewusstsein ist nur schwach ausgeprägt und die überregionale Sichtbarkeit gering. Ein regionales Standortmarketing könnte helfen, die Schwächen abzubauen. Es soll günstige Rahmenbedingungen für die Regionalentwicklung schaffen und die Standorte der Region an regionalen, nationalen und internationalen Märkten ausrichten. Darüber hinaus soll das Standortmarketing eine größere Bekanntheit und/oder ein positives Image bei den Zielgruppen erreichen. Letztlich geht es darum, Standortentscheidungen von Unternehmen (Sicherung bestehender sowie die Ansiedlung neuer Betriebsstätten), Arbeitnehmern (Gewinnung von qualifizierten Fachkräften) und Touristen zugunsten der Region zu beeinflussen. In die Trägerstrukturen eines regionalen Standortmarketings werden neben kommunalen Akteuren oft auch Unternehmen eingebunden.

In den Diskussionen des Fachbeirates wurde ein themenbezogenes gemeinsames Standortmarketing diskutiert. Die bisherigen Erfahrungen mit diesen Prozessen in anderen Regionen haben gezeigt, dass effektive Markenbildungsprozesse, im Sinne von Verbesserungen bei regionaler Bekanntheit und Image, einen langfristigen Zeitraum von mindestens fünf Jahren erfordern, sich dann aber positiv auf Unternehmensstandortentscheidungen und Fachkräftegewinnung auswirken können.

Mobilität

Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zur Sicherung eines zuverlässigen, gut verknüpften und schnellen Güter- und Personenverkehrs sind sowohl für die regionale Wirtschaftsentwicklung als auch für die regionale Lebensqualität entscheidend. Integrierte Verkehrsstra-

tegien können helfen, die regionale Entwicklung anzukurbeln. Auch für die Daseinsvorsorge sind Fragen der Erreichbarkeit von zentralörtlichen Einrichtungen, insbesondere in peripheren ländlichen Räumen, essentiell. Gleichzeitig ist der Straßenverkehr für einen erheblichen Anteil der CO₂-Emissionen verantwortlich und daher künftig nachhaltiger und umweltfreundlicher auszurichten. Digitalisierung, Elektromobilität, Sharing-Angebote und multimodale Mobilität bieten neue Chancen. Denkbare Maßnahmen wären auch eine integrierte Siedlungs- und Verkehrsentwicklungsplanung, ein regionales Radverkehrskonzept, die Förderung der Elektromobilität (z. B. durch Ausbau einer flächendeckenden Lade-Infrastruktur), die Verbesserung des Lärmschutzes der Wohnbevölkerung sowie die gute Anbindung von Gewerbestandorten und Naherholungsangeboten an den ÖPNV.

Spezifischer Handlungsbedarf in der Region wird darüber hinaus in der Vernetzung von Koblenz und Montabaur (ICE-Anschluss) sowie zwischen Koblenz und Köln, aber auch bei der Optimierung der Rheinquerungen gesehen.

Forschung und Bildung

Ein weiteres Handlungsfeld der Regionalentwicklung wurde im Bereich Forschung und Bildung gesehen. Bezüglich der Forschung wurde konkret der Ausbau der Universität in Koblenz, auch in Bezug auf die Exzellenzinitiative, angesprochen. Darüber hinaus ging es darum, in der Region weitere Qualifizierungs- und Bildungsstandorte auszubauen, um die regionalen Schwächen bezüglich der Innovationsfunktion (geringer Personalanteil in Forschung und Entwicklung, geringe Patentintensität, wenig Hochschulstandorte, wenig Spitzenforschung und unterdurchschnittliche Studierendenzahl) abzubauen und zugleich das Potenzial der „Schwarmstadt“ Koblenz zu nutzen.

Identitätsfördernde Aktivitäten für die „Region“

Nicht zuletzt könnte eine Regionalentwicklungsstrategie gezielt auf Maßnahmen zur Förderung eines stärkeren Regionalbewusstseins setzen. Eine positiv besetzte regionale Identität trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen in einer Region bleiben oder auch dorthin zurückkehren. Regionalbewusstsein und Heimatverbundenheit werden damit auch für Fachkräfte-suchende Unternehmen zu wichtigen weichen Standortfaktoren. Durch ihre überregional bekannten touristischen Destinationen verfügt die Region Mittelrhein-Westerwald über hervorragende Kristallisationspunkte für ein gestärktes Regionalbewusstsein und eine stärkere Identifizierung von Einwohnern, aber auch politischen Entscheidern mit ihrer Region.

Themenfeld „Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktion“

Die Mehrzahl der Anregungen im Fachbeirat betrafen Maßnahmen im Themenfeld „Regionalentwicklung/Entwicklungsfunktion“. Bezüglich des Themenfelds „Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktion“ wurden drei Handlungsansätze vorgeschlagen.

Regionales Einzelhandelskonzept

Aus dem Landesplanungsentwicklungsprogramm (Ziele Z 57-61 gelten unmittelbar) ergibt sich für Mittel- und Oberzentren die Pflichtaufgabe der Steuerung großflächiger Einzelhandelsvorhaben ab 2.000 m² Verkaufsfläche in Abstimmung mit der Regionalplanung. Aufgrund ihrer Größe, aber auch ihrer Lage, ihrer Art und/oder ihres Sortiments sind die Vorhaben regional bedeutsam und kommen gemäß LEP IV grundsätzlich nur in Mittel- und Oberzentren in Betracht. Ferner ist die Ansiedlung und Erweiterung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben mit innenstadt-relevanten Sortimenten nur in Innenstädten bzw. Stadt- sowie Stadtteilzentren zulässig (städtebauliches Integrationsgebot). Die städtebaulich integrierten Bereiche sind von den zentralen Orten in Abstimmung mit der Regionalplanung verbindlich festzulegen. Gemäß Regionalem Raumordnungsplan Mittelrhein-Westerwald (2017) soll die Abgrenzung dieser Bereiche zudem in kommunalen bzw. regionalen Einzelhandelskonzepten begründet werden: „G 39: Einzelhandelskonzepte in der Region (möglichst zwei oder mehr Gebietskörperschaften) sollen erstellt und bei der Beurteilung von konkreten Ansiedlungsvorhaben berücksichtigt werden“. Eine regional abgestimmte Vorgehensweise bietet dabei mehrere Vorteile: Verringerung des Flächenwachstums von Fachmärkten außerhalb der Ortskerne, Stärkung der Nahversorgung in den Städten und Gemeinden an regional geeigneten Standorten, die die städtebauliche Entwicklung der Ortskerne und Stadtzentren positiv beeinflussen, Schaffung eines verlässlichen

Rahmens für den erwünschten Wettbewerb zwischen den Standorten und den Händlern bei gleichzeitiger Vermeidung eines ruinösen Wettbewerbs durch Neuansiedlungen an ungeeigneten Standorten sowie Investitionssicherheit für den Handel durch den überörtlichen Konsens.

Energieversorgung und Klimaschutz

Gegenwärtig befinden sich Regionen in einem weitreichenden Umbruch. Der Wandel von Energieinfrastrukturen und der globale Klimawandel mit seinen regional wirksamen Folgeerscheinungen stellen sowohl die kommunale als auch die regionale Ebene vor große Herausforderungen. Ein regionales Energie- und Klimakonzept kann den Kommunen bei der Bewältigung dieser Herausforderung helfen und Synergiepotenziale aufzeigen.

ÖPNV im ländlichen Raum

Angesichts des demographischen Wandels und des Reurbanisierungstrends zugunsten der Städte und ihres suburbanen Umlands stellt die Sicherung einer ausreichenden Mobilität jenseits des eigenen Pkw eine zunehmende Herausforderung in peripheren Räumen dar. In Ergänzung zu den o. g. Maßnahmen im Bereich Mobilität wurden unter dem Gesichtspunkt der Daseinsvorsorge spezifische Maßnahmen zur Verbesserung bzw. Stabilisierung des ÖPNV-Angebots im ländlichen Raum vorgeschlagen. Insbesondere geht es um flexible bedarfsabhängige Angebotsformen, die den klassischen ÖPNV ergänzen bzw. ersetzen und ein ÖPNV-Angebot auch in nachfrageschwachen Räumen bzw. in Schwachverkehrszeiten zu vertretbaren Konditionen anbieten können.

Sicherung zentralörtlicher Funktionen

Aus der Diskussion des Fachbeirats hat sich hier zwar kein Handlungsschwerpunkt ableiten lassen. Dennoch wird dieser Punkt als möglicher Gegenstand des regionalen Entwicklungskonzepts aufgerufen, da sich aus der Logik der SWOT-Analyse, besonders aus der Kombination der Teilindizes zur Versorgungsqualität (bestehende Stärke), und den entwicklungshemmenden Faktoren, denen ein prognostisches Element innewohnt (Risiken), ein Handlungsbedarf ergibt. So scheint insbesondere die langfristige Fähigkeit Zentraler Orte in peripheren Regionsteilen (Altenkirchen, Cochem), aber auch entlang des Rheins, ihre zentralörtlichen Funktionen ausüben zu können, gefährdet. Hier sollte eine Regionalentwicklungsstrategie stabilisierende Elemente für diese wichtigen Ankerpunkte im Raum vorsehen.

8 Erfassung relevanter kommunaler und teilregionaler Konzepte/Ansätze

Die Erfassung relevanter kommunaler und teilregionaler Konzepte sowie Ansätze und Initiativen diente dazu, bestehende Kooperationsstrukturen in der Region Mittelrhein-Westerwald sowie darüberhinausgehende Kooperationsbedarfe zu erfassen. Die Erhebung erfolgte anhand verschiedener Arbeitsschritte: Im ersten Schritt wurde eine Online-Befragung der Städte/Gemeinden (kreisfreie und kreisangehörige Städte, verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden) sowie der Kreisebene der Region Mittelrhein-Westerwald durchgeführt. Im zweiten Schritt wurden auf Grundlage der Ergebnisse der Online-Befragung Konzepte/Projekte recherchiert und ausgewertet, die aus Sicht der Befragten von besonderem Interesse für eine mögliche Regiopolenentwicklung sind. Um bestehende Kooperationsstrukturen besser nachvollziehen und detaillierter betrachten zu können, wurden darüber hinaus im dritten Schritt leitfadengestützte Interviews mit VertreterInnen der Städte/Gemeinden sowie Landkreise durchgeführt.

Bei den durchgeführten Arbeitsschritten handelt es sich nicht um repräsentative Erhebungen. Daher stellen die Auswertungen keine repräsentativen Ergebnisse dar, sondern sind vielmehr als Stimmungsbild und vor allem auch als Meinungsbild der befragten Personen zu werten und haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Insbesondere die Auswertung der leitfadengestützten Interviews ist nicht als abgestimmte politische Meinung anzusehen, sondern stellt die Einschätzung aus Sicht der Befragten dar. Die Ergebnisse geben jedoch wichtige Hinweise auf bestehende Kooperationen sowie Kooperationsbedarfe in der Region Mittelrhein-Westerwald, die unter Berücksichtigung der bisherigen Ergebnisse in den weiteren Verlauf der Vorstudie einbezogen werden.

8.1 Online-Befragung der Städte/Gemeinden und der Kreisebene

8.1.1 Ablauf und Inhalt

Im Rahmen der Vorstudie „Regiopole Mittelrhein-Westerwald“ wurden bestehende kommunale und teilregionale Konzepte in Form eines Online-Fragebogens erfasst. Die Erhebung bestand aus zwei unterschiedlichen Fragebögen für Städte/Gemeinden sowie für die Kreisebene. Die Teilnehmenden wurden gebeten, Analysen, Konzepte und Projekte anzugeben, die seit 2008 vorliegen. Themenschwerpunkte beider Befragungen waren integrative Raumentwicklungskonzepte und sektorale Konzepte. Bei der Befragung der Städte/Gemeinden wurden zudem Entwicklungsabsichten (geplante Vorhaben) untersucht. Die Erhebung erfolgte über ein geschlossenes Frageformat. Eine offene Frage bildete den Abschluss. Neben dem Namen der Institution wurden auch die dienstlichen Kontaktdaten der Teilnehmenden für eventuelle Rückfragen abgefragt. Es erfolgte jedoch keine Auswertung der personenbezogenen Angaben.

Der Befragungszeitraum war vom 25. August bis zum 13. Dezember 2019 angelegt. Bei der Vollerhebung wurden die 61 Städte/Gemeinden³⁸ sowie alle acht Landkreise im Untersuchungsraum von der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald eingeladen, an der Befragung teilzunehmen. Nach zunächst zögerlichem Rücklauf wurde der Befragungszeitraum verlängert und der Teilnehmerkreis darüber informiert. Zudem wurde eine PDF-Version des Fragebogens bereitgestellt. Drei Wochen vor Ablauf der Befragung wurden gezielt die Städte/Gemeinden bzw. Kreise kontaktiert, die noch nicht an der Befragung teilgenommen bzw. bisher keine Angaben im Bogen gemacht haben. An der Online-Befragung beteiligten sich insgesamt 50 der 61 Städte/Gemeinden (Rücklaufquote 82 %) sowie alle acht Landkreise (Rücklaufquote 100 %).

³⁸ Die Anzahl der zur Online-Befragung eingeladenen Städte/Gemeinden umfasst alle Neugliederungen in der Region bis einschließlich zum 1.7.2019. Die Zusammenlegungen der Gebietskörperschaften zum 1.1.2020 wurden aufgrund des Befragungszeitraums bis zum 13.12.2019 nicht berücksichtigt, sodass insgesamt 61 Städte/Gemeinden in der Region kontaktiert wurden. Aktuell bestehen 58 Städte/Gemeinden.

Im Rahmen der Auswertung wurden absolute Häufigkeiten ausgezählt. Fehlende Werte wurden als „keine Angabe“ aufgenommen. Mehrfachteilnahmen von Kommunen waren besonders in Form von leeren bzw. unvollständig ausgefüllten Bögen vorhanden, die dann zu einem späteren Zeitpunkt erneut vollständig ausgefüllt wurden. Entsprechend wurde nur der vollständig bearbeitete Bogen in die Auswertung einbezogen. Auch lagen vollständige Mehrfachteilnahmen mit teilweise unterschiedlichen inhaltlichen Angaben vor. Hier erfolgte eine telefonische Rücksprache mit den Teilnehmenden.

Bei der offenen Frage wurden allgemein Themenbereiche sowie konkrete Konzepte/Projekte benannt. Die Nennungen wurden anhand von Kategorien geclustert.

8.1.2 Auswertung der Städte und Gemeinden

Zwei bis 22 der 50 teilnehmenden Städte/Gemeinden machten – unabhängig von der Frage nach Konzepten für das Gesamt- bzw. Teilgebiet oder interkommunalen Konzepten – keine Angaben bei einzelnen Fragen. Besonders die Frage nach interkommunalen sektoralen Konzepten wurde von 17 bis 22 der Befragten nicht beantwortet.³⁹

Integrative Raumentwicklungskonzepte

Annähernd die Hälfte der befragten Städte/Gemeinden besitzt integrative Konzepte für das Gesamtgebiet. Lediglich eine Stadt/Gemeinde plant aktuell die Erstellung. Mehrheitlich liegen die teilnehmenden Städte/Gemeinden nicht im Umgriff eines integrativen regionalen Entwicklungskonzepts. Lediglich eine Stadt/Gemeinde plant die Erstellung.

Sektorale Konzepte für das Gesamtgebiet

Mehr als die Hälfte der befragten Städte/Gemeinden befindet sich im Umgriff eines interkommunalen Konzepts zur Entwicklung des ländlichen Raums (LEADER). Keine Stadt/Gemeinde plant aktuell ein solches Konzept.

Die meisten sektoralen Konzepte für das Gesamtgebiet der Stadt/Gemeinde bestehen zum Einzelhandel und liegen mehrheitlich vor. Konzepte zur Gewerbeentwicklung, zur Daseinsvorsorge in Bezug auf die Zentralität von Orten, zu Mobilität/Verkehr, oder zur Entwicklung des Wohnsektors sind nur vereinzelt für das Gesamtgebiet vorhanden. Etwa je ein Fünftel der befragten Städte/Gemeinden besitzt Konzepte in diesen Bereichen für das Gesamtgebiet. Konzepte für das Gesamtgebiet sind nach Angaben der Befragten in allen Bereichen geplant. Die meisten Städte/Gemeinden planen die Erstellung von Konzepten im Bereich Mobilität/Verkehr (vgl. Abbildung 7).

In Bezug auf konkrete Vorhaben mit überörtlichen Auswirkungen wurden die Bereiche Daseinsvorsorge, (großflächiger) Einzelhandel, Mobilität/Verkehr, Gewerbeentwicklung > zehn ha und Entwicklung von Wohnbau land > zehn ha abgefragt. Die Mehrheit der Städte/Gemeinden im Untersuchungsraum verfolgt keine spezifischen kommunalen Entwicklungsabsichten mit überörtlichen Auswirkungen in Bezug auf konkrete Vorhaben. Sofern Entwicklungsabsichten vorhanden sind, beziehen sich diese insbesondere auf Gewerbeentwicklung in einer Größenordnung > zehn ha und auf Vorhaben zum (großflächigen) Einzelhandel mit überörtlichen Auswirkungen.

³⁹ Die grafische Darstellung der Ergebnisse ist in Anlage 3 enthalten.

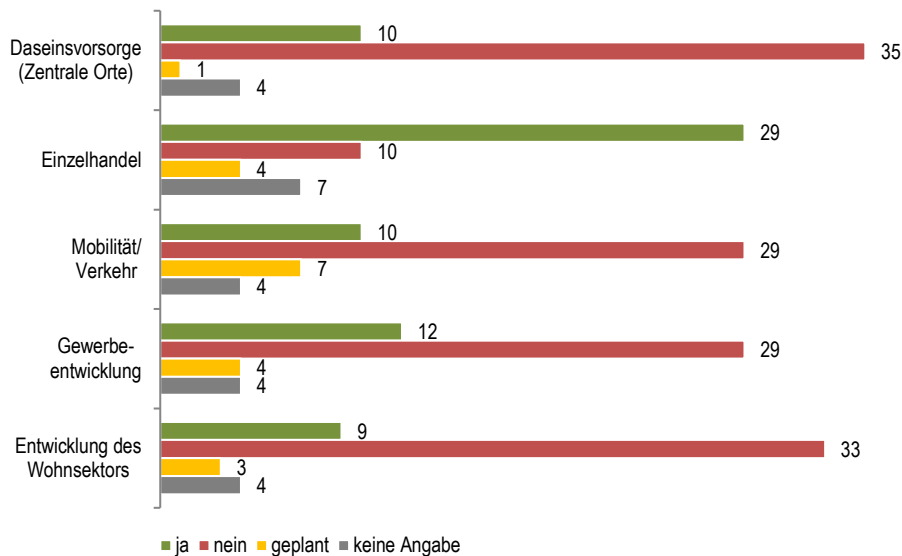


Abbildung 7: Sektorale Konzepte für das Gesamtgebiet der Stadt/Gemeinde (n=43-47)

Bestehende und geplante Kooperationen der Städte/Gemeinden

Insgesamt bestehen wenige interkommunale Konzepte, was auf eine geringe interkommunale Kooperation in den abgefragten Bereichen (Daseinsvorsorge (Zentrale Orte), (großflächiger) Einzelhandel, Mobilität/Verkehr, Gewerbeentwicklung, Entwicklung von Wohnbauland) schließen lässt. Nur vereinzelt liegen interkommunale Kooperationen vor oder sind geplant. Die interkommunale Zusammenarbeit ist im Bereich Mobilität/Verkehr am stärksten ausgeprägt. Die meisten interkommunalen Konzepte sind im Bereich der Gewerbeentwicklung, zur Entwicklung von Wohnbauland und zu Mobilität/Verkehr geplant.

Die befragten Städte/Gemeinden mit interkommunalen Konzepten weisen diese mehrheitlich in einem der abgefragten Sektoren auf. Lediglich zwei Befragte besitzen interkommunale Konzepte in zwei Bereichen:

- Stadt Koblenz: Mobilität/Verkehr und Gewerbeentwicklung
- Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler: Daseinsvorsorge in Bezug auf die Zentralität von Orten und (großflächiger) Einzelhandel

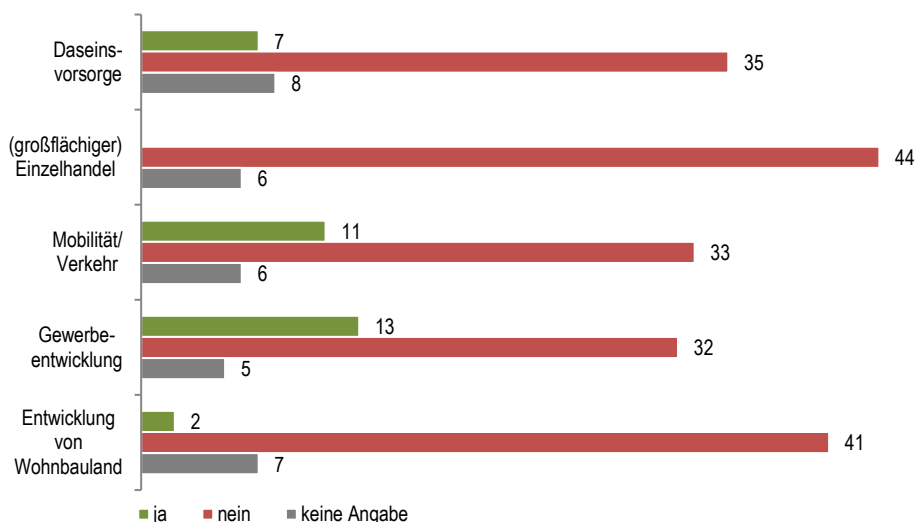


Abbildung 8: Planung interkommunaler Vorhaben (n=42-45)

Nur vereinzelt sind interkommunale Vorhaben geplant. Die meisten in Planung befindlichen interkommunalen Vorhaben beziehen sich auf Gewerbeentwicklung und Mobilität/Verkehr. Der Einzelhandel und die Wohnbauentwicklung spielen bei interkommunalen Vorhaben derzeit eine untergeordnete Rolle. Zu großflächigem Einzelhandel sind keine Vorhaben bzw. ein einzelnes Vorhaben ist zur Wohnbauentwicklung geplant (vgl. Abbildung 8).

Konzepte mit besonderer Bedeutung für eine Regiopolenentwicklung

17 der 50 befragten Städte/Gemeinden haben die offene Frage nach Konzepten mit besonderer Bedeutung für eine Regiopolenentwicklung beantwortet. Dabei wurden allgemeine Themenschwerpunkte und konkrete Konzepte/Projekte benannt (vgl. Tabelle 9).⁴⁰

Allgemeine Nennungen erfolgten überwiegend zu den Themen Industrie, Gewerbe, Mobilität/Verkehr, Wohnsektor sowie Einzelhandel. Konkrete Konzepte/Projekte wurden überwiegend zu den Themenbereichen Entwicklungsstrategien, Mobilität/Verkehr sowie Einzelhandel benannt.

Tabelle 9: Nennung möglicher Themenschwerpunkte der Städte/Gemeinden mit besonderer Bedeutung für eine Regiopolenentwicklung

Themengebiet	Anzahl Nennung	Themengebiet	Anzahl Nennung
Nennung allgemeiner Themenschwerpunkte			
Industrie, Gewerbe	4	Daseinsvorsorge	1
Mobilität/Verkehr	4	Klima	1
Wohnsektor	3	Landwirtschaft	1
Einzelhandel	3	Tourismus	1
medizinische Versorgung	2		
Nennung konkreter Konzepte/Projekte			
Entwicklungsstrategien	8	Daseinsvorsorge	1
Mobilität/Verkehr	7	Telekommunikation/ Digitalisierung	1
Einzelhandel	6	Klima	1
Gewerbe, Gewerbe- und Wirtschaftsförderung	2	Lärm	1
Essbare Stadt	2	Betreuung/Bildung/ Soziales	1

8.1.3 Auswertung der Kreisebene

Alle acht Landkreise im Untersuchungsraum haben an der Befragung der Kreisebene teilgenommen, was einer Rücklaufquote von 100 % entspricht. Ein bis drei der Teilnehmenden machten – unabhängig von der Frage nach teilräumlichen bzw. kreisübergreifenden Konzepten oder Konzepten für das Gesamtgebiet – bei einzelnen Fragen keine Angaben, sodass teilweise nur eine geringe Fallzahl vorliegt.

Die meisten sektoralen Konzepte (teilräumlich, Gesamtgebiet und übergreifend) liegen zu Tourismus und Mobilität/Verkehr vor. In den Landkreisen bestehen Unterschiede, zum einen ob Konzepte vorliegen, zum anderen, ob es sich um teilräumliche Konzepte, Konzepte für das Gesamtgebiet oder kreisübergreifende Konzepte handelt. Die Kreise besitzen überwiegend Konzepte für Teilräume oder für das Gesamtgebiet des Kreises. Kreisübergreifende Konzepte sind in den Landkreisen deutlich seltener vorhanden. Lediglich in ein bis drei der sieben abgefragten Sektoren liegen kreisübergreifende Konzepte vor. Die Landkreise Cochem-Zell, Neuwied und Rhein-Lahn-Kreis verfügen über die meisten sektoralen Konzepte (teilräumlich, Gesamtgebiet und übergreifend). Die meisten Konzepte für das Gesamtgebiet gibt es im Landkreis Cochem-Zell und im Westerwaldkreis. Die meisten teilräumlichen

⁴⁰ Die einzelnen Nennungen sind in der Anlage 3 dargestellt.

Konzepte sind im Rhein-Lahn-Kreis vorhanden. Hier liegen Konzepte in allen der abgefragten Bereiche (Daseinsvorsorge, Einzelhandel, Mobilität/Verkehr, Gewerbeentwicklung, Entwicklung des Wohnsektors, Tourismus, Entwicklung ländlicher Raum) vor.

Integrative Raumentwicklungskonzepte

Insgesamt sind integrative Raumentwicklungskonzepte mehrheitlich für das Gesamtgebiet der Kreise vorhanden, ein Kreis plant die Erstellung eines integrativen Raumentwicklungskonzepts für das Gesamtgebiet. Mehrheitlich liegen keine teilträumlichen oder kreisübergreifenden integrativen regionalen Entwicklungskonzepte vor. Auch sind nur in einem Kreis integrative Raumentwicklungskonzepte in Planung.

Sektorale Konzepte für das Gesamtgebiet oder Teilgebiete

Die meisten gesamträumlichen Konzepte sind im Bereich Mobilität/Verkehr vorhanden und liegen mehrheitlich vor. Die Hälfte der befragten Kreise verfügt über Konzepte zur Daseinsvorsorge und zur Tourismusentwicklung für das Gesamtgebiet. Konzepte zur Gewerbeentwicklung und zur Entwicklung des ländlichen Raums liegen lediglich in einzelnen Kreisen vor und meist nicht für das Gesamtgebiet. Zum Einzelhandel und zur Entwicklung des Wohnsektors gibt es keine gesamträumlichen Konzepte. Lediglich einzelne Kreise planen die Aufstellung von gesamträumlichen Konzepten zur Daseinsvorsorge und zur Gewerbeentwicklung (vgl. Abbildung 9).

Mehr als die Hälfte der befragten Kreise besitzt teilträumliche Konzepte zum Einzelhandel und zur Entwicklung des ländlichen Raums. Teilräumliche Konzepte zur Gewerbeentwicklung und zur Tourismusentwicklung liegen bei der Hälfte der Befragten vor. Dagegen sind teilträumliche Konzepte zu Mobilität/Verkehr, zur Daseinsvorsorge sowie zur Entwicklung des Wohnsektors in der Regel nicht vorhanden. Keiner der befragten Kreise plant die Aufstellung von teilträumigen sektoralen Konzepten.

Bestehende und geplante Kooperationen der Landkreise

Kreisübergreifende Konzepte zu Mobilität/Verkehr liegen mehrheitlich vor. Kreisübergreifende Konzepte zur Tourismusentwicklung sind bei der Hälfte der Befragten vorhanden. Konzepte zur Daseinsvorsorge, zum Einzelhandel und zur Entwicklung des Wohnsektors existieren mit großer Mehrheit nicht kreisübergreifend, sondern bestehen lediglich in einzelnen Kreisen. Konzepte zur Gewerbeentwicklung und zur Entwicklung des ländlichen Raums sind kreisübergreifend nicht vorhanden. Auffällig ist die sehr geringe Anzahl an geplanten kreisübergreifenden Konzepten. Lediglich einer der befragten Kreise plant die Aufstellung von kreisübergreifenden sektoralen Konzepten im Bereich der Gewerbeentwicklung (vgl. Abbildung 10).

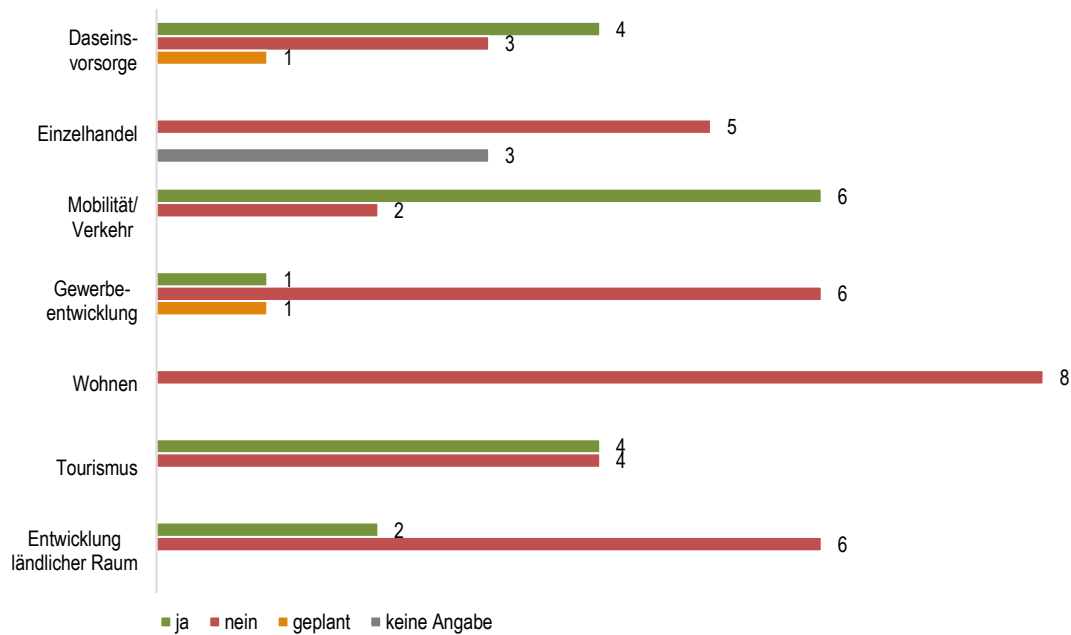


Abbildung 9: Sektorale Konzepte für das Gesamtgebiet des Kreises (n=5-8)

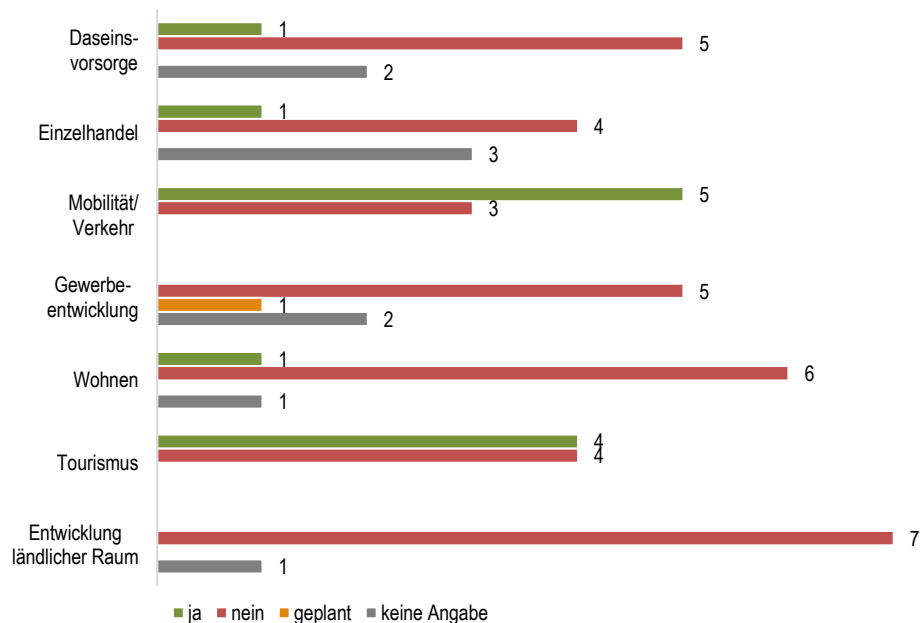


Abbildung 10: Sektorale kreisübergreifende Konzepte (n=5-8)

Konzepte mit besonderer Bedeutung für eine mögliche Regiopolenentwicklung

Drei der acht Befragten haben die offene Frage nach Konzepten mit besonderer Bedeutung für eine Regiopolenentwicklung beantwortet. Dabei wurden konkrete Projekte benannt. Neben Konzepten, die sich auf das Gebiet des jeweiligen Kreises beziehen, wurden auch kreisübergreifende Konzepte angeführt. Am häufigsten wurden Entwicklungskonzepte, Konzepte zu Mobilität/Verkehr sowie zu Betreuung/Bildung/Soziales benannt (vgl. Tabelle 10).⁴¹

⁴¹ Die einzelnen Nennungen sind in der Anlage 4 dargestellt.

Tabelle 10: Nennung möglicher Themenschwerpunkte der Kreise mit besonderer Bedeutung für eine Regiopolenentwicklung

Themengebiet	Anzahl Nennung	Themengebiet	Anzahl Nennung
Nennung konkreter Konzepte/Projekte			
Entwicklungskonzepte	5	Klima	1
Betreuung/Bildung/Soziales	4	Telekommunikation/Digitalisierung	1
Mobilität/Verkehr	3	Tourismus	1
Gewerbe, Gewerbe- und Wirtschaftsförderung	2	Ver- und Entsorgung	1
Ver- und Entsorgung	1	Wohnen	1

8.2 Konzepte mit besonderer Bedeutung für eine Regiopolenentwicklung

8.2.1 Methodisches Vorgehen

Im Rahmen der Online-Befragung der Städte/Gemeinden sowie der Landkreise benannten die Teilnehmenden bestehende Konzepte/Projekte, die aus ihrer Sicht von besonderem Interesse für eine mögliche Regiopolenentwicklung sind. Die Nennung konkreter Konzepte/Projekte bezog sich überwiegend auf die Themenbereiche Entwicklungsstrategien/-konzepte, Mobilität/Verkehr sowie Einzelhandel.

Im Anschluss an die Auswertung der Online-Befragung wurden vorhandene Analysen, Konzepte sowie Projekte der Städte/Gemeinden bzw. Landkreise erhoben und ausgewertet. Dabei wurde der Erfassungszeitraum ab 2008 gewählt, da in diesem Jahr der LEP IV in Kraft getreten ist. Darüber hinaus wurden die Konzepte recherchiert und einbezogen, die im Regionalen Raumordnungsplan Mittelrhein-Westerwald (2017) als Raumnutzungskonzepte im Rahmen einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit enthalten sind.

Die Auswertung der Dokumente erfolgte anhand eines Kriterienkatalogs. Neben bibliografischen Angaben und Themenschwerpunkten wurden auch Anknüpfungspunkte an die Kriterien der Regiopolindizes, Aussagen zu Kooperationen und Entwicklungspotenzialen sowie Aussagen, die sich auf regional- bzw. landesplanerische Vorgaben beziehen, zur Auswertung herangezogen und im Rahmen der Schlagwortsuche verwertet.⁴² Die Konzeptanalyse erfolgte zunächst als detaillierte Auflistung der Suchergebnisse mit Angabe der entsprechenden Textpassagen sowie Seitenangaben. Die Analyseergebnisse wurden danach in zwei detaillierten Excel-Tabellen zusammengeführt und aufbereitet.⁴³ Dabei wurde unterschieden, ob es sich um Konzepte oder weitere Dokumente handelt. Bei den weiteren Dokumenten sind keine konkreten Konzepte vorhanden, die als Grundlage der Schlagwortsuche ausgewertet werden konnten, sondern es handelt sich überwiegend um Kurzdokumente wie Projektbeschreibungen, Projekthomepages oder Projektpräsentationen.

Nicht alle in der Online-Befragung oder im Regionalen Raumordnungsplan benannten Konzepte wurden in die Analyse einbezogen. Dies ist zum einen auf die mangelnde Verfügbarkeit und zum anderen auf das Erstellungsjahr vor dem Jahr 2008 zurückzuführen. Insgesamt wurden 28 Konzepte sowie 13 weitere Dokumente im Rahmen der Vorstudie ausgewertet.⁴⁴

⁴² Der Kriterienkatalog ist als Anlage 5 beigelegt. Die Vorgehensweise sowie die Kriterien wurden im Vorfeld mit dem Auftraggeber abgestimmt.

⁴³ Die Excel-Tabellen der Analyseergebnisse werden dem Auftraggeber als separate Dokumente bereitgestellt.

⁴⁴ Die tabellarischen Auflistungen der ausgewerteten Konzepte und weitere Dokumente sind als Anlage 6 und Anlage 7 beigelegt.

Tabelle 11: Nennung konkreter Konzepte/Projekte mit besonderer Bedeutung für eine Regiopolenentwicklung

Themengebiet	Anzahl Nennung	Themengebiet	Anzahl Nennung
Entwicklungsstrategien/-konzepte	13	Telekommunikation/Digitalisierung	2
Mobilität/Verkehr	10	Daseinsvorsorge	1
Einzelhandel	6	Lärm	1
Betreuung/Bildung/Soziales	4	Tourismus	1
Gewerbe, Gewerbe- und Wirtschaftsförderung	4	Ver- und Entsorgung	1
Essbare Stadt ⁴⁵	2	Wohnen	1
Klima	2		

Anschließend wurde für jedes Konzept/Dokument eine Einschätzung vorgenommen, die die im Rahmen der Schlagwortsuche ermittelten Textpassagen hinsichtlich Anzahl und Inhalt zusammenfassend bewertet:

- hoch
 - Mehrfache und konkrete Aussagen, die sich nicht ausschließlich auf die Gebietskörperschaft beschränken, finden sich im Konzept/Dokument wieder.
- ◐ mittel
 - Eher allgemeine Aussagen oder einzelne konkrete Aussagen, die sich nicht ausschließlich auf die Gebietskörperschaft beschränken, finden sich im Konzept/Dokument wieder.
- gering
 - Einzelne allgemeine oder auf die Gebietskörperschaft beschränkte Aussagen finden sich im Konzept/Dokument wieder.
- /- keine
 - Es finden sich keine Aussagen zu den jeweiligen Kriterien im Konzept/Dokument wieder.
- ✓ Umgriff
 - Umgriff gebietskörperschaftübergreifend

So wurde den Dokumenten eine entsprechende hohe, mittlere oder geringe Bewertung hinsichtlich der ausgewählten Kriterien zugewiesen und eine Klassifikation der jeweiligen Kriterien bezüglich der Relevanz für eine Regiopolenentwicklung vorgenommen. Eine hohe Bewertung bezieht sich somit zum einen auf die Häufigkeit der Ergebnisse der Schlagwortsuche und zum anderen auf den Inhalt der Aussagen. Häufige, aber allgemeine, Aussagen wurden im Gegensatz zu einzelnen, konkreten Aussagen daher weniger hoch bewertet. Die Analyseergebnisse sind in Form von Synthesetabellen enthalten (vgl. Tabelle 12, S. 72 und Tabelle 13, S. 75).

8.2.2 Ergebnisse der Konzeptanalyse

In der Zusammenschau der Ergebnisse der Konzeptanalyse zeigt sich, dass alle ausgewerteten Konzepte Aussagen zu mindestens einem der Kriterien enthalten. Am häufigsten finden sich Aussagen zu Kooperationen sowie zu den Kriterien der Regiopolidizes wieder.

Etwa die Hälfte der ausgewerteten Konzepte (15 von 28) besitzt einen gebietskörperschaftübergreifenden Umgriff, die restlichen Konzepte weisen gebietsbezogene Aussagen auf. Die Themenschwerpunkte der Konzepte sind in den Bereichen Entwicklungsstrategien/-konzepte sowie Einzelhandel verortet, wobei sich die Konzepte zum Einzelhandel nur auf die Gebietskörperschaften selbst beziehen und nicht übergreifend angelegt sind. Zu den Entwicklungsstrategien/-konzepten zählen beispielsweise das Kreisentwicklungskonzept des Rhein-Lahn-Kreises, die

⁴⁵ Das Projekt „Essbare Stadt“ verfolgt die Aufwertung öffentlicher Flächen durch Nutzpflanzen mit dem Ziel, öffentlichen Grünflächen neue Funktionen zu verleihen. An unterschiedlichen Standorten in der Stadt werden Obst und Gemüse angepflanzt, das von der Bevölkerung geerntet werden kann, um die urbane Biodiversität sowie den Regionalen Anbau von Obst und Gemüse zu fördern.

Stadtentwicklungsstrategie 2030 der Stadt Neuwied, der Masterplan der Stadt Koblenz oder die Agenda der Initiative Region Mittelrhein e. V.

Nahezu alle Konzepte beinhalten Aussagen zu Kooperationen (22 von 28). Dabei handelt es sich oftmals um allgemeine Aussagen. Darüber hinaus werden bestehende Kooperationen aufgeführt. Als Kooperationsfelder werden am häufigsten Tourismus, Mobilität, Standortmarketing sowie Ver- und Entsorgung benannt. Weitere Aussagen sind beispielsweise zu den Bereichen Wirtschaftsförderung, Gewerbe, Digitalisierung und Daseinsvorsorge enthalten.

In den Konzepten finden sich darüber hinaus Aussagen zu einem verstärkten regionalen Kooperationsbedarf oder Austausch auf regionaler Ebene wieder. So gibt beispielsweise das Kreisentwicklungskonzept des Rhein-Lahn-Kreises an, „dass zahlreiche regionale Handlungsoptionen [...] eher auf der Kreisebene angesiedelt sind bzw. erst dort wirksam werden können“ (IfR 2014: 3). Auch das Thema der Gesundheitsversorgung „wird im Sinne der Regionalentwicklung (Gesundheitsversorgung nicht nur als Daseinsvorsorge, sondern als Dienstleistung für Gäste etc.) noch nicht stark genug vermarktet“ (IfR 2014: 99) und besitzt daher einen verstärkten regionalen Kooperationsbedarf. In Bezug auf die Steuerung des Breitbandausbaus auf regionaler Ebene verweist das Kreisentwicklungskonzept des Rhein-Lahn-Kreises auf die guten Erfahrungen einer gemeinsamen Vorgehensweise in vielen Regionen und schlägt eine „Koordination über eine zentrale Kompetenzstelle auf Ebene des Kreises“ vor (IfR 2014: 205). Hinsichtlich der Kindertagesstättenplanung betont der Kindertagesstätten-Bedarfsplan des Landkreises Cochem-Zell die Bedeutung eines regionalen Gesamtkonzepts für Kindertagesstätten, das die Entwicklungen in angrenzenden Gemeinden in die Planungen miteinbezieht (LK COC 2019: 24). Aussagen eines verstärkten regionalen Kooperationsbedarfs in Bezug auf ÖPNV sieht das ÖPNV-Konzept Nord vor; Linien von Stadtverkehren und die regionalen Stadt-Umlandverkehre sollten aufeinander abgestimmt und verzahnt werden (IGDB 2018b: 19). Hinsichtlich des Ausbaus der E-Mobilität empfiehlt der Masterplan Klimaschutz Cochem-Zell eine regionale Abstimmung, da „marktseitig noch mehrere unterschiedliche Normen für Ladesäulen, Ladestecker und Kommunikationsprotokolle existieren“ (Jung Stadtkonzepte et al. 2017: 89).

Ein verstärkter Kooperationsbedarf wird auch für konkrete Bereiche der Region Mittelrhein-Westerwald gesehen. Die Satzung der Landkreise Altenkirchen, Neuwied und dem Westerwaldkreis über die gemeinsame Anstalt des öffentlichen Rechts „Wir Westerwälder gAöR“ legt den Bedarf einer stärkeren gemeinsamen Positionierung der Region Westerwald dar (WW 2019: 1). Des Weiteren regt die Stadtentwicklungsstrategie 2030 der Stadt Neuwied an, Kooperationen in Verflechtungsräumen auszubauen, da auch die „Pendlerzahlen [...] die enge Verflechtung im Wirtschaftsraum Koblenz und der Rheinschiene [zeigen], so dass hier eine verstärkte Zusammenarbeit angezeigt wäre“ (Reschl 2017: 96).

Ferner spielte der Austausch während der Erstellung der Konzepte eine Rolle. Während des Aufstellungsprozesses wurde beispielsweise eine Regionalkonferenz als projektbegleitendes Gremium eingeführt (Nahverkehrsplan Landkreis Cochem-Zell (IGDB 2018a: 9) oder Inhalte des Konzepts in einem Arbeitskreis vorgestellt und diskutiert (Verkehrsentwicklungsplan Koblenz (Planersocietät 2018: 8); Einzelhandelsstudie der Stadt Ulmen (WeSt 2010:3)). Der Masterplan Klimaschutz Cochem-Zell beschreibt eine enge, umsetzungs- und projektorientierte Zusammenarbeit während des Erstellungsprozesses (Jung Stadtkonzepte et al. 2017: 3) und der Masterplan Welterbe Oberes Mittelrheintal ist nach eigenen Angaben „das Ergebnis eines informellen Kooperationsprozesses“ (MWKEL 2013: 17).

Auch finden sich Aussagen zur Institutionalisierung der Kooperation in den Konzepten wieder. In Bezug auf die interkommunale Flächenentwicklung regt die Machbarkeitsstudie des interkommunalen Industriegebiets entlang der B 256 die Gründung eines Zweckverbandes der Standortgemeinden an (FIRU 2018: 86). Bereits bestehende Formen der Institutionalisierung der Kooperation sind unter anderem mit dem Zweckverband „Rheinische Entsorgungs-Kooperation“ (REK 2017: 4), dem Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal, als „wesentliche Organisationsstruktur für die Umsetzung von Entwicklungsprojekten und Maßnahmen sowie die interkommunale Zusammenarbeit“ (MWKEL 2013: 19), der Kooperationsvereinbarung der Verbandsgemeinden Wallmerod und Westerburg zum Förderprogramm „Lange Leben im Dorf“ (VGn Westerburg/Wallmerod 2018: 1) oder der gemeinsamen Anstalt des öffentlichen Rechts „Wir Westerwälder gAöR“ vorhanden (WW 2019: 1).

Konzepte, die in der Bewertung eine hohe Bedeutung hinsichtlich Aussagen zu Kooperationen aufweisen, sind zum Beispiel die Agenda der Initiative Region Mittelrhein e. V., die innerhalb ihres Wirkungskreises auf Ebene verschiedener Arbeitskreise unter anderem die Förderung von Kooperationen in den Bereichen Tourismus, Kultur und Sport sowie ein Perspektiv-Forum der Kommunen zum Thema Innenentwicklung und Baukultur als Kooperationsprojekt vorsieht (Müller 2013: 69 f.) oder die Lokale Integrierte Ländliche Entwicklungsstrategie der LEADER-Region Hunsrück, die unter anderem beinhaltet, die überörtliche Kooperation zu stärken, beispielsweise zwischen Kommunen und Akteuren im Nationalpark Hunsrück-Hochwald (RWRH 2015: 32).

Auch umfasst die Mehrheit der Konzepte (21 von 28) Aussagen hinsichtlich der Kriterien, die zur Bildung der Regiopolidizes angewandt wurden. Dabei sind Aussagen in Bezug auf die Kriterien der Versorgungsfunktion am häufigsten genannt. Sie knüpfen an stationäre sowie ambulante medizinische Versorgung und Schulen mit Abschluss⁴⁶ an. Weitere Nennungen im Bereich Versorgungsfunktion beziehen sich auf Kultur, Verwaltung oder Bildungseinrichtungen. Im Zusammenhang mit den Kriterien der Entwicklungsfunktion sind die häufigsten Aussagen zur Arbeitsplatzzentralität enthalten, weitere nehmen auf den Arbeitslosenanteil und Schlüsselzuweisungen Bezug. In Hinblick auf die Kriterien der Metropolfunktion sind überwiegend Aussagen zu Hochschulen oder der Universität Koblenz-Landau vorhanden. Weitere Nennungen bestehen zu innovativsten Unternehmen, wissenschaftlichen Bibliotheken oder hochqualifizierten Beschäftigten. Konzepte, die in Bezug auf ihre Anknüpfung an die Regiopolidizes eine hohe Bewertung besitzen, sind beispielsweise der Verkehrsentwicklungsplan Koblenz, die Stadtentwicklungsstrategie der Stadt Neuwied, das Kreisentwicklungskonzept Rhein-Lahn-Kreis oder das Lokale integrierte ländliche Entwicklungskonzept der LEADER-Region Vulkaneifel.

Überdies nehmen die meisten der ausgewerteten Konzepte (18 von 28) auf die Regional- und Landesplanung Bezug und enthalten regionalplanerische bzw. landesplanerische Vorgaben des Regionalen Raumordnungsplans Mittelrhein-Westerwald sowie des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz. Häufig finden sich Aussagen zu Zentralen Orten, Siedlungs- und Gewerbeentwicklung, insbesondere Vorgaben für großflächigen Einzelhandel, wieder, die aus den Zielen und Grundsätzen der beiden Planwerken übernommen wurden.

Die Hälfte der ausgewerteten Konzepte (14 von 28) enthält Aussagen zu Entwicklungspotenzialen. Insbesondere die Themenbereiche Kultur, Bildung/Hochschule, Identitätsbildung/Standortmarketing sowie Tourismus werden als Chancen für eine zukünftige Entwicklung betrachtet. Die weitere Verfolgung dieser Themen könnte künftig einen Mehrwert für die Region Mittelrhein-Westerwald bringen. Als weitere entwicklungsrelevante Themenfelder, die sich ebenfalls positiv auf die Region auswirken können, sind Mobilität, Digitalisierung, Breitbandausbau, Wirtschaftsförderung, Wohnen, Gesundheit sowie Gewerbe benannt.

Nachfolgend wird die Auswertung der Konzepte als tabellarische Übersicht dargestellt.

⁴⁶ In den Konzepten sind Aussagen zu allgemeinbildenden Schulen, weiterbildenden Schulen oder berufsbildenden Schulen enthalten. Zudem beziehen sich Aussagen teilweise auf konkrete Schulformen wie Gymnasien, Realschulen plus, integrierte Gesamtschulen, integrative Haupt- und Realschule sowie freie Waldorfschulen. Diese finden sich unter dem Indikator „Schulen mit Abschluss“ wieder. Die Aussagen in den Dokumenten sind nicht hinsichtlich der Abschlüsse spezifiziert.

Tabelle 12: Synthesetabelle der Konzeptanalyse⁴⁷

Titel	Umgreif	Anknüpfung Regiopolindizes	Aussagen zu Kooperationen	Entwicklungs- potenziale	Regional- und Landesplanung
Erläuterungsbericht zum Dorferneuerungskonzept. Ortsgemeinde Pünderich. Verbandsgemeinde Zell (Mosel)		○	-/-	○	●
Kindertagesstätten-Bedarfsplan 2019/2020 Landkreis Cochem-Zell	✓	-/-	○	-/-	-/-
Satzung der Landkreise Altenkirchen, Neuwied und dem Westerwaldkreis über die gemeinsame Anstalt des öffentlichen Rechts „Wir Westerwälder gAöR“	✓	○	●	-/-	-/-
Lärmaktionsplan der Stadt Andernach gemäß § 47 d BImSchG – Entwurfsfassung – Exemplar für die Öffentlichkeitsbeteiligung, Stand: Januar 2019		●	-/-	-/-	-/-
Nahverkehrsplan Landkreis Cochem-Zell	✓	●	●	-/-	●
ÖPNV-Konzept Rheinland-Pfalz Nord, Endbericht	✓	●	●	○	○
Machbarkeitsstudie „Interkommunales Industriegebiet an der B 256“, Stadt Andernach/Ortsgemeinde Plaidt	✓	-/-	●	-/-	●
Richtlinien zum Förderprogramm „Lange Leben im Dorf“ der Verbandsgemeinden Wallmerod und Westerbürg zur Belebung der Ortskerne	✓	-/-	●	-/-	-/-
Verkehrsentwicklungsplan Koblenz 2030		●	●	○	-/-
Drei Regionen, viele Dialekte, ein Ziel: 100% Klimaschutz Cochem-Zell. Ergebnisdokumentation zum Masterplan 100% Klimaschutz	✓	●	●	●	-/-
Satzung Zweckverband „Rheinische Entsorgungskooperation“ – REK – 10. Änderungsfassung 2017	✓	-/-	●	-/-	-/-
Stadtentwicklungsstrategie 2030 Stadt Neuwied		●	●	●	●
Einzelhandelskonzept Verbandsgemeinde Puderbach		○	-/-	○	●

⁴⁷ Die Konzepte wurden auf Grundlage der Nennungen der Teilnehmenden der Online-Befragung ausgewählt, die die Befragten als Anknüpfungspunkte für eine mögliche Regiopolenentwicklung angaben. Darüber hinaus wurden die Konzepte recherchiert und einbezogen, die im Regionalen Raumordnungsplan Mittelrhein-Westerwald (2017) als Raumnutzungskonzepte im Rahmen einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit enthalten sind. Deshalb wurden beispielsweise bestimmte Einzelhandelskonzepte oder Konzepte bestimmter LEADER Regionen betrachtet.

Titel	Umgriff	Anknüpfung Regiopolindizes	Aussagen zu Kooperationen	Entwicklungs- potenziale	Regional- und Landesplanung
Integriertes Klimaschutzkonzept und Klimaschutzteilkonzepte „Integrierte Wärmenutzung“ „Erneuerbare Energien“ „Eigene Liegenschaften“ Stadt Andernach, Abschlussbericht		○	○	-/-	●
LEADER-Region Vulkaneifel. Lokales integriertes ländliches Entwicklungskonzept Förderzeitraum 2014 - 2020	✓	●	●	○	○
Lokale Integrierte Ländliche Entwicklungsstrategie 2014 - 2020 LEADER-Region Hunsrück 2015	✓	●	●	●	-/-
Pflegestrukturplanung im Landkreis Cochem-Zell, Abschlussbericht	✓	●	●	-/-	-/-
Kreisentwicklungskonzept Rhein-Lahn-Kreis	✓	●	●	●	●
Einzelhandelskonzept für die Verbandsgemeinde Ransbach-Baumbach		○	-/-	○	●
Masterplan Koblenz 2014		●	●	-/-	●
Region Mittelrhein 2020 Agenda der Initiative Region Mittelrhein e. V. 2013	✓	●	●	●	○
Masterplan Welterbe Oberes Mittelrheintal 2013	✓	●	●	○	●
Seniorenpolitische Konzeption für den Westerwaldkreis (Endfassung, Stand 22.6.2012)	✓	●	-/-	-/-	-/-
Einzelhandels- und Zentrenkonzept für die Verbandsgemeinde Westerburg		○	-/-	-/-	●
Begründung zur 4. Änderung des Flächennutzungsplans der Verbandsgemeinde Puderbach		-/-	○	-/-	●
Einzelhandelsstudie der Stadt Ulmen		-/-	○	-/-	●
Einzelhandelskonzept der Verbandsgemeinde Kirchberg		-/-	○	○	●
Flächennutzungsplan Stadt Neuwied		●	○	○	●

Die Zusammenschau der Analyseergebnisse der weiteren Dokumente zeigt im Vergleich zu den Analyseergebnissen der Konzepte eine deutlich geringere Anzahl an Treffern bei der Auswertung anhand des Kriterienkatalogs. Die meisten ausgewerteten Dokumente beziehen sich auf gebietskörperschaftübergreifende Projekte oder Initiativen (9 von 13). Themenschwerpunkte liegen in den Bereichen Mobilität, Tourismus sowie Digitalisierung vor.

Am Häufigsten finden sich Aussagen zu Kooperationen (4 von 13) sowie zu Entwicklungspotenzialen (3 von 13) wieder. Als Kooperationsfelder werden Mobilität, Tourismus, Digitalisierung, Daseinsvorsorge und Siedlungsentwicklung benannt. Darüber hinaus wird das Thema Digitalisierung als Chance für eine zukünftige Entwicklung betrachtet, das sich positiv auf die Region Mittelrhein-Westerwald auswirken könnte.

Aussagen hinsichtlich der Kriterien, die zur Bildung der Regiopolindizes angewandt wurden, sind in nur einem Dokument enthalten und beziehen sich auf die Kriterien der Metropolfunktion (Hochschule) sowie Versorgungsfunktion (Berufsschulen). Auch nimmt nur ein Dokument auf die Regional- und Landesplanung Bezug.

Nachfolgend wird die Auswertung der weiteren Dokumente als tabellarische Übersicht dargestellt.

Tabelle 13: Synthesetabelle der Konzeptanalyse der weiteren Dokumente

Dokumententitel/Projektname	Umgriff	Anknüpfung Regiopoldindizes	Aussagen zu Kooperationen	Entwicklungs- potenziale	Regional- und Landesplanung
Smartes Wohnen im Alter, Landkreis Cochem-Zell		-/-	-/-	-/-	-/-
Zukunfts-Check Dorf des Landkreises Cochem-Zell		-/-	-/-	○	-/-
STARKE KOMMUNEN – STARKES LAND ²	✓	-/-	-/-	-/-	-/-
Projekt NEILA: Nachhaltige Entwicklung durch interkommunales Landmanage- ment in der Region Bonn/Rhein-Sieg/ Ahrweiler	✓	-/-	●	-/-	-/-
Edible Cities Network ⁴⁸		-/-	-/-	-/-	-/-
Städtenetz „Mitten am Rhein“ ⁴⁹	✓	-/-	●	-/-	-/-
Mobilitätsstrategie 2030plus „Mitten am Rhein“	✓	-/-	-/-	-/-	-/-
Konzept für das interkommunale Gewer- begebiet im Landkreis Cochem-Zell	✓	○	-/-	-/-	-/-
Betzdorf Digital		-/-	-/-	⊙	-/-
STARKE KOMMUNEN - STARKES LAND. Projekt WällerLand, der Verbandsgemeinden Wallmerod und Westerburg	✓	-/-	●	⊙	-/-
Breitband-Infrastrukturgesellschaft Cochem-Zell mbH	✓	-/-	-/-	-/-	-/-
Die Essbare Stadt, Stadt Andernach		-/-	-/-	-/-	-/-
Regionaler Arbeitskreis Bonn/ Rhein-Sieg/Ahrweiler :rak	✓	-/-	⊙	-/-	⊙

⁴⁸ Das Edible Cities Network ist ein internationales Netzwerk zur Etablierung Essbarer Städte und zur nachhaltigeren und lebenswerteren Gestaltung der Städte.

⁴⁹ Das Städtenetz „Mitten am Rhein“ findet im Rahmen der Zukunftsinitiative Starke Kommunen Starkes Land² statt. Sowohl die Zukunftsinitiative als auch das Städtenetz wurden von den Teilnehmenden der Online-Befragung benannt und sind daher getrennt aufgeführt.

8.3 Leitfadengestützte Interviews

8.3.1 Ablauf und Inhalt

Die leitfadengestützten Interviews mit VertreterInnen der Städte/Gemeinden bzw. Landkreise wurden aufgrund der allgemeinen Gesundheitslage als Telefoninterviews geführt. Die qualitative Befragung erfolgte anhand eines Leitfadens, welcher auf Grundlage der bisherigen Ergebnisse der Vorstudie erstellt wurde.

Die Ergebnisse der Online-Befragung lieferten Hinweise, welche Städte/Gemeinden bzw. Kreise weitergehend befragt werden sollten.⁵⁰ Nach der Auswahl möglicher GesprächspartnerInnen aus dem Teilnehmerkreis der Online-Befragung wurde den Kontaktpersonen im Rahmen der Terminvereinbarung die Möglichkeit gegeben, die Anfrage hausintern zu besprechen und gegebenenfalls an geeignete GesprächspartnerInnen weiterzuleiten. Durch dieses Vorgehen entstand eine sehr heterogene Personengruppe der Befragten, die sich aus VertreterInnen der Fachabteilungen, Wirtschaftsförderung bis hin zu den Verwaltungsspitzen zusammensetzt.

Insgesamt wurden 22 VertreterInnen von Institutionen kontaktiert und 14 Interviews durchgeführt.⁵¹ Die Gespräche dauerten zwischen 30 und 60 Minuten.

Es wurde ein allgemeiner Leitfaden mit offen formulierten Fragen erstellt, der auf Grundlage der Angaben in der Online-Befragung für alle GesprächspartnerInnen konkretisiert wurde.⁵²

Der Fragenkatalog beinhaltete Themenblöcke zu Erfahrungen aus Sicht der Befragten in Bezug auf ortsübergreifende Kooperationen allgemein, zu Erfolgsfaktoren und Hemmnisse sowie zu Themenfeldern für künftige Kooperationen, insbesondere auch in Hinblick auf geeignete Handlungsfelder, die in einer möglichen Regiopolenregion verfolgt werden sollten. Außerdem wurde im Rahmen der Gespräche nach Begründungen zu den Einschätzungen der ExpertInnen gefragt und Bezug auf die Angaben im Online-Fragebogen genommen, insbesondere wurden Angaben zu bestehenden bzw. geplanten Kooperationen und Konzepte/Projekte mit besonderer Bedeutung für eine Regiopolenentwicklung näher betrachtet. Darüber hinaus bestand für die Teilnehmenden die Möglichkeit, weitere Hinweise in Bezug auf Kooperation und die Entwicklung einer Regiopolenregion mit auf den Weg zu geben.

Zur Vorbereitung des Termins wurde den GesprächspartnerInnen eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Vorstudie übersandt und auf Wunsch auch die Leitfragen im Vorfeld übergeben.⁵³

Während des Interviews wurden zentrale Ergebnisse stichwortartig dokumentiert. Die Auswertung der Interviews erfolgte im Rahmen einer Querschnittsauswertung in anonymisierter Form, bei der zum einen die Nennungen der GesprächspartnerInnen innerhalb der jeweiligen Fragekategorie inhaltlich geclustert und zum anderen die Häufigkeiten der Nennungen ausgezählt wurden, um so eine Gewichtung vorzunehmen.

⁵⁰ Zur Auswahl der GesprächspartnerInnen der Städte/Gemeinden wurden im ersten Schritt die Angaben zum Vorhandensein interkommunaler Konzepte sowie die Nennung von Konzepten mit besonderer Bedeutung für eine mögliche Regiopolenentwicklung im Rahmen der Online-Befragung herangezogen. Im zweiten Schritt wurde die Auswahl anhand der räumlichen Verteilung in der Region angepasst, sodass Städte/Gemeinden aus jedem Landkreis vertreten sind. Bezüglich der GesprächspartnerInnen auf Ebene der Landkreise wurden alle acht Landkreise in der Region Mittelrhein-Westerwald sowie die Stadt Koblenz kontaktiert.

⁵¹ Zwei der kontaktierten Personen waren generell nicht zu einem Gespräch oder zur weiteren Kontaktvermittlung bereit. Die VertreterInnen der verbleibenden sechs Institutionen waren grundsätzlich zu einem Gespräch bereit, leider kam aufgrund der veränderten Situation durch die Corona-Pandemie kein Termin zustande. Eine tabellarische Übersicht der Institutionen in alphabetischer Nennung, mit deren VertreterInnen Interviews durchgeführt wurden, ist in Anlage 8 dargestellt. Es erfolgt keine namentliche Nennung der GesprächspartnerInnen.

⁵² Der allgemeine Gesprächsleitfaden ist in Anlage 9 dargestellt. Die Erstellung des Leitfadens und die Auswahl möglicher GesprächspartnerInnen fanden in Abstimmung mit dem Auftraggeber statt.

⁵³ Die vorbereitende Zusammenfassung ist in Anlage 10 dargestellt.

8.3.2 Ergebnisse der leitfadengestützten Interviews

Erfahrungen mit gebietskörperschaftübergreifender Zusammenarbeit

Aktuell bestehen bereits vielzählige sowie vielfältige Kooperationen in unterschiedlichsten Themenbereichen in der Region Mittelrhein-Westerwald. Dabei sind die Kooperationen nicht zwangsläufig über informelle oder formelle Konzepte festgeschrieben, sondern es existieren auch viele lose Zusammenschlüsse.

Seitens der Befragten liegen die Schwerpunkte der bestehenden Kooperationen überwiegend in den Themenbereichen Tourismus, Mobilität/Verkehr sowie Ver- und Entsorgung.⁵⁴

Anlass für die Kooperationen war dabei häufig der interne Problemdruck. Durch ortsübergreifende Zusammenarbeit konnten Bedarfe gedeckt und gleichzeitig Synergien erzeugt werden. Im Themenfeld Tourismus sind darüber hinaus geografische Gemeinsamkeiten bedeutsam, da diese touristische Regionen ortsübergreifend prägen. Hierbei spielen vor allem die touristischen Regionen in Rheinland-Pfalz sowie regionale Tourismusagenturen und -gesellschaften eine Rolle, über die eine regionale Zusammenarbeit im Bereich Tourismus bereits flächendeckend in Rheinland-Pfalz etabliert ist.

Planung gebietskörperschaftübergreifender Kooperationen

Nach Angaben der Befragten sind derzeit nur einzelne Kooperationen geplant. Als Themenfelder aktueller Planungen wurden, ein regionales integratives Kreisentwicklungskonzept, das einzelne bestehende Konzepte zusammenführt und um das Thema Standortmarketing ergänzt, ein interkommunales Konzept zur Daseinsvorsorge sowie ein interkommunales Gewerbegebiet mit der Nachbarkommune benannt.

Themenbereiche zukünftiger gebietskörperschaftübergreifende Kooperationen

Die Themenbereiche, die aus Sicht der Befragten für künftige gebietskörperschaftübergreifende Kooperationen bedeutsam sind, sind im Wesentlichen kongruent zu den Handlungsfeldern, die die Befragten als mögliche Handlungsfelder für eine Regiopoleregion identifizieren (siehe Tabelle 14, S. 78). Ausnahmen ergaben sich für interkommunale Gewerbegebiete, integrierte Entwicklungskonzepte und Mobilität.

Kooperationsbedarf hinsichtlich interkommunaler Gewerbegebiete bestehe nach Auffassung der Befragten nicht nur auf regionaler Ebene, sondern aufgrund von Flächenbedarfen und -verfügbarkeit auch mit den Nachbarkommunen. Jedoch wird die Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete seitens der Befragten auch kritisch betrachtet, insbesondere da die Konkurrenz unter Gemeinden durch neue Gewerbegebiete befördert würde. Zum einen seien viele einzelne, teilweise nicht ausgelastete Gewerbegebiete vorhanden und zum anderen würden auch Konkurrenzen unter Gemeinden durch neue Gewerbegebiete befördert. Statt der Entwicklung neuer Gewerbegebiete sollten vielmehr vorhandene Kapazitäten genutzt und die Attraktivität der Standorte gesteigert werden.⁵⁵ Im Gegensatz dazu bewerteten die Befragten die Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete im Zusammenhang potenzieller Handlungsfelder einer Regiopoleregion durchaus positiv.

Integrierte Entwicklungskonzepte seien nach Meinung der Befragten geeignet, vorhandene Teilkonzepte auf teilregionaler Ebene zu bündeln und könnten ggf. um noch nicht betrachtete Themenbereiche ergänzt werden. In Bezug auf Mobilität wird ein Abstimmungsbedarf auch auf teilregionaler Ebene attestiert, besonders in Hinblick auf verkehrliche Belastungen, Feinstaub oder Lärm.

⁵⁴ Die tabellarische Übersicht der Nennung aktueller Kooperationsfelder ist in Anlage 11 dargestellt.

⁵⁵ Die Aussage stellt die persönliche Meinung und keine politisch abgestimmte Meinung dar. Im Rahmen des Interviews wurde darum gebeten, dies gesondert in der Dokumentation zu vermerken.

Tabelle 14: Themenbereiche zukünftiger gebietskörperschaftübergreifende Kooperationen⁵⁶

Themenbereich	Anzahl Nennung	Begründung der befragten ExpertInnen
Interkommunale Gewerbegebiete	3	<ul style="list-style-type: none"> - Kooperationsbedarf mit Nachbarkommunen aufgrund von Flächenbedarfen und -verfügbarkeit - interkommunale Gewerbegebiete im Zusammenhang mit Regionalvermarktung betrachten
Integrierte Entwicklungskonzepte	1	<ul style="list-style-type: none"> - Bündelung vorhandener Teilkonzepte - Ergänzung von Themenbereichen
Mobilität	1	<ul style="list-style-type: none"> - Abstimmungsbedarf auch auf teilregionaler Ebene, besonders in Hinblick auf verkehrliche Belastungen, Feinstaub, Lärm - kreis- und landesgrenzenübergreifende Betrachtung des Themas Mobilität verstärken - keine zwingende Kooperation im Bereich Mobilität gefordert, aber eine gemeinsame Abstimmung benötigt, da lokale Projekte wie Ortsumgehungen auf Region ausstrahlen (positiv und negativ)

Konzepte mit besonderer Bedeutung für eine Regiopolenentwicklung

Verschiedene bestehende Konzepte und Kooperationen werden seitens der GesprächspartnerInnen als Ansatzpunkte für eine Entwicklung einer möglichen Regiopole betrachtet. Dabei wurden insbesondere bestehende Kooperationen mit einem größeren Umgriff wie das ÖPNV-Konzept Nord, die Initiative Wir Westerrwälder, das Städtetz Mitten am Rhein oder der Regionaler Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler (:rak) bzw. das Projekt NEILA (Nachhaltige Entwicklung durch interkommunales Landmanagement in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler) benannt.⁵⁷ Hierbei betrachteten die befragten ExpertInnen insbesondere die langjährige Kooperationserfahrung, den vorhandenen Mehrwert für Mitglieder/Partner auf der Arbeitsebene sowie die thematischen Bausteine der bestehenden Kooperationen, die sich gut in andere Konzepte integrieren lassen, als wichtige Ansatzpunkte für die weitere Entwicklung. Jedoch seien über bestehende Kooperationen hinausgehende Kooperationen nur dann attraktiv, wenn ein zusätzlicher Mehrwert entstünde oder teilregionale Kooperationen eine zu geringe Reichweite erzeugten.

Gleichzeitig wurden dem ÖPNV-Konzept Nord sowie dem LEP IV Anpassungsbedarf attestiert. Das ÖPNV-Konzept Nord sei insbesondere in Bezug auf eine bessere Abstimmung der Tarife und Taktung, eine höhere Praktikabilität für die NutzerInnen sowie eine verkehrliche Entlastung zu einem gebündelten Nahverkehrskonzept weiterzuentwickeln. Das Landesentwicklungsprogramm erfordere einer Weiterentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts bzw. der Konzepte zur Zulassung von großflächigem Einzelhandel in Grundzentren.

Erfolgsfaktoren und Hemmnisse bei regionalen Kooperationen

Im Rahmen der Gespräche wurden unterschiedliche Erfolgsfaktoren bei (teil-)regionalen Kooperationen benannt, die die Befragten auch im Kontext einer Regiopole als förderlich einschätzen⁵⁸. In Bezug auf die Rahmenbedingungen sind nach Auffassung der GesprächspartnerInnen besonders die Zusammenarbeit auf Augenhöhe sowie die Berücksichtigung unterschiedlicher Ausgangs-/Rahmenbedingungen der jeweiligen Partner bedeutsam. Auch sollte die Zusammenarbeit einen Mehrwert für alle Beteiligten mit sich bringen. Dazu sei es erforderlich, von Beginn an gemeinsame Ziele und Zuständigkeiten zu definieren. „Einfache“ Kooperationsfelder, die gemeinsame

⁵⁶ Die Tabelle beinhaltet alle Nennungen der ExpertInnen. Daher sind auch Einzelnennungen aufgeführt.

⁵⁷ Die tabellarische Übersicht der Konzepte/Projekte mit dazugehöriger Einschätzung der befragten ExpertInnen ist in Anlage 12 dargestellt.

⁵⁸ Die tabellarische Übersicht der Erfolgsfaktoren und Hemmnisse bei regionalen Kooperationen ist in Anlage 13 enthalten.

Bedarfe aufweisen und gleichzeitig einen eher unkomplizierteren Einstieg in die ortsübergreifende Zusammenarbeit bieten, könnten den Beginn erleichtern. In Zusammenhang mit der Themenauswahl für die Kooperationen sowie dem für die Partner entstehenden Mehrwert konnten die Befragten ausschließlich auf positive Erfahrungen zurückblicken, wohingegen im Bereich der Zusammenarbeit hemmende Faktoren überwiegen.

Bei der Mehrheit der Befragten traten keine Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Zuständigkeiten auf. Auch bei Kooperationen, die sich aus vielen unterschiedlichen Akteuren zusammensetzen oder bundeslandübergreifende Umgriffe aufweisen, traten in diesem Zusammenhang nur wenige Schwierigkeiten auf, die sich im Wesentlichen auf die Organisationsstruktur sowie die Konkurrenz zu bestehenden Institutionen zeigten. Zukünftige Kooperationsstrukturen sollten daher nicht in Konkurrenz zu bestehenden und etablierten Strukturen treten oder gar Doppelstrukturen aufbauen.

Geeignete Handlungsfelder einer möglichen Regiopoleregion

Ein zentraler Gesprächspunkt war die Frage nach geeigneten Handlungsfeldern einer möglichen Regiopoleregion. Hier benannten die Befragten insgesamt 14 potenzielle Handlungsfelder. Von besonderem Interesse sind die Themen Verkehr/Mobilität, Kultur/Tourismus sowie Standortmarketing und Identitätsbildung.

Tabelle 15: Geeignete Handlungsfelder zur Entwicklung einer Regiopoleregion⁵⁹

Handlungsfeld	Anzahl Nennung	Beispiele	Begründung der befragten ExpertInnen
Verkehr/Mobilität	8	<ul style="list-style-type: none"> - regionales Handlungsprogramm entwickeln - ÖPNV: Taktung muss an die Bedarfe angepasst werden, Attraktivitätssteigerung für NutzerInnen, einheitliches Ticketsystem erforderlich, Bsp. VRN - intelligente Mobilität - Ladenetzinfrastruktur für E-Mobilität 	<ul style="list-style-type: none"> - Thema nicht auf Grenzen der Gebietskörperschaften beschränkt - regional übergreifendes Verkehrskonzept als Grundlage für Entwicklung als gemeinsam abgestimmtes Handlungsprogramm benötigt - sinnvolle Ergänzungen bestehender Strukturen wünschenswert
Kultur/Tourismus	7	<ul style="list-style-type: none"> - Markenbildung im Zusammenhang mit Standortmarketing 	<ul style="list-style-type: none"> - mögliches Einstiegsthema für Regiopole, „Türöffner“ - Vorteile gemeinsamer Vermarktung nutzen - Anknüpfungspunkt zwischen Bedarf und Orientierung der Teilregionen - Identifikationsbasis durch Tourismus gegeben - Bild von der Region schaffen, Alleinstellungsmerkmale als Identitätsanker in der Region verknüpfen
Standortmarketing/ Identitätsbildung	6	<ul style="list-style-type: none"> - Markenbildung - Kampagnen zur Innen- und Außenwirkung - Anknüpfungspunkte: Arbeit, Wohnen, Freizeit-/Kulturangebote - bekannte Marken in der Region als Ankerpunkte nutzen 	<ul style="list-style-type: none"> - gemeinsames Marketing erforderlich - Beeinflussung der Standortentscheidungen von Unternehmen, ArbeitnehmerInnen zu Gunsten der Region - positiver Nutzen für Firmen, Unternehmen, Bevölkerung, Politik in der Region durch Standortmarketing und identitätsfördernde Maßnahmen - mit dem Thema Standortmarketing könnte direkt begonnen werden, da nur wenig Vorlauf benötigt wird

⁵⁹ Die Tabelle beinhaltet alle Nennungen der ExpertInnen. Daher sind auch Einzelnennungen aufgeführt.

Handlungsfeld	Anzahl Nennung	Beispiele	Begründung der befragten ExpertInnen
Industrie/Gewerbe	4	<ul style="list-style-type: none"> - interkommunale Gewerbegebiete entwickeln - besondere Wirtschaftskluster - Stärken des Wirtschaftsstandorts - Fachkräfteentwicklung gemeinsam steuern - Wertschöpfungsketten in der Region stärken, z. B. IT, neue Medien, Digitalisierung 	<ul style="list-style-type: none"> - überörtliche Relevanz von Industrie- und Gewerbegebieten - Region sollte als ein Wirtschaftsraum betrachtet werden - Stärken des Wirtschaftsstandorts durch Kooperation - Flächenverfügbarkeit und -nachfrage sind Anlass für Kooperationen - sinnvolle Ergänzungen bestehender Strukturen schaffen - strategische Ausrichtung der Region als Gegenentwurf zu Konkurrenzen
Bildung und Forschung/Entwicklung	4	<ul style="list-style-type: none"> - Koblenz als Forschungs- und Entwicklungsstandort etablieren - Fachbereiche der Hochschulen mit Bedarf und Angeboten der Region koppeln 	<ul style="list-style-type: none"> - überörtliche Relevanz - Mehrwert für die gesamte Region durch Zusammenarbeit in den Themen Bildung und Forschung/Entwicklung
Ver- und Entsorgung	4	<ul style="list-style-type: none"> - spezialisierte Einrichtungen der Ver- und Entsorgung - (erneuerbare) Energieversorgung - Digitalisierung - Breitbandausbau - 5G-Netzausbau 	<ul style="list-style-type: none"> - überörtliche Relevanz - Rentabilität/Auslastung durch Kooperation - Mehrwert für die gesamte Region durch Zusammenarbeit
Regionale Wohnbaubedarfe	3	<ul style="list-style-type: none"> - Verrechnung von Reserveflächen von Stadt und Umland - attraktive Mietwohnungen im ländlichen Raum schaffen 	<ul style="list-style-type: none"> - überörtliche Relevanz auch hinsichtlich benötigter Infrastrukturen - Mehrwert für die gesamte Region durch Zusammenarbeit - Folgeentwicklungen der Zersiedlung wie steigender Bedarf an Infrastrukturen, Nahversorgung, ÖPNV begrenzen
Regionale Flächenentwicklung und -vermarktung	3	<ul style="list-style-type: none"> - Wohnbauflächen - Ansiedlung von Firmen - gemeinsame Raumentwicklung - Anbindung von Wohnen und Arbeitsstätten - Bsp.: Solidarverbund Rhein-Neckar-Kreis 	<ul style="list-style-type: none"> - abgestimmtes regionales Vorgehen benötigt - Zersiedlung der Landschaft entgegenwirken - Unternehmen durch Flächenpotenziale an Region binden - Kosten und Erträge solidarisch in Region verteilen
Klimaschutz	3	<ul style="list-style-type: none"> - Freiraumsicherung - Multifunktionale Nutzung von Freiflächen - (teil-)regionales Konzept zu Klimaanpassung als Gegenentwurf zu lokalen Konzepten 	<ul style="list-style-type: none"> - Fragen des Klimaschutzes sind nicht auf Grenzen der Gebietskörperschaften beschränkt - gemeinsame Synergieeffekte nutzen
Daseinsvorsorge allgemein	2		<ul style="list-style-type: none"> - bestehende Ansätze auf regionaler Ebene ausbauen
Stadt-Land-Kooperation	2	<p>Themenfelder von Stadt-Land-Kooperationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bildung/Forschung, Hochschulstandort, Technologie- und Forschungszentren 	<ul style="list-style-type: none"> - Aufgaben ermitteln und zwischen Stadt und Umland aufteilen - Infrastrukturen, die im ländlichen Raum alleine schwierig zu realisieren sind, bedürfen einer Zusammenarbeit in der Region

Handlungsfeld	Anzahl Nennung	Beispiele	Begründung der befragten ExpertInnen
		<ul style="list-style-type: none"> - sozialer Bereich/Krankenhausversorgung - Wohnen - Mobilität/Verkehr 	<ul style="list-style-type: none"> - in den Bereichen Wohnen und Mobilität könnte das Umland eine stärkere Rolle übernehmen
Gesundheitsversorgung	2	<ul style="list-style-type: none"> - bestehende Strukturen qualifizieren und spezialisieren - Erreichbarkeit medizinischer Versorgung durch angepasste Mobilitätsangebote sichern - Krankenhausversorgung: Aufgabenteilung zwischen Stadt und ländlichem Raum auf Grundlage von Spezialisierungen und Fachabteilungen 	<ul style="list-style-type: none"> - überörtliche Relevanz der Gesundheitsversorgung - Mehrwert für die gesamte Region durch Zusammenarbeit
Wirtschaftsförderung	2	<ul style="list-style-type: none"> - Austausch der Wirtschaftsförderer auf regionaler Ebene verstetigen und erweitern 	<ul style="list-style-type: none"> - teilregionale Austauschformate ergänzen und ausbauen
Zentralität	1	<ul style="list-style-type: none"> - Oberzentrum Koblenz erhalten und stärken⁶⁰ 	<ul style="list-style-type: none"> - in der Region wird ein starkes Oberzentrum benötigt, Ansiedlungen im Außenbereich schwächen die Region⁶⁰

Geeignete Kooperationsebenen der benannten Handlungsfelder

Geeignete Kooperationsebene für die benannten Handlungsfelder ist nach Auffassung der Befragten überwiegend die regionale Ebene, da die Region Mittelrhein-Westerwald als Ganzes in den Blick genommen und regionales Denken gefördert werden müsse. Vor allem im Bereich Tourismus seien durch die gemeinsame regionale Vermarktung der touristischen Destinationen Kristallisationskerne in der Region vorhanden, an denen weitere Themenbereiche anknüpfen können. Auch die Themen Daseinsvorsorge, Industrie/Gewerbe, Wohnbedarfe sowie Flächenvermarktung sollten nach Auffassung der Befragten auf regionaler Ebene betrachtet werden. Insbesondere das Themenfeld Verkehr/Mobilität habe enge Verflechtungen über die Gebietskörperschaften und über die Region hinaus. Hierbei wären auch über die Region Mittelrhein-Westerwald hinausgehende Kooperationen sinnvoll und das Thema Mobilität sollte zukünftig mindestens auf Ebene der Landkreise betrachtet werden, um kleinteilige Strukturen abzubauen.

Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen einzelner Gebietskörperschaften wiesen die Befragten darauf hin, dass im Bereich Gewerbe/Einzelhandel teilweise eher eine Kooperation mit den direkten Nachbarkommunen zielführend sein könne, dass dies jedoch eingebettet in regional abgestimmte Rahmenbedingungen erfolgen solle.

In den Gesprächen zeigte sich auch, dass die Kooperationsebene vom jeweiligen Themenfeld bzw. der Schnittmenge der Bedarfe abhängt und somit räumlicher Zuschnitt sowie Kooperationsebene je nach Themenfeld variieren können. So können beispielsweise teilregionale Kooperationen sinnvoll sein, die sich an für diese Teilbereiche der Region Mittelrhein-Westerwald spezifischen Bedarfen orientieren. Darüber hinaus wurde angemerkt, dass es für eine regionale Kooperation grundlegend sei, relevante Themen auf lokaler Ebene zu identifizieren und Ziele festzulegen. Auf regionaler Ebene sollten diese Themen zusammenfließen und unter Berücksichtigung lokaler Stärken und Bedarfe sowie bestehender Teilkonzepte als Ansatzpunkte (z. B. Tourismus oder Wirtschaft) entsprechende Themen und Zuschnitte für die Zusammenarbeit vereinbart werden. Dabei sollte jedoch keine Homogenisierung erfolgen.

⁶⁰ Die Aussage stellt die persönliche Meinung und keine politisch abgestimmte Meinung dar. Im Rahmen des Interviews wurde darum gebeten, dies gesondert in der Dokumentation zu vermerken.

Rolle der Planungsgemeinschaft in Hinblick auf die Entwicklung einer Regiopolregion

Insgesamt sprechen die Befragten der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald eine große Bedeutung bei der Entwicklung einer möglichen Regiopolregion zu. Ihre Rolle wird überwiegend damit begründet, dass mit der Planungsgemeinschaft bereits ein fachlicher Partner und eine Institution vorhanden sei, deren Strukturen genutzt werden könne, um diese Entwicklung anzustoßen. Darüber hinaus könne die Planungsgemeinschaft im Rahmen ihrer Kernaufgabe von Steuerungsmöglichkeiten über den Regionalen Raumordnungsplan Gebrauch machen. Dennoch sei es wichtig, für die weitere Entwicklung und Etablierung einer Regiopolregion eine zusätzliche Institution zu schaffen, die sich vorwiegend um die Belange Marketing und Wirtschaft kümmere, da dies nur begrenzt von der Planungsgemeinschaft geleistet werden könne. Die Regiopolregion biete des Weiteren die Möglichkeit der abgestimmten und strategischen Entwicklung der Region Mittelrhein-Westerwald auch außerhalb des Regionalen Raumordnungsplans, der vergleichsweise lange Fortschreibungszyklen besitzt, und daher eher als starres Instrument zu betrachten sei. Gleichzeitig attestieren die Befragten der Planungsgemeinschaft einen gewissen Transformationsbedarf.⁶¹

Weitere Hinweise in Bezug auf Kooperation und die Entwicklung einer Regiopolregion

Im Zuge der Befragung gaben die ExpertInnen weitere Hinweise in Bezug auf Kooperation im Allgemeinen und insbesondere auch hinsichtlich der Entwicklung einer möglichen Regiopolregion. Die Anmerkungen beziehen sich auf die Abgrenzung, potenzielle Kooperationsfelder und Einstiegsthemen, Identitäts- und Markenbildung bzw. Akzeptanz sowie auf den Mehrwert einer solchen Entwicklung.

Abgrenzung

Nach Auffassung der Befragten bringe die Abgrenzung der Regiopole bzw. der Regiopolregion Schwierigkeiten mit sich und berge insbesondere Konfliktpotenzial, wenn die administrative Abgrenzung von Landkreisen nicht berücksichtigt, und Landkreise so beispielsweise durchtrennt würden. Dies könnte nach Einschätzung der befragten ExpertInnen zu Ungleichheiten im Kreis führen. Im Gegensatz dazu bewerteten die Befragten es nicht als Nachteil, wenn Kooperationen in verschiedene Richtungen stattfänden, beispielsweise wenn Kreise in verschiedene Richtungen orientiert sind oder bereits Kooperationen mit anderen Regionen bestehen. Diese bestehenden Kooperationen könnten durch Kooperationen im Rahmen einer Regiopolregion Mittelrhein-Westerwald ergänzt werden, sofern Themen gefunden würden, die lokal oder teilregional nicht durch die bisherigen Kooperationsstrukturen gelöst werden können. Ferner müsse für mögliche Themenfelder die besten Raumzuschnitte gefunden werden, innerhalb derer kooperiert werden soll.

Kooperationsfelder

Die GesprächspartnerInnen wiesen darauf hin, dass Kooperationen nicht in allen potenziellen Themenfeldern sinnvoll seien. Besonders für kleine Kommunen seien lokale Bedarfe bei der Frage nach Kooperationen entscheidend. Dennoch sollte in Bezug auf die möglichen Handlungsfelder einer Regiopolregion keine thematische Begrenzung erfolgen, da die räumliche Ausgestaltung in Abhängigkeit der Themenfelder variieren könne und so kein Thema ausgeschlossen werden müsse. Darüber hinaus wird die Frage nach den Handlungsfeldern seitens der Befragten zum einen als politische Frage bewertet, die auf politischer Ebene entschieden werden müsse, zum anderen sollte im weiteren Prozess der Identifikation und Auswahl möglicher Handlungsfelder eine Rückkopplung dieser mit der Fachebene erfolgen.

Einstiegsthemen

Die Befragten regten an, „einfache“ Themen und Maßnahmen als Einstiegsthemen zu nutzen, die leicht über gemeinsame Bedarfe und Ziele identifiziert werden können und zu einem Erfolgserlebnis führen. Dazu eignen sich

⁶¹ Die tabellarische Übersicht der Nennungen ist in Anlage 14 dargestellt.

nach Auffassung der GesprächspartnerInnen beispielsweise die Themenbereiche Kultur oder Tourismus. Mit gewachsenem Vertrauen aus der Kooperation könnten komplexere Themen oder Themen, bei denen nur schwieriger eine gemeinsame Position gefunden wird, angegangen werden.

Identitäts- und Markenbildung/Akzeptanz

Die Handlungsfelder einer möglichen Regiopoleregion müssten nach Auffassung der ExpertInnen in der Region verortet und authentisch sein, d. h. die Bedarfe widerspiegeln. Entscheidend dabei sei, die Lebenswirklichkeit der Menschen und Unternehmen in der Region stärker in das Handeln einzubeziehen, um eine höhere Akzeptanz für gemeinsames Handeln zu schaffen. Auch müssten die Bedarfe zwischen relevanten Akteuren wie Bevölkerung, Unternehmen und Politik rückgekoppelt werden. Dennoch könne die Akzeptanz und Tragfähigkeit der „Marke Regiopole“ in der Bevölkerung schwierig zu schaffen sein. Dies wird von den Befragten insbesondere im Zusammenhang mit einem zu weit gefassten Handlungsraum gesehen oder wenn die Handlungsfelder keinen lokalen Bedarfen folgen. Die Befragten gaben an, die Erfahrung gemacht zu haben, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung durch einen sichtbaren und vor allem spürbaren Mehrwert der interkommunalen Kooperation höher sei. Daher käme der Frage, ob Bedarfe durch Kooperation erfüllt werden, eine grundlegende Bedeutung hinsichtlich der Akzeptanz in der Bevölkerung sowie seitens der Politik zu. Eine besondere Herausforderung hinsichtlich der Entwicklung einer möglichen Regiopoleregion stelle aufgrund der unterschiedlich ausgeprägten lokalen Identitäten die Entwicklung einer gemeinsamen Identität dar, insbesondere, wenn für die Handlungsfelder unterschiedliche räumliche Zuschnitte getroffen werden, die zugleich in einer Regiopoleregion zu vereinen wären.

Mehrwert

Den Akteuren in der Region Mittelrhein-Westerwald wurde seitens einzelner Befragten insgesamt der Bedarf einer stärkeren Zusammenarbeit attestiert, die zügige Lösungen für gemeinsame Problemlagen findet. Für andere Befragte ist der Mehrwert einer Regiopole als Ergänzung bestehender teilregionaler Kooperationsstrukturen noch nicht erkennbar. Durch weitergehende Kooperationen im Rahmen einer möglichen Regiopoleregion sollte ein Mehrwert für die gesamte Region Mittelrhein-Westerwald entstehen, auch wenn der Interessensausgleich in einem so großen Gebiet mit unterschiedlichen lokalen Interessen schwierig herbeizuführen sei und nicht in nur einem Handlungsfeld entstehen könne. Ein Mehrwert für die gesamte Region Mittelrhein-Westerwald könne beispielsweise in einem ersten Schritt durch eine Austauschplattform geschaffen werden, die den Informationsfluss in der Region gewährleiste und so Kooperationsmöglichkeiten schaffe, die sonst ungenutzt bleiben. Die Entwicklung einer Regiopoleregion sollte nach Auffassung der GesprächspartnerInnen nicht dazu führen, dass ausschließlich starke Zentren von der Entwicklung profitieren, Disparitäten zu den Ortsgemeinden im Umland verstärkt und ländliche Regionen nur als Beiwerk um die Zentren verstanden werden.

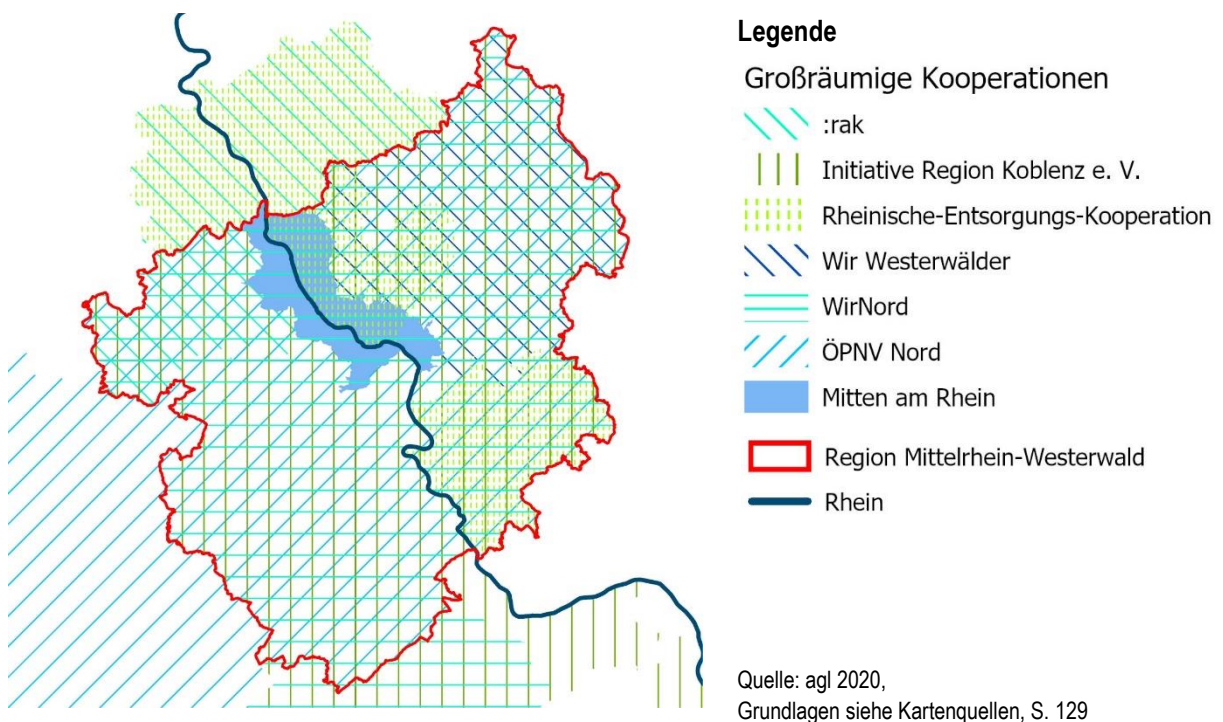
8.4 Kooperationsstrukturen in der Region

Die Erfassung kommunaler und teilregionaler Konzepte sowie Ansätze und Initiativen im Rahmen der Vorstudie stellt keine vollständige Erhebung dar. Im Zuge der Konzeptanalyse sowie der leitfadengestützten Interviews wurde daher deutlich, dass beispielsweise in der Region Kooperationen existieren, die nicht alle über die Online-Befragung erfasst wurden.

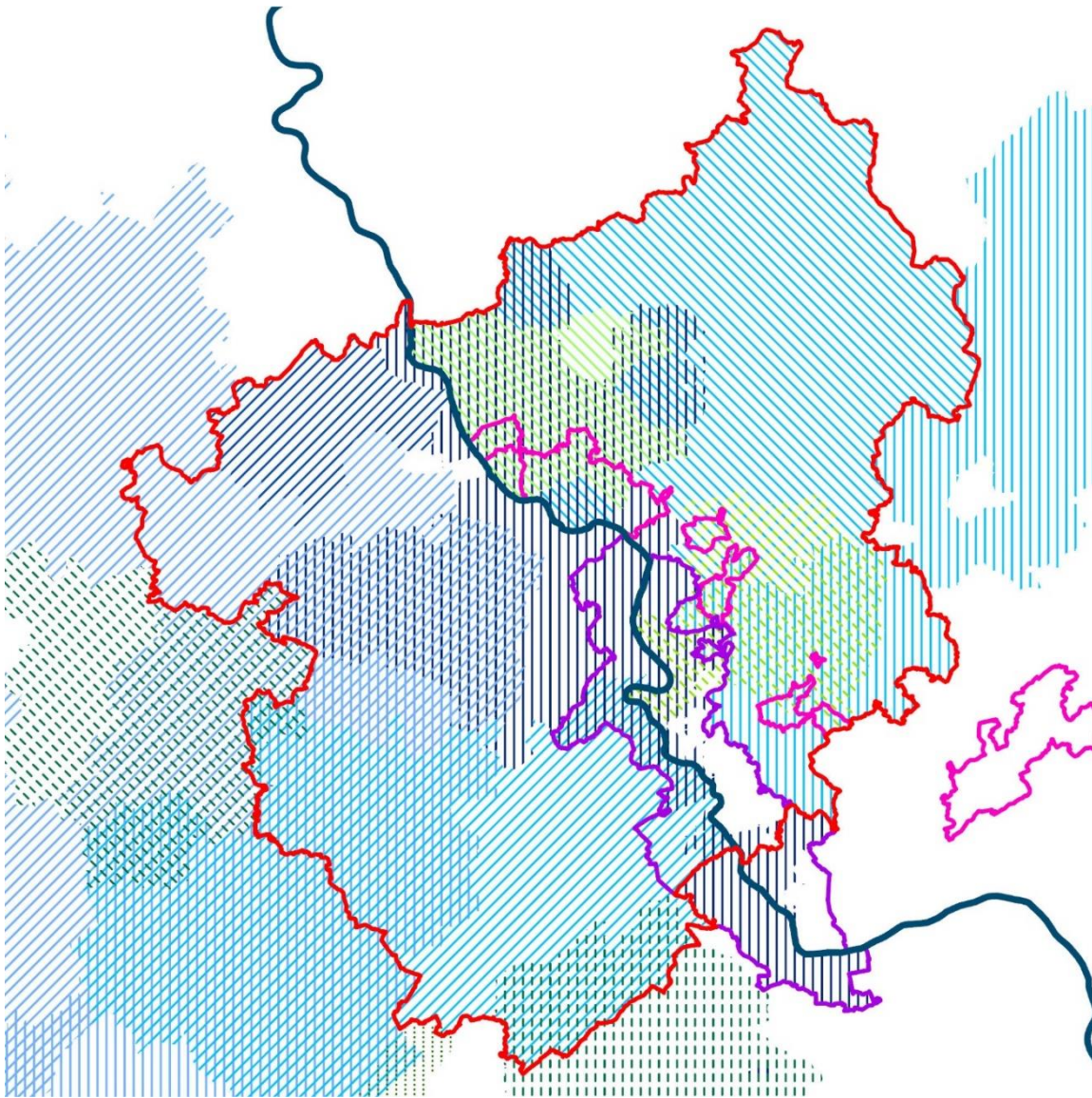
Die Ergebnisse zeigen, dass in der Region bereits vielzählige und vielfältige Kooperationen in unterschiedlichen Themenbereichen vorhanden sind. Zum einen arbeiten Städte/Gemeinde und Kreise informell mit anderen Gebietskörperschaften zusammen. Die Form der losen Zusammenarbeit besteht teilweise bereits seit vielen Jahren und hat sich als Kooperationsform etabliert. Zum anderen bestehen viele, sowohl kleinräumige als auch großräumige, formale Kooperationen. Diese Form der Zusammenarbeit erhält durch gemeinsame Konzepte oder Organisationsstrukturen einen verbindlichen Rahmen. So wurde beispielsweise die Initiative „Wir Westerwälder“ der Landkreise Altenkirchen, Neuwied und dem Westerwaldkreis, die bereits seit über zehn Jahren als projektbezogene Kooperation bestand, im Jahr 2019 in Form der gemeinsamen Anstalt des öffentlichen Rechts „Wir Westerwälder gAöR“ in eine formale Struktur überführt.

Darüber hinaus bestehen weitere großräumige Kooperationen in der Region. So umfassen beispielsweise der Wirkungskreis der Initiative Region Koblenz-Mittelrhein e. V., die Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftsförderer im nördlichen Rheinland Pfalz WirNord sowie der Umgriff des ÖPNV-Konzept Nord die gesamte Region Mittelrhein-Westerwald und darüber hinaus noch weitere Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz (vgl. Karte 21, S. 84).

Die Ergebnisse der Online-Befragung, der Konzeptanalyse sowie der leitfadengestützten Interviews heben Tourismus, Mobilität, Standortmarketing, Ver- und Entsorgung sowie Wirtschaftsförderung als Hauptkooperationsfelder hervor. Dabei sind besonders die Kooperationen im Bereich Tourismus über die touristischen Regionen in Rheinland-Pfalz sowie regionale Tourismusagenturen und -gesellschaften bedeutsam, über die eine gemeinsame Vermarktung erfolgt (vgl. Karte 22, S. 85).



Karte 21: Großräumige Kooperationen in der Region



Quelle: agl 2020, Grundlagen siehe Kartenquellen, S. 129

Karte 22: Großräumige Kooperationen im Bereich Tourismus

Legende

Touristische Regionen Rheinland-Pfalz

-  Ahrtal-Tourismus Bad Neuenahr-Ahrweiler e.V.
-  Eifel-Tourismus GmbH
-  Hunsrück-Touristik GmbH
-  Lahntal Tourismus Verband e.V.
-  Mosellandtouristik GmbH
-  Romantischer Rhein Tourismus GmbH
-  Westerwald Touristik-Service GbR



 Region Mittelrhein-Westerwald

 Rhein

Naturparke

-  Naturpark Nassau
-  Naturpark Rhein-Westerwald
-  Naturpark Saar-Hunsrück
-  Naturpark Soonwald-Nahe
-  Naturpark Vulkaneifel

UNESCO Welterbe

-  Verein Deutsche Limesstraße
-  Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal

9 Beteiligung regionaler Akteure

9.1 Auftaktveranstaltung

Die Veranstaltung am 30. September 2019 diente als öffentlicher Auftakt der Vorstudie. Sie informierte die Teilnehmenden über den Ablauf und die inhaltliche Zielsetzung. Zudem fand ein erster Austausch zu Erwartungshaltungen gegenüber einer Entwicklung einer Regiopolregion statt.

Die Auftaktveranstaltung gliederte sich in zwei wesentliche Programmpunkte: einen inhaltlichen Vortrag und eine Gesprächsrunde zum Thema „Was erwarten wir von einer Regiopole?“, an der sich auch das Plenum beteiligen konnte. Die Einladung zur Auftaktveranstaltung erging an alle Landkreise, verbandsfreien Gemeinden, Verbandsgemeinden, kreisfreien und kreisangehörigen Städte sowie ausgewählte Behörden, Verbände und Institutionen in der Region Mittelrhein-Westerwald. Ebenfalls waren Mitglieder der Regionalvertretung und des Fachbeirats eingeladen. Die ca. 90 Teilnehmenden setzten sich mehrheitlich aus den Hausspitzen der Verwaltungen zusammen. Zudem waren u. a. VertreterInnen der Obersten Landesplanungsbehörde, der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, der Industrie- und Handelskammer Koblenz, des Verkehrsverbunds Rhein-Mosel GmbH sowie des Landesbetriebs Mobilität Rheinland-Pfalz sowie VertreterInnen der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald und des Auftragnehmerteams anwesend.

Im Anschluss an die Auftaktveranstaltung und die dort dargelegten und diskutierten Inhalte fand ein weiterer Austausch zu möglichen Anknüpfungspunkten und Handlungsfeldern einer Regionalentwicklung im Rahmen des Auftaktworkshops statt. Für den nicht öffentlichen Auftaktworkshop erging eine gesonderte Einladung an die Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte sowie ausgewählte Behörden, Verbände und Institutionen im Untersuchungsraum. Neben den Landräten, Oberbürgermeistern und Beigeordneten waren VertreterInnen der Obersten Landesplanungsbehörde, der Industrie- und Handelskammer Koblenz, der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft am Mittelrhein mbH, des Landesbetriebs Mobilität Rheinland-Pfalz sowie der Initiative Region Koblenz-Mittelrhein e. V. anwesend. Im Fokus standen die Diskussion und der offene Austausch.

Ergebnisse der Gesprächsrunde: Was erwarten wir von einer Regiopole?

Welche Kriterien sind für ein tragfähiges Konzept einer Regiopolregion erforderlich?

Hinsichtlich der Kriterien für ein tragfähiges Konzept einer möglichen Regiopolregion wurden die Gleichberechtigung der Partner sowie eine Diskussion auf Augenhöhe als entscheidende Faktoren benannt. Partner in einer Regiopolregion müssten auf Augenhöhe verhandeln und ggf. in Bereichen, in denen ihre Stärken liegen, auch zurücknehmen, um anderen die Chance zur Entwicklung zu geben. Eigene Erfahrungen der Teilnehmenden zeigten, dass eine Diskussion auf Augenhöhe auch mit unterschiedlich starken Partnern möglich sei, z. B. im Bereich der Ver- und Entsorgung.

Zudem müsse der größte gemeinsame Nenner gefunden werden, um die Region Mittelrhein-Westerwald unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten als Einheit zu stärken. Gemeinsamkeiten seien zum Beispiel in der Ausrichtung der Hochschul- und Bildungslandschaft zu finden. Aus den identifizierten Gemeinsamkeiten müssten gemeinschaftliche Ziele definiert werden. Das gemeinsame Vorgehen diene nicht nur der Zielerreichung, sondern sei auch als Chancen zu verstehen, an denen die gesamte die Region partizipieren könne.

In Bezug auf den Erfolg einer Regiopolregion und deren Akzeptanz in der Bevölkerung sei das Einbinden der Bevölkerung sowie der gesamten Region Mittelrhein-Westerwald entscheidend. Der Mehrwert müsse für die Bevölkerung und für politische Gremien ersichtlich sein und eine Verbesserung für die Menschen in der Region bedeuten, z. B. in den Bereichen Daseinsvorsorge oder Verkehr.

Die räumliche Abgrenzung sollte nach Auffassung der Teilnehmenden anhand bestehender Verflechtungen sowie politischer und historischer Gegebenheiten erfolgen. Gleichzeitig solle der mögliche Umgriff einer Regiopolregion

losgelöst von politischen Grenzen betrachtet werden und eine Offenheit bezüglich der Abgrenzung zulassen. Einzelne Handlungsfelder einer Regiopole müssten bei Bedarf aufgeteilt werden, um inhaltlich stimmige Einheiten zu bilden. Dies wäre beispielsweise im Handlungsfeld Tourismus denkbar, da die Regionen unterschiedliche Gegebenheiten aufweisen und nicht gänzlich zusammen vermarktet werden können.

Welche Erwartungen sind mit der Studie verbunden?

Die Vorstudie sollte die Grundlage für ein regionales Entwicklungskonzept sein. Zentren und Umland seien bereits eng miteinander verbunden. Beispielsweise sei der Bevölkerungszuwachs im Umland oft in hohen Wohnungspreisen in den Zentren begründet und bringe Folgewirkungen mit sich, für die die Zentren aktuell oftmals besser aufgestellt seien.

Nach Auffassung der Teilnehmenden sollte die Vorstudie im Ergebnis nicht nur die ermittelten Schwächen benennen, sondern auch Lösungsansätze bieten. Darüber hinaus sei eine Attraktivitätssteigerung der gesamten Region Mittelrhein-Westerwald durch eine regionale Strategie wünschenswert um beispielsweise die Region auch vor dem Hintergrund der Ausbreitung der Metropolregionen zu stärken.

Welche Bedenken bestehen in Hinblick auf eine Regiopole?

Entwicklung einer gemeinsamen Identität für gesamte Region Mittelrhein-Westerwald wird als große Schwierigkeit benannt, da viele BewohnerInnen sich eher kleineren Einheiten zugehörig fühlen und somit lokal bereits verschiedene Identitäten vorhanden sind.

Darüber hinaus stelle sich die Frage, nach Gemeinsamkeiten innerhalb der Landkreise bzw. bis wohin diese bestehen, da sich die Landkreise nicht flächendeckend zu einem Zentrum orientieren. Es bestünde hier einerseits die Gefahr, dass regionale Besonderheiten unter einer gemeinsamen Nomenklatur uniformiert würden und in der Außendarstellung verloren gingen (z. B. Tourismus). Andererseits könne das regionale Entwicklungskonzept überfordert werden, wenn bei der Identifikation von Gemeinsamkeiten zu viele Kriterien angewandt würden.

Darüber hinaus würden auch nach der Erarbeitung einer Regionalentwicklungsstrategie Städte und Gemeinden künftig miteinander konkurrieren. Schwierigkeiten könnten sich auch ergeben, wenn Partner an ihren Stärken/Vorteilen festhielten oder sich isolierten. Auch müsse in der regionalen Strategie eine hierarchische Stufung erhalten bleiben, da nicht alle Orte alles anbieten können und Schwerpunkte in der Region gebündelt werden müssten.

Zudem wurde die Frage aufgeworfen, ob der Zeitpunkt für eine mögliche Regionalentwicklungsstrategie nicht zu spät sei, da sich die Bevölkerung teilweise in Richtung der Zentren und Metropolen orientiert hat. Auch wurden die großen Verkehrsverbindungen als „Lebensadern“ benannt, entlang derer sich die Region entwickelt habe. Diese Entwicklungen können nicht zurückgenommen werden.

Welche Handlungsschwerpunkte sollte eine Regiopoleregion beinhalten?

Nach Auffassung der Teilnehmenden sollte die Frage nach dem Nutzen einer Regiopoleregion für die Menschen in der Region Mittelrhein-Westerwald im Fokus eines regionalen Entwicklungskonzepts stehen.

Diese sollte auch zur gemeinschaftlichen Vermarktung genutzt werden. Hierbei wurden vor allem die Vermarktung von Kultur und Wirtschaft benannt, die so eine größere Zielgruppe erreichen. Als weitere mögliche Handlungsfelder wären Siedlungsentwicklung, Wohnungsmarkt, Mobilität/Verkehr, Tourismus, Fachkräfte und Daseinsvorsorge denkbar. Auch in den Themenbereichen medizinische Versorgung, ÖPNV sowie Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Regiopoleregionen/Metropolregionen werden potenzielle Handlungsfelder gesehen. Die Handlungsfelder sollten jedoch nicht isoliert voneinander betrachtet werden, sondern sich auch überlagern, sofern dies sinnvoll ist.

Welche Haltung besitzt die Bevölkerung gegenüber einer möglichen Regiopoleregion?

Die Frage nach der derzeitigen Haltung der Bevölkerung gegenüber einer möglichen Regiopoleregion konnte von den Teilnehmenden nicht eindeutig beantwortet werden, da Haltung derzeit nicht ersichtlich und Vorteile zum jetzigen Zeitpunkt für die Bevölkerung nicht erkennbar seien. Zudem sei der Begriff „Regiopole“ teilweise negativ behaftet und wird als „Metropole für Arme“ verstanden.

Vor allem bei der räumlichen Abgrenzung sollte bedacht werden, dass die Bevölkerung bereits weniger „Grenzen im Kopf“ hat, was durch ihr Verhalten deutlich wird. Daher wurde auch hier betont, dass für die Akzeptanz in der Bevölkerung entscheidend sei, die Menschen mitzunehmen. Die Bevölkerung könne nur überzeugt werden, wenn die Vorteile einer Regiopole ersichtlich und spürbar seien.

Ergebnisse des Auftaktworkshops

Im Rahmen eines offenen Austauschs diskutierten die Teilnehmenden anhand von vier Leitfragen. Die Diskussion spiegelte im Wesentlichen die Ergebnisse der Auftaktveranstaltung wider.

1. Welchen Mehrwert erwarten wir vom Regiopolen-Konzept?

In Bezug auf den Mehrwert solle vor allem die im Rahmen der Vorstudie durchgeführte Bestandsaufnahme Aufschluss über die Stärken und Schwächen der Region Mittelrhein-Westerwald geben und den Ist-Zustand erheben. Dadurch können Gemeinsamkeiten und gemeinsame Themen identifiziert werden, die sich am besten für eine gemeinschaftliche Umsetzung eignen und eine hohe Übertragbarkeit besitzen.

Auch wenn die Kommunen im Untersuchungsraum unterschiedlich aufgestellt seien, besitzen sie einen empirisch beschreibbaren Problemraum. Dieser solle identifiziert werden und darauf aufbauend ein gemeinsamer Handlungsraum entstehen, in dem jeder Partner die Möglichkeit bekommt, seine Stärken einzubringen. Darüber hinaus seien die Bedarfsstrukturen seitens der BürgerInnen im Konzept abzubilden.

Der Untersuchungsradius der Vorstudie solle möglichst groß gefasst werden, um ein ergebnisoffenes Resultat, vor allem in Hinblick auf eine Abgrenzung, zu erzielen.

2. Welche (Entwicklungs-)Ziele verfolgen wir in diesem Rahmen?

Von den Teilnehmenden wurde vorgeschlagen, zwei bis drei drängende Themen für die Region Mittelrhein-Westerwald zu identifizieren, und diese als erste Handlungsschwerpunkte zu bearbeiten. Dazu seien einfache Themen am besten geeignet, die selbst gesteuert werden können. Als denkbare Handlungsfelder wurden Mobilität/Verkehr (auch vor dem Hintergrund von Klimawandel und Energiewende), ÖPNV, medizinische Versorgung (vor allem Notfallversorgung), Bildung, Energie oder Vermarktung der Region bzw. regionaler Produkte benannt. Entscheidend für die Auswahl der Themen sei die Betroffenheit der Zentren und des Umlands.

Besonders die Notfallversorgung im ländlichen Raum, die Außendarstellung des Bildungsstandortes Koblenz sowie die Anbindung und Erreichbarkeit der Zentren und die damit verbundene Lenkung der Pendlerbewegung wurden intensiv diskutiert. Die Teilnehmenden attestierten diesen Themen einen erhöhten Kooperationsbedarf.

Die Bewerbung des Bildungsstandortes Koblenz wurde als gutes Beispiel für ein Handlungsfeld aufgeführt, indem das Umland das Zentrum bereits unterstützt und diese Kooperation im Rahmen einer Regiopole weiter ausgebaut werden könnte.

Darüber hinaus sei bei der Auswahl der Handlungsfelder die Frage entscheidend, welche Kraft eine Regiopole bekommen solle.

3. Wo liegen die Herausforderungen?

Die Ausgewogenheit der Partner sowie die Verhandlung auf Augenhöhe wurden im Rahmen der Diskussion als zentrale Faktoren benannt, aus denen sich Schwierigkeiten ergeben könnten. Auch sei die Vertrauensbasis von entscheidender Bedeutung. Mithilfe der Umsetzung einfacher Themen als erste Handlungsfelder könne Vertrauen zwischen den Partnern geschaffen werden, was wiederum die Grundlage für die gemeinsame Entwicklung darstelle.

Auch die Frage der räumlichen Abgrenzung wurde seitens der Teilnehmenden als Herausforderung diskutiert. Landkreise sollten durch Abgrenzung der Regiopole bzw. Regiopoleregion nicht zerschnitten werden. Zudem sei die Abgrenzung der Handlungsschwerpunkte anhand ausgewählter Themen schwierig, da nicht alle Handlungsfelder für alle Beteiligten dieselbe Bedeutung aufweisen. Ein Lösungsansatz könne die problembezogene Abgrenzung darstellen, d. h. je nach Handlungsschwerpunkt könne die Abgrenzung entsprechend angepasst werden (Flexibilität, variable Geometrien).

Eine weitere Herausforderung bestehe in der Ausrichtung, sollte die mögliche Regiopoleregion einen Marketingansatz für die gesamte Region verfolgen. Auch das Selbstverständnis der Teilnehmenden einer Regiopole und das Zugehörigkeitsgefühl seien für eine gemeinsame Vermarktung von Bedeutung und könnten Hürden darstellen.

Regionale vielfältige Identitäten sollen durch ein regionales Entwicklungskonzept nicht vermischt oder uniformiert, sondern erhalten werden und in das Konzept einfließen. Die Herausforderung bestehe darin, Individuelles fortzusetzen, eine Identifikation mit Region und zugleich eine Offenheit für das Neue zu schaffen. Auch solle das Konzept den Anspruch haben, alle einzubinden und Projekte von unten nach oben, d. h. anhand der Bedarfe, zu entwickeln. Vor allem in Hinblick auf politische Gremien wird dies als schwierig angesehen. Die Akzeptanz in der Bevölkerung könne jedoch durch gute Beispiele erhöht werden.

Zudem wird die Schaffung einer Schnittstelle des Regiopolen-Konzepts zur formellen Planung als schwierig betrachtet.

4. Was sollte nicht passieren?

In einer Regiopoleregion sollte nach Auffassung der Teilnehmenden kein Partner benachteiligt oder bevorzugt werden. Gleichzeitig sei es notwendig, dass sich die Beteiligten ein Stück weit zurücknehmen und in Zurückhaltung üben, um dem Vorhaben nicht zu schaden und die Vertrauensbasis zu schädigen. Ebenso sollte kein Kirchturndenken verfolgt werden.

Die räumliche Abgrenzung einer Regiopole könnte sich zum Streitpunkt entwickeln. Dem könne mit einer dynamischen Abgrenzung entgegengewirkt werden.

9.2 Workshop mit dem Fachbeirat

Der ganztägige Workshop zur SWOT-Analyse am 16. Januar 2020 in Koblenz diene dazu, den Fachbeirat über bisherige Erkenntnisse der Vorstudie sowie über externe Perspektiven und aktuelle Entwicklungen zu informieren. Darüber hinaus wurde der Fachbeirat aktiv in die Erarbeitung der Vorstudie eingebunden.

Die rund 20 Teilnehmenden setzten sich aus Mitgliedern bzw. Vertreter*innen des Fachbeirats zusammen. Auch nahmen Vertreter*innen der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald, der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord und des Auftragnehmerteams teil.

Die beiden wesentlichen Programmpunkte bestanden aus inhaltlichen Vorträgen und der Arbeit in Arbeitsgruppen. In drei parallelen Arbeitsgruppen hatten die Teilnehmenden die Gelegenheit, die bisherigen Ergebnisse der SWOT-Analyse anhand von Leitfragen zu diskutieren und zu ergänzen. Die Impulsvorträge dienten dabei als zusätzliche Informationen. Zunächst wurde der Hintergrund zur Vorstudie erläutert. Danach folgten zwei externe Beiträge. Herr Dr. Rupert Kawka beleuchtete das Thema Regiopole aus Bundessicht und Herr Prof. Thorsten Wiechmann berichtete über das Projekt „NEILA – Nachhaltige Entwicklung durch Interkommunales Landmanagement in der Region

Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler“. Darüber hinaus wurden seitens des Projektteams die Zwischenergebnisse zur Online-Befragung und zu den Regiopolidizes vorgestellt.

Als Diskussionsgrundlage der Arbeitsgruppen wurden die einzelnen gutachterlich ermittelten Stärken und Schwächen (zu den Themenfeldern „Regionalentwicklung/Metropolfunktionen“ sowie „Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktionen“) sowie die regionsexternen Chancen und Risiken auf Metaplan-Karten zusammengestellt. Die Gruppen konnten die Analyseergebnisse auf Grundlage der vorbereiteten Kartensätze ergänzen bzw. validieren. Zudem wurden Ansatzpunkte einer Regionalentwicklungsstrategie herausgearbeitet. Dabei standen die Leitfragen im Zentrum, welche Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken die Teilnehmenden für die Region sehen und welche Hinweise für die Handlungsfelder und Ziele einer Regionalentwicklungsstrategie sich aus der SWOT-Analyse ableiten lassen.

VertreterInnen der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald sowie des Auftragnehmerteams standen für Rückfragen zur Verfügung und nahmen nicht aktiv an der Gruppenarbeit teil. Im Anschluss folgte die Vorstellung der Ergebnisse durch VertreterInnen der jeweiligen Gruppen.

Die Ergebnisse des Workshops flossen in die Ausarbeitung der SWOT-Analyse ein (vgl. Kapitel 7) und sind in der nachfolgenden Tabelle 16 zusammenfassend dargestellt.⁶²

Tabelle 16: Zusammenfassung der Arbeitsgruppen nach Themenfeldern

	Anzahl Nennung	Ergänzung/Anmerkung/Umsortierung
Themenfeld 1: Regionalentwicklung/Metropolfunktionen		
Stärken		
• unterdurchschnittliche Arbeitslosenquoten	2/3	
• großräumige Lagegunst zwischen metropolitanen Agglomerationen	3/3	
• attraktive Landschaften mit hohem Erlebniswert	3/3	(überwiegend hohem Erlebniswert)
• bedeutende Kulturlandschaften (Welterbe)	3/3	
• diversifizierte Wirtschaftsstruktur mit starkem Mittelstand	3/3	
• hohes Potential an natürlichen Ressourcen	3/3	Wind Bodenschätze Natürliche Ressourcen – Was ist das?
• touristische Attraktionen (Weinanbauregionen, Nürburgring)	3/3	Ergänzung: Wanderwege, Vulkanpark, Loreley <u>touristische Attraktionen</u> (unterstrichen)
• wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus	3/3	z.T. z.B. → Cochem
• großes Potenzial für Innenentwicklung	3/3	Potenzial? Ergänzung Potenziale: - „Raumurbanisierung“ der Ortskerne - Nachverdichtung der Stadtzentren
• günstige großräumige Verkehrsanbindungen (BAB, ICE)	3/3	Ergänzung: IC-Anbindung
• positives Image der Rheinromantik	2/3	
• Agglomeration metropolitaner Funktionen im Raum Koblenz	2/3	„engere Region“ Raum → Definition
• Leitbranchen Metall-Keramik-Kunststoff/Papier-Verpackung/ Bau/Gastgewerbe/Gesundheit	2/3	IT, Logistik Nicht zutreffend
• Hochschule Koblenz → 3 Standorte WHU, Uni, PTHV	1/3	Punkt durch Arbeitsgruppe ergänzt
Schwächen		
• erhebliche Verkehrsbelastungen durch Fernverkehr und primär MIV-basierte Arbeitspendlerbeziehungen	3/3	und Baustellen (aktuell, zukünftig?)
• überwiegend negative Pendersalden	3/3	auf Region bezogen?
• geringe Arbeitsplatzdichten	2/3	?

⁶² Die Anzahl der Nennungen gibt die Häufigkeit der Nennung durch die Arbeitsgruppen wieder. In der Spalte „Ergänzung/Anmerkung/Umsortierung“ sind die Anmerkungen der Gruppen aufgeführt.

	Anzahl Nennung	Ergänzung/Anmerkung/Umsortierung
		großer Unterschied zwischen „Kernraum“ und ländlich geprägten Bereichen
• wenige interkommunale Kooperationen und integrierte Strategien	3/3	
• kein gemeinsames Standortmarketing	3/3	
• teilweise schlechte Verkehrserschließung, Rheinquerungen	3/3	ÖPNV-Netz
• Koblenz unzureichend an ICE-Netz angebunden	3/3	schlechte Anbindung auch gen Trier
• schwach ausgeprägte metropolitane Funktionen	2/3	in der Fläche
• saisonale Abhängigkeiten im Tourismus, geringer Anteil Personal in Forschung und Entwicklung	3/3	(-) [Anmerkung: in Bezug auf saisonale Abhängigkeiten im Tourismus] ! [Anmerkung: in Bezug auf geringer Anteil Personal in Forschung und Entwicklung]
• geringe Patentintensität	2/3	z.T.
• wenig Hochschulstandorte	2/3	
• unterentwickelte Kooperation auf regionaler Ebene	2/3	
• geringere überregionale Sichtbarkeit	3/3	
• schwaches Regionalbewusstsein	2/3	!
• Verkehrserschließung (BAB) in der Fläche	1/3	Punkt durch Arbeitsgruppe ergänzt
• Schienengüterverkehr, Lärm, Kapazität für Schienenpersonennahverkehr	1/3	Punkt durch Arbeitsgruppe ergänzt
• Überbewertung von Tourismus als Wirtschaftsfaktor	1/3	Punkt durch Arbeitsgruppe ergänzt
Themenfeld 2: Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktionen		
Stärken		
• weitgehend intakte, polyzentrische Siedlungsstrukturen	3/3	im Umland nicht zu bestätigen
• Konzentration der überörtlichen Versorgungsfunktion im Raum Koblenz	3/3	und für Teilregionen
• dezentrale Konzentration von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in der Region	3/3	
• leichte Wanderungsgewinne	3/3	eher Imagefaktor
• vielfältige und reichhaltige Versorgungsstrukturen in Koblenz/Neuwied	3/3	
• gute Versorgung mit medizinischen Einrichtungen	1/3	NOCH/aktuell gute Versorgung (aber nicht flächendeckend)
• vielfältiges Schulangebot	1/3	Punkt durch Arbeitsgruppe ergänzt
• Schwarmstadt Koblenz	1/3	Punkt durch Arbeitsgruppe ergänzt
• Kulturangebote in der Region	1/3	Punkt durch Arbeitsgruppe ergänzt
• Gutes Betreuungsangebot für Kinder	1/3	Punkt durch Arbeitsgruppe ergänzt
• Betriebskitas	1/3	Punkt durch Arbeitsgruppe ergänzt
Schwächen		
• raumstrukturelle Ungleichgewichte mit Strukturschwächen in Teilgebieten	3/3	
• Bevölkerungsentwicklung leicht rückläufig	3/3	
• negativer natürlicher Bevölkerungssaldo	3/3	
• Abwanderung junger Erwachsener („brain-drain“)	3/3	
• zunehmende Alterung	3/3	
• viele Verwaltungsgrenzen und Entscheider	2/3	eher Kirchturmdenken
• unzureichende Nahversorgung im ländlichen Raum	1/3	
• Nachfolgeproblematik in der ärztlichen Versorgung	3/3	
• Leerstand und gedämpfte Investitionsbereitschaft in Teilräumen	3/3	Betonung liegt auf dem Wort „Teilräume“
• Teilweise schlechte ÖPNV-Erreichbarkeiten bzw. Auslastungen des ÖV im ländlichen Raum mit dispersen Siedlungsstrukturen	3/3	

	Anzahl Nennung	Ergänzung/Anmerkung/Umsortierung
• Konzentration entwicklungshemmender Faktoren entlang des Rheins und im Raum Altenkirchen	3/3	
• Bahnlärm an Rhein und Mosel	3/3	in „kleinen“ Gemeinden
• Überangebot an Einzelhandelsflächen	2/3	(stimmt evtl. nicht)
• Unternehmensnachfolgen allgemein	1/3	
Regionsexterne Impulse (themenübergreifend)		
Chancen		
• Digitalisierung	3/3	
• Online-Handel	2/3	für Regionalprodukte Umsortierung: von einer AG als Risiko benannt
• Konsolidierung öffentlicher Haushalte	3/3	
• Regiopole-Netzwerk	2/3	Schön wär's
• neue Förderprogramme des Bundes	3/3	Das kommt darauf an
• Fortschreibung LEP V	3/3	
• steigende Wettbewerbsfähigkeit	1/3	Nicht sinkende, sondern steigende
• Demografischer Wandel	1/3	Chance und Risiko zugleich
• Trend in die Städte	1/3	Punkt durch Arbeitsgruppe ergänzt
• Zuwanderung von Fachkräften	1/3	Punkt durch Arbeitsgruppe ergänzt
• Klimawandel	1/3	Umsortierung: von einer AG als Chance benannt
• disperse Siedlungsentwicklung/Flächenverbrauch	1/3	Umsortierung: von einer AG als Chance benannt
Risiken		
• Demografischer Wandel	2/3	Chance und Risiko zugleich
• Gefährdung der Tragfähigkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge	2/3	und Krankenhäusern
• Klimawandel	2/3	
• Hochwasserprobleme	2/3	
• sinkende Wettbewerbsfähigkeit	2/3	- gegenüber anderen Regionen - von Unternehmen
• disperse Siedlungsentwicklung/Flächenverbrauch	2/3	
• Tendenz zu einer bandartigen Siedlungsentwicklung	1/3	
• Fachkräftemangel	3/3	
• Digitalisierung	2/3	
• ausgeprägter Wettbewerb zwischen den oftmals kleinen (Verbands-)Gemeinden	3/3	
• Online-Handel	1/3	Punkt durch Arbeitsgruppe ergänzt
• Trend in die Städte	1/3	Punkt durch Arbeitsgruppe ergänzt
• Fehlende Finanzausstattung der Kommunen	1/3	Punkt durch Arbeitsgruppe ergänzt
• Einzelhandel vor Ort (Online-Handel)	1/3	Punkt durch Arbeitsgruppe ergänzt

9.3 Web-Konferenz mit der kommunalen Ebene

Am 4. Juni 2020 fand eine Web-Konferenz zu Handlungs- und Kooperationsfeldern einer Regiopoleregion statt. Aufgrund der derzeitigen Gesundheitssituation konnte die Veranstaltung nicht wie geplant als vor Ort-Termin am 30. April durchgeführt werden. Ziel der Web-Konferenz war es, Handlungs- und Kooperationsfelder einer möglichen Regiopoleregion zu benennen und möglichst konkrete Hinweise seitens der teilnehmenden VertreterInnen der Verbandsgemeindeebene zur Umsetzung zu erhalten. Im Mittelpunkt der Web-Konferenz stand der Austausch mit den Teilnehmenden zu den potenziellen Handlungsfeldern. Die rund 20 Teilnehmenden setzten sich aus den Verwaltungsspitzen der Verbandsgemeindeebene in der Region Mittelrhein-Westerwald bzw. benannten VertreterInnen zusammen. Auch nahmen VertreterInnen der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald und des Auftragnehmerteams teil.

Vor Beginn der Web-Konferenz hatten die Teilnehmenden im Rahmen des 30-minütigen Eintreffens die Möglichkeit, sich in den Konferenzraum einzuwählen und sich mit der Technik vertraut zu machen. Währenddessen wurden technische Hinweise gegeben und der Teilnehmerkreis der Veranstaltung vorgestellt. Im Anschluss der Web-Konferenz bestand im Ausklang die Gelegenheit, Rückmeldungen zur Veranstaltung und zum Veranstaltungsformat zu geben und an einer Umfrage zum Veranstaltungsformat teilzunehmen. Die Teilnehmenden hatten während der Web-Konferenz die Möglichkeit, ihre Hinweise als Wortmeldung oder über die öffentliche Chat-Funktion zu geben. VertreterInnen der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald sowie des Auftragnehmerteams nahmen nicht am Austausch teil. Die Hinweise wurden seitens des Auftragnehmerteams dokumentiert und für die Reflexion visualisiert.

Ergebnisse der Web-Konferenz

Nach einer kurzen Vorstellung der bisherigen Arbeitsschritte und Kernergebnisse der Vorstudie erfolgte die Priorisierung der potenziellen Handlungsfelder im Rahmen einer Umfrage. Basierend auf den bisherigen Ergebnissen der Vorstudie wie der SWOT-Analyse und des Workshops zur SWOT-Analyse mit dem Fachbeirat wurden Ansatzpunkte für neun mögliche regionale Handlungsfelder skizziert (vgl. Kapitel 7.5).

Die Teilnehmenden wurden gebeten, aus diesen Handlungsfeldern drei zu wählen, die aus ihrer Sicht eine besondere Relevanz für eine Regiopoleregion besitzen. Da aufgrund des zeitlichen Rahmens nicht alle neun Handlungsfelder in der Web-Konferenz besprochen werden konnten, diente die Umfrage zur Strukturierung der Diskussion der Handlungsfelder und die Teilnehmenden entschieden auf diese Weise über die Reihenfolge der Diskussions-themen während der Veranstaltung. Die Handlungsfelder Mobilität und Standortmarketing, gefolgt von ÖPNV im ländlichen Raum, Sicherung zentralörtlicher Funktionen sowie interkommunaler Flächenentwicklung wurden im Rahmen der Umfrage priorisiert. Den Handlungsfeldern Forschung und Bildung, identitätsfördernde Aktivitäten für die „Region“, Energieversorgung und Klimaschutz sowie ein regionales Einzelhandelskonzept wurden eine untergeordnete Rolle beigemessen.

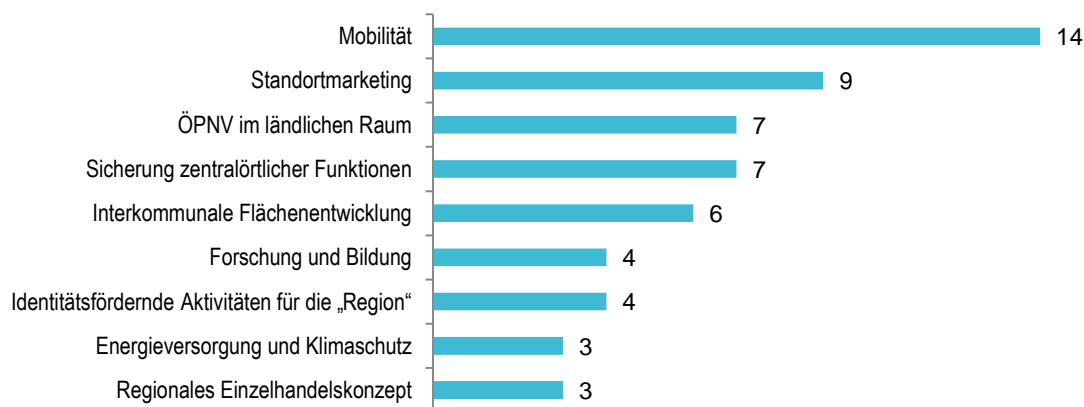


Abbildung 11: Ergebnis der Umfrage 1: Welche Handlungsfelder besitzen besondere Relevanz für eine Regiopoleregion?

Im Rahmen der Web-Konferenz wurden die Handlungsfelder Mobilität, Standortmarketing, ÖPNV im ländlichen Raum, Sicherung zentralörtlicher Funktionen, interkommunale Flächenentwicklung sowie Forschung und Bildung diskutiert (vgl. Tabelle 17, S. 95). Nach einer kurzen inhaltlichen Vorstellung von Ziel, strategischem Ansatz, Instrumenten und Maßnahmen zur Umsetzung, Akteuren sowie rechtlicher Absicherung des Handlungsfelds und Beispielen hatten die Teilnehmenden die Gelegenheit, das jeweilige Handlungsfeld zu kommentieren. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, welche Anregungen die Teilnehmenden dem Auftragnehmerteam in den jeweiligen Handlungsfeldern für die weitere Bearbeitung mit auf den Weg geben können.

Darüber hinaus wurden in der Web-Konferenz weitere Umfragen zu Erfolgsfaktoren und Hemmnissen bei regionalen Kooperationen im Kontext einer Regiopoleregion durchgeführt. Dabei haben die Teilnehmenden der Kooperation auf Augenhöhe eine besondere Bedeutung als Erfolgsfaktor beigemessen und lokale Egoismen als größten hemmenden Faktor identifiziert.

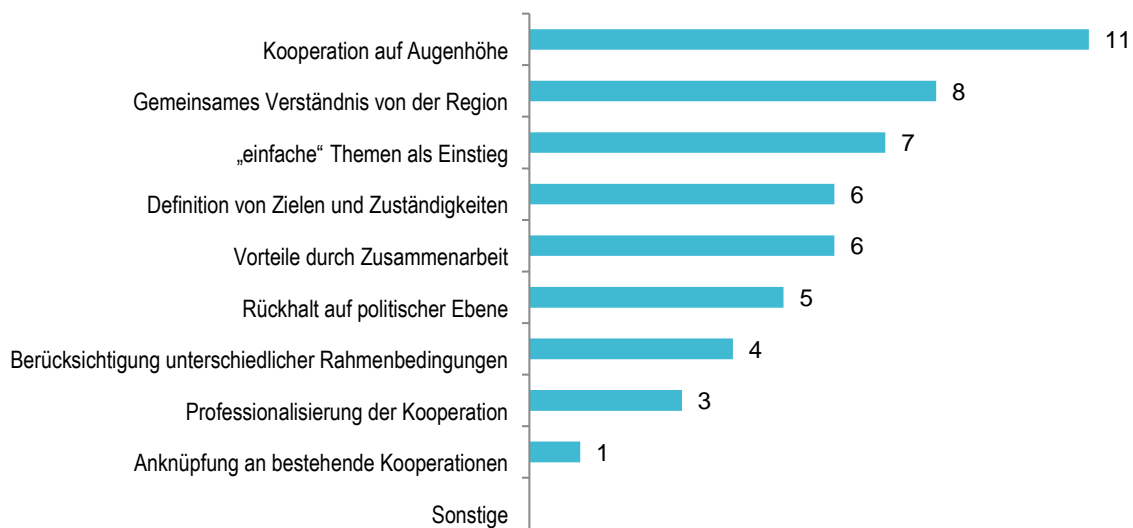


Abbildung 12 Ergebnis der Umfrage 2 zu Erfolgsfaktoren bei regionalen Kooperationen.
Was sind Erfolgsfaktoren bei regionalen Kooperationen im Kontext einer Regiopoleregion?

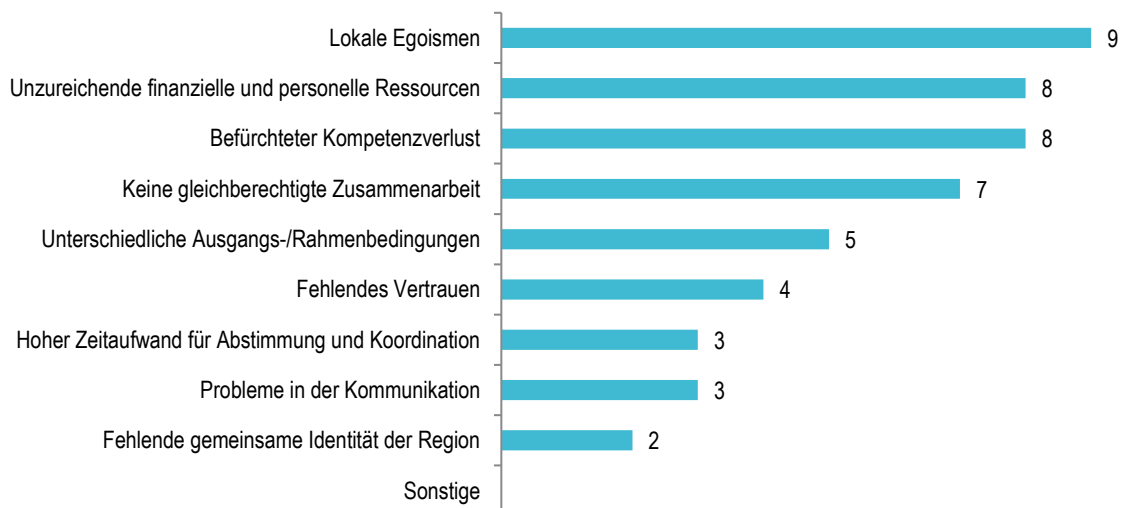


Abbildung 13: Ergebnis der Umfrage 3 zu Hemmnissen bei regionalen Kooperationen.
Was sind Hemmnisse bei regionalen Kooperationen im Kontext einer Regiopoleregion?

Tabelle 17: Anmerkungen der Teilnehmenden zu den Handlungsfeldern

Themen	Anmerkungen
Handlungsfeld Mobilität	
ÖPNV als wichtiger Aspekt	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklungen auf Landesebene berücksichtigen: Stichwort ÖPNV-Konzept Nord • ÖPNV-Konzept Nord: Verknüpfung Schiene mit sonstigem ÖPNV • bezahlbares, attraktives Angebot benötigt
Akteursstrukturen	<ul style="list-style-type: none"> • Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – starkes Land“ als gutes Beispiel • viel Vorarbeit in bestehenden Kooperationen geleistet → Doppelstrukturen vermeiden • sehr viele Akteure aktiv – Synergien nutzen • alle Akteure beteiligen
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Einflussmöglichkeiten der Planungsgemeinschaft im Handlungsfeld Mobilität fraglich • Ziele in der Raumordnung deutlicher hervorheben • Selbstverpflichtung der Kommunen • Erkennen der Probleme als erster wichtiger Schritt
Übergreifende Betrachtung	<ul style="list-style-type: none"> • gemeinsame Betrachtung mit anderen Handlungsfeldern sinnvoll • Kopplung an Standortentwicklung sinnvoll (Push- und Pull-Effekte)
Radwege	<ul style="list-style-type: none"> • Anschluss der Radwege an schnelle Strecken benötigt • Umsetzung von Radwegekonzepten an Kreis- und Landesstraßen schwierig
Handlungsfeld Standortmarketing	
Akteure und Partner	<ul style="list-style-type: none"> • Kernakteure in Vordergrund stellen • Privatwirtschaft mit ins Boot holen • Kommunen müssen Akteure/Firmen aktivieren • Regionalmarketinggesellschaft Region56+ als gutes Beispiel und möglicher Partner
Erfolgsfaktoren und Organisationsform	<ul style="list-style-type: none"> • Augenhöhe als Erfolgsfaktor • Lernen aus Erfahrungen des Innovationscluster Metall Keramik Kunststoff • Verständigung über gemeinsame Ziele • Verständigung über Formen • rechtliche Absicherung über GmbH oder Verein
Handlungsfeld ÖPNV im ländlichen Raum	
Aktuelle Probleme	<ul style="list-style-type: none"> • Grundproblem: ÖPNV-Angebot zu unattraktiv und zu teuer • Taktung und Angebot stark auf Schülerbeförderung ausgerichtet • Verteilung in Fläche unzureichend • Verknüpfung von schnellen Achsen in die Flächen der Region benötigt
Handlungsfeld Sicherung zentralörtlicher Funktionen	
Erfolgsfaktoren	<ul style="list-style-type: none"> • Wille zur Kooperation ist wichtig • Bottom-up- und Top-down-Ansatz • Gezielte und abgestimmte Spezialisierung der Angebote führt zu erfolgreicher Funktionsteilung • Teilprofile müssen zueinander passen
Hemmnisse	<ul style="list-style-type: none"> • Konkurrenzkampf zwischen den Zentren • Aufgabenteilung aktuell schwierig • Funktionszuweisungen durch Landesplanungsbehörde • Einzelhandelskonzepte hebeln Vorgaben der Raumordnung aus
Handlungsfeld Interkommunale Flächenentwicklung	
Gegenstand der Flächenentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Poolung der Flächenausweisungsrechte, keine Entwicklung interkommunaler Gewerbe- oder Wohngebiete • Umsetzung interkommunaler Wohngebiete schwierig eingeschätzt • eher interkommunale Gewerbe- und Industriegebiete in der Umsetzung denkbar • interkommunale Wohngebiete in kleinen Kommunen sinnvoll • Schwellenwerte nur für Wohnbauflächen vorhanden • Entwicklung von Schwellenwerten für Gewerbe- und Industriegebiete als Chance für ländliche Region zur Ansiedelung von Arbeitsplätzen
Kooperations-ebene	<ul style="list-style-type: none"> • interkommunale Flächenentwicklung auf Ebene des Landkreises ausweiten • teilregionale Abstimmung zur Entwicklung der besten Standorte
Handlungsfeld Forschung und Bildung	
Zum Handlungsfeld Forschung und Bildung wurden keine Anmerkungen gegeben.	

10 Erläuterungen zu den möglichen Handlungsfeldern einer Regionalentwicklungsstrategie

10.1 Vorgehensweise

In Absprache mit dem Auftraggeber wurden, basierend auf den Ergebnissen der SWOT-Analyse, Ansatzpunkte für neun mögliche regionale Handlungsfelder skizziert, ohne diese zunächst weiter auszuarbeiten. In diese Skizzierung flossen auch Ergebnisse aus den ExpertInneninterviews ein (vgl. Kapitel 8.3.2). Diese abweichende Vorgehensweise ist aus mehreren Gründen in Abstimmung mit dem Auftraggeber gewählt worden:

- Das ersatzweise gewählte Onlineformat für den Kommunalworkshop sieht keine größeren Vorträge, sondern nur kurze Impulse vor.
- Die aus dem Workshop zur SWOT-Analyse und der kommunalen Befragung abgeleitete große Breite von neun möglichen Handlungsansätzen lässt aus Ressourcengründen keine vertiefte Ausarbeitung aller Ansätze zu.
- Gleichzeitig ist eine Auswahlentscheidung normativer Natur und kann daher vom Auftragnehmer nicht ohne Rückkoppelung mit der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald als Auftraggeber getroffen werden.

Diese Hintergrundinformationen zu möglichen Handlungsfeldern einer Regionalentwicklungsstrategie dienen der Auswahl von drei Handlungsfeldern, die im Rahmen der Vorstudie beispielhaft weiter qualifiziert wurden (vgl. Kapitel 10.4). Damit ist keine Vorwegnahme späterer Entscheidungen über die tatsächlichen Inhalte der Regionalentwicklungsstrategie verbunden.⁶³

Die möglichen Handlungsfelder wurden im Kommunalworkshop am 4. Juni 2020 diskutiert und kommunale Interessen bzw. Sichtweisen auf die möglichen Handlungsansätze ermittelt, um Hinweise auf die Einengung auf bis zu drei konkret auszuarbeitende Handlungsansätze zu erhalten. Zusätzlich fand am 10. Juni 2020 eine Gesprächsrunde mit den Landräten und dem Oberbürgermeister der Stadt Koblenz zur Gründung einer Regiopole statt. Auch der Ausschuss A 1 „Regiopole und ländliche Räume“ diskutierte die Auswahl möglicher Handlungsfelder und unterbreitete dem Regionalvorstand dazu einen Vorschlag. Die zur vertiefenden Betrachtung ausgewählten Handlungsfelder sind in Kapitel 10.4 dargestellt.

Tabelle 18: Liste der Themenfelder und der zugeordneten Handlungsfelder

Themenfeld	Handlungsfeld
Regionalentwicklung/ Entwicklungsfunktion	Interkommunale Flächenentwicklung
	Standortmarketing
	Identitätsfördernde Aktivitäten für die „Region“
	Mobilität ⁶⁴
	Forschung und Bildung
Daseinsvorsorge/ Versorgungsfunktion	Sicherung zentralörtlicher Funktionen
	ÖPNV im ländlichen Raum
	Regionales Einzelhandelskonzept
	Energieversorgung und Klimaschutz

⁶³ Eine tabellarische Übersicht der neun skizzierten Handlungsfelder ist in Anlage 15 enthalten.

⁶⁴ Das Handlungsfeld „Mobilität“ ist dem Themenfeld „Regionalentwicklung“ zugeordnet, da das Ziel in der Beförderung der regionalen Entwicklung über eine integrierte Mobilitätsstrategie besteht. Demgegenüber zielt das Handlungsfeld „ÖPNV im ländlichen Raum“ auf die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse über die Erreichbarkeit Zentraler Orte und hier vor allem die Grundzentren als Orte der Nahversorgung jenseits des Individualverkehrs ab und ist dem Themenfeld „Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktion“ zugeordnet.

10.2 Themenfeld: „Regionalentwicklung/Entwicklungsfunktion“

10.2.1 Handlungsfeld: Interkommunale Flächenentwicklung

Ziel: Der Ansatz dient der Bereitstellung nachfragegerechter Standorte bei gleichzeitiger Minimierung von Infrastrukturfolgekosten und des Flächenverbrauchs, um die Zersiedlung zu begrenzen. Erforderlich ist hier ein abgestimmtes regionales Vorgehen auf Ebene der Mittelbereiche. Denkbar ist auch eine Fortentwicklung im Sinne eines Solidarverbunds, der Kosten und Erträge der Flächenentwicklung in der Region verteilt.

Strategischer Ansatz: Eine regional abgestimmte interkommunale Flächenentwicklung auf Basis des Flächentauschmodells, das bereits in Ziel Z 33 des RROP 2017 angelegt ist.

Instrument/Maßnahme: Flächenentwicklungskonzepte auf Ebene der Mittelbereiche.

Akteure: Zentrale Akteure sind hier die Planungsgemeinschaft und die Gemeinden innerhalb eines Mittelbereichs.

Umfgriff: Kernraum

Rechtliche Absicherung: Geeignete Grundlage einer rechtlichen Absicherung wäre ein raumordnerischer Vertrag gemäß § 14 ROG, gekoppelt mit einer entsprechenden Änderung des RROP über die eventuelle Einführung einer Experimentierklausel.

Beispiel: Ein entsprechendes Beispiel, dass bereits seit zehn Jahren in der Umsetzung ist, stellt der sog. „Virtuelle Gewerbeflächenpool Kreis Kleve“ dar. Die diesbezügliche Rechtsgrundlage findet sich im Regionalplan Düsseldorf 2018 in Ziel Z 3.3.3.1. Innerhalb der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH ist auch auf den sog. „Solidarverbund Rhein-Neckar-Kreis“ zu verweisen.

Bezug zum Aufgabenfeld der Regionalplanung: Im RROP wird die wohnbauliche Entwicklung über Schwellenwerte gesteuert, soweit sie über die Eigenentwicklung hinausgeht (Z 30).

Ziel Z 33 lautet: „Für die Darstellung von weiteren Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan ist der bestimmte Schwellenwert zu beachten. Übersteigt das zum Zeitpunkt einer Teilfortschreibung eines vorbereitenden Bauleitplanes ermittelte, für eine Wohnbebauung geeignete Flächenpotenzial den Bedarf an weiteren Wohnbauflächen (Schwellenwert), kann die Darstellung einer weiteren Wohnbaufläche durch die Rücknahme einer bestehenden, noch nicht realisierten Wohnbauflächendarstellung mindestens in gleicher Flächengröße erfolgen (sog. „Flächentausch“). Dabei darf der nach Z 30 zu quantifizierende Bedarf durch den Bedarf, der durch die weitere Wohnbauflächendarstellung befriedigt werden kann, nicht überschritten werden.“

Dabei ist die sehr kleinteilige Gemeindestruktur eine Rahmenbedingung, die der derzeit in der Regionalplanung praktizierten Mengensteuerung der Siedlungsflächenentwicklung hinsichtlich einer effizienten Flächennutzung entgegensteht. Die Schwellenwerte gemäß Ziel Z 30 erkennen zwar an, dass der jeweilige gemeindliche Bedarfswert um einen Potenzialwert zu reduzieren ist, klammern aber aus, dass unter Umständen auch für den Bedarfswert nicht notwendigerweise eine Nachfrage besteht, da sich der Bedarfswert auf eine Bevölkerungsvorausberechnung sowie einen Bedarfsausgangswert stützt, der immerhin zentralörtliche Funktionszuweisungen mit einem entsprechenden Multiplikator berücksichtigt. Ausgeklammert bleibt aber die hohe oder auch geringe Attraktivität einzelner Standorte bzw. Ortsgemeinden. Somit kann es gerade in kleineren Ortsgemeinden zu Flächenausweisungen kommen, für die Investitionen in Infrastruktur getätigt werden, ohne dass eine entsprechende Belegung erfolgt oder die Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge gewährleistet ist. Dabei ist zu beachten, dass der Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche mit 14,8 % über dem Durchschnittswert vergleichbarer Regionen (BBSR-Regionstyp „Regionen mit Verdichtungsansätzen“) liegt, der 2017 bei 13,7 % lag. Dabei liegt der Siedlungsflächenanteil pro Einwohner in den Landkreisen Cochem-Zell und Rhein-Hunsrück-Kreis mit über 1.000 m² sogar in der bundesdeutschen Spitzengruppe (vgl. BBSR INKAR: www.inkar.de).

Über ein verbandsgemeindeübergreifendes Flächenentwicklungskonzept auf Ebene der Mittelbereiche könnte ein (intergemeindlicher) Flächentausch eine Aktivierung nachfragegerechter Standorte gewährleisten und so einen

Beitrag zur Wohnraumversorgung bei gleichzeitigem Flächenspareffekt leisten, da angenommen wird, dass die Wohngebiete schneller und vollständiger bebaut werden.

10.2.2 Handlungsfeld: Standortmarketing

Ziel: Ultimatives Ziel dieses Ansatzes ist die Beeinflussung der Standortentscheidungen von Unternehmen zur Sicherung bestehender sowie der Ansiedlung neuer Betriebsstätten bzw. Arbeitsplätze. Außerdem sollen so qualifizierte Fachkräfte zu Gunsten der Region gewonnen werden, um den Wirtschaftsstandort zu stärken.

Strategischer Ansatz: Vorgesehen ist hier ein regional abgestimmtes Standortmarketing zur Markenbildung der Regiopole und Imagebildung nach außen. Aus den ExpertInneninterviews kam der Hinweis, dass es sich bei diesem Handlungsfeld um ein leichtes Einstiegsthema der Regiopole ohne großen Vorlauf handle, dem später komplexere Themen folgen könnten.

Instrument/Maßnahme: Dieses Ziel soll über eine umfassende Marketingstrategie mit Elementen wie Mitmachmarke, Internetauftritt, Serviceangebote für Markenbotschafter, Markenshop, Social-Media-Auftritte, Messeauftritte, Arbeitsmarktberichte, sowie eine Plattform zur Vernetzung von Unternehmen, ein Fachkräfteportal und eine gemeinsame Jobbörse erreicht werden. Als geeigneter Einstieg in das Standortmarketing wurde von InterviewpartnerInnen die Nutzung bekannter Marken in der Region als Ankerpunkte angesehen.

Akteure: Neben den Kommunen der Region sind zentrale Akteure die Unternehmen sowie Körperschaften d. ö. R. wie die IHK und Handwerkskammer.

Umgreif: Gesamttraum mit Schwerpunkt Kernraum

Rechtliche Absicherung: Standortmarketing wird in Übereinstimmung mit Hinweisen aus den Interviews in der Regel über eine eigene juristische Person des Privatrechts (GmbH, e. V.) betrieben, die dafür zu gründen wäre.

Beispiel: Als erfolgreiche Beispiele für ein regionales Standortmarketing kann das Marketing der Region Fulda und der Region Köln/Bonn e. V. benannt werden.

Bezug zum Aufgabenfeld der Regionalplanung: Es sind keine direkten Bezüge zum RROP erkennbar. Die Steuerung der gewerblich-industriellen Entwicklung erfolgt im RROP eher zurückhaltend. Grundsatz G 34 hält fest: „Zentrale Orte sind auch Gewerbestandorte“. Allerdings ist damit keine Ausschlusswirkung außerhalb Zentraler Orte verbunden. Die Sicherung der bestehenden Betriebsstätten ist ebenso wenig Gegenstand der Regionalplanung wie die Qualifizierung von Fachkräften.

Mittelbar lässt sich aber aus § 11 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 3 Satz 3 LPIG eine Ermächtigungsgrundlage ableiten, sofern „ein Zusammenhang mit der Regionalplanung besteht“ und die Landesplanung dem zustimmt.

10.2.3 Handlungsfeld: Identitätsfördernde Aktivitäten für die „Region“

Ziel: Mit diesen Aktivitäten soll ein Markenbild der Regiopole entstehen, das Alleinstellungsmerkmale als Identitätsanker in der Region verknüpft und auch für andere Handlungsfelder aufgegriffen werden kann.

Strategischer Ansatz: Der Ansatz zielt auf die Nutzung touristischer Aktivitäten und der Bekanntheit landschaftlicher Qualitäten der Region zur Imagebildung nach Außen und Identitätsstiftung nach Innen ab. Er gilt bei vielen InterviewpartnerInnen als leichtes Einstiegsthema einer möglichen Regiopole, das ohne großen Vorlauf initiiert werden kann und dem später mit steigender Vertrauensbildung komplexere Themen folgen könnten.

Instrument/Maßnahme: Wesentliche Maßnahmen sind gemeinsame Messeauftritte, in deren Rahmen bekannte Regionalmarken (Angebote und Produkte aus der Region) aus Tourismus, Freizeit, Kultur als Ankerpunkte genutzt und als „Türöffner“ dienend die Regiopole vermarkten können. Ein weiteres Instrument könnte längerfristig ein Regionalpark- und Landschaftsparkkonzept sein.

Akteure: Zentrale Akteure sind neben den Kommunen (Stadt Koblenz, Landkreise, Verbands- und verbandsfreie Gemeinden, Ortsgemeinden) die Tourismusverbände, Unternehmen und regionale Erzeuger.

Umgriff: Gesamttraum

Rechtliche Absicherung: Derartige Aktivitäten werden in Übereinstimmung mit Hinweisen aus den Interviews in der Regel über eine eigene juristische Person des Privatrechts (GmbH, e. V.) betrieben, die dafür zu gründen wäre.

Beispiel: Bekannte Akteure, die sich erfolgreich um eine Identitätsförderung ihrer Region bemühen sind bspw. die Region Köln/Bonn e. V. und der Verband Region Rhein-Neckar.

Bezug zum Aufgabenfeld der Regionalplanung: Es sind keine direkten Bezüge erkennbar.

10.3 Themenfeld: „Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktion“

10.3.1 Handlungsfeld: ÖPNV im ländlichen Raum

Ziel: Dieser Ansatz zielt auf die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse über die Erreichbarkeit Zentraler Orte und hier vor allem der Grundzentren als Orte der Nahversorgung jenseits des Individualverkehrs ab.

Strategischer Ansatz: Neben einem regionsweiten Mobilitätskonzept ist ein eigenständiges abgestimmtes Gesamtsystem denkbar, dass das Mobilitätskonzept um flexible bedarfsorientierte Angebotsformen ergänzt.

Instrument/Maßnahme: Maßnahmen könnten die Ergänzung schneller Achsen um eine Feinerschließung der Fläche für den Öffentlichen Verkehr und eine kundenfreundliche Verknüpfung sämtlicher Mobilitätsangebote wie Sharing, On-Demand-Dienste, Bürgerbusse und Taxiunternehmen sein.

Akteure: Als zentrale Akteure sind neben den Kommunen der Region (wozu als Verfasser der NVP und auch Besteller des ÖPNV auch die Landkreise zählen), Unternehmen, der Verkehrsverbund Rhein-Mosel und SPNV-Nord zu sehen.

Umgriff: Gesamttraum

Rechtliche Absicherung: Eine besondere rechtliche Absicherung ist für informelle Konzepte nicht vorgesehen. Eine (Selbst-)Bindungswirkung entstünde über politische Beschlüsse bzw. bei der Umsetzung von Einzelmaßnahmen.

Beispiel: Es liegen mittlerweile zahlreiche Beispiele für intelligente ÖPNV Konzepte im ländlichen Raum vor, wie etwa das Projekt „Münsterlandexpress“, das Modellvorhaben „LandMobil“, gefördert vom BMEL oder das Kooperationsprojekt „Smartes Wohnen im Alter“ des Landkreises Cochem-Zell und der Universität Koblenz-Landau.

Bezug zum Aufgabenfeld der Regionalplanung: Die Förderung des ÖPNV im ländlichen Raum steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Grundsätzen der Verkehrsnetzgestaltung. Diese Strategie könnte im Sinne von § 14 ROG („Raumordnerische Zusammenarbeit“) zur Verwirklichung von Inhalten des RROP 2017 beitragen. Der RROP stellt mit G 109 klar: „Die Gestaltung der Verkehrsnetze soll zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen der Region beitragen. Für die Bevölkerung sollen Arbeits- und Ausbildungsstätten sowie öffentliche und private Dienstleistungseinrichtungen und Erholungsgebiete in zumutbarem Zeitaufwand erreichbar sein. Zudem strebt G 110 an: „Die Gestaltung der Verkehrsnetze soll die Versorgungsfunktionen der Zentralen Orte für den jeweiligen Versorgungsbereich und die Austauschfunktion zwischen den Räumen und den Zentralen Orten der jeweiligen Zentralitätsstufe begünstigen und fördern. Grundlage für die Gestaltung der Verkehrsnetze bilden die Verbindungsfunktionsstufen gemäß Landesentwicklungsprogramm.“

10.3.2 Handlungsfeld: Regionales Einzelhandelskonzept

Ziel: Im Wesentlichen dient ein regionales Einzelhandelskonzept der Verringerung des Flächenwachstums von Fachmärkten außerhalb der Ortskerne und der Stärkung der Nahversorgung in Gemeinden an regional geeigneten Standorten. Zugleich entsteht für Kommunen und private Anbieter ein verlässlicher Rahmen für den erwünschten Wettbewerb zwischen den Standorten sowie eine entsprechende Investitionssicherheit.

Strategischer Ansatz: Denkbar ist hier eine Konkretisierung des regionalplanerischen Grundsatzes zur regional abgestimmten Einzelhandelsentwicklung (G 39 RROP 2017).

Instrument/Maßnahme: Zentrales Instrument eines entsprechenden Konzepts wäre eine inter- und intragemeindlich differenzierte Zentrenhierarchie zur Operationalisierung der Ziele zur Steuerung des großflächigen Einzelhandels (Z 57-61 LEP IV). Des Weiteren bieten sich regional abgestimmte Kriterien zur Abgrenzung der zentralen Versorgungsbereiche an.

Akteure: Zentrale Akteure sind neben der Regionalen Planungsgemeinschaft die Kommunen der Region, Einzelhandelsunternehmen und Körperschaften d. ö. R wie die IHK.

Umgriff: Gesamttraum

Rechtliche Absicherung: Eine besondere rechtliche Absicherung ist für informelle Konzepte nicht vorgesehen. Eine (Selbst-)Bindungswirkung entstünde über politische Beschlüsse bzw. bei der Umsetzung von Einzelmaßnahmen.

Beispiel: Ein wegweisendes Beispiel ist das Regionale Einzelhandelskonzept Frankfurt Rhein-Main, dessen intragemeindlich differenziertes Zentrenkonzept über den Regionalen Flächennutzungsplan Verbindlichkeit erlangt hat.

Bezug zum Aufgabenfeld der Regionalplanung: Mit regionalen Einzelhandelskonzepten, die bei der Beurteilung von Ansiedlungsvorhaben berücksichtigt werden sollten, kann die Regionalplanung im Sinne von § 14 ROG zur Verwirklichung ihrer eigenen Grundsätze zum großflächigen Einzelhandel und zur Nahversorgung beitragen (Kap. 1.3.4 RROP 2017). Dies gilt insbesondere für das in G 40 normierte Kongruenzgebot: „Großflächige Einzelhandelsbetriebe sollen nach Umfang und Zweckbestimmung der zentralörtlichen Gliederung entsprechen und der zu sichernden Versorgung der Bevölkerung Rechnung tragen.“

Zudem legt G 41 fest: „Großflächige Einzelhandelsbetriebe sollen so bemessen werden, dass ihr Einzugsbereich nicht wesentlich über den Versorgungsbereich der Standortgemeinde hinausgeht.“

Um G 40 und 41 sachgerecht anwenden zu können, bietet sich für Regionale Einzelhandelskonzepte der Umgriff der im LEP IV festgelegten Mittelbereiche an.

10.3.3 Handlungsfeld: Energieversorgung und Klimaschutz

Ziel: Dieser Ansatz dient der Aktivierung endogener Entwicklungspotenziale zur regionalen Wertschöpfung im Bereich der alternativen Energiegewinnung, der Energieeinsparung und Energieversorgung - auch um das globale Klima zu schützen. Gleichzeitig soll eine Anpassung an die regionalen und lokalen Folgen des Klimawandels befördert werden. Damit können zugleich die Freiraumsicherung befördert und über multifunktionale Flächennutzungskonzepte tradierte Zielkonflikte aufgelöst werden.

Strategischer Ansatz: In diesem Handlungsfeld wird ein Zusammendenken von Energie, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung angedacht, um bestehende Zielkonflikte aufzulösen und Synergien zu nutzen.

Instrument/Maßnahme: Auf instrumenteller Ebene ist an ein Regionales Energie- und Klimakonzept zu denken, das eine Reihe von Einzelmaßnahmen enthalten könnte, deren Synergien und Konflikte mitgedacht werden.

Akteure: Zentrale Akteure sind neben der Regionalen Planungsgemeinschaft die Kommunen der Region sowie Körperschaften d. ö. R wie die IHK und die lokalen Energieversorger und Fachbehörden wie das Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen Rheinland-Pfalz.

Umgriff: Gesamttraum

Rechtliche Absicherung: Eine besondere rechtliche Absicherung ist für informelle Konzepte nicht vorgesehen. Eine (Selbst-)Bindungswirkung entstünde über politische Beschlüsse bzw. bei der Umsetzung von Einzelmaßnahmen.

Beispiel: Ein bekanntes Beispiel für ein integriertes Energie- und Klimakonzept wurde von der Regionalen Planungsgemeinschaft Südwestthüringen erstellt. Auch die Klimawandelvorsorgestrategie für die Region Köln/Bonn ist hier zu nennen, da diese in die Agglomerationsraumstrategie integriert worden ist.

Bezug zum Aufgabenfeld der Regionalplanung: Ein integriertes Energie- und Klimakonzept könnte im Sinne von § 14 ROG („Raumordnerische Zusammenarbeit“) zur Verwirklichung von Inhalten des RROP 2017 beitragen. Im RROP 2017 findet sich ein eigenes Kapitel 3.2 „Energiegewinnung und -versorgung“. G 142 lautet: „In allen Teilräumen der Region soll eine bedarfsgerechte und umweltschonende Energieversorgung sichergestellt werden. Dabei soll bei weitgehender Diversifikation der Energieträger eine verstärkte Nutzung orts- und regionalgebundener Energieangebote angestrebt werden. Hierzu gehört neben dem Einsatz regenerativer Energieerzeugung und dem Aufbau dezentraler Versorgungsstrukturen eine wesentlich effizientere Energienutzung bzw. die Förderung von Energiesparmaßnahmen.“ G 143 legt zudem fest: „Der Ausbau der Energieversorgung soll mit der angestrebten Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung sowie mit den Zielen des Umweltschutzes in Einklang gebracht werden.“ Klimaschutz ist Gegenstand von Abschnitt 2.1.3.3 („Klima und Reinhaltung der Luft“). Mit G 74 i. V. m. den „Vorbehaltsgebieten besondere Klimafunktion“ werden besondere Anforderungen an den Klimaschutz gestellt.

Mithin ist das mit einem integrierten Energie- und Klimakonzept angedachte Zusammendenken von Energie, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung im RROP bereits angelegt, doch fehlt es diesem bisher an den Instrumenten, diese Ziele im Sinne von § 14 ROG zu verwirklichen.

Der RROP könnte neben den bestehenden Plansätzen zur Sicherung von Standorten der regenerativen Energiegewinnung insbesondere Flächensicherung für Räume betreiben, die klimatische Ausgleichsfunktionen bereitstellen (Kaltluftentstehung und -transport), oder aber klimatisch besonders belastet sind (z. B. durch urbane Überwärmung).

10.4 Vertiefung ausgewählter Handlungsfelder

Die Auswahlentscheidung der beispielhaft zu entwickelnden Handlungsfelder wurde im Rahmen der Sitzung des Regionalvorstands am 8. September 2020 getroffen. Der Regionalvorstand folgte dem Vorschlag des Ausschusses A 1 „Regiopole und ländliche Räume“ vom 17. August 2020, aus den neun Handlungsfeldern „Mobilität“, „Forschung und Bildung“ und „Sicherung der zentralörtlichen Funktionen“ zur vertieften Behandlung im weiteren Verlauf der Vorstudie zur Regiopole auszuwählen.

10.4.1 Handlungsfeld: Mobilität

Ziel

Ziel ist die Beförderung der regionalen Entwicklung über eine integrierte Mobilitätsstrategie, d. h. eine Verknüpfung von Verkehrs- und Siedlungsentwicklung. Dafür gilt es, multimodale und intermodale Mobilitätsangebote zu entwickeln, die sowohl die regionale Wirtschaftsentwicklung als auch die regionale Lebensqualität entscheidend verbessern.

Strategischer Ansatz

Im Handlungsfeld Mobilität wird eine integrierte Siedlungs- und Verkehrsentwicklungsplanung angestrebt. Es geht um die Sicherung (oder Herstellung) eines zuverlässigen, gut verknüpften und schnellen Güter- und Personenverkehrs, der nachhaltig und umweltfreundlich an den bestehenden und geplanten Siedlungsstrukturen ausgerichtet

ist. Strategisches Kernelement ist insofern eine Verknüpfung der Verkehrsentwicklungsplanung mit der Siedlungsentwicklung im Sinne von G 153 RROP 2017, d. h., dass primär solche Standorte für Wohnnutzung und gewerblich-industrielle Nutzungen entwickelt werden, die der Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung dienlich sind. Dazu ist eine multimodale (Nutzung verschiedener Verkehrsmittel auf einer Strecke) Perspektive mit besonderem Blick auf die Intermodalität (Wechsel zwischen den Verkehrsmitteln) notwendig.

Instrument/Maßnahme

Für die Integration von Siedlungs- und Verkehrsentwicklungsplanung wird ein regionales Mobilitätskonzept angeregt. Einzelmaßnahmen des Konzepts könnten den Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität, die Anpassung der Taktung an Bedarfe, die Anbindung von Gewerbestandorten und Naherholungsangeboten an den ÖPNV, ein regionales Radwegekonzept und die Verknüpfung von Mobilität und Tourismus betreffen. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sind dabei bestmöglich auszuschöpfen: autonome Busse können in ländlich-peripheren Gebieten den Lückenschluss in der Anbindung gewährleisten, verkehrsträgerübergreifende Apps können die Multimodalität fördern und die Intermodalität gewährleisten. Zugleich führt die Digitalisierung zu veränderten Arbeitsaktivitäten und neuen Anforderungen an die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen. Dies gilt es beim Ausbau entsprechender Angebote zu berücksichtigen.

Bezogen etwa auf den Umstieg vom klassischen MIV auf elektrisch unterstützten Radverkehr zeigt die Studie „e-Velo“ der TU Kaiserslautern für Rheinland-Pfalz unter besonderer Berücksichtigung des ländlich-peripheren Raums, dass sich die größten Effekte für den Umstieg innerhalb von 30-Minuten-Isochronen um Ober- und Mittelzentren erzielen lassen und zwar insbesondere dann, wenn infrastrukturseitig Maßnahmen wie geeignete Radwege oder sichere Abstellanlagen mit entsprechender Lademöglichkeit umgesetzt werden (vgl. auch König 2019). König (2019) sieht darüber hinaus auch Wege innerhalb ländlich geprägter Gemeinden als Potenzial für eine verstärkte Radnutzung, da 75 % aller motorisierten Fahrten in ländlich-peripheren Räumen innerhalb der Gemeinden erfolgen. Eine flächendeckende, pedelecgeeignete Wegeinfrastruktur sei ein zentrales Element einer nachhaltig ausgerichteten Verkehrspolitik, so die Autoren der Studie (vgl. Brunsing et al. 2017). Gleichzeitig zeigt die Hervorhebung Zentraler Orte als Ziele für „Umsteiger“ vom PKW auf E-Bikes, dass der angesprochene Infrastrukturausbau strategisch mit der Sicherung der Daseinsvorsorge für die zentralörtlichen Versorgungsbereiche verknüpft werden sollte. Dies kann auch flankiert werden, indem die künftige Siedlungsentwicklung gemäß dem raumordnerischen Prinzip der Achsen (§ 13 Abs. 5 S.1 ROG) auch verstärkt an jenen gut erreichbaren Radwegen erfolgt. Auch jenseits der Mittel- und Oberzentren werden somit zugleich Standorte von Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie auch die dezentrale Versorgung der Bevölkerung gesichert oder wiederhergestellt. Becker et al. 2018 sprechen in diesem Zusammenhang von „aufwandsminimalen“ Raumstrukturen, die u. a. dadurch erreicht werden könnten, dass das Zentrale-Orte-Konzept entsprechend weiterentwickelt werde.

Durch regional bedeutsame Mobilstationen kann die Multi- und Intermodalität stärker ausgebaut werden. An solchen Mobilstationen stehen Reisenden stets mehrere Verkehrsmittel zur Verfügung, wobei sie weit über klassische Park-and-Ride-Plätze hinausgehen: Vom Carsharing über verschiedene ÖPNV-Angebote bis zu sicheren Abstellmöglichkeiten für (E-)Bikes⁶⁵ (vgl. Abbildung 14). Im Kern stehen insofern vielfältige und an die veränderten Mobilitätsbedürfnisse angepasste „Lösungsoptionen“, wie Becker et al. 2018 sie nennen; über sog. „Mobilitätslandkarten“ können sodann zugleich die bestehenden Lösungsoptionen (also die verfügbaren Verkehrsmittel an einem Standort) wie auch die bestehenden (und zuvor zu ermittelnden) Bedürfnisse abgebildet werden. Sukzessive müssen dann an die Mobilitätsbedürfnisse angepasste Lösungsoptionen an den jeweiligen Standorten ergänzt werden. Mitunter kann es gleichwohl ausreichen, bestehende Optionen sichtbar zu machen und für sie zu werben.

⁶⁵ Als Beispiel kann hier die Mobilstation im Zentrum von Sankt Augustin gesehen werden: https://www.sankt-augustin.de/cms123/bauen_stadtentwicklung_umwelt_verkehr/verkehr/artikel/53689/index.shtml. Unter dem Motto „Einfach umsteigen!“ heißt es: „Das Fahrrad kostenlos und sicher in einem Fahrrad-Parkhaus parken, umsteigen auf Bus oder Bahn, ein Auto aus einem Car-Sharing Angebot mieten, das private E-Auto oder E-Bike an einer der Ladestationen anschließen, während man selbst sich mit dem ÖPNV auf den Weg zur Arbeit oder Hochschule macht. Das alles soll das Radhaus mit angeschlossener Mobilitätsstation am Haltepunkt Sankt Augustin-Zentrum zukünftig bieten.“

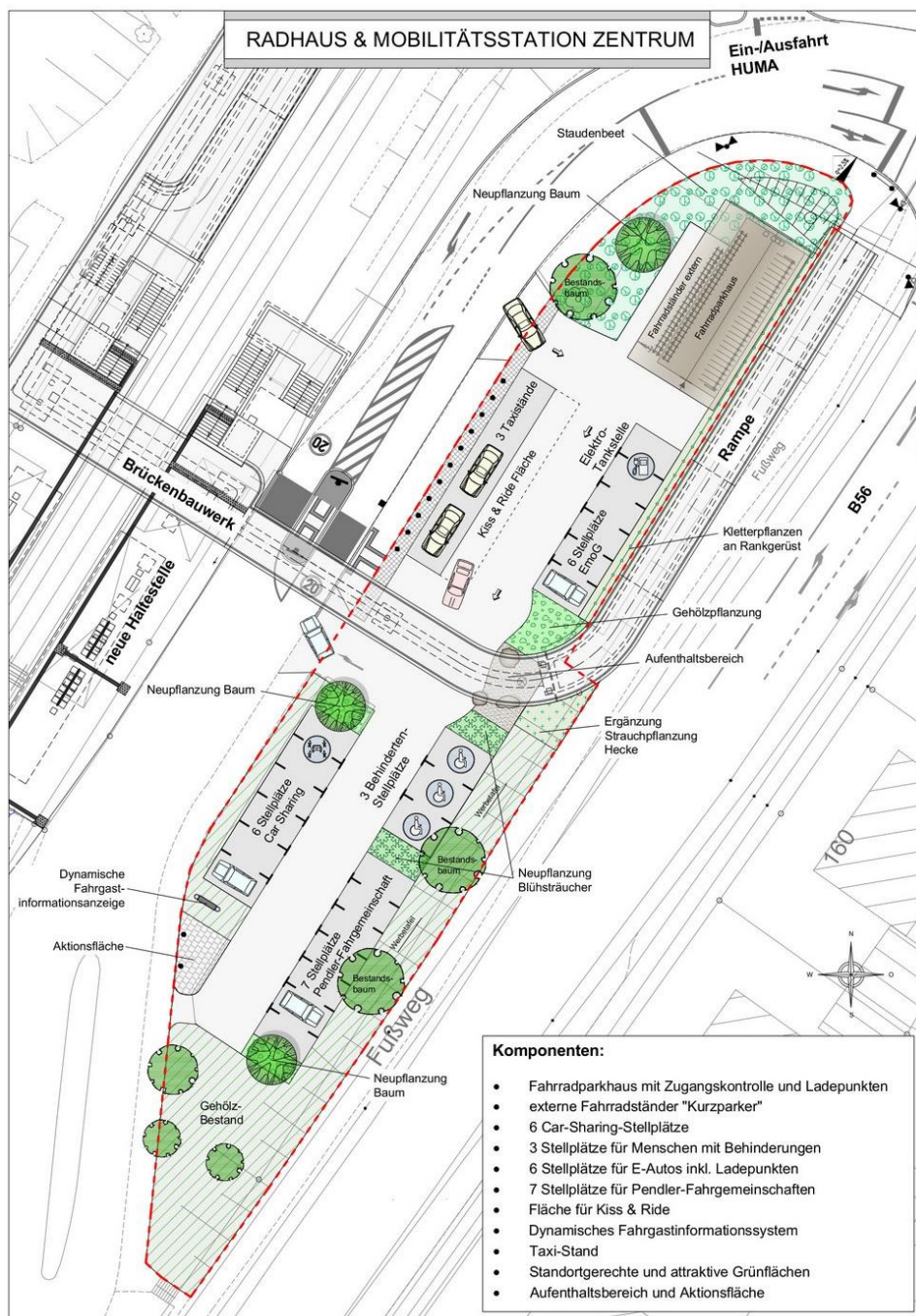


Abbildung 14: Mobilstation Sankt Augustin (Stadt St. Augustin o. J.)

Solche „baulich-investiven“ oder „harten“ Maßnahmen sollten im Rahmen eines regionalen Mobilitätskonzepts aber auch von „weichen“ Maßnahmen im Sinne einer regionalen Mobilitätskultur- bzw. Identität begleitet werden, d. h., dass die (potenziellen) Nutzer frühzeitig in die Planungen einbezogen werden und diese auch mittragen; schließlich sind es vorrangig die Nutzer, die durch ihr verändertes Verhalten („Umsteiger“, s. o.) potenziell ressourcenschonende Angebote erst einlösen und zu einer echten Verkehrswende beitragen. Eine funktionierende Mobilität in der Region kann somit auch einen wichtigen Beitrag zur Stärkung einer regionalen Identität beitragen (vgl. auch Becker et al. 2018).

Flankiert werden sollte das regionale Mobilitätskonzept durch eine sachlich bestimmte Konkretisierung des in G 153 benannten Kriteriums „fußläufige Erreichbarkeit bestehender öffentlicher Versorgungsinfrastruktur und von Anschlussstellen für den öffentlichen Personennahverkehr“.

Das BBSR setzt hier 1.000 m als Maximaldistanz an. Abbildung 15 verdeutlicht dabei, dass (im bundesweiten Durchschnitt) in Landgemeinden gegenwärtig etwa die Hälfte der Bevölkerung keine oder maximal eine Angebotsart in diesem Radius erreichen kann:

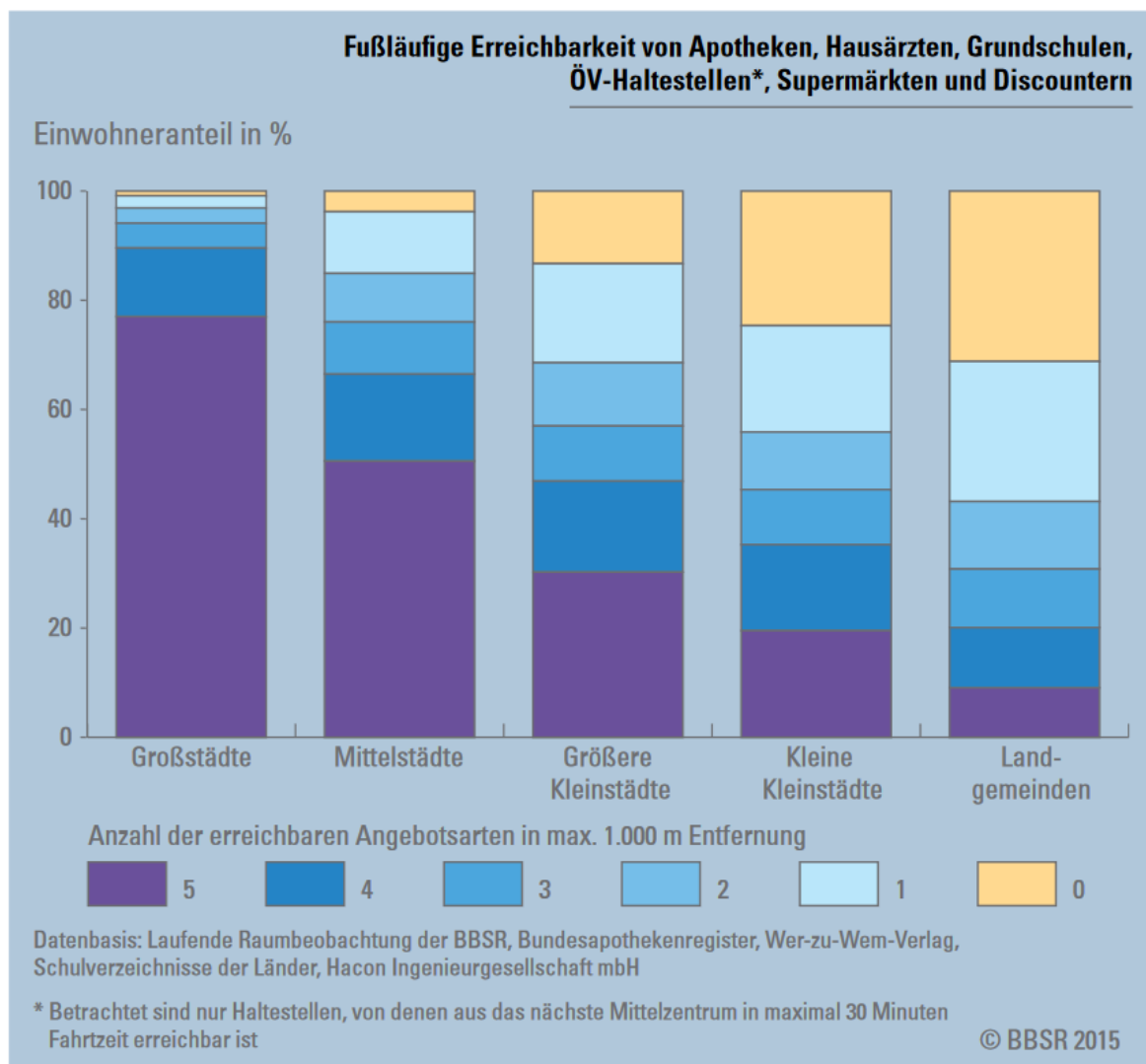


Abbildung 15: Fußläufige Erreichbarkeit von Apotheken, Hausärzten, Grundschulen, ÖV-Haltestellen, Supermärkten und Discountern (BBSR 2015: 14)

In diesem Zusammenhang sollte auch auf den Zusammenhang mit der Praxis der regionalplanerischen Steuerung der Siedlungsflächenentwicklung des RROP 2017 verwiesen werden, der über differenzierte Bedarfsausgangswerte (Z 31) und gestaffelte Dichtewerte (Z 32) im Prinzip eine Konzentration auf Zentrale Orte befördert, aber weiterhin Eigenentwicklung ermöglicht.

Zudem weist der RROP 2017 in der Begründung zu G 29 – Z 33 darauf hin: „Er [der Flächentausch] kann jedoch nur im Rahmen des Z 31 Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz (Innenentwicklung vor Außenentwicklung) zugelassen werden.“

Offenbar reicht dieses Steuerungsmodell, das auf die Allokation des Mengengerüsts in der Fläche verzichtet, alleine aber nicht aus, um eine fußläufige Erreichbarkeit der Daseinsvorsorgeinfrastruktur innerhalb von 1.000 m zu gewährleisten, solange die Gemeinde keinen zentralörtlichen Status bzw. eine entsprechende Infrastrukturausstattung besitzt.

Dieser Tatbestand unterstreicht aber die zentrale Bedeutung eines Mobilitätskonzepts, das mindestens die fußläufige Erreichbarkeit einer ÖV-Haltestelle für alle Ortsgemeinden zum Ziel haben sollte.

Akteure

Federführend für die Entwicklung eines regionalen Mobilitätskonzepts könnte die Regionale Planungsgemeinschaft sein (vgl. G 124a). Zu beteiligen wären die Kommunen der Region, die Unternehmen, aber auch der Verkehrsverbund Rhein-Mosel und SPNV-Nord, die Landkreise und der Landesbetrieb Mobilität.

Zugleich sollten auch zivilgesellschaftliche Akteure frühzeitig eingebunden werden, um die „regionale Mobilitätskultur“ auch auf der Nutzerseite unmittelbar mit Leben zu füllen.

Umgriff

Gesamtraum mit Schwerpunkt Kernraum

Rechtliche Absicherung

Eine besondere rechtliche Absicherung ist für informelle Konzepte nicht vorgesehen. Eine (Selbst-)Bindungswirkung entstünde über politische Beschlüsse bzw. bei der Umsetzung von Einzelmaßnahmen.

Beispiel

Positive Beispiele wären etwa das Agglomerationskonzept Köln/Bonn, das auf einer integrierten Siedlungs- und Verkehrsentwicklungsplanung basiert, aber auch die einheitlichen Fahrpläne und das Ticketsystem des Verkehrsverbunds Rhein-Neckar.

Und ganz konkret hat der Kernraum der Region Bonn-/Rhein-Sieg/Ahrweiler mit dem Zukunftskonzept shaREgion eine Regionale Mobilitätsstrategie auf den Weg gebracht, die insbesondere Multimodalität und Intermodalität etwa über den gezielten Ausbau regional bedeutsamer Mobilstationen in den Blick nimmt.

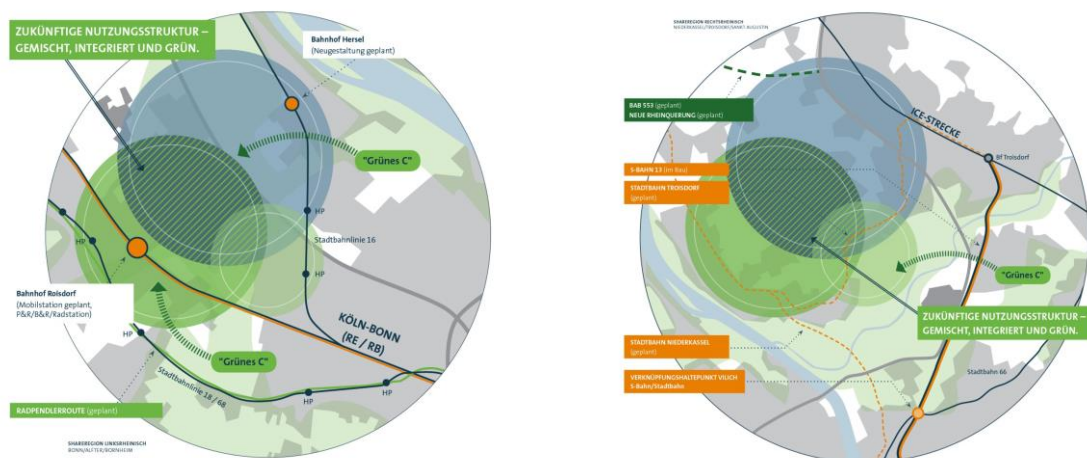


Abbildung 16: „Lupenräume“ zur Regionalen Mobilitätsstrategie im Zukunftskonzept shaREgion (Zukunftskonzept shaREgion 2017: 15-16).

Bezug zum Aufgabenfeld der Regionalplanung

Es sind direkte Bezüge einer integrierten Mobilitätsstrategie zur Regionalplanung erkennbar. Diese Strategie könnte im Sinne von § 14 ROG („Raumordnerische Zusammenarbeit“) zur Verwirklichung von Inhalten des RROP 2017 beitragen. Siehe auch G 124a „Die Erstellung eines regionalen Verkehrsentwicklungsplans soll angestrebt werden.“

G 153 stellt Bezüge zur Energieeffizienz und Klimaschutz her: „Bei der Neuausweisung von Siedlungsflächen soll darauf geachtet werden, dass möglichst eine fußläufige Erreichbarkeit bestehender öffentlicher Versorgungsinfrastruktur und von Anschlussstellen für den öffentlichen Personennahverkehr gegeben ist.“

10.4.2 Handlungsfeld: Forschung und Bildung

Ziel

Ziel dieses Ansatzes ist der Ausbau der Innovationsfunktion der Region und die Nutzung des Potenzials der „Schwarmstadt“ Koblenz, um Hochqualifizierte in der Region zu beschäftigen bzw. für die Region zu sichern. Damit sollen regionale Wachstums- und Innovationspotenziale gestärkt, eine langfristig wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur sowie ein vielfältiges Angebot an Qualifizierungsmöglichkeiten entwickelt werden.

Strategischer Ansatz

Im Bereich der Innovationsfunktion weist die Region wirtschaftliche Schwächen auf (vgl. Kapitel 7.3). Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die geringen Anteile an Beschäftigten in Forschung und Entwicklung sowie die geringe Patentintensität der Region. Die Zahl der Studierenden in der Region liegt bei rund 20.000 und ist damit bevölkerungsproportional unterdurchschnittlich. Auch der Anteil der Hochqualifizierten ist in der Region Mittelrhein-Westerwald vergleichsweise niedrig. Dagegen wird die berufliche Ausbildung in der Region als stark eingeschätzt.

Um die Innovationsfunktion auszubauen, sind Qualifizierungs- und Bildungsstandorte in der Region weiterzuentwickeln und zu stärken. Im Mittelpunkt steht die weitere Etablierung der Stadt Koblenz als Forschungs- und Bildungsstandort, der die Fachbereiche der Hochschulen mit den Bedarfen und Angeboten der Region koppelt. Es geht auch darum, gezielt die Außendarstellung des Universitätsstandortes Koblenz zu befördern.

Instrumente/Maßnahmen

Die Landesregierung hat 2019 eine Umstrukturierung der Universitätslandschaft in Rheinland-Pfalz beschlossen. Durch eine Trennung der bisherigen Standorte in Koblenz und Landau soll der Universitätsstandort Koblenz selbstständig und ab 2023 zu einer eigenständigen Universität Koblenz ausgebaut werden.

Die Universität Koblenz soll sich zu einer Modelluniversität entwickeln, die durch eine starke regionale Vernetzung geprägt ist. Dazu soll insbesondere auf den vorhandenen Stärken in der Informatik und der Lehrerbildung aufgebaut werden. Zudem soll die Universität Koblenz im Interesse des Wissenschaftsstandorts Koblenz stärker mit der Hochschule Koblenz zusammenarbeiten. An beiden Hochschulen studieren derzeit fast 20.000 Studierende, davon gut 9.000 Studierende auf dem Universitätscampus in Koblenz und knapp 10.000 Studierende an der FH Koblenz.

Gemeinsam mit weiteren Hochschulen der Region, mit Unternehmen, Kammern sowie Bildungs- und Kultureinrichtungen aus dem nördlichen Rheinland-Pfalz haben sich die beiden Koblenzer Hochschulen zur Wirtschafts- und Wissenschaftsallianz Koblenz (WWA) zusammengeschlossen. Diese verfolgt das Ziel, den Dialog zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu intensivieren, neue Kooperationen und Projekte zu initiieren, eine Plattform für den Austausch der Beteiligten zu bieten und die Sichtbarkeit der Wissensregion Koblenz bundesweit zu erhöhen.

Gemeinsam mit den Hochschulen und weiteren regionalen Akteuren hat die WWA 2020 ein Konzept erarbeitet, das den Hochschulstandort Koblenz nachhaltig stärken soll. Im Fokus stehen insbesondere die Themenbereiche Informatik, E-Health und Gewässerkunde. Eine derartige Profilbildung würde gute Möglichkeiten eröffnen, in den thematisch fokussierten Bereichen nicht nur eine kritische Masse zu erzeugen, die national und international wettbewerbsfähig ist. Sie bietet auch die Chance, den Forschungs- und Bildungsstandort Koblenz gezielt zu bewerben und weit über die Grenzen der Region hinaus bekannter zu machen. Zugleich greift sie bestehende Standortvorteile auf. So befindet sich die Bundesanstalt für Gewässerkunde (BfG) mit ihrer Hauptverwaltung (etwa 380 Bedienstete) in Koblenz und kann als „Abnehmer“ von AbsolventInnen in diesem Studiengang gelten.

Die gemeinsame Zieldefinition kann nur ein erster Schritt zu einer regional getragenen Forschungs- und Bildungsstrategie sein, die das Potenzial der „Schwarmstadt“ Koblenz nutzt, an der aber zugleich die gesamte die Region partizipiert. Die bisherigen Angebote der Allianz, wie die jährliche Verleihung des Koblenzer Hochschulpreises sowie öffentliche Vortragsreihen, sind zu ergänzen um weitere Maßnahmen der Vernetzung in der Region, sowohl zwischen Hochschulen als auch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung (z. B. der BfG).

Hier sind zum Beispiel gemeinsame Stipendienprogramme, Wettbewerbe, Forschungsprojekte, Austauschplattformen und Jobbörsen denkbar.

Ein wichtiges Aufgabenfeld ist auch die Förderung spezieller Wirtschaftskluster in Bereichen, in denen die Region ihre Stärken ausspielen kann, wie z. B. E-Health. Mit der regionalen Wirtschaftsförderung bzw. der Unterstützung regionaler Unternehmenscluster und damit einhergehendem Regionalmarketing werden klassische Aufgabenfelder interkommunaler Kooperationen in deutschen Stadtregionen angesprochen (Heinz 2000: 251). Erfolgreiche regionale Kooperationen verstehen es dabei, die sektoralen Einzelaufgaben, etwa im Bereich der Ver- und Entsorgung, bei Kultureinrichtungen und beim öffentlichen Nahverkehr, durch ein Management der Interdependenzen zu verbinden (Benz/Fürst 2003: 208). Die in der Wirtschafts- und Wissenschaftsallianz Koblenz zusammengeschlossenen Akteure bieten hierfür eine gute Basis.

Die regional getragene Forschungs- und Bildungsstrategie um den Hochschulstandort Koblenz ist durch eine übergreifende Digitalisierungsstrategie zu begleiten. Mit Smart Country verbindet sich ein Konzept, das die seit Ende der 1990er Jahre etablierte Debatte um „Smart Cities“ aufgreifen und die damit verbundenen Ansätze über die städtischen Verdichtungsräume hinaus in die Fläche erweitern will, um den intelligenten Einsatz von vernetzten IuK-Technologien zur flächendeckenden Steigerung der Lebensqualität zu nutzen. Die Heterogenität städtischer und ländlicher Räume erfordert dabei raumstrukturell differenzierte Strategien für ganz unterschiedliche Bereiche der Stadt- und Raumentwicklung (Wiechmann/Terfrüchte 2017). Insofern umfasst Smart Country nahezu alle Lebensbereiche. Der verengte Blick auf technologische Lösungen gilt dabei heute als nicht mehr ausreichend (Caragliu et. al. 2009). Vielmehr geht es darum sicherzustellen, dass die Technik dem Menschen dient und nicht umgekehrt. Smarte Technologien können die Lebensbedingungen aller BürgerInnen und deren Möglichkeiten auf Teilhabe nur verbessern, wenn in einer breiten gesellschaftlichen Debatte die damit verbundenen Chancen und Risiken diskutiert und die verschiedenen Akteursgruppen in Bürgerschaft, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft aktiv in die Entwicklung von smarten Technologien einbezogen werden (vgl. Jaekel/Bronnert 2013). Eine so verstandene Digitalisierungsstrategie erfordert auch nicht unbedingt neue technologische Innovationen. Entscheidender ist vielmehr, die vorhandenen Technologien auf ihren gesellschaftlichen Nutzen in konkreten Räumen, sei es auf städtischer oder regionaler Ebene, zu überprüfen und unterschiedliche Bereiche untereinander (z. B. Smart Offices) oder miteinander (z. B. Energie und Mobilität) intelligent zu vernetzen.

Eine Kategorisierung von typischen Handlungsfeldern des Smart City-Ansatzes unterscheidet sechs übergeordnete Handlungsfelder: Smart Economy (Wirtschaft), Smart People (Bevölkerung), Smart Governance (Verwaltung), Smart Mobility (Mobilität), Smart Environment (Umwelt) und Smart Living (Leben) (Giffinger et al. 2007: 11). Nach diesem Verständnis gilt eine Stadt als „smart“, wenn sie in diesen Feldern vorausschauend handelt auf Basis kluger Kombination von Investitionen und Aktivitäten einer selbstbestimmten, unabhängigen und bewusst handelnden Bürgerschaft. Wesentliches Ziel ist es, unabhängig von der Anzahl der definierten Handlungsfelder möglichst alle urbanen Lebens- und Wirtschaftsbereiche abzudecken.

Boyd Cohen (2013) hat diese Kategorisierung zu einem Kreisdiagramm mit sechs speichenförmig angeordneten Handlungsfeldern und jeweils drei Unterkategorien weiterentwickelt. Der Kreis soll den ganzheitlichen, integrierten Zugang symbolisieren und einer Sektoralisierung der Handlungsfelder vorbeugen.

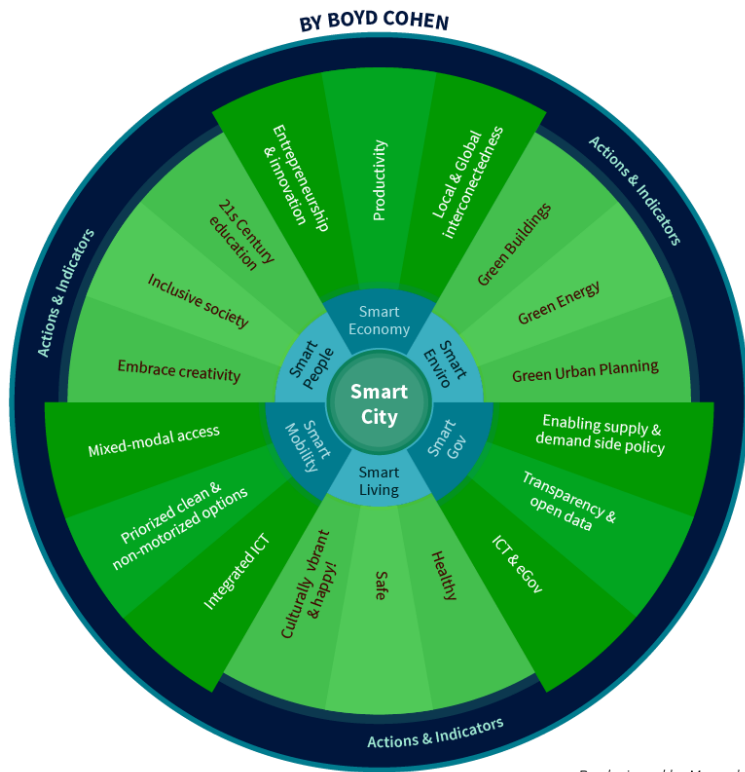


Abbildung 17: Das „Smart City Wheel“ nach Boyd Cohen (Cohen 2013)

Auch wenn eine Übertragung von „Smart City“-Ansätzen auf nicht-städtische Räume nicht ohne weiteres möglich ist, da sich Herausforderungen und Potenziale in heterogen strukturierten ländlichen Räumen anders darstellen, kann eine raumstrukturell differenzierte Smart Country-Strategie auf den allgemeinen Handlungsfeldern der Smart City-Konzepte aufbauen und diese dann vor dem Hintergrund der spezifischen Ausgangskonstellationen in unterschiedlichen Raumtypen situationsangepasst ausgestalten. In die Betrachtung einzubeziehen sind demnach insbesondere die in Tabelle 19 aufgeführten sechs Handlungsfelder mit den jeweils genannten Unterkategorien.

Tabelle 19: Handlungsfelder im Smart Country-Ansatz (Terfrüchte/Wiechmann 2017: 19)

Handlungsfeld	Unterkategorien
Governance	luK & E-Governance
	Transparenz & Open data
	Kommunale Planung
Mobilität	Lokale und intern. Erreichbarkeit
	Nicht-motorisierte Optionen
	Integrierte luK-Technologien
Umwelt	Nachhaltiges Ressourcenmanagement
	Gebäude und Quartiere
	Attraktive Umwelt
Wirtschaft	Entrepreneurship & Innovation
	Produktivität
	Lokale & Globale Vernetzung
Menschen	Bildung
	Inklusive Gesellschaft
	Kreativität & Offenheit
Lebensqualität	Kultur & Freizeit
	Sicherheit & Katastrophenschutz
	Gesundheitsversorgung

In der Regiopolregion Koblenz bietet es sich insbesondere an, bei der Smart Country-Strategie auf die Stärken in den Bereichen Informatik und E-Health zu setzen und hier modellhafte Lösungen in der Region zu entwickeln.

Weitere Maßnahmen im Handlungsfeld Forschung und Bildung könnten an den vorhandenen Stärken im Bereich der beruflichen Ausbildung in der Region ansetzen. Dies erscheint aufgrund der demografischen Entwicklung dringend geboten: um den Fachkräftebedarf der Unternehmen künftig zu sichern, gilt es, die duale Ausbildung in der Region zu stärken. Zahlreiche Industrie- und Handwerksbetriebe benötigen neben Ingenieuren und Meistern auch eine Vielzahl an Facharbeitern, die aus der dualen Ausbildung kommen. Die mit einer solchen Ausbildung verbundenen Chancen müssen deshalb verstärkt kommuniziert und beworben werden. Entsprechende Beratungsangebote zur gezielten Anwerbung von Auszubildenden sind auszubauen. Potentiell Interessierten sind die ausgesprochen guten beruflichen Perspektiven und die in Aussicht stehenden finanziellen Vergütungen, die einem Vergleich mit einer universitären Ausbildung standhalten, stärker zu vermitteln. Weitere Möglichkeiten liegen in der Schaffung von monetären Anreizen in der dualen Ausbildung und in einem Ausbau des ausbildungsintegrierten dualen Studiums, wie es an der Hochschule Koblenz möglich ist, um so auch vermehrt Abiturienten für die duale Ausbildung zu gewinnen. Ferner könnten leistungsschwächere Schüler vermehrt zur Ausbildungsreife geführt und eine stärkere Vernetzung von (kleinen) Unternehmen zu Ausbildungszwecken gefördert werden.

Eine Studie der Empirica AG kommt zu dem Schluss, dass Koblenz eine von dreißig Schwarmstädten in Deutschland ist, die eine besondere Anziehungskraft auf junge Menschen als attraktiver Wohnstandort ausüben (Empirica AG 2017). Durch den Zuzug junger Menschen entstehe in Schwarmstädten wie Koblenz eine lebendige, junge, vielfältige Atmosphäre, die dann wieder die Attraktivität der Stadt für junge Menschen ausmacht. Koblenz habe in den letzten Jahren insbesondere durch den Ausbau der Hochschulen am Standort profitiert und zusätzliche Studierende gewinnen können. Aber auch die Anziehungskraft für Berufsanfänger im Alter von 25 bis 34 Jahren sei überdurchschnittlich.

Der sich selbstverstärkende „Schwarm“-Prozess benötigt aber neben Studienplätzen und qualifizierten Arbeitsplätzen weitere Treiber, die ihn in Gang halten. Hierzu zählen die Autoren der Studie das Erscheinungsbild der gebauten Stadt, das die Außenwahrnehmung präge. Die attraktive Koblenzer Altstadt sei hier als Ensemble ebenso ein wichtiger weicher Standortfaktor wie die Existenz einer lebendigen, kreativen Szene. Um Koblenz als Schwarmstadt zu stabilisieren, werden neben den bereits angesprochenen Aspekten einer qualitativen Weiterentwicklung der Koblenzer Hochschulen sowie des Ausbaus von Schnittstellen im Übergang vom Studium zum Beruf auch eine gezielte Verbesserung des Koblenzer Außen-Images (z. B. durch so genannte Markenbotschafter), städtebauliche Maßnahmen durch höherwertige Bestandsinvestitionen in zentralen Lagen sowie eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen zur Förderung von Lebendigkeit und Vielfältigkeit in der Stadt, insbesondere des Straßenlebens („Mediterranisierung“), empfohlen.

Akteure

Die zentralen Akteure im Handlungsfeld Forschung und Bildung sind die Hochschulen und Bildungseinrichtungen der Region, die Wirtschaft der Region, vertreten durch die Unternehmen selbst sowie die Kammern, sowie die Kommunen der Regiopolregion und weitere gesellschaftliche Akteure, wie Verbände und Kultureinrichtungen.

Umgriff

Kernraum

Rechtliche Absicherung

Eine besondere rechtliche Absicherung ist für ein informelles Konzept wie eine regional getragene Forschungs- und Bildungsstrategie nicht vorgesehen. Eine (Selbst-)Bindungswirkung entstünde über politische Beschlüsse bzw. bei der Umsetzung von Einzelmaßnahmen.

Beispiele

Interessante Beispiele für ein regionales Engagement von Hochschulen finden sich unter anderem in Neubrandenburg, Weingarten und Augsburg. Die Hochschule Neubrandenburg setzt in ihrem Vorhaben „HiRegion – Hochschule in der Region“ in ihren vier Themenfeldern – Regionale Wertschöpfung, Daseinsvorsorge, Landschaft und Siedlung, Bildung und Sozialkapital – auf den wertschöpfenden Kreislauf von Innovationen: Ausgehend von Innovationsorten oder Reallaboren sollen Ideen über Lernnetzwerke in die Gesellschaft gelangen. Hauptanliegen des Vorhabens „IfB-PHW – Transfer für Bildung und Wissen in die Zivilgesellschaft der Region Oberschwaben“ der Pädagogischen Hochschule Weingarten ist es, Bildungsinnovation in der Region zu fördern durch den Ausbau von lokalen Partnerschaften in der Region. „HSA_transfer“ verortet die Transferaktivitäten der Hochschule Augsburg in Stadt und Region. Im Teilprojekt „Transferschaufenster Stadt-Labor“ werden Transferaktivitäten in einem Ladenlokal in Augsburg und an wechselnden öffentlichen Orten präsentiert.

Eine Fülle guter Beispiele aus dem Bereich „Smart Country“ findet sich auf dem gleichnamigen Portal der Bertelsmann Stiftung.⁶⁶

Als Beispiele für die gezielte regionale Förderung der dualen Ausbildung in strukturell vergleichbaren Regionen sind exemplarisch das Regionale Entwicklungskonzept „Perspektive 2030“ für die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg aus dem Jahr 2014 und das Regionale Entwicklungskonzept Siegen-Wittgenstein aus dem Jahr 2015 zu nennen.

Als herausragendes Beispiel für die Entwicklung einer besonderen Anziehungskraft als „Schwarmstadt“ kann die Stadt Leipzig gelten, die in den vergangenen Jahren einen höheren Einwohnerzuwachs hatte als jede andere deutsche Großstadt, und das, obwohl die Zahl der Studienplätze in Leipzig konstant geblieben ist. Leipzig punktet mit sanierten Altbauvierteln, einer vitalen Innenstadt, einem umfangreichen Kultur- und Freizeitangebot und einer guten Anbindung an andere Städte wie Berlin oder München.

Bezug zum Aufgabenfeld der Regionalplanung

Die Stärkung regionaler Wachstums- und Innovationspotenziale in allen Teilräumen sowie die Entwicklung einer langfristig wettbewerbsfähigen und räumlich ausgewogenen Wirtschaftsstruktur und wirtschaftsnaher Infrastruktur sowie eines ausreichenden und vielfältigen Angebots an Arbeits- und Ausbildungsplätzen gehört gemäß § 2 Abs. 4 ROG zu den Grundsätzen der Raumordnung. Zu der in § 1 des Landesplanungsgesetz Rheinland-Pfalz dargelegten Leitvorstellung der Raumordnung gehört ferner, dass die Raumordnung das Land und seine Teilräume so entwickeln soll, dass sie unter anderem die Standortvoraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung sichert und verbessert (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 LPIG) und dem besonderen Anspruch junger Menschen auf Entwicklung und Entfaltung gerecht wird (§ 1 Abs. 1 Nr. 8 LPIG). Auch der rechtskräftige Regionalplan, der Regionaler Raumordnungsplan Mittelrhein-Westerwald, enthält diesbezügliche Erfordernisse, so insbesondere in Grundsatz 9: „Die Bildung weiterer und Etablierung vorhandener kreisübergreifender Innovationsnetzwerke (Cluster) zur Stärkung regionaler Entwicklungspotenziale soll unterstützt werden.“

10.4.3 Handlungsfeld: Sicherung zentralörtlicher Funktionen

Ziel

Mit diesem Ansatz soll eine Stabilisierung zentraler Ankerpunkte der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum über eine Arbeitsteilung zwischen Teilstandorten erreicht werden. Dazu könnten konkrete vertragliche Vereinbarungen zur Sicherung einer wechselseitigen Funktionserfüllung bei der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge konzipiert und ein Evaluationskonzept zur Messung der Zielerreichung entwickelt werden. Ziel ist gleichzeitig eine

⁶⁶ Smart Country entdecken: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/smart-country/gute-beispiele>

qualitative Verbesserung der Angebote bei Doppelungen durch eine abgestimmte Spezialisierung der Einrichtungen.

Strategischer Ansatz

Grundidee in diesem Handlungsfeld ist die Operationalisierung des Kooperationsgebots, das das LEP IV bereits seit 2008 für kooperierende Mittelzentren im ländlichen Raum vorsieht (Z 45 Satz 2: „Dazu sind diesen zentralen Orten innerhalb der Mittelbereiche des ländlichen Raums zu intensiver Zusammenarbeit verpflichtet, um dies in einer möglichen Funktionsteilung zu erreichen (Kooperationsgebot)“).

Gemeinsame Funktionswahrnehmung bedeutet, dass die zentralörtlichen Versorgungsleistungen nicht in jeder der beteiligten Kommunen erbracht werden, sondern dass sie gemeinsam erbracht werden. G 41 LEP IV lautet: „In Räumen, die als ›mittelzentraler Verbund kooperierender Zentren‹ gekennzeichnet sind, sollen diejenigen kooperierenden Zentren, die über kein umfassendes Angebot an mittelzentralen Einrichtungen verfügen, ein breit gefächertes Angebot ergänzender Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen vorhalten.“

Dabei ist es vom Prinzip her nachrangig, in welcher der Kommunen die betreffende Infrastruktur besteht. Dadurch wird die Auslastung der Einrichtung erhöht und es entfallen die Investitions- und Unterhaltungsaufwendungen für vergleichbare Einrichtungen in den anderen Kommunen. Somit lässt sich die Effizienz der Versorgung verbessern, und damit Versorgungsfunktionen sichern, die ansonsten gefährdet werden.

Die gemeinsame Funktionswahrnehmung führt jedoch nur dann zu einer Verbesserung der Versorgung, wenn die funktionswahrnehmenden Zentralen Orte (und hier konkret die subkommunal abgegrenzten Versorgungskerne) jeweils für sich aus dem (gemeinsamen) Versorgungsbereich heraus erreichbar sind (30 min. MIV, 45 min. ÖV). Das schließt ein, dass die Versorgungskerne auch untereinander erreichbar sein müssen. Versorgungsbereiche funktionsteiliger Zentraler Orte sind daher stets kleiner umrissen, als Versorgungsbereiche eines klassischen Monozentralen Ortes (Greiving/Flex/Terfrüchte 2015).

Denkbar sind bei der Funktionsergänzung zwei Modelle, die auch miteinander kombinierbar sind:

- Wechselseitige Infrastrukturvorhaltung. Dies funktioniert nur, falls komplementäre Ausstattungen bereits vorhanden sind.
- Wechselseitige Funktionserfüllung. Dies kann ein Weg sein, bei Doppelungen über eine Spezialisierung bzw. Verbesserung des Angebotes die Nachfrage und damit die Tragfähigkeit zu erhöhen, statt ausschließlich auf Rückbau zu setzen. Diversifizierung wird so zur Stärke eines Verbundes. Dies betrifft sowohl Infrastruktur als auch die Verwaltungen selber, die auf diese Weise an Leistungskraft wie an Wirtschaftlichkeit gewinnen und so ihre Eigenständigkeit eher zu sichern in der Lage sind. Auch neue Angebotsformen etwa im ÖPNV und Handel gehören hierzu.

Nicht geeignet erscheint dieser Ansatz dagegen für den Kernraum der möglichen Regiopole „Mittelrhein-Westerwald“, der durch sich wechselseitig überlagernde Verflechtungen gekennzeichnet ist, bei denen Versorgungsaufgaben wechselseitig mit übernommen werden, ohne dass eine klare Dominanz eines Ortes erkennbar wäre (polyzentrale Stadtregionen) (vgl. die Befunde des AP 3).⁶⁷

⁶⁷ Auch wenn dieses sog. „Funktionsraummodell“ nicht Gegenstand dieses Handlungsfelds ist, wird kurz auf seine wesentlichen Merkmale eingegangen (vgl. Flex/Greiving/Terfrüchte 2016). Bisher hat die Raumordnung in diesen Fällen häufig normativ mehreren Orten eine gemeinsame zentralörtliche Funktion zugewiesen (vgl. den Fall des kooperierenden Mittelzentrums Bendorf, Höhr-Grenzhausen, Koblenz, Lahnstein, Vallendar), obwohl keine klaren Mitversorgungsbeziehungen bestehen.

Der Kern des Funktionsraummodells besteht in dem sogenannten „Funktionalprinzip“, d. h. es wird bei der Organisation der Funktionsteilung nicht auf Gemeinden im Sinne eines „Territorialprinzips“, sondern auf Einrichtungen bzw. Funktionen abgestellt. Das Netzwerk in Gänze (d. h. der jeweilige „Funktionsraum“) bzw. die jeweilige Infrastruktureinrichtung muss den Tragfähigkeitskriterien entsprechen. In einem Funktionsraum wird für die Beurteilung von Ansiedlungsvorhaben oder Infrastrukturentwicklungen jeweils von den raumstrukturellen Voraussetzungen (z. B. Lage auf einer Entwicklungsachse, gute SPNV/ÖPNV-Anbindung), nicht jedoch von der bisherigen Zentrenstruktur bzw. territorialen Zuweisung zentralörtlicher Funktionen an Gemeinden als Adressaten ausgegangen. Dies läuft auf eine intragemeindliche Zentrenhierarchie hinaus wie sie etwa der RFNP Frankfurt Rhein-Main beim Großflächigen Einzelhandel bereits praktiziert. Infolgedessen könnten

Instrument/Maßnahme

Zentrales Instrument wäre eine Kooperationsstrategie mit Benennung von Handlungsfeldern, Pilotprojekten, Akteuren, Gremienstrukturen und einem Evaluationskonzept.

Die Handlungsfelder sollten mindestens alle mittelzentralen Funktionsbereiche umfassen, für die in Tabelle 5 LEP IV Mindeststandards benannt sind (Gesundheit/Pflege, Bildung/Weiterbildung, Behörden/Gerichte, Verkehr).

Die in Tabelle 6 LEP IV („Orientierungsrahmen für ergänzende Einrichtungen und Dienstleistungen in kooperierenden Mittelzentren“) benannten Funktionsmerkmale alleine greifen hier zu kurz, da diese insbesondere auf grundzentraler Ebene vorzuhalten sind, die wiederum gar nicht Gegenstand der Funktionsteilung ist und – schon aus Gründen der Erreichbarkeit – kaum funktionsteilig organisiert werden könnte. Hervorzuheben ist aber der Bereich Einzelhandel, der nicht Gegenstand von Tabelle 5 ist. Bezüglich des Einzelhandels liegen Chancen darin, durch gemeinsame abgestimmte Aktionen den Bestand gegen Konkurrenz von außen zu stärken. Das kann z. B. über die Einführung einer gemeinsamen City-Card geschehen, mit der die Kunden an den Einzelhandel der Partnerstädte durch ein Bonussystem gebunden werden. Weitere Möglichkeiten liegen in gemeinsamer Werbung verknüpft mit der gemeinsamen Finanzierung eines kostenlosen Citybusses, der die betreffenden Zentren zu den Hauptgeschäftszeiten verbindet. Dabei kommt es darauf an, den Einzelhandel nach außen zu stärken, sodass alle Beteiligte Gewinner sind, womit letztlich auch die Versorgungsfunktion in diesem Segment gestärkt wird.

Wichtig für den Erfolg einer Kooperation sind in jedem Fall Pilotprojekte, die im Idealfall auf bestehenden Kooperationsbeziehungen aufsetzen, um so schnelle vorzeigbare Erfolge erzielen zu können.

Auch wenn die Formalisierung einer Kooperation üblicherweise nicht am Anfang, sondern am Ende steht, sollten feste Gremienstrukturen Bestandteil einer Kooperationsstrategie sein, um diese unabhängig von einzelnen Personen zu machen.

Hinsichtlich des Evaluationselementes kommt sowohl eine Selbstevaluation nach vorgegebenen Kriterien bzw. eine Fremdevaluation (z. B. durch den zuständigen Träger der Raumordnungsplanung) in Betracht.

Die Evaluierung ermöglicht es der Raumordnung, den Erfolg der Umsetzung der raumordnerischen Funktionszuweisung zu überprüfen und ggf. Ziele neu zu justieren (Kontrollfunktion). Zudem werden auf diese Weise die beteiligten Kommunen dazu animiert, ihre Zusammenarbeit zu verstärken und auch selbstkritisch auf ihre Schwächen zu schauen (Dialogfunktion). Durch die Evaluation wird eine intensive Diskussion zwischen der lokalen Ebene des Verbunds und übergeordneten Instanzen einsetzen (vertikal), ganz gleich wer die Evaluation letztendlich durchführt. Die folgenden Evaluanden kommen in Betracht (BBR 2008):

- Evaluandum „Vertrag“: Das Evaluandum „Vertrag“ ergibt sich direkt aus den Zielaussagen der Landesraumordnungspläne. In den Vertragsinhalten lassen sich die Aussagen über die Kooperationsfelder des Verbunds sowie Angaben über dessen Organe und Organisationsstruktur finden.
- Evaluandum „Kooperationsprozess“: Die Existenz eines Kooperationsprozesses zwischen den Kommunen des kooperierenden Zentrums gilt als zwingende Voraussetzung und Notwendigkeit, wenn es darauf ankommt, die funktionsteilige Aufgabenwahrnehmung im Städteverbund mit Leben zu füllen.
- Evaluandum „gemeinsame Projekte/Funktionsteilungen“: Die im Kooperationsprozess entwickelten und im raumordnerischen Vertrag fixierten Projekte und Aufgabenteilungen sollen auf den Stand ihrer Umsetzung hin überprüft werden.

zukünftig auch in günstig gelegenen Grundzentren Entwicklungen (z. B. im großflächigen Einzelhandel) zugelassen werden, während bisherige Mittelzentren sich in Bezug auf Ungunsträume (etwa bei fehlender ÖV-Anbindung oder außerhalb bestehender Infrastrukturcluster) neuen Restriktionen ausgesetzt sehen könnten.

Wesentlich ist – ähnlich wie beim Konzept der kooperierenden Zentren – eine Kombination aus raumordnerischer Funktionszuweisung und verbindlicher interkommunaler Kooperation, sinnvollerweise abgesichert über einen raumordnerischen Vertrag und inhaltlich vorbereitet in einem Regionalen Entwicklungskonzept (REK). In diesem Rahmen sind die raumordnerischen Kriterien zu definieren, die bei der Beurteilung einer raumbedeutsamen Planung oder Maßnahme von Kommunen oder Fachplanungen zu erfüllen sind. Eine zentrale Rolle für die Ausgestaltung der Kooperation kommt dabei der Regionalplanung zu.

Akteure

Da das Zentrale-Orte-Konzept berührt ist, wären neben den betroffenen Zentralen Orten auch die Landesplanung, die Regionale Planungsgemeinschaft und die weiteren Träger der Daseinsvorsorge (insbesondere die Landkreise) zu beteiligen.

Eine externe Moderation ist gerade in der Findungs- und Startphase eminent wichtig, um Impulse zu geben, aber auch die Grenzen des Umsetzbaren nicht aus den Augen zu verlieren. Die Frage, wer ein geeigneter Moderator für einen Städteverbund sein kann, lässt sich nicht pauschal beantworten. Grundsätzlich können neben externen Beratern auch die Landkreise, die Regionalplanungen und sonstige im Umfeld anerkannte Persönlichkeiten diese Aufgabe übernehmen. Um die Wirkung der Zusammenarbeit auch in die Bevölkerung zu tragen, ist die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Gruppen wie Vereine oder die IHK als Multiplikatoren nahezulegen. Neben der direkten Beteiligung der Bevölkerung sind die Vereine einer Gemeinde ein wesentlicher Ansatzpunkt zur Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen. Ihre starke Position, insbesondere in kleineren Gemeinden ist zwingend zu berücksichtigen. Gleichzeitig entstehen gerade bei Vereinen unterschiedlicher Kommunen zahlreiche Berührungspunkte, wenn die Kooperation Zentraler Orte Einfluss auf das Angebot und die Einrichtungen der Daseinsvorsorge nimmt.

Umgriff

Gesamtraum

Rechtliche Absicherung

Die Strategie zur Wahrnehmung gemeinsamer zentralörtlicher Aufgaben sollte dabei mittels eines raumordnerischen Vertrages gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 1 ROG zwischen den Partnern festgelegt werden. Hinzutreten können bei der Umsetzung einzelner Kooperationsmaßnahmen Zweckvereinbarungen oder die Gründung gemeinsamer Gesellschaften.

Da bei raumordnerischen Verträgen in der Regel Vereinbarungen über raumplanerische Sachverhalte beschlossen werden, handelt es sich um öffentlich-rechtliche Verträge. Sie dienen dem Vollzug einer gesetzlichen Regelung, die dem öffentlichen Recht angehört. Bei raumordnerischen Verträgen sind die üblichen rechtlichen Grenzen bei öffentlich-rechtlichen Verträgen auf der Grundlage der §§ 54ff. VwVfG zu beachten. Der Vertrag als solcher gilt nur *inter pares*. Zulässig sind auch Vertragsinhalte, die in einem formellen Plan nicht festsetzungsfähig wären. Dies gilt im Sinne von § 14 ROG insbesondere für die Konkretisierung bzw. den Vollzug von Planungsinhalten. Dabei bezieht sich die Bindungswirkung des Vertrages nicht auf § 4 ROG, sondern auf die vertraglichen Regelungen, wie etwa Handlungs- und Erfüllungspflichten der Beteiligten, an deren Nichteinhaltung bestimmte Sanktionen geknüpft werden können. Ein planersetzender Vertrag, das heißt Vertragsinhalte mit der Bindungswirkung von Zielen der Raumordnung zu versehen, ist nicht denkbar, da materielle Rechtsnormen nicht durch Verträge ersetzt werden dürfen (Greiving 2003).

Angesichts der zentralen Rolle eines raumordnerischen Vertrages zur Ausgestaltung und als Maßstab zur Beurteilung des Erfolgs einer Kooperation sollte ein Vertrag mindestens Aussagen enthalten (BBR 2008):

- Zur Problemstellung bzw. einer gemeinsamen Sicht des Status Quo;
- zur Organisationsstruktur und Entscheidungsprozessen;
- zu Leitbild und Zielen (bzw. Indikatoren zur Messung des Erfolgs);
- zu Kooperationsfeldern/Funktionsergänzungen;
- zu Kriterien für gemeinsame Projekte inkl. deren Finanzierung;
- zu Zeithorizonten zur Umsetzung;
- zu einem möglichen Vorteils-/Lastenausgleich
- und zu Schlichtungs- und Sanktionsregelungen für den Konfliktfall.

Beispiel

Beispiele finden sich in verschiedenen anderen Bundesländern, in denen raumordnerische Verträge zur Bedingung für Funktionsteilungen gemacht werden (wie etwa in Berlin-Brandenburg, Bayern, Sachsen). Das Mittelzentrum in Funktionsteilung Gransee-Zehdenick (Amt mit 9.390 EinwohnerInnen bzw. amtsfreie Stadt mit 13.800 EinwohnerInnen) in Brandenburg (Landkreis Oberhavel) wurde erstmals im LEP Berlin-Brandenburg 2008 festgelegt und im LEP 2019 bestätigt.

Gransee und Zehdenick weisen als Nachbarorte (15 min. MIV-Erreichbarkeit untereinander, aber keine direkte Bahnverbindung) komplementäre Funktionsprofile auf. Das Versorgungsangebot im Einzelhandel ist in Zehdenick qualitativ und quantitativ deutlich besser als in Gransee, während dort exklusiv etwa die Hochschulreife (Gymnasium) erlangt werden kann, ein Krankenhaus der Grundversorgung und eine Arbeitsagentur bestehen. Auch findet sich nur in Gransee eine Regionalbahnanbindung.

Dabei ging die Initiative für die Funktionsteilung von den beteiligten Kommunen selber aus. Diese hatten in 2005 einen Antrag zu Einrichtung eines gemeinsamen Mittelzentrums an die Landesplanung gestellt, in 2006 ein gemeinsames Raumordnungskonzept beschlossen und den raumordnerischen Vertrag im Vorgriff auf die Funktionszuweisung in 2007 beschlossen. Ein gemeinsames Integriertes Stadtentwicklungskonzept entstand in 2009. Die Kooperation wurde in 2012 von der Regionica GmbH evaluiert und bekam unter den acht damals bestehenden funktionsteiligen Mittelzentren die beste Bewertung. Positiv hervorgehoben wurden insbesondere (GL Berlin-Brandenburg 2012):

- die Erfüllung aller Evaluationskriterien (Vorhandensein eines raumordnerischen Vertrages, Regelungen zur Funktionszuordnung, zu Kooperationsgremien, zu Kooperationen mit dem gemeinsamen Mittelbereich und zu Finanzfragen);
- die Entwicklung und Umsetzung vieler Kooperationsprojekte in verschiedenen Funktionsbereichen;
- eine sehr transparente Finanzierung und Verwendung des sog. „Mehrbelastungsausgleichs“ aus dem Finanzausgleichsgesetz (jährlich 660.000 €), die zweckgebunden für Kooperationsaktivitäten zugewiesen werden;
- die Einschaltung der Regio Nord als Dienstleister für das Kooperationsmanagement.

Verbesserungspotenzial wurde bei der Verwaltungszusammenarbeit gesehen.

Bezug zum Aufgabenfeld der Regionalplanung

Die raumordnerische Sicherung zentralörtlicher Funktionen über ein Zentrale-Orte-Konzept ist im Sinne von § 1 Abs. 1 ROG eine Kernaufgabe der Raumordnung bzw. auf grundzentraler Ebene der Regionalplanung im Zusammenspiel mit den jeweiligen Trägern der Infrastrukturen, die die tatsächliche Funktionserfüllung übernehmen. Abschnitt 1.3.1 des RROP 2017 ist mit „Zentrale Orte und Daseinsvorsorge“ betitelt. Das Zentrale-Orte-Konzept als zentrales Steuerungsinstrument zur Sicherung der Daseinsvorsorge ist in Rheinland-Pfalz auf ober- und mittelzentraler Ebene im Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) 2008 festgelegt. Dabei finden sich in vielen Fällen innerhalb der Mittelbereiche sog. „mittelzentrale Verbünde kooperierender Zentren“ (Ziel Z 40 im LEP IV), für die im Verdichtungsraum eine Kooperationsempfehlung und im ländlichen Raum ein Kooperationsgebot besteht. Nach Grundsatz G 43 im LEP IV kann die Regionalplanung für die grundzentrale Versorgung auch einen sogenannten „grundzentralen Verbund“ mit Kooperationsgebot für Nahbereiche ausweisen. Davon hat der RROP 2017 mit Ziel Z 26 Gebrauch gemacht.

Eine Weiterentwicklung des im LEP bereits angelegten Konzepts kooperierender Mittelzentren dient also unmittelbar der Verwirklichung von Zielen der Regionalplanung. Angedacht ist, dass konkrete vertragliche Vereinbarungen zur Sicherung einer wechselseitigen Funktionserfüllung bei der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge konzipiert und ein Evaluationskonzept zur Messung der Zielerreichung entwickelt werden. Ziel ist gleichzeitig eine qualitative Verbesserung der Angebote bei Doppelungen durch eine abgestimmte Spezialisierung der Einrichtungen. Das LEP IV nennt hier in der Begründung beispielhaft Planungskonzepte auf der Ebene der Kreisverwaltung (Kreisentwicklungsplanung, Fachplanungen) als Grundlagen sowohl im Bereich der Daseinsvorsorge als auch der sonstigen Aufgabenbereiche (zum Beispiel Wirtschaftsförderung, Tourismus).

11 Konzeptgestaltung und Strukturdarstellung eines Regionalentwicklungskonzepts

Der im Folgenden dargestellte Vorschlag zur Gestaltung eines Regionalentwicklungskonzeptes für die Region Mittelrhein-Westerwald umfasst sechs Bausteine (vgl. Abbildung 18). Die skizzierte Strukturdarstellung beinhaltet Aussagen zu Ziel, Prozess, Akteursbeteiligung sowie zu Produkten und Meilensteinen des jeweiligen Bausteins.



Abbildung 18: Mögliche Bausteine eines regionalen Entwicklungskonzepts

11.1 Leitvorstellungen der räumlichen Entwicklung

Ziel: Verständigung auf Leitvorstellungen der räumlichen Entwicklung in der zukünftigen Regiopolregion

Prozess: Die Identifikation gemeinsamer und für die Entwicklung einer Regiopolregion relevanter Handlungsbedarfe und Herausforderungen sowie von Zukunftsperspektiven, Entwicklungspfaden und möglichen Entwicklungsszenarien sind wesentliche Bestandteile der Leitvorstellungen der räumlichen Entwicklung. Vorhandene konzeptionelle Grundlagen werden ausgewertet und die Ergebnisse in den Erarbeitungsprozess einbezogen. Im Ergebnis entstehen Ideen und Skizzen für den Gesamttraum der Regiopolregion, die die entwickelten Handlungsbedarfe, Zukunftspotenziale sowie mögliche Entwicklungspfade beschreiben.

Akteursbeteiligung: Neben einer partizipativen Szenariowerkstatt mit Schlüsselakteuren erfolgt die Einbindung regionaler Akteure in den Erarbeitungsprozess wie Akteure aus den Landkreisen, der Stadt Koblenz, verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden, VertreterInnen von Zweck- und Interessenverbänden sowie politischen Akteuren über ein Regionalforum.

Produkt/Meilenstein: Charta „Leitvorstellungen der räumlichen Entwicklung in der zukünftigen Regiopolregion“

11.2 Konkretisierung der Raumentwicklung für die Region – räumliches Leitbild (Regiopolregionskonzept)

Ziel: Erarbeitung des Regiopolregionskonzepts als informelles Fachkonzept

Prozess: Für den Gesamttraum der Regiopolregion werden Zielbilder und vorhandene Strukturkonzepte zusammengetragen und daraus ein tragfähiges Konzept erarbeitet. Als integriertes Leitbild für die zukünftige räumliche Entwicklung auf der Maßstabsebene der Region beinhaltet das Konzept wesentliche Ziele, Informationen und thematische Schwerpunkte (Handlungsfelder). Auf Grundlage konkretisierter Leitziele wird abgeleitet und ausgewählt,

welche Themen Gegenstand des Regiopolekonzepts sind und welche (zunächst) nicht betrachtet werden. Das Konzept bietet den übergeordneten Rahmen für die vertiefende Betrachtung der relevanten Handlungsfelder.

Akteursbeteiligung: Die Konzeptentwicklung erfolgt unter Mitwirkung regionaler und externer Fachexpertise, (Schlüssel-)akteuren der Region sowie politischen VertreterInnen in Form eines kooperativen Austauschs. Als geeignete Formate bieten sich die Durchführung eines Regionalforums sowie die Etablierung eines Fachbeirats an.

Produkt/Meilenstein: Regiopolekonzept als räumliches Leitbild für die Regiopole

11.3 Vertiefung relevanter Handlungsfelder:

Ziele, Handlungsansätze, Akteure, Raumumgriff

Ziel: Vertiefung relevanter Handlungsfelder im Sinne einer Entwicklung von thematischen Teilstrategien

Prozess: In der detaillierteren Betrachtung werden unter Berücksichtigung der im Regiopolekonzept definierten Leitziele Kernaufgaben, strategiebezogene Ziele sowie Entwicklungsstrategien und -prinzipien der Handlungsfelder formuliert. Darüber hinaus werden gemeinschaftlich erste Ideen zu Umsetzungswegen entwickelt. Kooperationspartner können die Ermittlung der Handlungsbedarfe sowie die spätere Umsetzung unterstützen. Im Handlungsfeld Mobilität wären beispielsweise Verkehrsverbünde geeignete Kooperationspartner, um die Konkretisierung der Teilstrategie zu begleiten. Neben der inhaltlichen Konkretisierung erfolgt auch eine räumliche Abgrenzung zu den Teilstrategien, wobei der jeweilige Aufgabenwahrnehmungsraum dem handlungsfeldbezogenen Problemraum entsprechen sollte: Entsprechend der spezifischen Anforderungen der einzelnen Handlungsfelder kann dabei unter Umständen auch die Abgrenzung von unterschiedlichen Teilräumen erforderlich sein.

In manchen Fällen kann es notwendig sein, zu einzelnen Handlungsfeldern vertiefende Analysen und Machbarkeitsstudien durchzuführen, die aktuelle, prognostizierte sowie geplante Entwicklungen in der Region in den Blick nehmen und die inhaltliche Konkretisierung unterstützen.

Akteursbeteiligung: Die Beteiligung kann über Arbeitskreise, Runde Tische oder Stadt-Umland-Dialoge erfolgen. Es werden regionale (Schlüssel-)akteure, mögliche Kooperationspartner und externe ExpertInnen einbezogen. Zudem sollte – sofern installiert – der Fachbeirat mit den Ergebnissen befasst werden.

Produkt/Meilenstein: Thematische Teilstrategien je Handlungsfeld mit inhaltlichen und kartografischen Darstellungen

11.4 Kooperative Erarbeitung von Schlüsselprojekten

Ziel: Gemeinschaftliche Identifikation und Erarbeitung von Schlüsselprojekten

Prozess: Ein zur Umsetzung des Planungs- und Dialogprozesses installiertes Projektteam arbeitet räumliche und thematische Schwerpunkte zur Umsetzung empfohlener Projekte und wählt regionale bzw. interkommunale Impuls- und Schlüsselprojekte aus. Ebenfalls werden Finanzierungsmöglichkeiten sowie Umsetzungswege für Impuls- und Schlüsselprojekte abgeprüft.

Akteursbeteiligung: In themenspezifischen Arbeitskreisen und im Rahmen eines Regionalforums werden Schlüsselprojekte mit regionalen Akteuren und Kooperationspartnern rückgekoppelt. Zudem sollte – sofern installiert – der Fachbeirat mit den Ergebnissen befasst werden.

Produkt/Meilenstein: Schlüsselprojekt-Skizzen mit Vorschlägen zu Maßnahmen, Kooperationspartnern und Finanzierung, ggfs. erste Machbarkeitsstudien

11.5 Erarbeitung eines Governancekonzepts zur Institutionalisierung der Regiopolregion

Ziel: Entwicklung einer Governancestruktur zur Institutionalisierung und möglichen späteren Verstetigung der Kooperation im Rahmen der Regiopolregion. Verstetigung wird hier nicht als Voraussetzung, sondern Resultante eines regional abgestimmten Handelns verstanden.

Prozess: Ein regionaler Planungs- und Dialogprozess mit den Fachakteuren und politischen Entscheidungsträgern sowie die Etablierung von Gremien zur kontinuierlichen Beteiligung und regelmäßigem Austausch (Steuerungskreis) und zur fachlichen Beratung (Fachbeirat) begleiten die Umsetzung. Wichtiger Bestandteil der Governancestruktur ist die kooperative Erarbeitung von Umsetzungswegen. Regelmäßige Arbeitstreffen zu den entscheidenden Prozessschritten bieten ein hohes Maß an Mitgestaltung und Rückkopplung in der Region.

„Regional Governance“ beschreibt Formen der regionalen Selbststeuerung, die sowohl formeller als auch informeller Natur sein können. Formen von Regional Governance liegt in der Regel das Prinzip der Freiwilligkeit zugrunde. Zumeist erfolgt ein problem- oder aufgabenorientiertes Vorgehen, welches das kollektive, intersektorale Handeln in den Mittelpunkt stellt. Elementare Merkmale von Regional Governance sind einerseits die Akteurskonstellation, also das Zusammenspiel von VertreterInnen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie andererseits die Interaktionsmodi, also die institutionalisierten Regelungsstrukturen, die das gemeinsame Handeln koordinieren (z. B. Verhandlung, Mehrheitsentscheidung, hierarchische Steuerung). Da Regional Governance auf Freiwilligkeit aller beteiligten Akteure basiert, spielt die Einbettung in vorhandenen Institutionen eine große Rolle. Ein Governancekonzept zur Institutionalisierung der Regiopolregion Mittelrhein-Westerwald muss ferner Eckpunkte sowohl zur Aufbauorganisation als auch zur Ablauforganisation festlegen. Die Aufbauorganisation meint das organisatorische Grundgerüst der Regiopolregion (wie Rechtsform, Gremien, Stellen etc.), wohingegen die Ablauforganisation die dynamischen Arbeitsprozesse näher definiert.

Bezüglich Organisationsmodellen und -formen bestehen vielfältige Möglichkeiten, sobald bei den Beteiligten das Bedürfnis nach Formalisierung der Zusammenarbeit entsteht. Beispiele aus anderen Regiopolregionen zeigen unterschiedliche Organisationsstrukturen. In der Regiopolregion Paderborn wurde 2018 der Verein regiopolREGION PADERBORN e. V. gegründet und 2019 eine Geschäftsstelle eingerichtet. Die Arbeitsgruppe aus VertreterInnen aller Mitgliedskommunen und Fördermitgliedern verfügt über verschiedene thematische Arbeitskreise, die konkrete Projekte in der Region auf den Weg bringen (regiopolREGION PADERBORN e. V. 23.09.2020). In der Regiopolregion Bielefeld besteht die Lenkungebene aus den politischen Spitzen der Partnerkommunen. Als zentrales Gremium berät und beschließt der Steuerungskreis aus den BürgermeisterInnen das operative Handeln. Die Arbeitsgruppe Regiopolregion aus VertreterInnen aller Partnerkommunen stimmt Aufgaben ab und treibt Umsetzungen voran. Die Geschäftsstelle gewährleistet den Kommunikations- und Informationsfluss und koordiniert die Arbeitsgruppe. Verschiedene Fachgruppen bearbeiten spezifische Themen und setzen diese auf der Arbeitsebene um (Stadt Bielefeld 23.09.2020).

Um die für die mögliche Regiopolregion Mittelrhein-Westerwald passende Aufbau- und Ablauforganisation zu erarbeiten, wird die Bildung eines Arbeitskreises, der sich mit der Organisationsstruktur befasst und Vorschläge unterbreitet, vorgeschlagen.

Akteursbeteiligung: Die Beteiligung erfolgt über Arbeitskreise, Runde Tische oder Regionalforum mit regionalen Akteuren, Kooperationspartnern und externen ExpertInnen. Zudem sollte – sofern installiert – der Fachbeirat mit den Ergebnissen befasst werden.

Produkt/Meilenstein: Governancekonzept mit Vereinbarung der Organisationsstruktur und von Umsetzungswegen

11.6 Zusammenfassung der Ergebnisse zu einem Regiopolregionsprogramm

Ziel: Operationalisierung des Regiopolregionskonzepts als Regiopolregionsprogramm

Prozess: Das Regiopolregionskonzept wird in ein Regiopolregionsprogramm als strategischer Handlungsrahmen umgesetzt. Dabei werden Leitziele und Entwicklungsprinzipien zur Umsetzung qualifiziert, die Betrachtungsebene vertieft und räumliche, thematische sowie strategische Schwerpunkte gesetzt. Impuls- und Schlüsselprojekte setzen die programmatischen Ziele auf der Projektebene um; entwickeln diese so weiter und operationalisieren sie. Das Regiopolregionsprogramm definiert dafür die Rahmenbedingungen, Grundanforderungen und Qualitäten für die Projekte.

Die Vereinbarung von Zielen und Meilensteinen (Etappenzielen) strukturieren den Prozess. Eine transparente Kommunikation legt Prozessfortschritt sowie Zwischenergebnisse dar. Darüber hinaus sollte während des Umsetzungsprozesses ein Konzept zu begleitendem Monitoring und Evaluierung erarbeitet werden, um mögliche Fehlentwicklungen frühzeitig identifizieren und ihnen entgegenwirken zu können. So können Hinweise auf ggf. notwendige Anpassung der Handlungsfelder und Leitziele gegeben sowie Umsetzungs- und Steuerungsprozesse optimiert werden.

Akteursbeteiligung: Die Beteiligung erfolgt über Abstimmungen im Steuerungskreis sowie den Austausch regionaler (Schlüssel-)akteure zusammen mit externen FachexpertInnen in einem Regionalforum. Zudem sollte – sofern installiert – der Fachbeirat mit den Ergebnissen befasst werden.

Produkt/Meilenstein: Erarbeitung des Regiopolregionsprogramms mit Meilensteinplan, Informationen zu Prozessfortschritt und Zwischenergebnissen, Monitoring- und Evaluationskonzept

Quellenverzeichnis

Andernach.net GmbH (2016): Die Essbare Stadt. Aufwertung öffentlicher Flächen durch Nutzpflanzen, Projektbeschreibung.

ARGE; COMPASS (2015): LEADER-Region Vulkaneifel. Lokales integriertes ländliches Entwicklungskonzept Förderzeitraum 2014-2020. Aachen/Köln.

Aring, Jürgen; Reuther, Iris (Hg.) (2008): Regiopolen - Die kleinen Großstädte in Zeiten der Globalisierung. Berlin.

atene KOM GmbH (2017): Kommunales Engagement im Breitbandausbau. Beispiele für erfolgreiches Handeln. Berlin.

BBE Handelsberatung GmbH (2014): Einzelhandelskonzept für die Verbandsgemeinde Ransbach-Baumbach. Köln.

Becker, Udo et al. (2018): Mobilität im ländlichen Raum sichern. Perspektive entwickeln, Identität ermöglichen, Freiräume schaffen, Kostenwahrheit angehen. Abrufbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/14213-20180316.pdf>

Benz, Arthur; Fürst, Dietrich (2003): Erfolgsbedingungen für ‚Regional Governance‘ – Resümee. In: Adamaschek, Bernd; Pröhl, Marga (Hg.): Regionen erfolgreich steuern, Regional Governance – von der kommunalen zur regionalen Strategie. Gütersloh, S. 189-211.

Brunsing, Jürgen et al. (2017): e-Velo RLP – Studie zu Verlagerungsmöglichkeiten vom motorisierten Individualverkehr mit konventioneller Antriebstechnik auf Zweiräder mit Elektroantrieb im Bereich der Nahmobilität in den ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz insbesondere auf topographisch anspruchsvollen Wegen. Abrufbar unter: https://mueef.rlp.de/fileadmin/mulewf/Themen/Energie_und_Strahlenschutz/Energie/Abschlussbericht_e-Velo.pdf

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBSR) (Hg.) (2015): Indikatoren der Nahversorgung. BBSR-Analysen KOMPAKT 10/2015.

Betzdorf Digital (o. J.): Vernetzen, erleben, mitmachen! Betzdorf Digital, Projektbeschreibung.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hg.) (2008): Kooperation zentraler Orte in schrumpfenden Regionen. Werkstatt:Praxis Reihe des BBR. Nr. 53. Bonn.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2019): Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Berlin

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMBau) (Hg.) (1995): Raumordnungspolitische Handlungsrahmen. Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung in Düsseldorf am 08.3.1995. Bonn.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) (Hg.) (2016): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Berlin

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hg.) (2006): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Berlin.

Caragliu, Andrea; Del Bo, Chiara; Nijkamp, Peter (2009): Smart cities in Europe, 3rd Central European Conference in Regional Science Košice, Košice 2009, S. 45-59.

CIMA (2017): Einzelhandelskonzept Verbandsgemeinde Puderbach. Köln.

Cohen, Boyd (2013): Definition der smarten Stadt. Vortrag auf der Wiener Tourismuskonferenz 2013 „Vienna grows smart“. Wien.

Czihal, Thomas; von Stillfried, Dominik; Schallock, Manja (2012): Regionale Mitversorgungsbeziehungen in der ambulanten Versorgung. Abrufbar unter: https://www.versorgungsatlas.de/fileadmin/ziva_docs/22/Mitversorgung_Bericht_upload20130304.pdf

Edible Cities Network (o. J.): Das Netzwerk der essbaren Städte. Lösungen für soziale, resiliente und nachhaltig produktive Städte.

Empirica AG (2017): Schwarmstadt Koblenz. Studie im Auftrag der Industrie- und Handelskammer Koblenz sowie des Haus & Grund für Koblenz und Umgebung e. V. Abrufbar unter: <https://www.hug-koblenz.de/files/hausundgrund-koblenz/pdf/HuG%202017%20MG-Anschreiben%20Schwarmstadt%20Studie%20Koblenz.pdf>

Evangelinos, Christos; Hesse, Claudia; Püschel, Ronny (2011): Die Erreichbarkeit deutscher Großstädte durch den Schienenpersonenverkehr. ifo Dresden berichtet. 18. S. 20-27.

Flex, Florian (2015): Zentralörtliche Funktionsräume. Empirische Ermittlung und konzeptionelle Ausgestaltung am Beispiel der Planungsregion Düsseldorf. Dissertation, Technische Universität Dortmund.

Flex, Florian; Greiving, Stefan; Terfrüchte, Thomas (2016): Strukturen eines (fortentwickelten) Zentrale-Orte-Konzepts. In: Greiving, Stefan, Flex, Florian (Hg.): Neuaufstellung des Zentrale-Orte-Konzepts in Nordrhein-Westfalen. ARL-Arbeitsberichte Band 17. Hannover, S. 106-122.

Forschungs- und Informations-Gesellschaft für Fach- und Rechtsfragen der Raum- und Umweltplanung (FIRU) (2018): Machbarkeitsstudie „Interkommunales Industriegebiet an der B 256“, Stadt Andernach/Ortsgemeinde Plaidt. Koblenz.

Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg (Hg.) (2012): Evaluierung der interkommunalen Zusammenarbeit innerhalb funktionsteiliger Mittelzentren im Land Brandenburg. Potsdam.

Geschäftsstelle Mitten am Rhein (o. J.): Städtetz „Mitten am Rhein“ startet arbeitsintensiv ins zweite Kooperationsjahr. Abrufbar unter: <https://www.vg-linz.de/assets/upload/Dokumente/Politik-Verwaltung/Starke-Kommunen-Starkes-Land/190226-Pressemitteilung-SKSL.pdf> (22.5.2020)

Giffinger, Rudolf; Fertner, Christian; Kramar, Hans; Kalasek, Robert; Pichler-Milanovic, Nataša; Meijers, Evert (2007): Smart Cities – Ranking of European medium-sized cities. Vienna University of Technology. Vienna.

Greiving, Stefan (2003): Der Raumordnerische Vertrag als Instrument zur Absicherung von Kooperationen im zentralörtlichen System. In: Raumforschung und Raumordnung 5/2003, S. 371-378.

Greiving, Stefan; Flex, Florian; Terfrüchte, Thomas (2015): Vergleichende Untersuchung der Zentrale-Orte-Konzepte in den Ländern und Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung. In: Raumforschung und Raumordnung: Band 73, Heft 4 (2015), S. 285-297.

Heinz, Werner (2000): Interkommunale Kooperationen in Stadtregionen: das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. In: Heinz, Werner: Stadt & Region - Kooperation oder Koordination? Ein internationaler Vergleich. Stuttgart, Berlin, Köln, S. 169-274.

Henn, Sebastian; Werner, Patrick (2016): Erfinderaktivitäten in Deutschland – Patente, Gebrauchsmuster, Marken und Design. In: Nationalatlas aktuell 10 (11.2016) 9 [05.12.2016]. Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL). Abrufbar unter: http://aktuell.nationalatlas.de/Patente.9_12-2016.0.html

IGDB Verkehrsplanung + Beratung GmbH (2018a): Nahverkehrsplan Landkreis Cochem-Zell 2018. Dreieich.

IGDB Verkehrsplanung + Beratung GmbH (2018b): ÖPNV-Konzept Rheinland-Pfalz Nord. Dreieich.

IHK Koblenz (Hg.) (2019): Konjunktur zum Jahreswechsel ohne Schwung. IHK-Konjunkturbericht Winter 2019/20. Koblenz.

Institut für Regionalmanagement (IfR) (2014): Kreisentwicklungskonzept Rhein-Lahn-Kreis. Gießen.

ISU Immissionsschutz, Städtebau, Umweltplanung (2012): Einzelhandels- und Zentrenkonzept für die Verbandsgemeinde Westerburg (Stand 11. Mai 2012). Bitburg.

Jaekel, Michael; Bronnert, Karsten (2013): Die digitale Evolution moderner Großstädte. Wiesbaden.

Jung Stadtkonzepte; Gertec Ingenieurgesellschaft; Mobilité Unternehmensberatung (2017): Drei Regionen, viele Dialekte, ein Ziel: 100% Klimaschutz Cochem-Zell. Ergebnisdokumentation zum Masterplan 100% Klimaschutz des Landkreises Cochem-Zell 2017. Köln/Essen.

Koch, Tobias (2015): Stärken-Schwächen der Region Koblenz-Mittelrhein. Trends, Aussagen und Herausforderungen für die Region. Notwendigkeit für eine zukünftige Standortentwicklung. Vortrag im Rahmen des Innovationsnachmittags der Initiative Region Koblenz-Mittelrhein e.V. „Zukunft durch Standortmarketing“ in Neuwied am 17.9.2015, Abrufbar unter: http://www.region-koblenz-mittelrhein.de/images/Dokumente/Prognos_Vortrag_ZukunftdurchStandortmarketing_01092015.pdf

König, Alexandra (2019): Den ländlichen Raum bewegen – Praxisbeispiele, Forschungsprojekte und Entwicklungspotentiale. Abrufbar unter: https://elib.dlr.de/128107/1/K%C3%B6nig_2019_Den%20%C3%A4ndlichen%20Raum%20bewegen.pdf

Kröhnert, Steffen; Wirz, Jana (2017): Bildung in der Region Koblenz-Mittelrhein vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Koblenz.

Landkreis Cochem-Zell (LK COC) (2019): Kindertagesstätten-Bedarfsplan Landkreis Cochem-Zell 2019/2020. Cochem.

Landkreis Cochem-Zell (LK COC) (o. J.a): Smartes Wohnen im Alter. Abrufbar unter: [https://www.cochem-zell.de/kv_cochem_zell/Unsere Themen/Wohnen und Bauen/Smartes Wohnen im Alter/](https://www.cochem-zell.de/kv_cochem_zell/Unsere%20Themen/Wohnen%20und%20Bauen/Smartes%20Wohnen%20im%20Alter/) (22.5.2020)

Landkreis Cochem-Zell (o. J.b): Zukunfts-Check Dorf. [https://www.cochem-zell.de/kv_cochem_zell/Unsere Themen/Wohnen und Bauen/Zukunfts-Check Dorf/](https://www.cochem-zell.de/kv_cochem_zell/Unsere%20Themen/Wohnen%20und%20Bauen/Zukunfts-Check%20Dorf/) (22.5.2020)

Ministerium des Innern und für Sport (MDI) (2016): STARKE KOMMUNEN - STARKES LAND. Die Zukunftsinitiative des Ministeriums des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz, Mainz.

Ministerium des Innern und für Sport (MDI) (o. J.): Starke Kommunen – Starkes Land. <https://mdi.rlp.de/de/unsere-themen/staedte-und-gemeinden/foerderung/kommunalentwicklung/starke-kommunen-starkes-land/> (22.5.2020)

Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz (MWKEL) (Hg.) (2013): Masterplan Welterbe Oberes Mittelrheintal – Herausforderungen und Visionen für die zukünftige Entwicklung. Mainz.

Moduldrei (2018): Konzept für das interkommunale Gewerbegebiet im Landkreis Cochem-Zell, Präsentation.

Müller, Michael Christian (2013): Region Mittelrhein 2020 – Agenda der Initiative Region Mittelrhein e.V., im Auftrag der Initiative Region Mittelrhein e. V. Abrufbar unter: http://www.region-mittelrhein.de/images/Dokumente/Agenda_MRh_2020_130311.pdf (22.5.2020)

Pfundstein, Thomas; Baumgärtner, Heike et al. (2012): Seniorenpolitische Konzeption für den Westerwaldkreis (Endfassung, Stand 22.6.2012). Freiburg im Breisgau.

Planersocietät (2018): Verkehrsentwicklungsplan Koblenz 2030. Dortmund.

Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald (2017): Regionaler Raumordnungsplan Mittelrhein – Westerwald. Koblenz.

Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald (2018): Regionaler Raumordnungsbericht 2018. Koblenz.

Regionaler Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler (:rak) (2018a): NEILA Nachhaltige Entwicklung durch Interkommunales Landmanagement in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler. In: DIEREGION. Das :rak Magazin, S. 18-17, Bonn.

Regionaler Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler (:rak) (2018b): Der :rak als Akteur in der Landes- und Regionalplanung. In: DIEREGION. Das :rak Magazin, S. 18-17, Bonn.

Regionaler Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler (:rak) (o. J.): Das Projekt NEILA. Abrufbar unter: <https://www.region-bonn.de/projekt-neila> (22.5.2020)

Regionalrat Wirtschaft Rhein-Hunsrück e. V. (RWRH) (Hrsg.) (2015): Lokale Integrierte Ländliche Entwicklungsstrategie 2014 – 2020 LEADER-Region Hunsrück 2016. Simmern.

regiopolREGION PADERBORN e. V. (o. J.): ZWECK & ORGANE. Abrufbar unter: <https://www.regiopolregion-paderborn.de/verein/vereinszweck/> (23.09.2020)

Reschl Stadtentwicklung (2017): Stadtentwicklungsstrategie 2030 Stadt Neuwied. Stuttgart.

Schulze, Kati; Terfrüchte, Thomas (2010). Keine Metropolregion an Rhein und Ruhr? Geographische Rundschau, 62(11), 32–35.

Stadt Andernach (2019): Lärmaktionsplan der Stadt Andernach gemäß § 47d BImSchG – Entwurfsfassung – Exemplar für die Öffentlichkeitsbeteiligung Stand: Januar 2019. Andernach.

Stadt St. Augustin (o. J.): Radhaus und Mobilitätsstation Zentrum. Abrufbar unter: https://www.sankt-augustin.de/imperia/md/images/cms123/buergerservice_verwaltung_politik/2016_pressebilder/mobilitatsstation_zentrum_entwurf.jpg (28.9.2020)

Stadt Bielefeld (o. J.): Arbeitsstruktur der Regiopolregion. Abrufbar unter: <https://www.bielefeld.de/de/dob/rr/as/> (23.9.2020)

Stadt Koblenz (2014): Masterplan Koblenz 2014. Koblenz.

Stadt Neuwied (2008): Flächennutzungsplan Stadt Neuwied, Begründung. Neuwied.

Stadt-Land-plus (2019): Erläuterungsbericht zum Dorferneuerungskonzept. Ortsgemeinde Pünderich, Verbandsgemeinde Zell (Mosel), Vorabzug Stand März 2019. Boppard-Buchholz.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hg.) (2019): Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz. Fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2017). Bad Ems.

Terfrüchte, Thomas (2015): Regionale Handlungsräume. Gliederung und Einflussfaktoren am Beispiel Nordrhein-Westfalens. Lemgo. (= Metropolis und Region; Bd. 14).

Terfrüchte, Thomas; Greiving, Stefan; Flex, Florian (2017): Empirische Fundierung von Zentrale-Orte-Konzepten – Vorschlag für ein idealtypisches Vorgehen. In: Raumforschung und Raumordnung 75(5), S. 471–485.

Transfer (2014): Pflegestrukturplanung im Landkreis Cochem-Zell, Abschlussbericht. Wittlich.

Transfergesellschaft Bingen (TSB) (2015): Integriertes Klimaschutzkonzept und Klimaschutzteilkonzepte „Integrierte Wärmenutzung“ „Erneuerbare Energien“ „Eigene Liegenschaften“ Abschlussbericht. Bingen.

Verbandsgemeinde Kirchberg (2009): Einzelhandelskonzept der Verbandsgemeinde Kirchberg. Kirchberg.

Verbandsgemeinde Puderbach (2011): Begründung zur 4. Änderung des Flächennutzungsplans der Verbandsgemeinde Puderbach. Puderbach

Verbandsgemeinde Unkel (o. J.): Hinweis auf ein Interessenbekundungsverfahren. Die Verbandsgemeinde Bad Breisig schreibt für das Städtetz „Mitten am Rhein“ die Entwicklung einer "Mobilitätsstrategie 2030plus – Mitten am Rhein" aus. Abrufbar unter: https://www.vgvunkel.de/vg_unkel/Rathaus/Bekanntmachungen/Hinweis%20Interessenbekundungsverfahren/ (22.5.2020)

Verbandsgemeinden Westerburg und Wallmerod (VGn Westerburg/Wallmerod) (2018): Richtlinien zum Förderprogramm „Lange Leben im Dorf“ der Verbandsgemeinden Wallmerod und Westerburg zur Belebung der Ortskerne. Westerburg/Wallmerod.

Volgmann, Kati (2012): Metropole - Bedeutung des Metropolenbegriffs und Messung von Metropolität im deutschen Städtesystem. Dortmund: Rohn Verlag.

Volgmann, Kati (2014): Entwicklung metropolitaner Funktionen im polyzentralen deutschen Städtesystem – Raummuster der Konzentration und funktionalen Spezialisierung. In: Raumforschung und Raumordnung (72): S. 21-37.

WeSt-Stadtplaner (2010): Einzelhandelsstudie der Stadt Ulmen, Ulmen.

Wiechmann, Thorsten (2008): Planung und Adaption - Strategieentwicklung in Regionen, Organisationen und Netzwerken, Dortmund: Rohn Verlag.

Wiechmann, Thorsten; Terfrüchte, Thomas (2017): Smart Country regional gedacht: teilräumliche Analysen für digitale Strategien in Deutschland (1. Aufl.). Abrufbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Smart_Country/SCRegional_Juni2017_final.pdf

WirWesterwälder gAöR (WW) (2019): Satzung der Landkreise Altenkirchen, Neuwied und dem Westerwaldkreis über die gemeinsame Anstalt des öffentlichen Rechts „Wir Westerwälder gAöR“ vom 12.9.2019.

Zukunftskonzept shaREgion (2017). Wettbewerbsbeitrag im Rahmen des Landesaufrufs „StadtUmland.NRW“. Abrufbar unter: https://www.region-bonn.de/projekt-details/initiative-stadtumland-nrw?file=files/rak_download/projekt_08_initiative_stadtumland_nrw/BonnUmland-shaREgion_Erlaeuterungsbericht_Langfassung.pdf

Zweckverband Rheinische Entsorgungs-Kooperation - REK - (2017): Satzung Zweckverband „Rheinische Entsorgungs-Kooperation“ – REK – 10. Änderungsfassung 2017.

Kartenquellen

Karten 1-5

- Verwaltungsgrenzen und Ortsmittelpunkte: Verwaltungsgebiete 1:250.000, Stand 1.1.2019, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, gdz.bkg.bund.de, Zugriff am 23.10.2019 © GeoBasis-DE/BKG (2019)
- Pendlerverflechtungen, Verflechtungsbereiche und Anbindungskoeffizienten: Thomas Terfrüchte 2020 auf Basis der Beschäftigungsstatistik (Auspendler nach Gemeinden), Stichtag 30.06.2018 © Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Karte 6: Raumstrukturelle Merkmale der Region

- Verwaltungsgrenzen: Verwaltungsgebiete 1:250.000, Stand 1.1.2019, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, gdz.bkg.bund.de, Zugriff am 23.10.2019 © GeoBasis-DE/BKG (2019)
- Pendlerverflechtungen, Anbindungskoeffizienten und Verflechtungsbereich Koblenz: Thomas Terfrüchte 2020 auf Basis der Beschäftigungsstatistik (Auspendler nach Gemeinden), Stichtag 30.06.2018 © Statistik der Bundesagentur für Arbeit
- Standorte Versorgungsfunktionen und Metropolfunktionen: Thomas Terfrüchte 2020 (Datenbasis siehe Anlage 16), georeferenziert über amtliche Hauskoordinaten: Geobasisdaten, Berichtsstand 2015 © Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz
- Dichteraster: Thomas Terfrüchte 2020 auf Basis der Standorte Versorgungsfunktionen und Metropolfunktionen.

Karten 7-11

- Verwaltungsgrenzen: Verwaltungsgebiete 1:250.000, Stand 1.1.2019, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, gdz.bkg.bund.de, Zugriff am 23.10.2019 © GeoBasis-DE/BKG (2019)
- Indizes Metropolfunktion, Versorgungsqualität, Versorgungsquantität, Entwicklungsfördernd und Entwicklungshemmend: Thomas Terfrüchte 2020 (Datenbasis siehe Anhang).

Karte 12: Regiopolindizes Region Mittelrhein-Westerwald

- Verwaltungsgrenzen und Ortsmittelpunkte: Verwaltungsgebiete 1:250.000, Stand 1.1.2019, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, gdz.bkg.bund.de, Zugriff am 23.10.2019 © GeoBasis-DE/BKG (2019)
- Indizes Metropolfunktion, Versorgungsqualität, Versorgungsquantität, Entwicklungsfördernd und Entwicklungshemmend: Thomas Terfrüchte 2020 (Datenbasis siehe Anhang).

Karte 13-16

- Verwaltungsgrenzen: Verwaltungsgebiete 1:250.000, Stand 1.1.2019, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, gdz.bkg.bund.de, Zugriff am 23.10.2019 © GeoBasis-DE/BKG (2019)
- Standorte Versorgungsfunktionen und Metropolfunktionen: Thomas Terfrüchte 2020 (Datenbasis siehe Anlage 16), georeferenziert über amtliche Hauskoordinaten: Geobasisdaten, Berichtsstand 2015 © Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz
- Dichteraster: Thomas Terfrüchte 2020 auf Basis der Standorte Versorgungsfunktionen und Metropolfunktionen.

Karte 17: Standortcluster der Metropol- und Versorgungsfunktionen – Regiopolitane Standortcluster

- Verwaltungsgrenzen und Ortsmittelpunkte: Verwaltungsgebiete 1:250.000, Stand 1.1.2019, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, gdz.bkg.bund.de, Zugriff am 23.10.2019 © GeoBasis-DE/BKG (2019)
- Indizes Metropolfunktion, Versorgungsqualität, Versorgungsquantität, Entwicklungsfördernd und Entwicklungshemmend: Thomas Terfrüchte 2020 (Datenbasis siehe Anhang).
- Standorte Versorgungsfunktionen und Metropolfunktionen: Thomas Terfrüchte 2020 (Datenbasis siehe Anlage 16), georeferenziert über amtliche Hauskoordinaten: Geobasisdaten, Berichtsstand 2015 © Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz
- Dichteraster: Thomas Terfrüchte 2020 auf Basis der Standorte Versorgungsfunktionen und Metropolfunktionen.

Karten 18 und 19

- Verwaltungsgrenzen und Ortsmittelpunkte: Verwaltungsgebiete 1:250.000, Stand 1.1.2019, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, gdz.bkg.bund.de, Zugriff am 23.10.2019 © GeoBasis-DE/BKG (2019)
- Pendlerverflechtungen, Anbindungskoeffizienten und Verflechtungsbereich Koblenz: Thomas Terfrüchte 2020 auf Basis der Beschäftigungsstatistik (Auspendler nach Gemeinden), Stichtag 30.06.2018 © Statistik der Bundesagentur für Arbeit
- Indizes Metropolfunktion, Versorgungsqualität, Versorgungsquantität, Entwicklungsfördernd und Entwicklungshemmend: Thomas Terfrüchte 2020 (Datenbasis siehe Anhang).

- Standorte Versorgungsfunktionen und Metropolfunktionen: Thomas Terfrüchte 2020 (Datenbasis siehe Anlage 16), georeferenziert über amtliche Hauskoordinaten: Geobasisdaten, Berichtsstand 2015 © Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz
- Dichteraster: Thomas Terfrüchte 2020 auf Basis der Standorte Versorgungsfunktionen und Metropolfunktionen.

Karte 20: Entwicklung der Metropolindizes in den Kreisen und kreisfreien Städten (Volgmann 2012: 175)

Volgmann, Kati (2012): Metropole - Bedeutung des Metropolenbegriffs und Messung von Metropolität im deutschen Städte-system. Dortmund: Rohn Verlag, S. 175

- Verwaltungsgrenzen: Verwaltungsgebiete 1:250.000, Stand 1.1.2019, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, gdz.bkg.bund.de, Zugriff am 6.5.2020 © GeoBasis-DE/BKG (2020)
- Umgriffe der Kooperationen: agl 2020 auf Basis von :rak (www.region-bonn.de), Initiative Region Koblenz e. V. (Initiative Region Koblenz e. V., Aufstellung vom 6.5.2020), Zweckverband Rheinische-Entsorgungs-Kooperation (www.zv-rek.de/die-rek.html), Wir Westerwälder (www.wir-westerwaelder.de/), ÖPNV Nord (www.spnv-nord.de/mitglieder), Mitten am Rhein (www.mitten-am-rhein.de/mittenamrhein/info_modul.nsf/vwSeiten/seite14?OpenDocument); Zugriff jeweils am 6.5.2020
- Rhein: Digitales Landschaftsmodell 1:250 000, Stand 31.12.2019, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, gdz.bkg.bund.de, Zugriff am 6.5.2020 © GeoBasis-DE/BKG (2020)
- Region Mittelrhein-Westerwald: agl 2020 auf Basis der Verwaltungsgebiete 1:250.000, Stand 1.1.2019, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, gdz.bkg.bund.de, Zugriff am 6.5.2020 © GeoBasis-DE/BKG (2020)

Karte 22: Großräumige Kooperationen im Bereich Tourismus

- Verwaltungsgrenzen: Verwaltungsgebiete 1:250.000, Stand 1.1.2019, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, gdz.bkg.bund.de, Zugriff am 6.5.2020 © GeoBasis-DE/BKG (2020)
- Umgriffe der touristischen Regionen Rheinland-Pfalz: agl 2020 auf Basis von Ahrtal-Tourismus Bad Neuenahr-Ahrweiler e. V. (www.ahrtal.de/), Eifel-Tourismus GmbH (tourismus.eifel.info/inhalte/die-eifel-tourismus-gmbh/die-struktur-der-gesellschaft/die-gesellschafter/), Hunsrück-Touristik GmbH (www.hunsruecktouristik.de), Lahntal Tourismus Verband e. V. (www.daslahntal.de/), Mosellandtouristik GmbH (www.mosellandtouristik.de), Romantischer Rhein Tourismus GmbH (www.romantischer-rhein.de/), Westerwald Touristik -Service GbR (www.westerwald.info); Zugriff jeweils am 6.5.2020
- Umgriffe der Naturparke: Landschaftsinformationssystem (LANIS) Rheinland-Pfalz, Naturparke, Stand: 28.12.20216 (www.naturschutz.rlp.de); Zugriff am 15.5.2020
- Umgriffe der UNSECO Welterbe: agl 2020 auf Basis von Verein Deutsche Limes-Straße e. V. (www.limesstrasse.de/fileadmin/limesstrasse/images2019/service/prospekte/DLS_UNESCO-Karte.pdf), Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal (www.welterbe-mittelrheintal.de/zweckverband-wom/verband/verbandsmitglieder); Zugriff jeweils am 6.5.2020
- Rhein: Digitales Landschaftsmodell 1:250 000, Stand 31.12.2019, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, gdz.bkg.bund.de, Zugriff am 6.5.2020 © GeoBasis-DE/BKG (2020)
- Region Mittelrhein-Westerwald: agl 2020 auf Basis der Verwaltungsgebiete

Abkürzungsverzeichnis

AG	Auftraggeber
AK	Anbindungskoeffizient
ALKIS	Amtliches Liegenschaftskataster
AP	Arbeitspaket
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
BBSR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
BfG	Bundesanstalt für Gewässerkunde
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMI	Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
ERC	European Research Council
EU	Europäische Union
EUREK	Europäische Raumentwicklungskonzept
G	Grundsatz
IHK	Industrie- und Handelskammer
INKAR	Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung
KO	Stadt Koblenz
LEADER	Maßnahmenprogramm der Europäischen Union
LEP	Landesentwicklungsprogramm
LPIG	Landesplanungsgesetz
MIV	Motorisierter Individualverkehr
MKRO	Ministerkonferenz für Raumordnung
NEILA	Nachhaltige Entwicklung durch interkommunales Landmanagement in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler
NRW	Nordrhein-Westfalen
NVP	Nahverkehrsplan
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖV	Öffentlicher Verkehr
R ²	Bestimmtheitsmaß
REK	Regionales Entwicklungskonzept
RFNP	Regionaler Flächennutzungsplan
ROG	Raumordnungsgesetz
RROP	Regionaler Raumordnungsplan
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WWA	Wirtschafts- und Wissenschaftsallianz Koblenz
Z	Ziel
ZOK	Zentrale-Orte-Konzept
ZRK	Zweckverband Raum Kassel

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Projektzeitplan	9
Abbildung 2: Projektablaufschema	10
Abbildung 3: Typisierung von Regiopolen (Aring/Reuther 2008: 25).....	12
Abbildung 4: Leitbild „Wachstum und Innovation“ von 2006 (BMVBS 2006: 13).....	14
Abbildung 5: Leitbild „Wettbewerbsfähigkeit“ von 2016 (BMVI 2016: 14).....	16
Abbildung 6: Die SWOT-Methode (Wiechmann 2008: 17)	58
Abbildung 7: Sektorale Konzepte für das Gesamtgebiet der Stadt/Gemeinde (n=43-47)	64
Abbildung 8: Planung interkommunaler Vorhaben (n=42-45).....	64
Abbildung 9: Sektorale Konzepte für das Gesamtgebiet des Kreises (n=5-8).....	67
Abbildung 10: Sektorale kreisübergreifende Konzepte (n=5-8)	67
Abbildung 11: Ergebnis der Umfrage 1: Welche Handlungsfelder besitzen besondere Relevanz für eine Regiopolregion?	93
Abbildung 12 Ergebnis der Umfrage 2 zu Erfolgsfaktoren bei regionalen Kooperationen. Was sind Erfolgsfaktoren bei regionalen Kooperationen im Kontext einer Regiopolregion?	94
Abbildung 13: Ergebnis der Umfrage 3 zu Hemmnissen bei regionalen Kooperationen. Was sind Hemmnisse bei regionalen Kooperationen im Kontext einer Regiopolregion?.....	94
Abbildung 14: Mobilstation Sankt Augustin (Stadt St. Augustin o. J.)	103
Abbildung 15: Fußläufige Erreichbarkeit von Apotheken, Hausärzten, Grundschulen, ÖV-Haltestellen, Supermärkten und Discountern (BBSR 2015: 14)	104
Abbildung 16: „Lupenräume“ zur Regionalen Mobilitätsstrategie im Zukunftskonzept shaREgion (Zukunftskonzept shaREgion 2017: 15-16).....	105
Abbildung 17: Das „Smart City Wheel“ nach Boyd Cohen (Cohen 2013).....	108
Abbildung 18: Mögliche Bausteine eines regionalen Entwicklungskonzepts	115

Kartenverzeichnis

Karte 1: Verflechtungsbereiche in der Region Mittelrhein-Westerwald.....	20
Karte 2: Zuordnungsstufe zu relevanten Arbeitsmarktstandorten für die Region Mittelrhein-Westerwald.....	21
Karte 3: Anbindungskoeffizienten nach Größenklassen für die (Sub)-Hubs der Verflechtungsbereiche.....	22
Karte 4: Anbindungskoeffizienten nach Größenklassen für die Kerne der Verflechtungsbereiche.....	23
Karte 5: Teilräumliche Verflechtungen innerhalb des Verflechtungsbereichs Koblenz.....	25
Karte 6: Raumstrukturelle Merkmale der Region.....	28
Karte 7: Metropolfunktionen in der Region Mittelrhein-Westerwald.....	32
Karte 8: Zentralörtliche Versorgung (Angebotsvielfalt) in der Region Mittelrhein-Westerwald	35
Karte 9: Zentralörtliche Versorgung (Angebotshäufigkeit) in der Region Mittelrhein-Westerwald	36
Karte 10: Entwicklungsfördernde Merkmale in der Region Mittelrhein-Westerwald	38
Karte 11: Entwicklungshemmende Merkmale in der Region Mittelrhein-Westerwald.....	39
Karte 12: Regiopolindizes Region Mittelrhein-Westerwald.....	40
Karte 13: Standortcluster der Metropolfunktionen	43
Karte 14: Standortcluster der Metropolfunktionen – metropolitane Kerne	44
Karte 15: Standortcluster der Versorgungsfunktionen.....	45
Karte 16: Standortcluster der Versorgungsfunktionen – zentralörtliche Versorgungskerne	46
Karte 17: Standortcluster der Metropol- und Versorgungsfunktionen – Regiopolitane Standortcluster.....	47
Karte 18: Regiopolitane Standortcluster mit Regiopolindizes und Verflechtungen.....	48
Karte 19: Regiopolitane Standortcluster mit Regiopolindizes und Verflechtungen auf die „Sub-Hubs“	49
Karte 20: Entwicklung der Metropolindizes in den Kreisen und kreisfreien Städten (Volgmann 2012: 175)	52
Karte 21: Großräumige Kooperationen in der Region	84
Karte 22: Großräumige Kooperationen im Bereich Tourismus.....	85

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Arbeitsmarkzentren und „Sub-Hubs“ nach Anzahl der zugehörigen Ortsgemeinden	24
Tabelle 2: Regiopolindizes – einbezogene Merkmale	30
Tabelle 3: Metropolfunktionsindex – Gewichtung	31
Tabelle 4: Zentralörtlicher Versorgungsindex – Gewichtung	34
Tabelle 5: Regionale Entwicklungsindizes – Gewichtung	37
Tabelle 6: Standorte der Metropol- und Versorgungsfunktion nach Häufigkeit	42
Tabelle 7: Stärken und Schwächen der Region Mittelrhein-Westerwald	55
Tabelle 8: Chancen und Risiken der Region Mittelrhein-Westerwald	57
Tabelle 9: Nennung möglicher Themenschwerpunkte der Städte/Gemeinden mit besonderer Bedeutung für eine Regiopolenentwicklung	65
Tabelle 10: Nennung möglicher Themenschwerpunkte der Kreise mit besonderer Bedeutung für eine Regiopolenentwicklung	68
Tabelle 11: Nennung konkreter Konzepte/Projekte mit besonderer Bedeutung für eine Regiopolenentwicklung ..	69
Tabelle 12: Synthesetabelle der Konzeptanalyse	72
Tabelle 13: Synthesetabelle der Konzeptanalyse der weiteren Dokumente	75
Tabelle 14: Themenbereiche zukünftiger gebietskörperschaftübergreifende Kooperationen	78
Tabelle 15: Geeignete Handlungsfelder zur Entwicklung einer Regiopolregion	79
Tabelle 16: Zusammenfassung der Arbeitsgruppen nach Themenfeldern	90
Tabelle 17: Anmerkungen der Teilnehmenden zu den Handlungsfeldern	95
Tabelle 18: Liste der Themenfelder und der zugeordneten Handlungsfelder	96
Tabelle 19: Handlungsfelder im Smart Country-Ansatz (Terfrüchte/Wiechmann 2017: 19)	108

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Online-Fragebogen der Städte/Gemeinden	130
Anlage 2: Online-Fragebogen der Kreise	133
Anlage 3: Auswertung der Online-Befragung der Städte/Gemeinden	136
Anlage 4: Auswertung der Online-Befragung der Kreise	139
Anlage 5: Auswertungskriterien der Konzeptanalyse	141
Anlage 6: Übersicht der ausgewerteten Konzepte	142
Anlage 7: Übersicht der ausgewerteten weiteren Dokumente	145
Anlage 8: Liste der an den Telefoninterviews teilnehmenden Institutionen	146
Anlage 9: Allgemeiner Gesprächsleitfaden der leitfadengestützten Interviews	147
Anlage 10: Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse zur Vorbereitung der telefonischen Interviews	148
Anlage 11: Übersicht der aktuellen Kooperationsfelder ortsübergreifender Zusammenarbeit	150
Anlage 12: Bestehende Konzepte/Kooperationen als Ansatzpunkt einer möglichen Regiopolregion	151
Anlage 13: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse bei regionalen Kooperationen	152
Anlage 14: Rolle der Planungsgemeinschaft in Hinblick auf die Entwicklung einer Regiopolregion	153
Anlage 15: Übersicht der möglichen Handlungsfelder	154
Anlage 16: Daten zur Ermittlung der Regiopolindizes	156

Anlagen

Anlage 1: Online-Fragebogen der Städte/Gemeinden

Die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald hat am 4. Dezember 2018 beschlossen, eine Vorstudie auf den Weg zu bringen, die die Grundlagen für eine Regiopole ausloten soll. Mit den 2016 beschlossenen Leitbildern und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland hat die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) in den „neuen Leitlinien“ neben der Stärkung und Weiterentwicklung der Metropolregionen, erstmals explizit auf die herausragende Bedeutung von „Regiopolen“ als Wachstums- und Innovationskerne außerhalb dieser hingewiesen. Die Region Mittelrhein-Westerwald ist schon aufgrund ihrer Lage zwischen den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Hessen mit den Metropolregionen Rheinland und Frankfurt/Rhein-Main sowie den verschiedenen etablierten Kooperationsräumen eine Region, die geprägt ist von länderübergreifender Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene. Diese soll über die Ausweisung einer Regiopole ausgeweitet werden.

Ziel der Regiopole ist die Förderung einer langfristigen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen in der Region. Unabhängig von Verwaltungsgrenzen werden dort, wo Handlungsbedarf besteht, neue Kooperationen eingegangen und wo bereits Kooperationen bestehen, werden diese gestärkt. Es sollen ein wirtschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Mehrwert für die gesamte Region geschaffen und die einzelnen Standorte im Verbund gestärkt werden.

In der Vorstudie sollen nun Fragen zur Zentralität, interkommunalen Kooperation sowie der Bereitschaft zur Beteiligung an einer Regiopole geklärt werden. Der Prozess ist in diesem Jahr gestartet. In einem ersten Arbeitsschritt werden deshalb relevante kommunale und teilregionale Konzepte erfasst. Die Erfassung erfolgt über eine Online-Befragung aller Landkreise, verbandsfreien Gemeinden, Verbandsgemeinden, kreisfreien und kreisangehörigen Städte im Untersuchungsraum. In die Betrachtung werden nicht nur aktuelle Analysen, Konzepte und Projekte einbezogen, sondern auch zukünftige Entwicklungsabsichten.

Der folgende Fragebogen ist für die kreisfreien und kreisangehörigen Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden angelegt. Wir bitten Sie, Analysen, Konzepte und Projekte, die seit 2008 vorliegen, anzugeben. Wir möchten Sie herzlich bitten, das Vorhaben mit der Teilnahme am Online-Fragebogen zu unterstützen!

Ansprechpartner für den Online-Beteiligungsprozess ist das Büro agl Hartz • Saad • Wendl (Frau Bastian Tel. 0681 – 9602509, E-Mail annikabastian@agl-online.de oder Frau Langenbahn Tel. 0681 – 9602507, E-Mail evalangenbahn@agl-online.de).

Bitte geben Sie nachstehend Ihre dienstlichen Kontaktdaten an (Pflichtangabe)

Institution
Name
Telefonnummer
E-Mail-Adresse

Integrative Raumentwicklungskonzepte

1. Liegen integrative Konzepte für das Gesamtgebiet der Stadt/Gemeinde vor?
Hierzu zählen beispielsweise Stadt- oder Gemeindeentwicklungskonzepte.

- ☐ ja
☐ nein
☐ geplant

2. Liegt die Stadt/Gemeinde im Umgriff eines integrativen regionalen Entwicklungskonzeptes?

- ☐ ja
☐ nein
☐ geplant

Sektorale Konzepte

3. Liegen Konzepte zur Daseinsvorsorge in Bezug auf die Zentralität von Orten vor: (1) für das Gesamtgebiet der Stadt/Gemeinde, (2) für Teilgebiete (verbandsangehörige Städte und Ortsgemeinden), (3) interkommunal?

	Gesamtgebiet	Teilgebiet	interkommunal
ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geplant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Liegen Konzepte zum Einzelhandel vor: (1) für das Gesamtgebiet der Stadt/Gemeinde, (2) für Teilgebiete (verbandsangehörige Städte und Ortsgemeinden), (3) interkommunal?

	Gesamtgebiet	Teilgebiet	interkommunal
ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geplant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Liegen Konzepte zur Mobilität/zum Verkehr vor: (1) für das Gesamtgebiet der Stadt/Gemeinde, (2) interkommunal?

	Gesamtgebiet	interkommunal
ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geplant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Liegen Konzepte zur Gewerbeentwicklung vor: (1) für das Gesamtgebiet der Stadt/Gemeinde, (2) interkommunal?

	Gesamtgebiet	interkommunal
ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geplant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Liegen Konzepte zur Entwicklung des Wohnsektors vor: (1) für das Gesamtgebiet der Stadt/Gemeinde, (2) interkommunal?

	Gesamtgebiet	interkommunal
ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geplant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Liegt die Stadt/Gemeinde im Umgriff eines interkommunalen Konzeptes zur Entwicklung des ländlichen Raumes (LEADER)?

- ☐ ja
☐ nein
☐ geplant

Entwicklungsabsichten (geplante Vorhaben)

9. Gibt es auf kommunaler Ebene spezifische Entwicklungsabsichten (sowohl im FNP als auch in Vorbereitung) in Bezug auf

	ja	nein
Vorhaben zur Daseinsvorsorge mit überörtlichen Auswirkungen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vorhaben zum (großflächigen) Einzelhandel mit überörtlichen Auswirkungen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mobilität/Verkehr mit überörtlichen Auswirkungen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gewerbeentwicklung in einer Größenordnung von über 10 ha?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Entwicklung von Wohnbauland in einer Größenordnung von über 10 ha?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Sind interkommunale Vorhaben geplant?

	ja	nein
zur Daseinsvorsorge	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zu (großflächigem) Einzelhandel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zu Mobilität/Verkehr	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zur Gewerbeentwicklung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zur Entwicklung von Wohnbauland	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Allgemeine Anmerkungen

Sofern Sie einige Fragen mit „ja“ beantwortet haben, können Sie uns hier mitteilen, welche Konzepte aus Ihrer Sicht für eine Regiopolenentwicklung von besonderem Interesse sind.

--

Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme. Nach der Auswertung der Ergebnisse werden wir Sie nochmals kontaktieren.

Die Umfrage ist beendet. Vielen Dank für die Teilnahme.

Das Fenster kann nun geschlossen werden.

Anlage 2: Online-Fragebogen der Kreise

Die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald hat am 4. Dezember 2018 beschlossen, eine Vorstudie auf den Weg zu bringen, die die Grundlagen für eine Regiopole ausloten soll. Mit den 2016 beschlossenen Leitbildern und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland hat die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) in den „neuen Leitlinien“ neben der Stärkung und Weiterentwicklung der Metropolregionen, erstmals explizit auf die herausragende Bedeutung von „Regiopolen“ als Wachstums- und Innovationskerne außerhalb dieser hingewiesen. Die Region Mittelrhein-Westerwald ist schon aufgrund ihrer Lage zwischen den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Hessen mit den Metropolregionen Rheinland und Frankfurt/Rhein-Main sowie den verschiedenen etablierten Kooperationsräumen eine Region, die geprägt ist von länderübergreifender Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene. Diese soll über die Ausweisung einer Regiopole ausgeweitet werden.

Ziel der Regiopole ist die Förderung einer langfristigen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen in der Region. Unabhängig von Verwaltungsgrenzen werden dort, wo Handlungsbedarf besteht, neue Kooperationen eingegangen und wo bereits Kooperationen bestehen, werden diese gestärkt. Es sollen ein wirtschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Mehrwert für die gesamte Region geschaffen und die einzelnen Standorte im Verbund gestärkt werden.

In der Vorstudie sollen nun Fragen zur Zentralität, interkommunalen Kooperation sowie der Bereitschaft zur Beteiligung an einer Regiopole geklärt werden. Der Prozess ist in diesem Jahr gestartet. In einem ersten Arbeitsschritt werden deshalb relevante kommunale und teilregionale Konzepte erfasst. Die Erfassung erfolgt über eine Online-Befragung aller Landkreise, verbandsfreien Gemeinden, Verbandsgemeinden, kreisfreien und kreisangehörigen Städte im Untersuchungsraum. In die Betrachtung werden nicht nur aktuelle Analysen, Konzepte und Projekte einbezogen, sondern auch zukünftige Entwicklungsabsichten.

Der folgende Fragebogen ist für die Kreise angelegt. Wir bitten Sie, Analysen, Konzepte und Projekte, die seit 2008 vorliegen, anzugeben. Wir möchten Sie herzlich bitten, das Vorhaben mit der Teilnahme am Online-Fragebogen zu unterstützen!

Ansprechpartner für den Online-Beteiligungsprozess ist das Büro agl Hartz • Saad • Wendl (Frau Bastian Tel. 0681 – 9602509, E-Mail annikabastian@agl-online.de oder Frau Langenbahn Tel. 0681 – 9602507, E-Mail evalangenbahn@agl-online.de).

Bitte geben Sie nachstehend Ihre dienstlichen Kontaktdaten an (Pflichtangabe)

Institution
Name
Telefonnummer
E-Mail-Adresse

Integrative Raumentwicklungskonzepte

1. Liegen integrative regionale Entwicklungskonzepte vor: (1) teilräumlich, d. h. für mehrere Städte und Gemeinden im Kreis, (2) für das Gesamtgebiet des Kreises, (3) kreisübergreifend?

	teilräumlich	Gesamtgebiet	kreisübergreifend
ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geplant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Sektorale Konzepte

2. Liegen Konzepte zur Daseinsvorsorge vor: (1) teilräumlich, d. h. für mehrere Städte und Gemeinden im Kreis, (2) für das Gesamtgebiet des Kreises, (3) kreisübergreifend?

	teilräumlich	Gesamtgebiet	kreisübergreifend
ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geplant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Liegen Konzepte zum Einzelhandel vor: (1) teilräumlich, d. h. für mehrere Städte und Gemeinden im Kreis, (2) für das Gesamtgebiet des Kreises, (3) kreisübergreifend?

	teilräumlich	Gesamtgebiet	kreisübergreifend
ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geplant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Liegen Konzepte zur Mobilität/zum Verkehr vor: (1) teilräumlich, d. h. für mehrere Städte und Gemeinden im Kreis, (2) für das Gesamtgebiet des Kreises, (3) kreisübergreifend?

	teilräumlich	Gesamtgebiet	kreisübergreifend
ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geplant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Liegen Konzepte zur Gewerbeentwicklung vor: (1) teilräumlich, d. h. für mehrere Städte und Gemeinden im Kreis, (2) für das Gesamtgebiet des Kreises, (3) kreisübergreifend?

	teilräumlich	Gesamtgebiet	kreisübergreifend
ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geplant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Liegen Konzepte zur Entwicklung des Wohnsektors vor: (1) teilräumlich, d. h. für mehrere Städte und Gemeinden im Kreis, (2) für das Gesamtgebiet des Kreises, (3) kreisübergreifend?

	teilräumlich	Gesamtgebiet	kreisübergreifend
ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geplant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Liegen Konzepte zur Tourismusentwicklung vor: (1) teilräumlich, d. h. für mehrere Städte und Gemeinden im Kreis, (2) für das Gesamtgebiet des Kreises, (3) kreisübergreifend?

	teilräumlich	Gesamtgebiet	kreisübergreifend
ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geplant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Liegen Konzepte zur Entwicklung des ländlichen Raums vor: (1) teilräumlich, d. h. für mehrere Städte und Gemeinden im Kreis, (2) für das Gesamtgebiet des Kreises, (3) kreisübergreifend?

	teilräumlich	Gesamtgebiet	kreisübergreifend
ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geplant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Allgemeine Anmerkungen

Sofern Sie einige Fragen mit „ja“ beantwortet haben, können Sie uns hier mitteilen, welche Konzepte aus Ihrer Sicht für eine Regiopolenentwicklung von besonderem Interesse sind.

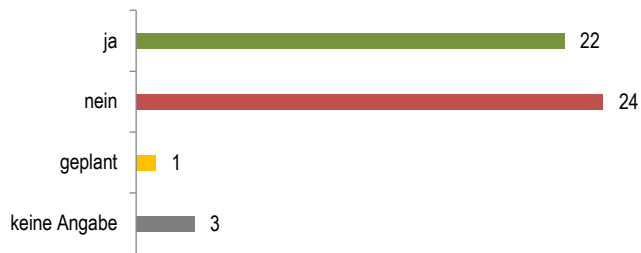
Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme. Nach der Auswertung der Ergebnisse werden wir Sie nochmals kontaktieren.

Die Umfrage ist beendet. Vielen Dank für die Teilnahme.

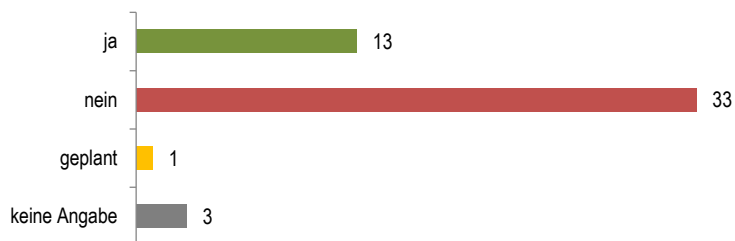
Das Fenster kann nun geschlossen werden.

Anlage 3: Auswertung der Online-Befragung der Städte/Gemeinden

Integrative Raumentwicklungskonzepte

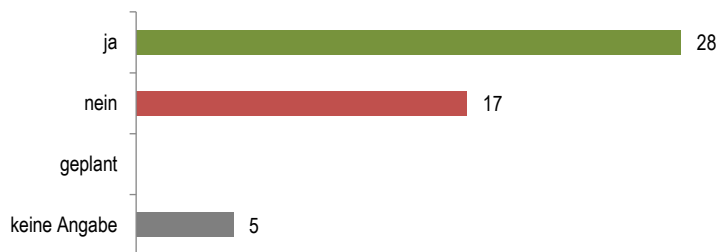


Integrative Konzepte für das Gesamtgebiet der Stadt/Gemeinde (n=47)

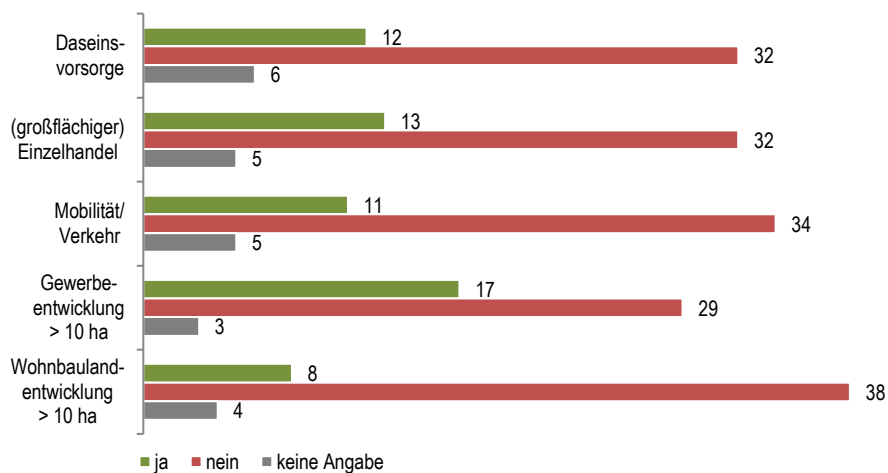


Städte/Gemeinden im Umgriff integrativer regionaler Entwicklungskonzepte (n=47)

Sektorale Konzepte für das Gesamtgebiet

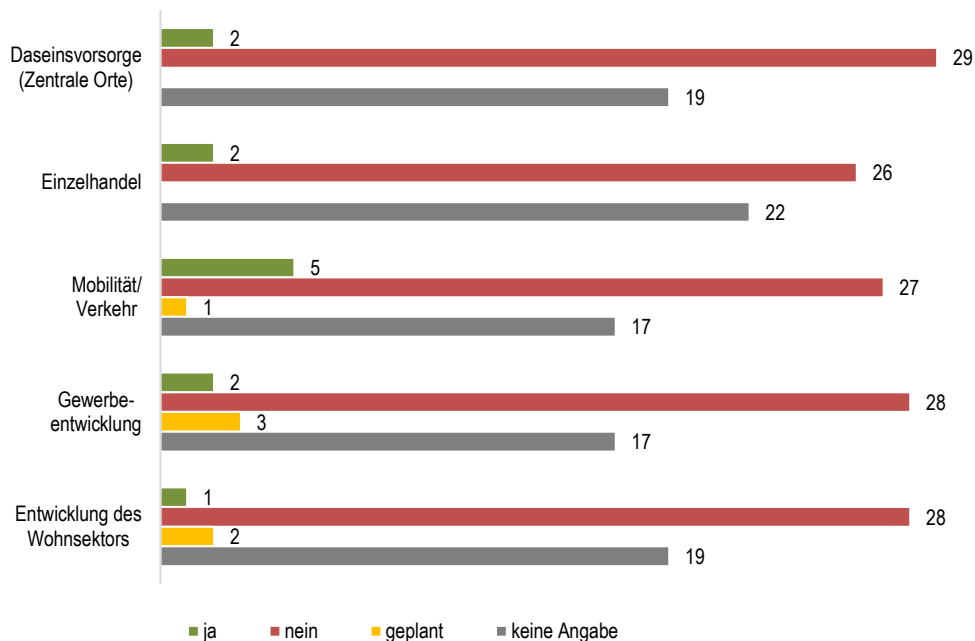


Stadt/Gemeinde im Umgriff interkommunaler Konzepte zur Entwicklung des ländlichen Raums (LEADER) (n=45)



Spezifische Entwicklungsabsichten in Bezug auf kommunale Vorhaben (sowohl im FNP als auch in Vorbereitung) (n=40-43)

Bestehende und geplante Kooperationen der Städte/Gemeinden



Vorhandensein interkommunaler sektoraler Konzepte (n=28-33)

Allgemeine Themenschwerpunkte einer möglichen Regiopolenentwicklung

Industrie, Gewerbe

- Industrie- und Gewerbeentwicklung (Stadt Koblenz, VG Kastellaun, G Grafschaft)
- Konzepte zum Bedarf von Gewerbeflächen mit Differenzierungen hinsichtlich der Betriebsarten, die auf verkehrsgünstige Anbindungen/Lage angewiesen sind (oder nicht) (VG Selters)

Mobilität/Verkehr

- Verkehrsentwicklung (Stadt Koblenz)
- Mobilität (VG Wallmerod, VG Maifeld)
- Öffentlicher Verkehr (VG Maifeld)

Wohnsektor

- Wohnen (G Grafschaft)
- Konzepte zur Entwicklung von Wohnbauland, insbesondere im Bereich der Mittelzentren (VG Kastellaun)
- Alternative Wohnformen (VG Maifeld)

Einzelhandel

- Einzelhandel (G Grafschaft)
- Konzepte zur Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel (VG Kastellaun)
- Konzept(e) zur Weiterentwicklung des Zentrale Orte-Konzeptes; bzw. Konzepte zur Zulassung von großflächigem Einzelhandel in Grundzentren (> 2.000 m² Verkaufsfläche) und nicht zentralen Orten mit weniger als 3.000 Einwohnern. Das LEP IV von 2008 ist insoweit nicht mehr zeitgemäß und bedarf einer entsprechenden Anpassung, insbesondere in Ziel 57. (VG Selters)

Weitere

- Ärzteversorgung (VG Wallmerod, VG Maifeld)
- Daseinsvorsorge (VG Maifeld)

- Tourismus (G Grafschaft)
- Klima (G Grafschaft)
- Landwirtschaft (G Grafschaft)

Konkrete Konzepte/Projekte einer möglichen Regiopolenentwicklung

Entwicklungsstrategien

- Flächennutzungsplan (-entwurf) (Stadt Neuwied, VG Puderbach)
- Starke Kommunen – Starkes Land (Stadt Sinzig)
- Verbundprojekt NEILA (Stadt-Land-Plus, BMBF): Ziel ist die Schaffung eines nachhaltigen, interkommunalen Flächenmanagementsystems (www.neila-rak.de) (Stadt Remagen)
- Stadtentwicklungsstrategie Neuwied 2030 (Stadt Neuwied)
- Regionaler Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler (RAK) (Stadt Sinzig)
- Geplant ist ein städtebauliches und raumordnerisches Entwicklungskonzept im Bereich des Flughafens Frankfurt-Hahn (VG Kirchberg)
- Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung für die Verbandsgemeinde Ulmen, ergänzt um Teilbereich Wirtschaft (VG Ulmen)

Mobilität/Verkehr

- Mobilitätskonzept SKSL-Region „Mitten am Rhein“ (VG Unkel)
- Mobilitätsstrategie 2030plus Städtenetzwerk „Mitten am Rhein“ (Stadt Neuwied)
- Projektierung Rheinbrücke zwischen Erpel und Remagen – historisch aufgeladenes, verkehrlich wichtiges „Eingangstor“ zum unteren Mittelrhein (VG Unkel)
- Nahverkehrsplan Landkreis Neuwied (Stadt Neuwied)
- Kreisweites Konzept Elektromobilität (Stadt Neuwied)
- Konzept zur Senioren- und Jugendmobilität (VG Westerburg)
- Mobilitätskonzept in Verbindung mit Klimaschutzkonzept geplant (VG Kirchberg)

Einzelhandel

- Einzelhandelskonzept (VG Ransbach-Baumbach, VG Puderbach, VG Westerburg, VG Kirchberg, VG Ulmen (Stadt Ulmen) ausgewählte Stadtteile Stadt Neuwied)

Gewerbe, Gewerbe- und Wirtschaftsförderung

- Machbarkeitsstudie „Interkommunales Gewerbegebiet an der B 256“ (Stadt Andernach)
- Interkommunales Gewerbegebiet für den Landkreis Cochem-Zell (VG Ulmen)

Essbare Stadt

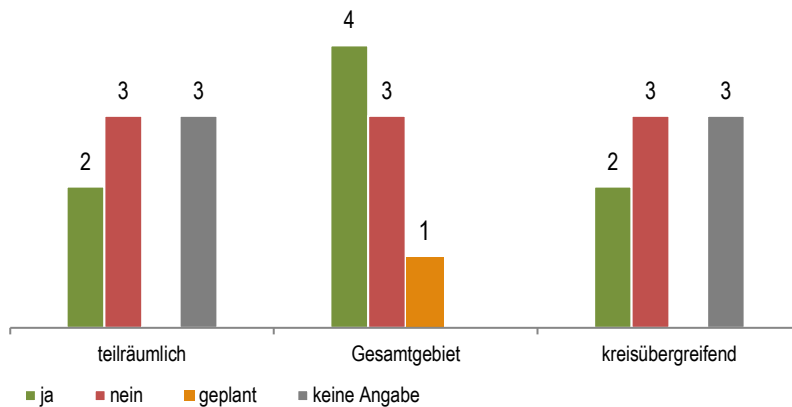
- Projekt „Essbare Stadt“ (Stadt Andernach)
- Projekt „EdiCitNet“ (global) (Stadt Andernach)

Weitere

- Konzept zur Daseinsvorsorge: Kooperation der VG Westerburg mit der Verbandsgemeinde Wallmerod im Rahmen des Projektes „Lange Leben im Dorf“ und „Leben im Dorf – Leben mittendrin“ (www.lebenimdorf.de) (VG Westerburg)
- Betzdorf Digital (VG Betzdorf)
- Klimaschutzkonzept (Stadt Andernach)
- Lärmaktionsplan (Stadt Andernach)
- Seniorenkonzept (VG Westerburg)

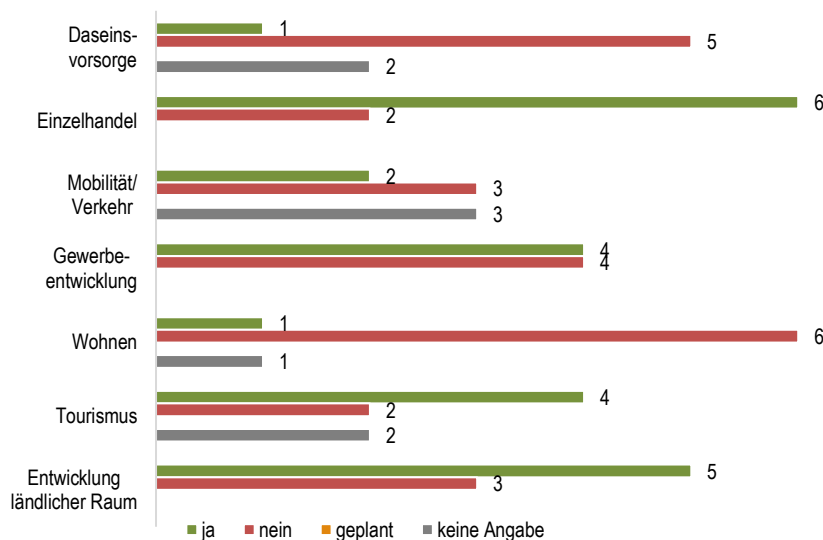
Anlage 4: Auswertung der Online-Befragung der Kreise

Integrative Raumentwicklungskonzepte



Integrative regionale Entwicklungskonzepte der Kreise (n=5-8)

Sektorale Konzepte für das Gesamtgebiet oder Teilgebiete



Sektorale teilräumige Konzepte (n=5-8)

Konkrete Konzepte mit besonderer Bedeutung für eine mögliche Regiopolenentwicklung

Entwicklungskonzepte

- Kreisentwicklungskonzept aus dem Jahr 2014 (Rhein-Lahn-Kreis)
- Kreisentwicklungskonzept (LK Neuwied)
- Dorfentwicklungskonzepte (inkl. Projekt „Zukunftscheck Dorf“) (LK Cochem-Zell)
- Masterplan „Integrierte Standortentwicklung“ (wird zurzeit erstellt) (LK Cochem-Zell)

Betreuung/Bildung/Soziales

- Kindertagesstättenbedarfsplan (LK Cochem-Zell)
- Smartes Wohnen im Alter (LK Cochem-Zell)
- Pflegestrukturplan (LK Cochem-Zell)
- Schulentwicklungsplanung (LK Neuwied)

Mobilität/Verkehr

- Nahverkehrsplan (LK Cochem-Zell)
- Nahverkehrsplanung Kreis und VRM (LK Neuwied)
- ÖPNV-Konzepte regional (LK Neuwied)

Gewerbe, Gewerbe- und Wirtschaftsförderung

- Konzept zur Entwicklung und Vermarktung von interkommunalen Gewerbeflächen (LK Cochem-Zell)
- Initiative „Wir Westerwälder“ mit den Landkreisen Altenkirchen, Neuwied, Westerwald (LK Neuwied)

Weitere

- Entsorgungsverbund REK - Rheinische Entsorgungs-Kooperation mit NRW (LK Neuwied)
- Masterplan 100 % Klimaschutz Cochem-Zell (LK Cochem-Zell)
- Konzept zum Ausbau der Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur; (LK Cochem-Zell)
- Konzept zur Umsetzung eines „Tourismusclusters Eifel – Mosel – Hunsrück“(LK Cochem-Zell)

Anlage 5: Auswertungskriterien der Konzeptanalyse

Kriterien zur Auswertung der Konzepte/Projekte mit besonderer Bedeutung für eine Regiopolenentwicklung, die im Rahmen der Online-Befragung genannt wurden sowie der im RROP Mittelrhein-Westerwald aufgeführten Konzepte

1. Bibliografische Angaben

- Titel
- Jahr der Aufstellung
- Auftraggeber
- Auftragnehmer

2. Themenschwerpunkt

[Nennung Themenschwerpunkt]

3. Anknüpfungspunkt an Regiopolindizes

[Abgleich mit Funktionen/Indikatoren (siehe Tabelle 230) anhand der Suchbegriffe; Angabe der Textstelle mit Seitenangaben]

4. Aussagen zu Kooperationen

[bestehende und geplante Kooperationen in Hinblick auf ortsübergreifende, interkommunale Zusammenarbeit mit anderen Städten, Gemeinden, dem Landkreis; Angabe der Textstelle mit Seitenangaben]

Suchbegriffe:

- Kooperation, kooperieren
- Zusammenarbeit
- übergreifend, überschreitend
- interkommunal
- Regional, teilregional
- innerregional

5. Aussagen zu Entwicklungspotenzialen

[mit Seitenangaben und Textpassagen]

Suchbegriffe:

- (zu)künftige Entwicklung
- Entwicklungsrelevante Themenfelder/Handlungsfelder
- Angestrebte Entwicklung
- Weiterentwicklung
- Entwicklungsziele
- Leitprojekt
- Chance
- Koordination (in Verbindung mit grenzüberschreitend, übergreifend)
- Verflechtung
- Vision

6. Bezugnahme zur Regional- und Landesplanung

[Aussagen mit Bezug zu regional- und landesplanerischen Vorgaben; Angabe der Textstelle mit Seitenangaben]

Suchbegriffe:

- Regionalplanung/Landesplanung
- Regionaler Raumordnungsplan (Aussagen, Verweis auf Ziele und Grundsätze)
- Landesentwicklungsprogramm (Aussagen, Verweis auf Ziele und Grundsätze)
- Regionalplanerische/landesplanerische Vorgaben/Festlegungen
- Zentrale Orte, zentralörtliche Versorgung

Anlage 6: Übersicht der ausgewerteten Konzepte

Titel	Jahr	Auftraggeber	Auftragnehmer	Themenschwerpunkt	übergreifen-der Umgriff
Erläuterungsbericht zum Dorferneuerungskonzept. Ortsgemeinde Pünderich. Verbandsgemeinde Zell (Mosel), Vorabzug Stand März 2019	2019	Ortsgemeinde Pünderich	Stadt-Land-plus Büro für Städtebau und Umweltplanung, Boppard-Buchholz	Dorferneuerung	nein
Kindertagesstätten-Bedarfsplan Landkreis Cochem-Zell 2019/2020	2019	–	Landkreis Cochem-Zell	Pflege/Betreuung	ja
Satzung der Landkreise Altkirchen, Neuwied und dem Westerwaldkreis über die gemeinsame Anstalt des öffentlichen Rechts „Wir Westerwälder gAöR“	2019	–	–	Wirtschaftsförderung, Tourismus, Kultur	ja
Lärmaktionsplan der Stadt Andernach gemäß § 47 d BImSchG – Entwurfsfassung – Exemplar für die Öffentlichkeitsbeteiligung, Stand: Januar 2019	2019	–	Stadt Andernach	Lärmschutz	nein
Nahverkehrsplan Landkreis Cochem-Zell	2018	Landkreis Cochem-Zell	IG Dreieich Bahn GmbH, Dreieich	Mobilität	ja
ÖPNV-Konzept Rheinland-Pfalz Nord, Endbericht	2018	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	IGDB Verkehrsplanung + Beratung GmbH, Dreieich	Mobilität	ja
Machbarkeitsstudie „Interkommunales Industriegebiet an der B 256“, Stadt Andernach/ Ortsgemeinde Plaidt	2018	WFG – Wirtschaftsförderungsgesellschaft am Mittelrhein mbH	FIRU mbH, Koblenz	Gewerbe	ja
Richtlinien zum Förderprogramm „Lange Leben im Dorf“ der Verbandsgemeinden Wallmerod und Westerburg zur Belebung der Ortskerne	2018	–	Verbandsgemeinde Westerburg, Verbandsgemeinde Wallmerod	Dorferneuerung, Teilhabe	ja
Verkehrsentwicklungsplan Koblenz 2030	2018	Stadt Koblenz	Planersocietät - Stadtplanung, Verkehrsplanung, Kommunikation, Dortmund	Mobilität	nein
Drei Regionen, viele Dialekte, ein Ziel: 100% Klimaschutz Cochem-Zell. Ergebnisdokumentation zum Masterplan 100% Klimaschutz	2017	Landkreis Cochem-Zell	Jung Stadtkonzepte, Köln, Gertec Ingenieurgesellschaft, Essen, Mobilität Unternehmensberatung, Köln	Klimaschutz	ja

Titel	Jahr	Auftraggeber	Auftragnehmer	Themenschwerpunkt	übergreifen-der Umgriff
Satzung Zweckverband „Rheinische Entsorgungs-Kooperation“ – REK – 10. Änderungsfassung 2017	2017	–	–	Ver- und Entsorgung	ja
Stadtentwicklungsstrategie 2030 Stadt Neuwied	2017	Stadt Neuwied	Reschl Stadtentwicklung GmbH & Co. KG, Stuttgart	Entwicklungsstrategien/-konzepte	nein
Einzelhandelskonzept Verbandsgemeinde Puderbach	2017	Verbandsgemeinde Puderbach	CIMA Beratung + Management GmbH, Köln	Einzelhandel	nein
Integriertes Klimaschutzkonzept und Klimaschutzteilkonzepte „Integrierte Wärmenutzung“, „Erneuerbare Energien“, „Eigene Liegenschaften“, Abschlussbericht	2015	Stadt Andernach	Transfergesellschaft Bingen (TSB) in der ITB gGmbH, Bingen	Klimaschutz	nein
LEADER-Region Vulkaneifel. Lokales integriertes ländliches Entwicklungskonzept Förderzeitraum 2014 - 2020	2015	Landkreis Bernkastel-Wittlich, Landkreis Cochem-Zell, Landkreis Vulkaneifel	ARGE, Aachen, COM-PASS GmbH, Köln	Entwicklung ländlicher Raum	ja
Lokale Integrierte Ländliche Entwicklungsstrategie 2014 - 2020 LEADER-Region Hunsrück 2015	2015	Regionalrat Wirtschaft Rhein-Hunsrück e. V.	Gesellschaft für Umwelt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung mbH	Entwicklung ländlicher Raum	ja
Pflegestrukturplanung im Landkreis Cochem-Zell, Abschlussbericht	2014	Landkreis Cochem-Zell	Transfer - Unternehmen für soziale Innovation, Wittlich	Pflege/Betreuung	ja
Kreisentwicklungskonzept	2014	Rhein-Lahn-Kreis	Ifr Institut für Regionalmanagement, Gießen	Entwicklungsstrategien/-konzepte	ja
Einzelhandelskonzept	2014	Verbandsgemeindeverwaltung Ransbach-Baumbach	BBE Handelsberatung GmbH, Köln	Einzelhandel	nein
Masterplan Koblenz 2014	2014	Stadt Koblenz	Stabstelle für integrierte Stadtentwicklung im Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung der Stadt Koblenz	Entwicklungsstrategien/-konzepte	nein
Region Mittelrhein 2020 Agenda der Initiative Region Mittelrhein e. V. 2013	2013	Initiative Region Mittelrhein e. V.	Dr. Michael Christian Müller	Entwicklungsstrategien/-konzepte	ja
Masterplan Welterbe Oberes Mittelrheintal 2013	2013	Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz	Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz – Abteilung 7:	Kultur	ja

Titel	Jahr	Auftraggeber	Auftragnehmer	Themenschwerpunkt	übergreifen- der Umgriff
			Raumordnung und Landesplanung		
Seniorenpolitische Konzeption für den Westerwaldkreis (Endfassung, Stand 22.6.2012)	2012	Westerwaldkreis	Institut für Angewandte Sozialforschung, Alter. Gesellschaft. Partizipation, Freiburg im Breisgau	Pflege/Betreuung	ja
Einzelhandels- und Zentrenkonzept für die Verbandsgemeinde Westerburg	2012	Verbandsgemeinde Westerburg	ISU Immissionsschutz, Städtebau, Umweltplanung, Bitburg	Einzelhandel	nein
4 . Änderung des Flächennutzungsplans	2011	Verbandsgemeinde Puderbach	KARST INGENIEURE GMBH, Nörtershausen	Entwicklungsstrategien/-konzepte	nein
Einzelhandelsstudie	2010	Stadt Ulmen	WeSt-Stadtplaner, Ulmen	Einzelhandel	nein
Einzelhandelskonzept	2009	Verbandsgemeindeverwaltung Kirchberg	–	Einzelhandel	nein
Flächennutzungsplan Stadt Neuwied	2008	–	Stadt Neuwied	Entwicklungsstrategien/-konzepte	nein

Anlage 7: Übersicht der ausgewerteten weiteren Dokumente

Dokumententitel/Projektname	Projektzeitraum	Dokument	Themenschwerpunkt	übergreifender Umgriff
Smartes Wohnen im Alter, Landkreis Cochem-Zell	2019 - 2022	Projektbeschreibung Homepage	Mobilität, Digitalisierung	nein
Zukunfts-Check Dorf des Landkreises Cochem-Zell	seit 2018	Dokumentation der Auftaktveranstaltung, Projektbeschreibung auf Homepage	Dorferneuerung	nein
STARKE KOMMUNEN – STARKES LAND ²	seit 2018	Projektbeschreibung Homepage	Tourismus, Mobilität	ja
Projekt NEILA: Nachhaltige Entwicklung durch Interkommunales Landmanagement in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler	2018 - 2023	Projektbeschreibung Homepage und in DIEREGION Das :rak Magazin 2018, S.16/17	interkommunales Flächenmanagement	ja
Edible Cities Network, Stadt Andernach	2018 - 2023	Edible Cities Network. Das Netzwerk der essbaren Städte. Lösungen für soziale, resiliente und nachhaltige produktive Städte, Projektbeschreibung	Netzwerk zur Etablierung Essbarer Städte	nein
Städtenetz „Mitten am Rhein“	2018 - 2021	Städtenetz „Mitten am Rhein“ startet arbeitsintensiv ins zweite Kooperationsjahr, Projektbeschreibung	Tourismus, Mobilität	ja
Mobilitätsstrategie 2030plus „Mitten am Rhein“	2018 - 2021	Projektbeschreibung Homepage	Mobilität	ja
Konzept für das interkommunale Gewerbegebiet im Landkreis Cochem-Zell	2018	Präsentation	Interkommunale Gewerbeflächen	ja
Betzdorf Digital, Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain	2015 - 2020	Vernetzen, erleben, mitmachen! Betzdorf Digital, Projektbeschreibung, Ergebnispräsentation	Digitalisierung	nein
STARKE KOMMUNEN - STARKES LAND. Projekt WällerLand, der Verbandsgemeinden Wallmerod und Westerburg	2014 - 2016	STARKE KOMMUNEN - STARKES LAND. Die Zukunftsinitiative des Ministeriums des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz Abschlussbericht, S. 32-37	Tourismus, Daseinsvorsorge	ja
Breitband-Infrastrukturgesellschaft Cochem-Zell mbH	seit 2011	Kommunales Engagement im Breitbandausbau – Beispiele für Erfolgreiches Handeln; S. 54 - 58	Telekommunikation/Digitalisierung	ja
Die Essbare Stadt, Stadt Andernach	seit 2010	Die Essbare Stadt. Aufwertung öffentlicher Flächen durch Nutzpflanzen Projektbeschreibung	Aufwertung öffentlicher Flächen durch Nutzpflanzen	nein
Regionaler Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler :rak	seit 1991	Projektbeschreibung Homepage	Wohnen, Wirtschaft, Bildung, Mobilität	ja

Anlage 8: Liste der an den Telefoninterviews teilnehmenden Institutionen

Institution (in alphabetischer Reihenfolge)
Landkreis Ahrweiler
Landkreis Altenkirchen
Landkreis Cochem-Zell
Landkreis Mayen-Koblenz
Rhein-Lahn-Kreis
Stadt Andernach
Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler
Stadt Koblenz
Verbandsgemeinde Bad Breisig
Verbandsgemeinde Cochem
Verbandsgemeinde Diez
Verbandsgemeinde Selters
Verbandsgemeinde Unkel
Westerwaldkreis

Anlage 9: Allgemeiner Gesprächsleitfaden der leitfadengestützten Interviews

Intervieweinstieg

- Dank für die Teilnahmebereitschaft
- Eigene Vorstellung
- Erläuterung der Vorstudie und Bezugnahme auf die Teilnahme an der Online-Befragung
- Was verstehen wir im Rahmen der Vorstudie unter einer Regiopole?
- Erklären des Vorgehens
- Datenschutz

Fragenkatalog

- Welche Erfahrungen bestehen zur ortsübergreifenden Zusammenarbeit mit anderen Städten/Gemeinden/Landkreisen?
- Was war der Anlass für diese Kooperationen?
- Gibt es noch weitere Kooperationen in anderen Themenbereichen, die Sie bisher noch nicht angesprochen haben?
- Warum bestehen keine Kooperationen zu anderen Themenfeldern?
[entsprechende Themenfelder des Fragebogens: Daseinsvorsorge, Einzelhandel, Mobilität/Verkehr, Gewerbeentwicklung, Entwicklung des Wohnsektors, Tourismusentwicklung, Entwicklung des ländlichen Raums]
- Welche Erfolgsfaktoren können Sie anhand der bestehenden Erfahrungen benennen?
- Welche Hemmnisse können Sie anhand der bestehenden Erfahrungen benennen?
- Welche Schwierigkeiten traten im Zusammenhang mit Zuständigkeiten bei interkommunalen Kooperationen auf?
- Welche Themen sind zukünftig für Kooperationen bedeutsam?
- Warum sind diese geeignet für eine Kooperation bzw. ist hier eine Kooperation notwendig?
- Auf welcher Ebene sollte kooperiert werden?
- Was sind aus Ihrer Sicht geeignete Handlungsfelder für eine Regiopole?
- Aus welchen Gründen sind diese Handlungsfelder von Bedeutung?
- Warum sollte die Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald in Hinblick auf eine Regiopole tätig werden?
- Möchten Sie noch weitere Punkte zum Thema Kooperationen anmerken, die bisher noch nicht angesprochen wurden?

Anlage 10: Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse zur Vorbereitung der telefonischen Interviews

Rückblick auf die Online-Befragung

Mit dem Schreiben vom 23. August 2019 hat die Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald die Landkreise sowie die Träger der Flächennutzungsplanung um ihre Teilnahme an der Online-Befragung im Rahmen der Vorstudie gebeten, die die Grundlagen für eine Regiopole ausloten soll. In zwei unterschiedlichen Fragebögen wurden bestehende kommunale und teilregionale Konzepte der Städte/Gemeinden und der Kreisebene erfasst. An der Befragung beteiligten sich insgesamt 50 der 61 Städte/Gemeinden sowie alle acht Landkreise. Mit ihrer Teilnahme unterstützen sie die Vorstudie, wofür wir uns an dieser Stelle nochmal bedanken.

Die Umfrage lieferte wichtige Hinweise, zu bestehenden und geplanten Kooperationen und zeigt auf, welche Konzepte/Projekte aus Sicht der Teilnehmenden für eine Regiopolenentwicklung von besonderem Interesse sind. Allgemeine Nennungen der Städte/Gemeinden erfolgten überwiegend zu den Themen Industrie, Gewerbe, Mobilität/Verkehr, Wohnsektor sowie Einzelhandel. Konkrete Konzepte/Projekte bezogen sich auf Entwicklungsstrategien, Mobilität/Verkehr sowie Einzelhandel. Die Landkreise nannten vor allem konkrete Konzepte/Projekte zu Entwicklungskonzepten, Mobilität/Verkehr, Betreuung/Bildung sowie Gewerbe und Gewerbe- und Wirtschaftsförderung.

Nach einer ersten Auswertung des Fragebogens sowie der genannten Konzepte/Projekte, werden auf Grundlage der bisherigen Ergebnisse der Vorstudie weiterführende Interviews durchgeführt, um Kooperationsstrukturen innerhalb der Region nachvollziehen zu können. Zudem werden Erfahrungen zu interkommunaler Zusammenarbeit sowie Anlass zur Kooperation und Kooperationsbedarfe weitergehend beleuchtet. Die Auswahl der GesprächspartnerInnen erfolgte auf Grundlage der Auswertung der Online-Befragung hinsichtlich bestehender/geplanter Kooperationen sowie Angaben zu Konzepten/Projekten.

Verständnis einer Regiopole im Rahmen der Vorstudie

Unter Regiopole ist eine kleine Großstadt zu verstehen, die als regionaler Entwicklungsmotor außerhalb von Metropolregionen fungiert und eine herausgehobene Bedeutung für ein größeres Umland besitzt. Der Regiopolraum bezeichnet ein empirisch beschreibbares räumliches Cluster von metropoliten Funktionen um eine Regiopole. Die Regiopolregion stellt einen regionalen Handlungsraum um eine Regiopole dar, der von einem Netzwerk aus öffentlichen und privaten Akteuren getragen wird und auf regionalpolitische Erwägungen und der Selbstbindung der handelnden Akteure fußt.

Im Ergebnis der Vorstudie soll ein gutachterlicher Vorschlag zur Entwicklung einer Regionalentwicklungsstrategie stehen.

Bisherige Arbeitsschritte und Veranstaltungen

- Abgrenzung der großräumigen Verflechtungsbereiche anhand der Pendlereinzugsbereiche der Berufspendler
- Raumanalyse
 - o Zusammenfassen relevanter Merkmale zu Regiopolidizes mittels Hauptkomponentenanalyse
 - o Kern-Dichte-Analyse der Standortcluster metropoliten Funktionen und Versorgungsfunktionen
 - o zur Abgrenzung des Kernraums der Region, des erweiterten Bereichs sowie weiterer „Pole“ in der Region
 - o Durchführung einer SWOT-Analyse durch Ermittlung von Entwicklungspotenzialen und Herausforderungen
- Online-Befragung zur Erfassung interkommunaler und teilregionaler Konzepte für Städte/Gemeinden sowie der Landkreise im Zeitraum vom 25. August bis zum 13. Dezember 2019
- Auftaktveranstaltung zur Vorstudie Regiopole Mittelrhein-Westerwald am 30. September 2019
- Workshop mit dem Fachbeirat zur SOWT-Analyse am 16. Januar 2020

Zusammenfassung bisheriger Ergebnisse der Vorstudie

1. Verflechtungsanalyse

Auf Grundlage von Pendlerverflechtungen der Berufspendler wurden Analysen durchgeführt, mit dem Ziel, die Umlandbedeutung von Städten und Gemeinden hinsichtlich der Versorgung mit Arbeitsplätzen zu identifizieren. Die Ergebnisse der Analyse der Pendlerverflechtungen geben Aufschluss über (Pendler-)Verflechtungsbereiche in der Region. Sie zeigen etwa, dass zahlreiche Gemeinden nicht nur zu einem Zentrum orientiert sind (Mehrfachanbindung).

Im Ergebnis identifiziert die Verflechtungsanalyse einen Verflechtungsbereich um Koblenz. Aus Perspektive der Ortsgemeinden in der Region Mittelrhein-Westerwald haben die erreichbaren Oberzentren Frankfurt, Mainz und Trier keine herausragende Bedeutung als Arbeitsplatzstandorte im Sinne der primären Pendlerorientierung. Innerhalb der Region zeichnen sich in recht klarer räumlicher Trennung die Verflechtungsbereiche Simmern (Hunsrück), Altenkirchen und Bad Marienberg (im Westerwald) sowie Cochem und Zell (an der Mosel) ab.

2. Raumanalyse

Die Raumanalyse soll den Regiopolraum beschreiben – dazu wurde die gesamte Planungsregion durch Regiopolindizes, eine Kern-Dichte-Analyse sowie eine SWOT-Analyse unter Einbindung des Fachbeirates untersucht.

Wesentlicher Teil der Raumanalyse ist die Bildung von **Regiopolindizes**. Alle Merkmale, die auf Ebene der 898 Gemeinden vorliegen, wurden dafür über eine Hauptkomponentenanalyse zu Indizes zusammengefasst, die für einen der folgenden Bereiche relevant und zugleich verfügbar sind: Metropolfunktion, (Zentralörtliche) Versorgungsfunktion und (Regionale) Entwicklungsfunktion (getrennt nach hemmenden und fördernden Merkmalen).

Die **Kern-Dichte-Analyse** der Standortcluster metropolitaner Funktionen und Versorgungsfunktionen war der zweite Baustein der Raumanalyse. Ziel ist das Identifizieren eines Kernraums und ggf. weiterer „Pole“ regiopolitaner Bedeutung in der Region. Der Kernraum bzw. die weiteren Pole zeichnen sich dadurch aus, dass sie ein räumlich gebündeltes Netz an Standorten (Cluster) umfassen; die Standorte müssen dazu adressscharf vorliegen, sodass nicht sämtliche Merkmale regiopolitaner Bedeutung genutzt werden können. Die Abgrenzung des Kernraums des Regiopolraums hängt mit den Handlungsfeldern zusammen, die adressiert werden sollen. Metropolitane Funktionen konzentrieren sich überwiegend in Koblenz, Versorgungsfunktionen schließen weitere Gemeinden, insbesondere die Mittelzentren in der Region, mit ein.

In der Synthese werden für die Gesamtheit der Metropol- und Versorgungsfunktionen die Kerne in der Region dargestellt. Deutlich wird, dass es ein dominierendes interkommunales Standortcluster im Bereich des „Neuwieder Beckens“ bzw. in den Standortgemeinden Koblenz, Bendorf, Neuwied, Andernach, Lahnstein, Vallendar sowie der Verbandsgemeinde Weißenthurm (ohne die Gemeinde Bassenheim) gibt. Weniger dichte Cluster sind in Montabaur und Mayen sowie im Raum Bad Neuenahr-Ahrweiler/Linz am Rhein (interkommunales Standortcluster) vorzufinden.

Den dritten Baustein der Raumanalyse stellt eine **SWOT-Analyse** dar. Um Entwicklungspotenziale, aber auch Herausforderungen einer Regiopole kompakt darzustellen, wurde eine SWOT-Analyse der Region auf Basis vorhandener Studien und Dokumente, der Regiopolindizes sowie der Online-Befragung entworfen.

Basierend auf den herausgearbeiteten Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken hat der Fachbeirat in seinem ganztägigen Workshop am 16. Januar 2020 in Koblenz diskutiert, welche Hinweise für die Handlungsfelder und Ziele einer Regionalentwicklungsstrategie sich aus der SWOT-Analyse ableiten lassen. Im Ergebnis wurden in den Arbeitsgruppen acht Handlungsfelder benannt, von denen fünf dem Themenfeld „Regionalentwicklung/Entwicklungsfunktion“ und drei dem Themenfeld „Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktion“ zuzuordnen sind. Zusätzlich haben die Gutachter das mögliche neunte Themenfeld „Sicherung zentralörtlicher Funktionen“ als Bestandteil des Handlungsfelds Daseinsvorsorge eingeführt.

Mögliche Handlungsfelder einer Regiopole aus der SWOT-Analyse

Themenfeld „Regionalentwicklung/Entwicklungsfunktion“

1. Interkommunale Flächenentwicklung
2. Standortmarketing
3. Mobilität
4. Forschung und Bildung
5. Identitätsfördernde Aktivitäten für die „Region“

Themenfeld „Daseinsvorsorge/Versorgungsfunktion“

6. Regionales Einzelhandelskonzept
7. Energieversorgung und Klimaschutz
8. ÖPNV im ländlichen Raum
9. Sicherung zentralörtlicher Funktionen

Anlage 11: Übersicht der aktuellen Kooperationsfelder ortsübergreifender Zusammenarbeit⁶⁸

Kooperationsfeld	Anzahl Nennung	Anlass	Beispiele
Tourismus	11	<ul style="list-style-type: none"> - interner Problemdruck - geografische Gemeinsamkeiten 	<ul style="list-style-type: none"> - regionale Tourismusagenturen und -gesellschaften - Wir Westerwälder - Dachgesellschaft für Regional- und Standortmarketing - Vermarktung regionaler Produkte - Starke Kommunen Starkes Land
Mobilität/Verkehr	8	<ul style="list-style-type: none"> - interner Problemdruck - Pendler-/Schülerströme 	<ul style="list-style-type: none"> - Verkehrsverbünde - Zweckverband Schienenpersonennahverkehr - Mitten am Rhein - Radschnellwege - Bürgerbusse
Ver- und Entsorgung	8	<ul style="list-style-type: none"> - interner Problemdruck 	<ul style="list-style-type: none"> - Abfallzweckverband - Entsorgungsabfallwirtschaft - Tierkörperbeseitigung - Trinkwasserversorgung - Abwasserentsorgung/Kläranlage
Wirtschaftsförderung	7	<ul style="list-style-type: none"> - interner Problemdruck 	<ul style="list-style-type: none"> - Wir Westerwälder - WirNord - Regionalmarketinggesellschaft Region56+ - IT.Stadt Koblenz e. V. - Netzwerk der Wirtschaftsförderung - Unternehmerdatenbank - regionale Fachkräftestrategie
Bildung/Soziales/Kultur	5	<ul style="list-style-type: none"> - interner Problemdruck 	<ul style="list-style-type: none"> - Schule - Bibliotheken - Schwimmbad
Gewerbe/Einzelhandel	4	<ul style="list-style-type: none"> - interner Problemdruck - strategische Positionierung 	<ul style="list-style-type: none"> - Gewerbegebiete als interkommunaler Zweckverband - Regionaler Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler :rak - interkommunales Gewerbegebiet auf Kreisebene
Entwicklung ländlicher Raum	4	<ul style="list-style-type: none"> - interner Problemdruck 	<ul style="list-style-type: none"> - LEADER-Regionen
Daseinsvorsorge	3	<ul style="list-style-type: none"> - interner Problemdruck 	<ul style="list-style-type: none"> - gemeinsames Gesundheitsamt - Gemeinschaftsklinikum
Wohnen	1	<ul style="list-style-type: none"> - große Impulse von außen 	<ul style="list-style-type: none"> - Regionaler Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler :rak - NEILA
Siedlungsflächenentwicklung	1	<ul style="list-style-type: none"> - große Impulse von außen 	<ul style="list-style-type: none"> - Regionaler Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler :rak - NEILA
Zentralität	1	<ul style="list-style-type: none"> - landesplanerische Vorgaben 	<ul style="list-style-type: none"> - kooperierende Mittelzentren

⁶⁸ Anlage 11: Tabelle beinhaltet alle Nennungen der ExpertInnen. Daher sind auch Einzelnennungen aufgeführt.

Anlage 12: Bestehende Konzepte/Kooperationen als Ansatzpunkt einer möglichen Regiopolregion

Konzept/Projekt	Einschätzung der befragten ExpertInnen
ÖPNV-Konzept Nord	<ul style="list-style-type: none"> - das ÖPNV-Konzept Nord stellt einen Ansatzpunkt für die weitere Entwicklung eines gemeinsamen und regionalen ÖPNV dar - das Konzept in seiner jetzigen Form ist eher als politische Willensbekundung zu bewerten - das Konzept weist einen Anpassungsbedarf zu einem gebündelten Nahverkehrskonzept auf; dieser ist insbesondere in Bezug auf eine bessere Abstimmung der Tarife und Taktung, eine höhere Praktikabilität für die NutzerInnen sowie eine verkehrliche Entlastung gegeben - durch die Überarbeitung des Nahverkehrsgesetzes ergibt sich die Chance zur Weiterentwicklung des ÖPNV-Konzepts Nord, da Anpassungen gemäß der Änderungen erforderlich werden - die durch die Überarbeitung des Nahverkehrsgesetzes entstehenden Belastungen für die Kommunen (Finanzierung) sind derzeit noch nicht absehbar - ÖPNV-Konzepte anderer Regionen können als gute Beispiele für die Region herangezogen werden, u. a. in Hinblick auf abgestimmte Fahrpläne oder ein einheitliches Ticketsystem
Interkommunales Gewerbegebiet	<ul style="list-style-type: none"> - interkommunale Gewerbegebiete sind aufgrund geringer Entwicklungspotenziale und Flächenverfügbarkeiten ein Zukunftsthema
Regionaler Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler :rak/ Projekt NEILA: Nachhaltige Entwicklung durch interkommunales Landmanagement in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler	<ul style="list-style-type: none"> - der regionale Arbeitskreis bietet einen Mehrwert für einzelne Mitglieder/Partner insbesondere auf der Arbeitsebene - durch die Erprobung eines regelmäßigen Austauschs entsteht ein Mehrwert für die Partner - durch den Arbeitskreis und das Projekt NEILA entsteht eine höhere Verbindlichkeit in der interkommunalen Zusammenarbeit - die Ausweitung der betrachteten Themengebiete über die ursprünglichen Themen des Arbeitskreises hinaus ist sinnvoll - durch begrenzte Ressourcen ist die Teilhabe nicht für alle Partner in gleichem Maße möglich
Wir Westerwälder	<ul style="list-style-type: none"> - die Partner besitzen eine langjährige Kooperationserfahrung im Projekt - bestehende Kooperationsstrukturen können als Ansatzpunkt für weitere Kooperationen genutzt werden - darüber hinausgehende Kooperation sind nur dann attraktiv, wenn ein zusätzlicher Mehrwert entsteht oder teilregionale Kooperation eine zu geringe Reichweite erzeugen
Kreisentwicklungskonzept	<ul style="list-style-type: none"> - Kreisentwicklungskonzepte können Bausteine für eine mögliche Regiopolenentwicklung sein - im Kreisentwicklungskonzept betrachtete Themen (Wirtschaft, Arbeit, Ehrenamt, Energieversorgung, Klimaschutz) lassen sich gut in andere Konzepte integrieren
Städtenetz Mitten am Rhein	<ul style="list-style-type: none"> - die Zusammenarbeit wird v. a. in den Bereichen Tourismus und Mobilität erprobt - der Wirkungsbereich des Städtetetzes könnte in die Region erweitert werden - künftig könnten weitere Themenfelder im Rahmen des Städtetetzes betrachtet werden
LEP IV	<ul style="list-style-type: none"> - die Weiterentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts bzw. Konzepte zur Zulassung von großflächigem Einzelhandel in Grundzentren sind erforderlich um Einzelhandel in ländlichen Regionen zu halten, die Versorgung unter Berücksichtigung von Obergrenzen zu gewährleisten (Erweiterung, Neuansiedlung) und ländliche Regionen in ihrer Stellung gegenüber Mittelzentren zu stärken

Anlage 13: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse bei regionalen Kooperationen⁶⁹

Erfolgsfaktoren	Hemmnisse
Rahmenbedingungen	
<ul style="list-style-type: none"> • Kooperation auf Augenhöhe (Vertrauen, Akzeptanz, offener Umgang) (11) • Berücksichtigung unterschiedlicher Ausgangs-/Rahmenbedingungen (8) • Rückhalt für Kooperation auf politischer Ebene (4) • regelmäßiger Austausch, Informationsfluss (4) • Anstoß aus Eigeninitiative (2) • Aufgabenteilung, Beibehalten der Kompetenzen (2) • Vorhandensein finanzieller und personeller Ressourcen (1) 	<ul style="list-style-type: none"> • fehlendes Vertrauen/Augenhöhe (3) • „Gap“ zwischen Wahrnehmung der Themen in Verwaltung und Bevölkerung (2) • unzureichende finanzielle und personelle Ressourcen (2) • formelle Hindernisse (planungsrechtliche Vorgaben, Steuerrecht) (2) • unterschiedliche Verwaltungsstrukturen (2) • unterschiedliche Ausgangs-/Rahmenbedingungen (2)
Identität	
<ul style="list-style-type: none"> • gemeinsames Verständnis von der Region (3) • Markenbindung (1) 	<ul style="list-style-type: none"> • lokale Egoismen der Kooperationspartner („Kirchturmdenken“) (5) • fehlende Identifizierung der Kommunen/Bevölkerung mit der gesamten Region Mittelrhein-Westerwald (3)
Organisation	
<ul style="list-style-type: none"> • Definition von Zielen und Zuständigkeiten (6) • Regionalmanagement/Professionalisierung der Kooperation (4) • gerechte Verteilung von Kosten und Nutzen (3) • Unterstützung des Regionalmanagement durch Akteure der Region (1) • Unterstützung durch externe Expertise (1) 	<ul style="list-style-type: none"> • hoher Zeitaufwand für Abstimmung und Koordination (4)
Zuständigkeiten	
<ul style="list-style-type: none"> • keine Schwierigkeiten bekannt (5), auch bundeslandübergreifend und mit vielen Akteuren • größere Reichweite durch Kooperation (2) 	<ul style="list-style-type: none"> • Konkurrenz zu bestehenden Institutionen/Doppelstrukturen (3) • kleinteilige Verwaltungsstrukturen (2) • fachtechnische Zuständigkeiten der Ortsgemeinden für Bauleitplanung (1)
Zusammenarbeit	
<ul style="list-style-type: none"> • Einübung und Verstetigung der Kooperation (4) 	<ul style="list-style-type: none"> • keine gleichberechtigte Zusammenarbeit (7) • befürchteter Kompetenzverlust (3) • Probleme in der Kommunikation (2) • Nichteinhaltung vereinbarter Vorgaben (1) • Abhandenkommen der Partner im Prozess (1)
Themenauswahl	
<ul style="list-style-type: none"> • „einfache“ Themen als Einstieg, die gemeinsame Bedarfe aufweisen (6) • Anknüpfung an bestehende Kooperationen (2) • Kompromissbereitschaft (kleinster gemeinsamer Nenner) (1) • Setzung thematischer Schwerpunkte (1) 	
Mehrwert	
<ul style="list-style-type: none"> • Vorteile für alle Kooperationspartner durch Zusammenarbeit (Win-win-Situation) (7) • zügige Prozesse für Entscheidungen (Quick wins) (3) 	

⁶⁹ Die Tabelle beinhaltet alle Nennungen der ExpertInnen. Daher sind auch Einzelnennungen aufgeführt.

Anlage 14: Rolle der Planungsgemeinschaft in Hinblick auf die Entwicklung einer Regiopolregion⁷⁰

Vorhandene Kompetenzen und Strukturen nutzen	Instrument transformieren
<ul style="list-style-type: none"> mit der Planungsgemeinschaft ist ein fachlicher Partner/eine Institution vorhanden, dessen Strukturen genutzt werden sollten (6) Steuerungsmöglichkeiten über RROP nutzen (4) Stärkung der Regionen, die sich außerhalb der Metropolregionen befinden (2) Identitätsbildung auf regionaler Ebene, Markenbindung (2) Interessenausgleich in der Region Mittelrhein-Westerwald herbeiführen (Mittlerfunktion und kooperativer Planungsprozess) (2) 	<ul style="list-style-type: none"> die Planungsgemeinschaft sollte zu einem Instrument mit kurzen Entscheidungswegen transformiert werden (1) es wird ein Instrument ohne Parteilichkeit, mit einfacher Führungsstruktur benötigt: Weitergabe von Kompetenzen, schnellere Entscheidungen; ein gutes Beispiel für die Umsetzung könnte der Verband Region Rhein-Neckar sein (1)
Handlungsspielraum erweitern	ergänzende Strukturen schaffen
<ul style="list-style-type: none"> Möglichkeit der abgestimmten und strategischen Entwicklung außerhalb des RROP (1) Die Planungsgemeinschaft sollte tätig werden, um aktiv in Bezug auf Handlungserfordernisse im regionalen Maßstab zu agieren (1) 	<ul style="list-style-type: none"> es werden ergänzende Instrumente/Institute zur Umsetzung einer Regiopolregion benötigt (2) es werden doppelte Institutionen für Planung und Marketing/Branding/Wirtschaft erforderlich; ein gutes Beispiel für die Umsetzung könnte einer Vereinsstruktur der Region Köln Bonn e. V. sein (2)

⁷⁰ Die Tabelle beinhaltet alle Nennungen der ExpertInnen. Daher sind auch Einzelnennungen aufgeführt.

Anlage 15: Übersicht der möglichen Handlungsfelder

	Interkommunale Flächenentwicklung	Standortmarketing	Identitätsfördernde Aktivitäten für die „Region“	Mobilität
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> Standorte nachfragegerechter bereitstellen Infrastrukturfolgekosten/Flächenverbrauch minimieren Zersiedlung begrenzen Solidarverbund 	<ul style="list-style-type: none"> Standortentscheidungen zu Gunsten der Region beeinflussen qualifizierte Fachkräfte gewinnen Wirtschaftsstandort stärken 	<ul style="list-style-type: none"> Markenbild schaffen Alleinstellungsmerkmale als Identitätsanker in der Region verknüpfen 	<ul style="list-style-type: none"> regionale Entwicklung über integrierte Mobilitätsstrategie befördern multimodale und intermodale Mobilitätsangebote entwickeln
Strategischer Ansatz	<ul style="list-style-type: none"> regional abgestimmte interkommunale Flächenentwicklung auf Basis des Flächentauschmodells (Z 33 RROP 2017) 	<ul style="list-style-type: none"> regional abgestimmtes Standortmarketing Markenbildung Imagebildung nach Außen „leichtes“ Einstiegsthema ohne großen Vorlauf 	<ul style="list-style-type: none"> Imagebildung nach Außen Identitätsstiftung nach Innen „leichtes“ Einstiegsthema ohne großen Vorlauf 	<ul style="list-style-type: none"> integrierte Siedlungs-/Verkehrsentwicklungsplanung mit Siedlungsentwicklung verknüpfen: Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung
Instrument/Maßnahme	Flächenentwicklungskonzepte auf Ebene der Mittelbereiche	umfassende Marketingstrategie; Messeauftritte; Arbeitsmarktberichte; Plattform zur Vernetzung von Unternehmen; Fachkräfteportal; gemeinsame Jobbörse; bekannte Regionalmarken als Ankerpunkte nutzen	Messeauftritte; bekannte Regionalmarken aus Tourismus, Freizeit, Kultur als Ankerpunkte nutzen und als „Türöffner“ vermarkten; Regionalpark- und Landschaftsparkkonzepte	regionales Mobilitätskonzept; Ladeinfrastruktur ausbauen; Gewerbestandorte und Naherholungsangebote an ÖPNV anbinden; Taktung an Bedarfe anpassen; regionales Radwegkonzept, Mobilität und Tourismus verknüpfen
Akteure	<ul style="list-style-type: none"> Planungsgemeinschaft Gemeinden innerhalb eines Mittelbereichs 	<ul style="list-style-type: none"> Kommunen der Region Unternehmen IHK, HWK 	<ul style="list-style-type: none"> Kommunen Tourismusverbände Unternehmen regionale Erzeuger 	<ul style="list-style-type: none"> Planungsgemeinschaft Kommunen der Region Unternehmen Verkehrsverbund Rhein-Mosel SPNV-Nord Landesbetrieb Mobilität
Umfgriff	Kernraum	Gesamtraum mit Schwerpunkt Kernraum	Gesamtraum	Gesamtraum mit Schwerpunkt Kernraum
Rechtliche Absicherung	<ul style="list-style-type: none"> raumordnerischer Vertrag (§ 14 ROG) gekoppelt mit RROP-Änderung, evtl. Einführung Experimentierklausel 	juristische Person des Privatrechts (GmbH, e. V.)	juristische Person des Privatrechts (GmbH, e. V.)	(Selbst-)Bindungswirkung über politische Beschlüsse bzw. Umsetzung von Einzelmaßnahmen
Bezug zum RROP	Z 33 i. V. m. G 153 RROP 2017	§ 14 Abs. 3 Satz 3 LPIG sofern Zusammenhang mit Regionalplanung besteht und Landesplanung zustimmt	keine direkten Bezüge erkennbar	G 124a RROP 2017: „Die Erstellung eines regionalen VEP soll angestrebt werden.“ G 153 RROP 2017: Verknüpfung mit „Interkommunaler Flächenentwicklung“

	Forschung und Bildung	Sicherung zentral-örtlicher Funktionen	ÖPNV im ländlichen Raum	Regionales Einzelhandelskonzept	Energieversorgung und Klimaschutz
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> Innovationsfunktion ausbauen Potenzial Schwarmstadt KO nutzen Hochqualifizierte in Region beschäftigen 	<ul style="list-style-type: none"> Ankerpunkte der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum stabilisieren Arbeitsteilung zwischen Teilstandorten 	<ul style="list-style-type: none"> gleichwertige Lebensverhältnisse über Erreichbarkeit Zentraler Orte sichern v. a. Grundzentren als Orte der Nahversorgung, jenseits des Individualverkehrs, sichern 	<ul style="list-style-type: none"> Flächenwachstum von Fachmärkten außerhalb der Ortskerne verringern Nahversorgung in Gemeinden an regional geeigneten Standorten stärken Rahmen für erwünschten Wettbewerb/Investitionssicherheit schaffen 	<ul style="list-style-type: none"> Entwicklungspotenziale im Bereich alternative Energiegewinnung, Energieeinsparung/-versorgung aktivieren Klimawandelfolgen anpassen Freiraumsicherung multifunktionale Flächennutzungskonzepte
Strategischer Ansatz	<ul style="list-style-type: none"> KO als Forschungs-/Entwicklungsstandort etablieren Fachbereiche mit Bedarfen/Angeboten der Region koppeln Außendarstellung als Universitätsstandort fördern 	<ul style="list-style-type: none"> Kooperationsgebot für kooperierende Mittelzentren (Z 45 LEP IV) operationalisieren 	<ul style="list-style-type: none"> abgestimmtes Gesamtsystem um flexible bedarfsorientierte Angebotsformen ergänzen 	<ul style="list-style-type: none"> Konkretisierung des G 39 RROP 2017 zur regional abgestimmten Einzelhandelsentwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> Zusammendenken von Energie, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung
Instrument/Maßnahme	regional getragene Forschungs-/Bildungsstrategie; Digitalisierungsstrategie, Kooperationen mit Wirtschaft und öffentlicher Hand; Exzellenzinitiative, Förderung spez. Wirtschaftskluster	Kooperationsstrategie: Handlungsfelder, Pilotprojekte, Akteure, Gremienstrukturen, Evaluationskonzept	schnelle Achsen um eine Feinerschließung der Fläche für ÖV ergänzen; alle Mobilitätsangebote kundenfreundlich verknüpfen	inter- u. intragemeindlich differenzierte Zentrenhierarchie zur Operationalisierung von Z 57-61 LEP IV; regional abgestimmte Kriterien zur Abgrenzung der zentralen Versorgungsbereiche	regionales Energie- und Klimakonzept
Akteure	<ul style="list-style-type: none"> Kommunen der Region Hochschulen Unternehmen Verbände/Kammern Kultureinrichtungen 	<ul style="list-style-type: none"> Landesplanung Planungsgemeinschaft Landkreise Zentrale Orte 	<ul style="list-style-type: none"> Kommunen der Region Unternehmen Verkehrsverbund Rhein-Mosel SPNV-Nord 	<ul style="list-style-type: none"> Planungsgemeinschaft Kommunen der Region Einzelhandelsunternehmen IHK 	<ul style="list-style-type: none"> Planungsgemeinschaft Kommunen der Region IHK lokale Energieversorger Kompetenzzentrum Klimawandelfolgen
Umgriff	Kernraum	Gesamtraum	Gesamtraum	Gesamtraum	Gesamtraum
Rechtliche Absicherung	<ul style="list-style-type: none"> (Selbst-)Bindungswirkung über politische Beschlüsse bzw. Umsetzung von Einzelmaßnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> raumordnerischer Vertrag (§ 14 ROG) ggf. Zweckvereinbarungen/Gründung gemeinsamer Gesellschaften 	<ul style="list-style-type: none"> (Selbst-)Bindungswirkung über politische Beschlüsse bzw. Umsetzung von Einzelmaßnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> (Selbst-)Bindungswirkung über politische Beschlüsse bzw. Umsetzung von Einzelmaßnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> (Selbst-)Bindungswirkung über politische Beschlüsse bzw. Umsetzung von Einzelmaßnahmen
Bezug zum RRP	§ 1 Abs. 1 Nr. 3/8 LPIG, G 9 RROP 2017 Innovationsnetzwerke	Abschnitt 1.3.1 RROP 2017 „Zentrale Orte und Daseinsvorsorge	G 109 und G 110 RROP 2017: Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Versorgungsfunktion Zentraler Orte über Verkehrsnetzgestaltung stärken	Kap. 1.3.4 zum großflächigen Einzelhandel und zur Nahversorgung mit regional abgestimmter Einzelhandelsentwicklung (G 39 RROP 2017), G 40 (Kongruenzgebot) und G 41 (Bezug zu ZOK)	Kapitel 3.2 „Energiegewinnung und -versorgung“ mit G 142, G 143 sowie Kapitel 2.1.3.3 „Klima und Reinhaltung der Luft“ mit G 74

Anlage 16: Daten zur Ermittlung der Regiopolindizes

Index	Teilbereich	Indikator	Quelle	Datensatz	Jahr/Datum
Regionaler Entwicklungsindex	Demographie	Altenquotient	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Bevölkerung nach Zensus 2011	Mittelwert aus Stichtagen 31.12.2015, 31.12.2016, 31.12.2017
		Jugendquotient	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Bevölkerung nach Zensus 2011	Mittelwert aus Stichtagen 31.12.2015, 31.12.2016, 31.12.2017
	Beschäftigung	Arbeitsplatzzentralität	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	Mittelwert aus Stichtagen 30.06.2015, 30.06.2016, 30.06.2017
		Arbeitslosenanteil	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Bundesagentur für Arbeit; Bestand an Arbeitslosen auf Gemeindeebene / Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	Mittelwerte aus Jahresdurchschnittswerten 2015, 2016, 2017; Mittelwert aus Stichtagen 30.06.2015, 30.06.2016, 30.06.2017
	Kommunale Haushalte	Kassenkredite/EW	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Jährliche Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden/Gemeindeverbände; Liquiditätskredite beim nicht-öffentlichen Bereich / Bevölkerung nach Zensus 2011	Mittelwert aus Stichtagen 31.12.2015, 31.12.2016, 31.12.2017; Mittelwert aus Stichtagen 31.12.2015, 31.12.2016, 31.12.2017
		Schlüsselzuweisung/EW	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Schlüsselzuweisungen im Gemeindehaushalt / Bevölkerung nach Zensus 2011	Mittelwert aus 2015, 2016, 2017; Mittelwert aus Stichtagen 31.12.2015, 31.12.2016, 31.12.2017
		Steuereinnahmekraft/EW	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Realsteuervergleich / Bevölkerung nach Zensus 2011	Mittelwert aus 2015, 2016, 2017; Mittelwert aus Stichtagen 31.12.2015, 31.12.2016, 31.12.2017
Zentralörtlicher Versorgungsindex	Stationäre medizinische Versorgung	Krankenhäuser der Grundversorgung	Statistische Ämter des Bundes und Länder / Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie Rheinland-Pfalz	Krankenhausverzeichnis Stand 31.12.2017, korrigiert im Mai 2019 / Krankenhausplan des Landes Rheinland-Pfalz 2019-2025, Dezember 2018	Eigene Prüfung Thomas Terfrüchte 31.12.2019
		Krankenhäuser der höheren Versorgungsstufen	Statistische Ämter des Bundes und Länder / Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie Rheinland-Pfalz	Krankenhausverzeichnis Stand 31.12.2017, korrigiert im Mai 2019 / Krankenhausplan des Landes Rheinland-Pfalz 2019-2025, Dezember 2018	Eigene Prüfung Thomas Terfrüchte 31.12.2019
		Fachkrankenhäuser	Statistische Ämter des Bundes und Länder / Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie Rheinland-Pfalz	Krankenhausverzeichnis Stand 31.12.2017, korrigiert im Mai 2019 / Krankenhausplan des Landes Rheinland-Pfalz 2019-2025, Dezember 2018	Eigene Prüfung Thomas Terfrüchte 31.12.2019
	Ambulante medizinische Versorgung	Kieferorthopäden	Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz	Eigener Abruf Thomas Terfrüchte	31.12.2019
		Zahnärzte	Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz	Eigener Abruf Thomas Terfrüchte	31.12.2019
		Hausärzte	Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz	Arztregister	31.08.2019
		Fachärzte der allgemeinen fachärztlichen Versorgung	Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz	Arztregister	31.08.2019
		Fachärzte der speziellen fachärztlichen Versorgung	Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz	Arztregister	31.08.2019
		Fachärzte der gesonderten fachärztlichen Versorgung	Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz	Arztregister	31.08.2019
	Bildungseinrichtungen	Förderschulen	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Schulverzeichnis für allgemeinbildende Schulen in Rheinland-Pfalz	Schuljahr 2018/2019, Stand (Anschriften) September 2018
		Schulen mit Abschluss Hochschulreife	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Schulverzeichnis für allgemeinbildende Schulen in Rheinland-Pfalz	Schuljahr 2018/2019, Stand (Anschriften) September 2018

Index	Teilbereich	Indikator	Quelle	Datensatz	Jahr/Datum
Zentralörtlicher Versorgungindex	Bildungseinrichtungen	Schulen mit Abschluss Mittlere Reife	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Schulverzeichnis für allgemeinbildende Schulen in Rheinland-Pfalz	Schuljahr 2018/2019, Stand (Anschriften) September 2018
		Schulen mit Abschluss Berufsreife	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Schulverzeichnis für berufliche Schulen und Schulen des Gesundheitswesens	Schuljahr 2018/2019, Stand (Anschriften) September 2018
		Schulen mit Abschluss Berufsreife Gesundheit	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Schulverzeichnis für berufliche Schulen und Schulen des Gesundheitswesens	Schuljahr 2018/2019, Stand (Anschriften) September 2018
	Verwaltung	Kreisverwaltung	Ministerium des Innern und für Sport / Bürger- und Unternehmensservice Rheinland-Pfalz	Eigener Abruf agl	18.12.2019
		Verbandsgemeindesitz	Ministerium des Innern und für Sport / Bürger- und Unternehmensservice Rheinland-Pfalz	Eigener Abruf agl	18.12.2019
		Amtsgericht	Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz	Eigener Abruf agl	20.12.2019
		Finanzamt	Behördenverzeichnis Rheinland-Pfalz	Eigener Abruf Service-Center Thomas Terfrüchte	31.12.2019
		Agentur für Arbeit	Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. / Portal REHADAT und eigene Recherche auf Basis Bundesagentur für Arbeit	Eigener Abruf agl	20.12.2019
		Jobcenter	Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. / Portal REHADAT und eigene Recherche auf Basis Bundesagentur für Arbeit	Eigener Abruf agl	20.12.2019
		Landgericht	Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz	Eigener Abruf agl	20.12.2019
	Kultur	Volkshochschule	Eigene Recherche auf Basis Verband der Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz e.V.	Eigener Abruf agl	12.12.2019
		Theater	Eigene Recherche auf Basis Deutscher Bühnenverein – Bundesverband der Theater und Orchester	Eigener Abruf agl	12.12.2019
		Orchester	Eigene Recherche auf Basis Deutscher Bühnenverein – Bundesverband der Theater und Orchester	Eigener Abruf agl	12.12.2019
		Öffentliche Bibliothek (mit wiss. Leitung)	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	INKAR – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung	Ausgabe 2019, Berichtsjahr 2017
Metropolfunktionsindex	Forschung/Entwicklung	Universitäten	Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur Rheinland-Pfalz	Hochschulstandorte in Rheinland-Pfalz	01.01.2020
		Fachhochschulen/ Sonstige Hochschulen	Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur Rheinland-Pfalz	Hochschulstandorte in Rheinland-Pfalz	01.01.2020
		Wissenschaftliche (Spezial-)bibliotheken	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	INKAR – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung	Ausgabe 2019, Berichtsjahr 2017
	Wettbewerb	Fernverkehrsbahnhof/-knoten	Deutsche Bahn	Streckenkarten des Fernverkehrs 2020	Koordinaten aus Wikipedia vom 02.01.2020
		TOP 500 größte Unternehmen	IDG Business Media GmbH (www.cio.de/top500)	Eigener Abruf agl	10.12.2019

Index	Teilbereich	Indikator	Quelle	Datensatz	Jahr/Datum
Metropol-funktionsindex	Wettbewerb	TOP 30 größte Versicherungen	IDG Business Media GmbH (www.cio.de/top500/branche/versicherungen,6)	Eigener Abruf agl	10.12.2019
	Innovation	TOP 100 innovativste Unternehmen	compamedia GmbH (www.top100.de/die-top-innovatoren.html)	Eigener Abruf agl	TOP Innovatoren 2019, 10.12.2019
		Patentanmeldungen am Ort der Erfindung	Deutsches Patent- und Markenamt / Amtliche Publikations- und Registerdatenbank	Eigener Abruf agl	11.12.2019
		Patentanmeldungen am Ort der Anmeldung	Deutsches Patent- und Markenamt / Amtliche Publikations- und Registerdatenbank	Eigener Abruf agl	11.12.2019
		SVP-Beschäftigte unternehmensorientierte Dienstleistungen	Bundesagentur für Arbeit	Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Berufsabschluss	30.06.2018